STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19050316

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 64. 19. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Donnerstag, den 16. März 1905.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hohenlust, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen

Hierzu zwei Beilagen.

Die allgemeine Wehrpflicht im Prinzip und in der Praxis.

I.

Berlin, den 14. März.

Im integrierenden Zusammenhang mit einer neuen Militärvorlage hat der Reichstag den Gesetzentwurf über die Aenderung der Wehrpflicht, d. h. die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, zu erledigen. Damit ist die denkbar günstigste Gelegenheit geboten, die Frage der allgemeinen Wehrpflicht einmal im Rahmen einer parlamentarischen Verhandlung unter prinzipiellem Gesichtspunkte zu entscheiden. Bislang hat ein dahingehendes Bemühen ernsthaft sich nur auf sozialdemokratischer Seite geltend gemacht. Unsere Partei ist bis jetzt die einzige Partei in Deutschland, welche zu dieser Frage eine klare, bestimmte und unzweideutige prinzipielle Stellung genommen hat: sie fordert in ihrem Programm die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit als Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, die im wirklichen Volksheer an Stelle des stehenden Heeres ihre Betätigung finden soll.

Die Vertreter und Verteidiger des jetzigen militärischen Systems verbinden mit demselben Tendenzen und „Ideale", welche dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht schnurstracks widerstreiten. Sie stellen die Armee hin als einen der wichtigsten „Träger der Kultur", als eine „Erziehungsanstalt", eine „Schule für Gewerbe, Kunst und Wissenschaft", ja, sogar als eine Einrichtung für die „Pflege der Religion", des „Patriotismus", des „Ordnungssinnes". Vor allen Dingen aber und im Zusammenhange mit alledem müßt man der Armee nicht nur die Sicherung und Verteidigung des Vaterlandes gegen äußere Feinde, sondern auch die „Bekämpfung des inneren Feindes" als Hauptaufgabe zu.

Darüber, daß das Volk wehrfähig sein muß, um sich gegen Angriffe von außen verteidigen zu können, ist vernünftigerweise nicht zu streiten. So lange die Ursachen der Kriege und damit auch die Kriegsgefahren bestehen, ist die Wehrfähigkeit der Nation eine Notwendigkeit. Und um sie zu erreichen und zu erhalten resp. zu stärken, ist eine militärische Schulung erforderlich. Das hat die Sozialdemokratie stets unumwunden und grundsätzlich anerkannt. Trotzdem richtet sich gegen sie immerfort der absurde Vorwurf: sie wolle, um ihren „Umsturzplänen" desto leichter und besser genügen zu können, „das Vaterland wehrlos machen". Und sie ist es ja bekanntlich auch gerade, welche als der „innere Feind" bezeichnet wird, der „die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gewaltsam vernichten" wolle und gegen den man deshalb mit dem stehenden Heere beständig „auf der Hut" sein müsse.

Daß aus diesem Umstande heraus die prinzipielle Gegnerschaft der Sozialdemokratie wider das stehende Heer eine bedeutende Verschärfung erfährt, ja, notwendig erfahren muß, ist leicht begreiflich. Denn die Bezeichnung als „innerer Feind" empfindet sie mit Recht als eine tendenziöse Verunglimpfung, als eine Ungerechtigkeit, die deshalb um so schwerer ins Gewicht fällt, weil die nach Millionen zählende sozialdemokratische Masse alle Lasten des militärischen Systems einschließlich der Dienstpflicht mitzutragen hat. Im Gegensatz zu den Prinzipien und Tendenzen des Klassenstaates will die Sozialdemokratie eine wahre Nationalität erst schaffen; und diese läßt sich nur begreifen in der vollen uneingeschränkten politischen Freiheit und Selbständigkeit, im Selbstbestimmungsrecht des Volkes, verbunden mit seiner auf sicheren Grundlagen gestellten wirtschaftlichen und sozialen Wohlfahrt. Deshalb, weil wir die Ueberwindung der Klassengegensätze und Klassenherrschaft erstreben, nennen uns die sogenannten Staatserhaltenden den „inneren Feind".

Es ist absolut unlogisch, den Militarismus und die Wehrpflicht unter dem Gesichtspunkte der „Religion", des „Christentums" zu fassen. Dem unverfälschten „christlichen" Ideal, wonach der Angegriffene sich ruhig den Streichen des Angreifers darbieten und die Entscheidung Gott anheimstellen soll, ist das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht scharf entgegengesetzt. Dieses Ideal hat nichts gemein mit dem Wesen der menschlichen Gesellschaft und dem der Menschen überhaupt. Nur in diesem Wesen, welches nicht frommes Dulden und blöde Unterwerfung unter Ungerechtigkeit kennt, ist das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht begründet; nur in ihm findet es auch seine ethische Rechtfertigung. Man stelle sich doch nur vor, wie die menschliche Gesellschaft entstand. Wir sehen sie aus tiefster Barbarei sich aufringen zu immer höherer Stufe der Kultur; ihre Entwicklung war ein ununterbrochener Kampf. Es läßt sich keine Entstehung eines gesellschaftlichen Verbandes, von den primitivsten Stufe an, denken, ohne gegenseitige Verpflichtungen der Hülfe, der Abwehr und Sühne für erlittene Unbilden. Solche Verpflichtungen haben schon in der Gens der Urgesellschaft existiert, in einer Zeit, in der von einem politischen Verband noch keine Rede war. So findet sich in der ersten geschichtlichen Zeit der Germanen der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht entwickelt als integrierender Teil des Prinzips der vollen Volkssouveränität, welcher sich in die Worte faßt: „Jeder freie Mann soll Gesetzgeber, Richter und Wehrmann sein." Nicht im Dienste eines Herrn, nicht als willenloses Werkzeug eines herrschenden Sonderinteresses war der Germane jener Zeit wehrpflichtig, sondern im Dienste der Gemeinsamkeit, über deren Einrichtungen er mit waltete und bestimmte, und bei der auch die Entscheidung über Krieg und Frieden lag.

Adliges und pfäffisches Großgrundbesitzertum hat, nachdem es unter allmählicher Ueberwindung der Volksrechte und -Freiheiten zur sozial maßgebenden Macht geworden, das Schwinden der allgemeinen Wehrpflicht bewirkt. Ihm erlagen die kleinen Freien; sie wurden zu Unfreien gemacht; ihnen wurde das Recht der Wehrhaftigkeit genommen; ihre Wehrpflicht wurde Sklavendienst. Die Heerbannpflichtigkeit im Dienst eines Herrentums hat, so besonders schon zur Zeit Karls des „Großen", wesentlich mit dazu beigetragen, auf den Trümmern der Volksfreiheit das System der Hörigkeit und Leibeigenschaft zu errichten und zu festigen. Denn diese Pflichtigkeit bewirkte den völligen wirtschaftlichen Ruin, die absolute Verarmung und damit die völlige Entrechtung und Unterdrückung der kleinen Freien.

Im späteren Mittelalter entstanden die Söldnerheere und an deren Stelle traten in der neueren Zeit die zwangsweise zusammengebrachten Heere als das Eigentum der absoluten Herrscher von Gottes Gnaden, die nach Willkür über ihre Untertanen verfügen, sie rücksichtslos ihrem Herrschaftsinteresse, ihrem Größenwahne, ihrer Eroberungssucht aufopfern konnten. Deutsche Fürsten gaben im letzten Drittel des achtzehnten Jahrhunderts das verbrecherische Beispiel, Tausende der Söhne ihrer Länder gegen hohen Gewinn zwangsweise an England zum Dienst im Unabhängigkeitskriege der Nordamerikaner gegen die Freiheitskämpfer auszuliefern.

Bis in den Anfang des vorigen Jahrhunderts hinein dauerten die Systeme der Conscription, mit deren Hülfe besonders Napoleon I. seine ungeheuren Heeresmassen aufbrachte; wer irgend tauglich erschien zum Militärdienst, wurde zu ihm gezwungen. Seit Anerkennung des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht ist noch kein Jahrhundert verflossen.

Mit diesem Prinzip verbindet sich allerdings, selbst in seiner vollkommensten und reinsten praktischen Bewährung, auch ein Zwang. Es kommt nur darauf an, von was für Voraussetzungen dieser Zwang bestimmt wird.

Der liberale Staatsrechtslehrer Bluntschli meint: ein Zwang, welcher die Individuen ohne Not aus ihren bürgerlichen Verhältnissen, aus ihrer Wirtschaft, ihrem Gewerbe, ihren Studien herausreißt und dieselben auf viele Jahre hin, die sie dem Militärdienst opfern müssen, entfremdet, sei „ein sehr bedenklicher Eingriff in die persönliche Freiheit".

Es ist das eine Lehre, die unter Umständen dem Sonderinteresse der besitzenden Klassen zu statten kommt, als dem militärischen Repräsentativsystem entsprechend erachtet werden kann, denn: wer, wenn es ihm freisteht, im Militär zu dienen, wird die Last mit Hülfe seines Geldes nicht abwälzen auf den Armen, auf den, der Sklave seiner Verhältnisse ist?

Und doch ist Bluntschlis Lehre anzuerkennen in Rücksicht auf das heutige militärische System; dasselbe beeinträchtigt in der Tat mit seiner zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie, die jetzt gesetzlich festgelegt werden soll, und mit seiner dreijährigen für die Kavallerie ohne Not, ohne zwingende Gründe in hohem Maße die persönliche Freiheit. Es bedarf nicht des stehenden Heeres und nicht zwei- und dreijährigen Drills, um die Nation wehrfähig zu machen und zu erhalten; eine wirkliche Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit schließt stehendes Heer und mehrjährige, im Interesse des militärischen Drills geforderte Entfremdung vom bürgerlichen Beruf vollständig aus.

Wir werden festzustellen haben, wie sehr das Sonderinteresse der besitzenden, der herrschenden Klassen das formell anerkannte Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht durchbricht. Diese Klassen haben für ihre Söhne den gesetzlichen Zwang zur Wehrpflicht erheblich gemildert, indem sie das dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht widerstreitende Institut der Einjährig-Freiwilligen erlangten, so daß den Armen, den Unbemittelten die schwersten militärischen Lasten aufgebürdet sind. Diese Tatsache in Verbindung mit der, daß das stehende Heer überhaupt schwer schädigend in die bürgerlichen Verhältnisse der arbeitenden Volksmassen eingreift und die persönliche Freiheit weit mehr, als nach dem Prinzip der Wehrhaftigkeit geboten, einschränkt — diese Tatsache ist es, gegen die jede Kritik, welche diesem Prinzip ehrlich genügen will, in erster Linie schärfstens sich richten muß. Den Anfang mit solcher Kritik haben die Sozialdemokraten in der Budget-Kommission des Reichstages vor einigen Tagen gemacht, indem sie die Abschaffung des Privilegs des Einjährigendienstes forderten.

Damit wollen wir im nächsten Artikel uns beschäftigen.

Die Revolution in Rußland.

Der russische Minister des Innern, der Beauftragte der Großfürstenbande, Bulygin, ließ dem Petersburger Korrespondenten des „Daily Chronicle" folgende schriftliche Darstellung seiner Politik zugehen: „Die Behauptung, meine Politik sei reaktionär, ist bloßes Gerede. Das Ziel, das ich bei der Uebernahme des Ministeriums des Innern in erster Linie im Auge hatte, ist die Ausführung der in dem Manifest vom 25. Dezember angekündigten Reformen. Ich werde diese Reformen streng durchführen. Ich billige die Teilnahme von Volksvertretern an der Gesetzgebung, aber unter der Bedingung, daß die Autokratie, das Fundament Rußlands, erhalten bleibt. Ich bin nicht der Ansicht, daß diese die Form des Semski Sobor annehmen wird. All das Geschwätz über Einberufung eines Semski Sobor ist Zeitungsphantasie. Ich bin entschieden zu gunsten einer Erweiterung der lokalen Semstwo-Selbstverwaltung zu provinzialen Institutionen, doch müssen dabei die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Die gegenwärtigen Ruhestörungen haben zwei Gründe. Erstens den ostasiatischen Krieg, dieser ist der Hauptgrund. Der zweite — sind die ernsten Fehler und die Untätigkeit der Regierung, die einen plötzlichen Wechsel von der strengen Herrschaft Plehwes zu dem ungeeignet milden System des Fürsten Mirski gestattete. Ich möchte nicht prophezeien, daß die Ruhestörungen bald aufhören werden. Der Brand kann nicht auf einen Schlag gelöscht werden. Ich rechne mit einem energischen Kampf. Vereinzelte terroristische Handlungen, wie die Ermordung des Großfürsten Sergius, werden die Regierung nicht um einen Zoll von ihrer vorgesetzten Politik abbringen. Dagegen ist es wohl möglich, daß wiederholte terroristische Ausschreitungen dadurch, daß die ganze Kraft der Regierung für ihre Unterdrückung in Anspruch genommen wird, die Ausführung von Reformen unmöglich machen. Meine Politik möchte ich durch die Erklärung charakterisieren, daß sie die erregten Gemüter beschwichtigen und nur auf normalen und natürlichen Wegen reformatorisch wirken soll. Auf die Frage, ob die bevorstehende Zusammenkunft der Semstwos, welche Angelegenheiten der lokalen Verwaltung erörtern soll, über diese Grenzen hinausgehen und sich mit der hohen Politik beschäftigen dürfen werde, antworte ich, daß nichts derartiges gestattet werden wird."

Mit anderen Worten: Alles bleibt beim Alten! In der Tat ist ja auch nicht anzunehmen, daß die herrschende Klique sich freiwillig eine Kontrolle auferlegen läßt; darunter würde ihr Geschäft, der organisierte Raub, zu sehr leiden. So wird man die stolzen Herren eben zwingen müssen, sei es auch durch terroristische Mittel.

Die Revolutionäre wissen das und setzen die Kampagne fort. In der vergangenen Nacht ereignete sich auf dem Theaterplatz in Moskau eine starke Explosion; mehrere Personen, wovon eine verwundet wurde, wurden verhaftet.

Nach einer Petersburger Meldung der „Voss. Ztg." wurde der älteste Kaiserpage, der durch Kameraden wegen feindlicher Gesinnung angezeigt worden war, auf Veranlassung des Großfürsten Konstantin für geisteskrank erklärt. Die Untersuchung förderte am Sonnabend einen belastenden Briefwechsel, sozialistische Schriften und chemische Präparate zu Tage.

Fast alle Arbeiter der Petersburger Druckereien befinden sich im Ausstand, so daß die Zeitungen nicht werden erscheinen können. — An die streikenden Arbeiter der Putilowwerke, der Kanonenfabrik, der baltischen Werft und der Waggonfabrik ist die Aufforderung zur Aufnahme der Arbeit ergangen, da neue Rüstungen geplant seien. Die Arbeiter antworteten, daß von der Freilassung ihrer Vertrauensmänner ihre Haltung abhängen werde. — In einem offenen Brief greift die Gesellschaft der Ingenieure in den schärfsten Ausdrücken Schidlowsky, den Vorsitzenden der kürzlich wieder aufgelösten Arbeiterreform konferenz an, weil er die moralische Verantwortung für die Verhaftung der Arbeitervertreter trage, da er feierlich deren Unantastbarkeit zugesichert habe. Die Empörung der Arbeiterbevölkerung über diesen unerhörten Rechtsbruch ist ungeheuer. Tausende Arbeiter verlassen Petersburg. Die Stockung der Fabrikbetriebe greift infolgedessen immer weiter.

Der „Raprzod" meldet aus Bjelostok: Vor fünf Tagen fand in einer Vorstandt eine Arbeiterversammlung zur Besprechung der gegenwärtigen Lage statt. Als eben der zweite Redner das Wort ergreifen wollte, drangen unter Führung eines Polizeikommissars und eines Revierbeamten Soldaten in den Saal, um die Versammlung zu sprengen. Die Menge wollte flüchten, aber Agitatoren forderten sie auf, standzuhalten und sich zur Wehr zu setzen. Als hierauf der Polizeikommissar gegen einen Agitator den Revolver richtete, wurde er selbst von zwei Revolverkugeln, die aus der Menge auf ihn abgefeuert wurden, durchbohrt und sank sofort tot zu Boden. Außerdem wurden noch ein Polizeibeamter und ein Soldat getötet. Auch unter den Versammelten gab es zahlreiche Verwundete. Mehr als 50 Personen wurden verhaftet.

Die Direktion des Schienenwalzwerks von Briansk weigert sich, den Forderungen der Arbeiter nachzukommen. Ferner feiern die Arbeiter der Maschowgesellschaft und drohen, in der Stadt Ruhestörungen zu veranstalten. Infolgedessen wurden das Renteigebäude, das Arsenal, die Branntweinniederlage, die Bank und das Postamt militärisch bewacht. Auf einigen Gütern und Kronforsten fällten die Bauern eigenmächtig das Holz und verkauften es zu Spottpreisen.

Drei große Zuckerfabriken in der Gegend von Kiew, dem Großfürsten Michael Alexandrowitsch, dem Baron Meyendorff und den Tereschtschenkoschen Erben gehörig, sind von aufrührerischen Bauern vollständig eingeäschert worden. Eine bei Dmitrowsk, im Gouvernement Orel, belegene Besitzung des Großfürsten Sergius wurde ausgeplündert, die dort befindlichen industriellen Anlagen wurden niedergebrannt.

Eine sensationelle Meldung bringt die Petersburger „Nowosti". Sie kündigt den Generalstreik auf der sibirischen Bahn an. Es würde niemand überraschen, heißt es in dem Artikel, wenn in diesen Tagen aus Sibirien die Meldung kommt, daß die Arbeiter und das Personal der sibirischen Bahn in den Ausstand eingetreten sind. Gerüchte über eine solche Eventualität sind schon lange im Umlauf; die letzten Nachrichten lauten jedoch sehr bestimmt und ernst. Bricht dieser Ausstand in der Tat aus, so ist Kuropatkin aller Nachschübe aus Europa, aller Munitions- und Proviantlieferungen beraubt. Er wäre dann gezwungen, mit den Ueberresten seiner Armee zu kapitulieren. Eine Neubesetzung der Tausende von Kilometer langen Bahnlinie mit Arbeitswilligen ist zunächst unmöglich.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, den 14. März.

Bekanntlich hat der Seniorenkonvent gestern den Vorschlägen des Bureaus des Reichstages, die die Fertigstellung des Reichshaushaltsetats bis zum 1. April bezwecken, im Prinzip zugestimmt. Da es bis zu einem gewissen Grade Ehrenpflicht der Parteien ist, die im Seniorenkonvent getroffenen Vereinbarungen als Richtschnur für das Verhalten im Plenum zu betrachten, so haben wir gegenwärtig nicht nur kontingentierten Spiritus, sondern auch kontingentierte Reichstagsreden. Bis zum 1. April ist Pflicht der Mitglieder des Hauses, „Maß" zu halten beim Reden.

Der Verlauf der heutigen Sitzung entsprach dem aufgestellten Programm; die auf die Tagesordnung gesetzten Gegenstände wurden erledigt. Mehr als ein Drittel der Sitzung wurde ausgefüllt von der Debatte, die sich an das Kapitel „Patentamt" knüpfte. Die Nationalliberalen verlangen in einer Resolution Reform des Patentgesetzes, des Gesetzes, betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern und des Gesetzes zum Schutz der Warenbezeichnungen. Es wurde sehr viel über den Mißbrauch dieser Gesetze und über die Ueberlastung des Patentamts geklagt. Letztere sei insbesondere schuld, daß die Anmelder eines Patents jahrelang warten müssen, bis sie in den Besitz des Patents gelangen. Auch den Erfindern wurde manches gute Wort gewidmet; wenn Worte Taten wären, würde es ihnen besser gehen, als es jetzt im allgemeinen der Fall ist.

Unser Genosse Ehrhart nahm Gelegenheit, den Herren zu erklären, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der mittellose Erfinder stets nur Ausbeutungsobjekt der Besitzenden sein und bleiben werde und daß der heutige Staat zu einer befriedigenden Lösung dieser Frage außer stande sei. Nichtsdestoweniger sei die Sozialdemokratie auch heute schon bereit, die bessernde Hand mit anzulegen.

Eine scharfe Kritik erfuhr bei dieser Gelegenheit der Unfug der Geheimmittelanpreisung. Die Fabrikanten und Verschleißer dieser fragwürdigen Produkte versehen die Umhüllung oder Verpackung derselben mit dem Vermerk: „Gesetzlich geschützt", und erwecken dadurch beim Publikum den Glauben, daß das Produkt von den zuständigen behördlichen Instanzen geprüft und für gut befunden sei, während in Wirklichkeit nur die Wortmarke oder das auf der Umhüllung sich befindende Bild durch den Vermerk vor Nachahmung geschützt ist. Es steht außer allem Zweifel, daß, da dieser Unfug durch die betreffenden Gesetze geradezu großgezogen ist, eine baldige Reform dieser Gesetze geboten erscheint. Die Resolution wurde denn auch durch unsere Unterstützung mit großer Mehrheit angenommen.

Beim Kapitel „Reichsversicherungsamt" brachte das Zentrum durch den Mund des Abgeordneten Erzberger wieder einmal seine Schmerzen hinsichtlich der Nichtheranziehung katholischer barmherziger Schwestern zur Krankenpflege in den Heilstätten vor. Ihm wurde in treffender Weise von unserem Genossen Robert Schmidt geantwortet, daß man sich doch endlich dazu bequemen möge, die Heilstätten als religiös neutrale Anstalten zu betrachten, wo es nur darauf ankomme, den Kranken bezw. Verletzten in möglichst kurzer Zeit ihre Gesundheit wieder zu verschaffen. Schmidt rechnete dann gründlich mit dem Staatssekretär Grafen Posadowsky ab hinsichtlich der von ihm verbreiteten und schon im Leitartikel unseres Blattes vom letzten Sonntag scharf kritisierten Anschauung von der „Sucht der Arbeiter nach Rente" und unterzog dabei die ganze Versicherungsgesetzgebung, insbesondere das Verfahren bei der Wahl von Arbeitervertretern, einer scharfen Kritik. Posadowskys Antwort befriedigte niemanden, denn sie bestand nur in der Behauptung, daß der von Schmidt scharf angegriffene Nervenarzt — der Gewährsmann Posadowskys — doch ein sozialpolitisch gebildeter und nicht, wie Schmidt erklärt hatte, ein sozialpolitisch rückständiger Arzt sei. Die Arbeiter werden wissen, was sie von einem solchen Arzt und einer Regierung, die solche Ansichten verteidigt, zu halten haben. Auch unser Genosse Körsten fand noch Gelegenheit, die Mangelhaftigkeit des Unfallversicherungsgesetzes und die Säumigkeit der Berufsgenossenschaften, wenn es gilt, für die Verletzten nach Ablauf der Karenzzeit einzutreten, in treffender Weise kritisch zu beleuchten. Wenn die Regierung nur den Willen zum Helfen hätte — an Material fehlt's ihr auch in diesem Jahre nicht.

Nicht unbedingt ablehnend gegen eine Reichserbschaftssteuer hat sich bei der gestern kritisierten Debatte im preußischen Abgeordnetenhause der preußische Finanzminister von Rheinbaben verhalten. Der nach den Landtagsberichten Berliner Blätter wiedergegebene Passus der Rheinbabenschen Rede war nicht völlig korrekt. Nach dem stenographischen Bericht lautet er:

„Daß der Misere der Reichsfinanzen abgeholfen werden muß, ich glaube, darüber werden wir alle einig sein. (Sehr richtig!) Aber welcher Weg dafür zu wählen ist, darüber sind die Verhandlungen noch in keiner Weise abgeschlossen, selbst im Reichsschatzamt noch nicht, und noch weniger ist eine Vorlage an das Staatsministerium oder gar an den Bundesrat gelangt. Bei dieser rein präparatorischen Lage der ganzen Sache bin ich außer stande, meinerseits hier eine Erklärung abzugeben. Ich möchte nur betonen, daß meines Erachtens von einem Wegfall der preußischen Erbschaftssteuer gar keine Rede sein kann; denn ich wüßte nicht, wie die Bundesstaaten dazu kommen sollten, auf den Ertrag zu verzichten, den sie gegenwärtig haben. Es ist für Preußen ein Objekt von 11 Millionen, auf das wir niemals verzichten können. Ebenso pflichte ich Herrn Abg. v. Heydebrand darin bei, daß der Weg einer Reichs-Einkommensteuer für die Bundesstaaten vollkommen ungangbar ist. Auf diese wenigen Bemerkungen muß ich mich gegenwärtig beschränken; ich würde fürchten müssen, sonst in die Verhandlungen einzugreifen, die gegenwärtig bei den Reichsinstanzen schweben."

Herr von Rheinbaben will sich also nur nicht die 11 Millionen entgehen lassen, die jetzt Preußen aus der Erbschaftssteuer zieht. Ob er daneben eine Reichserbschaftssteuer für möglich hält, hat er nicht verraten. Viel Liebe wird er zweifellos einem etwaigen darauf hinsteuernden Plane des Reichsschatzsekretärs nicht entgegenbringen. Sehr entschieden war dagegen die Ablehnung der Reichseinkommensteuer; dieser Weg soll nicht nur für Preußen, sondern auch für die übrigen Bundesstaaten „ungangbar" sein. In der Beziehung ist also offenbar auch von Herrn v. Stengel nichts zu befürchten. Die einzelstaatlichen Finanzminister können sich beruhigen.

Die Verfassungswidrigkeit der Flußschiffahrts-Abgaben, wie sie durch die preußische Kanalvorlage unter Zustimmung der preußischen Regierung vorgesehen worden sind, wird von Professor Dr. Löning-Halle, einem Mitgliede des preußischen Herrenhauses, in einem Artikel in der „Deutschen Juristenzeitung" sehr scharf betont. Der Verfasser schließt seine Ausführungen wie folgt:

„Wird § 19 (der Kanalvorlage) in seiner jetzigen Gestalt Gesetz, so sind seine Bestimmungen so lange nicht ausführbar, als die Reichsverfassung und die völkerrechtlichen Verträge nicht geändert sind. Der preußischen Regierung wird dann aber die Pflicht obliegen, darauf hinzuwirken, daß sie abgeändert werden. Haben diese Bemühungen bis zur Vollendung des Rhein — Weserkanals oder einer Teilstrecke desselben keinen Erfolg, so wird nicht eine Aufhebung des § 19 erforderlich sein, um sie in Betrieb zu setzen. Der § 19 enthält die stillschweigende, aber selbstverständliche Klausel, daß seine Vorschriften nur soweit auszuführen sind, als dies nach der Reichsverfassung und den völkerrechtlichen Verträgen zulässig ist. Ein preußisches Gesetz kann nicht bezwecken, die Staatsregierung zu Handlungen zu verpflichten, die nach der Reichsverfassung rechtswidrig sind."

Das ist nur zum Teil richtig. Eins ist dabei übersehen. Die preußische Regierung dürfte überhaupt ein Gesetz gar nicht erst beschließen lassen, das in Widerspruch mit der Reichsverfassung steht; sie darf vor allem ein solches Gesetz nicht in Kraft setzen, bevor nicht der Widerspruch mit der Reichsverfassung beseitigt ist, sei es, daß diese, sei es, daß der § 19 der Kanalvorlage geändert wird. Die Regierung darf an den Bau der Kanäle erst gehen, wenn dieser Widerspruch beseitigt ist; sie kann unseres Erachtens die Kanalvorlage nicht unter königlicher Sanktion publizieren lassen und mit dem Bau beginnen, in der Hoffnung, daß es bis zur Inbetriebnahme der Kanäle gelingt, eine Aenderung der Reichsverfassung herbeizuführen.

Ueber die Anwendung der bedingten Begnadigung ist dem Reichstage eine Zusammenstellung für die Zeit bis Ende 1904 zugegangen. Insgesamt ist seit der Einführung der bedingten Begnadigung bis Ende 1904 in 80 830 Fällen die Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht auf Begnadigung gewährt worden. Für das Jahr 1904 beträgt die Zahl 14 783. Die Maßregel kam in 76 pZt. der Fälle Personen männlichen Geschlechts, in 24 pZt. Personen weiblichen Geschlechts zu gute. Dabei kamen 4/5 aller bedingten Begnadigungen auf Jugendliche, und zwar, abgesehen von 3 pZt., auf noch nicht mit Freiheitsstrafe bestrafte Jugendliche. Die strafbare Handlung, auf welche sich die Begnadigung bezog, war in 66 pZt. der Fälle ein Vergehen, in 21 pZt. ein Verbrechen und in 13 pZt. eine Uebertretung. Die Dauer der angesetzten Gefängnisstrafe betrug in 3/5 der Fälle eine Woche oder weniger, nur in 1/7 der Fälle überstieg sie einen Monat. Die Bewährungsfrist war in 76 pZt. der Fälle auf weniger als drei Jahre bemessen, in 24 pZt. auf drei Jahre oder mehr. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre haben 79,9 pZt. der Fälle einen günstigen Ausgang gehabt.

Zur Beurteilung der Bergarbeiterklagen gibt die im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Nachweisung über die im 4. Quartal und im ganzen Jahre 1904 in den Hauptbergbaubezirken Preußens verdienten Bergarbeiterlöhne nicht uninteressantes Material an die Hand. Beim Steinkohlenbergbau erreichte im 4. Quartal 1904 die Gesamtbelegschaft die bisher noch nie dagewesene Höhe von 436 487 Köpfen. Im Durchschnitt des ganzen Jahres 1904 betrug sie 430 347 gegen 411 875 im Jahre 1903, 394 180 im Jahre 1902, 391 728 im Jahre 1901 und 361 391 im Jahre 1900. Die Zunahme gegenüber dem Jahre 1903 betrug also 18 472 Mann. An ihr ist allein der Oberbergamtsbezirk Dortmund mit rund 14 000 Mann beteiligt (262 037 gegen 248 120); auf das Aachener Revier entfällt die prozentual sehr starke Steigerung von 13 178 auf 14 688 Mann. Die Staatswerke bei Saarbrücken hatten eine Zunahme von 43 811 auf 44 949, das oberschlesische Revier zeigt eine Steigerung von 82 213 auf 83 391, das niederschlesische eine solche von 24 553 auf 25 282. Die durchschnittliche Zahl der auf einen Arbeiter entfallenden verfahrenen Schichten ist in Ober- und Niederschlesien um je 1 gestiegen, dagegen im Dortmunder Bezirk um 7, im Aachener um 4 und im Saarbrückener um 1 zurückgegangen. Der Schichtlohn ist aber, abgesehen von Oberschlesien, wo er der gleiche geblieben ist, überall gestiegen, und zwar in Niederschlesien um 4 ₰, in Saarbrücken um 9 und in Dortmund und Aachen um je 10 ₰ für die Schicht. Der gesamte reine Lohn (nach Abzug aller Arbeitskosten, sowie der Knappschafts- und Invalidenversicherungsbeiträge) ist im Steinkohlenbergbau um mehr als 24 Millionen Mark gestiegen; er betrug nämlich 474,1 Millionen Mark, gegen 449,7 Mill. i. J. 1903, 409,9 i. J. 1902, 435,4 i. J. 1901, 427,7 i. J. 1900 und 366,4 i. J. 1899. Allein im Dortmunder Revier hat eine Steigerung von 299,0 auf 316,6 Mill. Mark stattgefunden, ferner sind beteiligt an der Zunahme das Aachener Revier mit 2,0, das Saarbrückener mit 1,5 das oberschlesische mit 1,5 und das niederschlesische mit 1,0 Millionen Mark. Das Wachsen dieser Gesamtsummen der bezahlten Löhne kommt jedoch in der Hauptsache auf das Konto der größeren Arbeiterzahl, denn der auf den Arbeiter entfallene durchschnittliche Jahreslohn ist zwar auch in allen Bezirken gestiegen, aber in äußerst geringfügigem Maße, im Dortmunder um ℳ 3, im oberschlesischen um 4, im niederschlesischen um 16, im Aachener um 18 und im Saarbrückener um ℳ 29. Am höchsten war er im Dortmunder Bezirk mit ℳ 1208, am niedrigsten im oberschlesischen mit ℳ 836. Die Lohnverhältnisse des Jahres 1900 sind noch lange nicht wieder erreicht; damals verdiente der Arbeiter im Dortmunder Bezirk ℳ 124 mehr als im Jahre 1904. Im Braunkohlenbergbau, wo die amtliche Statistik zum ersten Male außer dem Bezirk Halle auch das linksrheinische Revier berücksichtigt, ist die Arbeiterzahl zwar ein wenig zurückgegangen, aber die Zahl der Schichten und der Schichtlohn sind gestiegen, so daß sich der auf einen Arbeiter entfallene Gesamtlohn im Bezirk Halle um ℳ 29, im linksrheinischen Revier sogar um ℳ 49 erhöht hat. Der Salzbergbau zeigt bei einer Steigerung der Belegschaft um 270 Mann eine Zunahme der Arbeitsschichten um 5, so daß bei gleichgebliebenem Schichtlohn sich das durchschnittliche Einkommen des Arbeiters um ℳ 19 erhöht hat. Beim Erzbergbau ist in den berücksichtigten fünf Bezirken die Arbeiterzahl von 46 501 auf 47 212 gestiegen. Die Zahl der verfahrenen Arbeitsschichten hat sich überall außer im Siegen-Nassauer Bezirk erhöht, der Schichtlohn ist durchweg gestiegen bis zu 15 ₰ im Mansfelder Kupferschieferbergbau, wo sich auch der Durchschnittslohn des Arbeiters um ℳ 52 erhöht hat. Im Siegen-Nassauer Revier ist der Lohn um ℳ 2 zurückgegangen, im sonstigen rechtsrheinischen um ℳ 14, im linksrheinischen um ℳ 28 und im Oberharz um ℳ 20 gestiegen.

Erwägt man, daß die Arbeit in den Gruben mit der zunehmenden Tiefe der Arbeitsorte von Jahr zu Jahr beschwerlicher und ungesunder wird, daß außerdem die Kosten für den Lebensunterhalt fortgesetzt wachsen und durch die agrarische Politik der Re-

gierungen, im besonderen durch die neuen Handelsverträge, noch immer weiter hochgetrieben werden, so kann man die unter den Bergleuten herrschende Erbitterung, die zu dem großen Streik führte, verstehen.

Für die Umgestaltung des Strafprozeßwesens machte Professor Dr. v. Liszt im Berliner Verein „Waldeck" beachtenswert. Vorschläge. Er begann mit dem Ausdruck der Erwartung, daß die amtliche Kommission, die mit dem Entwurf zu einer neuen Strafprozeßordnung betraut ist, noch im Laufe des Sommers ihre Arbeiten zu Ende führen würde. Dann ging der Vortragende auf die Organisation unserer Strafgerichte erster Instanz ein. Was bisher über die Arbeiten der Kommission in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, zeigt, daß eine konsequente Durchführung der Schöffengerichte und die Gewährleistung der Berufung bei allen Gerichten geplant ist. An die Stelle der Strafkammern sollen mittlere Schöffengerichte und für die Schwurgerichte große Schöffengerichte treten, so daß man künftig mit drei verschiedenen Schöffengerichten zu rechnen hätte. Empfiehlt sich nun dieser Vorschlag vom liberalen Standpunkte aus, und sollen wir das Schwurgericht aufgeben? Die Frage kann nur richtig beantwortet werden, wenn man die Vorzüge und Schwächen berücksichtigt, die den Schöffen- und Schwurgerichten anhaften. Das Schwurgericht in seiner heutigen Form zeigt den Mangel, daß die Geschworenenbank zu wenig Rechte besitzt, namentlich bei der Beweisaufnahme. Sie hat hier mehr eine passive Rolle. Hier steht das Schöffengericht höher, weil jeder Schöffe dasselbe Recht hat wie der Richter. Weitere Mängel der heutigen Schwurgerichte sind: die Bevormundung der Geschworenen durch die Frageformulierung, Rechtsbelehrung usw. Die beiden Beisitzer am Richtertische könnten fallen, dafür hätten jedoch die Geschworenen am Richtertisch Platz zu nehmen, um gemeinschaftlich mit dem Vorsitzenden während der ganzen Beweisaufnahme die sämtlichen richterlichen Funktionen auszuüben und durch Stimmenmehrheit zu entscheiden. Vom liberalen Standpunkte aus kann gegen eine solche Erweiterung der Geschworenenbefugnisse nichts eingewendet werden. Auch an der Fragestellung muß unbedingt festgehalten werden, doch müßte hier eine Reformierung einsetzen. Unbedingt muß verlangt werden, daß die Geschworenen mit dem Vorsitzenden gemeinsam zunächst einmal die Fragen festsetzen. Auch muß den Geschworenen das Recht eingeräumt werden, über die Straffrage mit zu entscheiden und daneben die Strafabmessung mit zu bestimmen. Jede Bevormundung der Geschworenen (Rechtsbelehrung usw.) muß wegfallen. Sie müssen vielmehr volle Richterqualität erhalten. Unter diesen Voraussetzungen ist die Beibehaltung des Schwurgerichts wünschenswert. — Was künftighin die Berufungen anbelangt, so blieben die eigentlich nur auf das Schöffengericht beschränkt, weil ja die Strafkammern ausgeschaltet werden sollen und Berufungen gegen Schwurgerichtsurteile selten zu erwarten wären, zumal solche schon unter dem heutigen Schwurgerichtsverfahren fast gar nicht vorkommen. Um nun aber dem Volke das Vertrauen zu diesem Gericht zu erhalten, muß gefordert werden, daß unter den Schöffen und Geschworenen eine gute Auswahl getroffen werde, und zwar unter Berücksichtigung aller Bevölkerungsschichten. Von besonderer Wichtigkeit erscheint es indes auch, daß die Justizverwaltung vorsichtig ist in der Wahl des Vorsitzenden. Wer als Vorsitzender sich ungerechte Kritiken an den Geschworenen- und Schwurgerichten erlaubt, muß hinweggefegt werden.

Die umfassendere Heranziehung des Laienelements zur Rechtsprechung ist zweifellos ein Vorteil und geeignet, die Gerichte vor juristischer Verknöcherung zu bewahren, der sie seit langem immer mehr verfallen. Die Auswahl der Schöffen und Geschworenen darf aber selbstverständlich nicht in dem Sinne geschehen, daß die Gerichte noch schärfer einen Klassencharakter aufgeprägt erhalten, indem man nur die Besitzenden dazu heranzieht. Um allen Bevölkerungsschichten die Teilnahme an der Rechtsprechung zu ermöglichen, müssen aber die Beisitzer für ihre Versäumnisse entschädigt werden.

Dem Studententag, der gegenwärtig in Eisenach tagt, hat der Kaiser auf ein an ihn gerichtetes Huldigungstelegramm eine Antwort erteilt, die die edlen Kämpfer für die „akademische Freiheit", welche die Freiheit Andersdenkender beschränken möchte, wahrscheinlich nicht sonderlich erfreuen wird. Das Antworttelegramm des Kaisers lautete:

„Ich habe den Huldigungsgruß entgegengenommen in dem Vertrauen, daß Ihr Studenten stets bestrebt sein werdet, die Geistesfreiheit durch die Achtung vor der Ueberzeugung Andersdenkender hochzuhalten."

Das hatten die teutschen Jünglinge, die den katholischen Studentenvereinen das Existenzrecht nehmen wollten, wohl nicht erwartet.

Ein Gesetzentwurf über das Vereins- und Versammlungsrecht ist dem Landesausschuß von Elsaß-Lothringen zugegangen. Mindestens sieben Personen machen einen Verein aus, auf den das Gesetz zutrifft. Der Vereinsvorstand hat innerhalb acht Tagen nach Bildung des Vereins dessen Namen und Sitz unter Vorlage der Satzungen und eines Mitgliederverzeichnisses dem zuständigen Kreisdirektor (Polizeidirektor) anzuzeigen. Vereinstrachten, Fahnen oder Abzeichen dürfen nur mit Genehmigung des Bezirkspräsidiums öffentlich getragen werden. Die Vereine haben ihre Satzungen in deutscher Sprache abzufassen und sich bei ihren öffentlichen Kundgebungen der deutschen Sprache als Geschäftssprache zu bedienen. Ausnahmen können von dem Bezirkspräsidium zugelassen werden. Für das französische Sprachgebiet ist der Mitgebrauch der französischen Sprache gestattet. Vereine mit politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zwecken dürfen Minderjährige nicht als Mitglieder aufnehmen. Ausnahmen können von dem Bezirkspräsidium zugelassen werden. Mitgliederlisten sind auf Verlangen einzureichen. Vereine, die eine Einwirkung auf politische Fragen bezwecken, dürfen keine Frauen und keine Ausländer als Mitglieder aufnehmen. Vereine, die mit den Gesetzen in Widerspruch stehen, oder deren Tätigkeit den öffentlichen Frieden gefährdet, können durch den Bezirkspräsidenten mit schriftlicher Begründung aufgelöst werden.

Bezüglich des Versammlungsrechts wird in dem Entwurf bestimmt, daß an öffentlichen Versammlungen, durch die eine Einwirkung auf politische Wahlen bezweckt wird, Frauen und Ausländer nicht teilnehmen dürfen. Das Ministerium kann eine öffentliche Versammlung verbieten, wenn zu befürchten steht, daß durch ihre Abhaltung der öffentliche Friede gestört wird.

Der Entwurf soll am 1. April 1905 in Kraft treten. Der Entwurf beseitigt einige formale Härten des bisher geltenden Vereins- und Versammlungsrechtes. So nimmt er von dem Erfordernis Abstand, daß die Anzeige einer Versammlung von sieben in einer Gemeinde wohnhaften Bürgern ausgehen muß und zwischen der Aushändigung der behördlichen Bescheinigung und der Abhaltung der Versammlung drei freie Tage liegen müssen. Auch auf die vorsintflutliche Bestimmung, wonach Versammlungen nur in einem geschlossenen und gedeckten Raum abgehalten werden dürfen, wurde Verzicht geleistet.

Aber abgesehen von den prinzipiellen Bedenken gegen jedes Vereins- und Versammlungsgesetz, das stets die Einschränkung eines selbstverständlichen Rechtes bedeutet, verdient der Entwurf scharfe Kritik und Aenderung. Eine direkte Verschlechterung des bestehenden Zustandes ist die Bestimmung, daß sieben Personen bereits einen Verein bilden. Das Klubsystem, mit dem unsere Partei sich bis jetzt recht und schlecht durchgeholfen, und das hauptsächlich in den kleineren Landorten von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen, hat damit aufgehört zu existieren. Eine weitere Verschlechterung ist der Ausschluß der Minderjährigen aus öffentlichen Versammlungen und politischen Vereinen, wobei deren Zulassung noch in das Belieben des Bezirkspräsidenten gestellt ist, also der Willkür Tür und Tor geöffnet wird. Daß man die Frauen von Wahlvereinen und Wahlversammlungen fernhalten will, ist bei dem bekannten reaktionären Charakter der Regierung nicht weiter verwunderlich. Daß man aber eine Mitgliederliste einzureichen verpflichtet werden kann, daß man es gewagt, diese preußische Einrichtung nach Süddeutschland zu verpflanzen, das ist allerdings ein starkes Stück.

Fallstricke und Handhaben für Willkür enthält der Entwurf in Menge. Der Behörde ist ein unendlich weiter Spielraum gelassen. Findet sie, daß irgend ein Verein gesetzwidrige Zwecke verfolgt, daß irgend eine Versammlung zum Ungehorsam gegen das Gesetz auffordert, daß der öffentliche Frieden, die öffentliche Sicherheit gestört werden könnte, so ist sie in der Lage, den Verein aufzulösen, die Versammlung zu verbieten.

Das „Recht" hängt also ganz vom Willen der Polizei ab. Sie entscheidet darüber, was „gesetzwidrig" ist, was den „öffentlichen Frieden", die „öffentliche Sicherheit" stören könnte. Mit diesen Bestimmungen in der Hand kann die Polizei jeden Verein, der ihr unbequem erscheint, jede Versammlung, die ihr nicht paßt, unmöglich machen.

---

r. **Aus der Schweiz.** Bei den Großratswahlen im Kanton Waadt wurden zehn Sozialdemokraten gegenüber den verbündeten Bürgerlichen gewählt, womit unsere Partei ihre bisherige Vertretung behauptete. Leider ist die sozialdemokratische Stimmenzahl zurückgegangen. In Montreux wurde ein Genosse beim Ankleben eines Wahlplakats von einem bürgerlichen Meuchelmörder angeschossen und im Oberschenkel erheblich verwundet. Die „gute Presse" schwieg das verbrecherische und gemeine Attentat auf den politischen Gegner tot, sie würde aber fürchterlich gelärmt und gehetzt haben, wenn umgekehrt ein Sozialdemokrat einen Bürgerlichen angeschossen haben würde. — Im Kanton Aargau wurden 2 Sozialdemokraten in den Großen Rat gewählt, ein bisheriger und ein neuer Vertreter. — In der Stadt Luzern haben unsere Genossen für ihr Initiativbegehren, betreffend die Proportionalwahl des Großen Stadtrates, 1857 Unterschriften gesammelt, während deren nur 300 notwendig sind. Die Unterschriften rühren zum Teil auch von den Katholiken her, die in der Stadt Luzern in der Minderheit sind, und von proporzfreundlichen Liberalen. Bei der großen Unterschriftenzahl sind die Aussichten für die kommende Volksabstimmung keine ungünstigen.

Von modernen Schatzgräbern könnte man reden, wenn berichtet wird, daß die im Kanton St. Gallen auf Grund des neuen Steuergesetzes vorgenommene Totalrevision der Steuerregister eine Vermehrung des Steuerkapitals um 237, von 375 auf 612 Millionen Franken oder um 63 pZt. ergeben hat. In zahlreichen Gemeinden hat sich reichliche Verdoppelung der bisher versteuerten Vermögenssummen ergeben. Das Einkommen hat eine Vermehrung um 85 pZt. erfahren. Infolge dieser Resultate wird der gegenwärtige Staatssteuersatz von 3,2 auf 2,2 pro Tausend ermäßigt und dabei doch noch eine Erhöhung der Vermögenssteuererträgnisse um 636 000, von 1 880 000 auf 2 516 000 Fr. erzielt. An Entlastung bringt das neue Steuergesetz die Erhöhung des steuerfreien Vermögens von 210 auf 1000 Fr. und des steuerfreien Einkommens von 800 auf 1000 Fr. Insoweit können auch die Arbeiter mit der Neuordnung des Steuerwesens im Kanton St. Gallen zufrieden sein. — Die St. Galler Regierung hat beschlossen, der Arbeitslosenunterstützungskasse der Typographia St. Gallen einen Staatsbeitrag von 540 Fr. zu gewähren.

Im englischen Unterhause erklärte am Dienstag der Premierminister Balfour auf eine Anfrage, daß nach Ansicht des Reichsverteidigungsausschusses ein Einfall in England zum Zwecke der Eroberung eine Unmöglichkeit sei. Die Frage kleinerer Einfälle sei von geringerer Bedeutung, aber verwickelter. Er glaube jedoch aussprechen zu dürfen, daß sie der Regierung keinen Anlaß zu ernstlicher Besorgnis geben könne. Balfour kündigte sodann an, daß er am Mittwoch einen Antrag stellen werde, daß der Regierung erweiterte Vollmachten gegeben werden sollen, damit über die Budgets, für die dies notwendig sei, noch vor dem Ende des Finanzjahres abgestimmt werden könne. Diese Ankündigung wurde mit Protestkundgebungen der Opposition aufgenommen.

Das Haus setzte sodann die Beratung des Marineetats fort. Im Laufe der Debatte führte Yerbourgh (kons.) aus, der wirkliche Grund für die Aenderung in der Verteilung der Flotte sei das Heranwachsen einer sehr großen Flottenmacht in der Nordsee. Die deutsche Flotte werde im Jahre 1917 aus 38 Schlachtschiffen erster Klasse bestehen, ferner aus 14 großen und 38 kleinen Kreuzern. Dies sei eine große und mächtige Flotte. Man dürfe nicht vergessen, daß sie in der Nordsee konzentriert sei. Redner fuhr fort: Man wird mir sagen, es sei nicht mit einem richtigen Einvernehmen zwischen uns und den anderen Ländern im Einklang, andere Mächte hier im Parlament im Zusammenhange mit der Vermehrung der britischen Flotte zu erwähnen. In anderen Parlamenten handelt man indessen nicht nach dieser Empfindung. Wir sehen, daß im französischen und im deutschen Parlamente die Stellung anderer Länder offen erörtert wird. Der französische Marineminister hat kürzlich eine Rede gehalten, in der er die Stärke der französischen und der deutschen Flotte verglich, und im deutschen Reichstag hat der Führer der sozialistischen Partei hervorgehoben, die gewünschte Vermehrung der deutschen Flotte könnte nur als Drohung gegen England gedacht werden. Ich bin also berechtigt, bei Beratung der Stärke der britischen Flotte die Lage der deutschen Flotte vor dem Hause zur Sprache zu bringen. Die Admiralität ist nicht gerechtfertigt, daß sie das dem Hause jetzt vorliegende kleine Schiffsbauprogramm aufgestellt hat.

Im weiteren Verlaufe der Beratung erwiderte der Parlamentssekretär der Admiralität, Pretyman, auf verschiedene Anfragen, in Sachen der Verteilung der Flotte wie des Schiffbaues gelte, daß jedes die Flotte betreffende Problem ein veränderliches Problem sei. Aus dem Umstande, sagt Redner, daß die gegenwärtigen Bedürfnisse eine Verteilung der Flotte erfordern, wie sie jetzt dem Hause vorgeschlagen ist, folgt nicht, daß sich nicht etwa in zwei oder drei Jahren neue Erwägungen einstellen, die die Regierung hindern, den gegenwärtigen Verteidigungsplan aufrecht zu erhalten. Der Voranschlag sei nach den Bedürfnissen des gegenwärtigen Budgetjahres aufgestellt, und wenn die Bedürfnisse des nächsten Jahres größere Anstrengungen erfordern sollten, so werde das Land sicherlich die nötigen Geldmittel bereitstellen. Nach weiterer Beratung wurde mit 252 gegen 105 Stimmen der für Besoldung des Marinepersonals geforderte Betrag von 6 800 000 Lstrl. bewilligt.

Um ihr indochinesisches Reich sind die Franzosen offenbar einigermaßen besorgt, nachdem der russische Bundesbruder von den Japanern so fürchterlich geschlagen worden ist. Man fürchtet, die gelbe Rasse werde eine passende Gelegenheit benutzen, um die europäischen Herren aus dem Lande herauszudrängen. Ein solcher Versuch würde aller Wahrscheinlichkeit nach im französischen Hinterindien zuerst gemacht werden. Deshalb sollen dort Vorbereitungen getroffen werden, um einem Aufstand der Eingeborenen oder einem Angriff der Japaner entgegenzutreten. Der Ministerrat ermächtigte den Minister der Kolonien, Clementel, im Sommer eine Reise von drei Monaten zur Inspektion der französischen Kolonie Indochina zu unternehmen. Er wird außer vom General Voyron noch von dem früheren Kolonialminister Doumergue und jetzigen Kammerberichterstatter für die Verteidigung Indochinas und dem Deputierten Deloncle, dem Berichterstatter über das Kolonialbudget in der Kammer, begleitet sein. Clementel erklärte einem Berichterstatter gegenüber, daß die Reise die feierliche Bekräftigung der friedfertigen Politik Frankreichs in Ostasien bilden werde. Die Tatsache, daß Voyron ihm als Begleiter beigegeben sei, beweise, daß die Reise auch eine militärische Bedeutung habe. Die Erfolge der Japaner riefen bisher unter den Annamiten und den übrigen indochinesischen Völkerschaften keine bemerkbare Bewegung hervor. Frankreich habe einen Augenblick lang Expansionsgelüste der Japaner befürchten können. Diese Befürchtung sei gegenwärtig unbegründet. Die Beziehungen Frankreichs zu Japan seien gut; in seinem Flottenstützpunkte, wie St. Jaques, besitze Frankreich für seine Flotte für mehrere Monate eine sichere Zuflucht; dem Mittelmeergeschwader werde dadurch gegebenenfalls ermöglicht werden, zur rechten Zeit in Ostasien einzutreffen. Die Verteidigung von Camranhbey an der Ostküste Indochinas und nördlich St. Jaques und Saigon werde durch vier neue Batterien verstärkt. Das Arsenal von Saigon werde auch für die Ausbesserungen der großen Kriegsschiffe eingerichtet werden.

In Macedonien ist nach einer Mitteilung des Wiener Korresspondenzbureaus seit Mitte Februar eine Zunahme des Bandenunwesens festzustellen. Nach den Konsulmeldungen haben sechs größere Bandenkämpfe, drei davon im Vilajet Ueskueb, zwei im Vilajet Monastir und einer im Vilajet Saloniki, stattgefunden; außerdem sind von den Banden kleinere Untaten und zahlreiche Morde verübt. Die Pforte beschwerte sich darüber, daß die Mohammedaner in Bulgarien verschiedenen Beunruhigungen ausgesetzt sind und daß ihre Beschwerden sowie diejenigen des Kommissars in Sofia erfolglos bleiben.

Einer Meldung aus Monastir zufolge fand am vergangenen Sonntag auf der Straße von Prilep nach Izver ein Kampf zwischen den Truppen und einer bulgarischen Bande statt. Sieben Komitatschis wurden getötet und fünf gefangen genommen. Die Truppen hatten angeblich keine Verluste. Die Bande ließ mehrere Bomben zurück. Vorgestern wurden in Monastir zwei Griechen erschossen. Infolgedessen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Pforte erhielt die vertrauliche Mitteilung, daß im griechischen Generalkonsulat zu Saloniki Waffen und Munition für griechische Banden versteckt seien. Ernstliche Beschwerdeschritte in Athen sind zu erwarten.

Präsident Castro von Venezuela macht sich wieder mausig. Aus Caracas wird über Willemstad gemeldet, daß die dortigen Europäer jetzt in Erregung seien über das Vorgehen der Behörden gegen die französische Kabelgesellschaft, wodurch jetzt die Angelegenheit der amerikanischen Asphaltgesellschaft abgelöst werde. Präsident Castro habe das Gericht angewiesen, den Vertrag mit der Kabelgesellschaft als ungültig zu erklären. Die Regierung ist ermächtigt, die Kabel zu beschlagnahmen und die Küstenkabel zu durchschneiden, um die Verbindung mit der Revolutionspartei, die angeblich in Trinidad tätig ist, zu verhindern.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 15. März.

Hamburg.

Vorlesungswesen der Oberschulbehörde. Donnerstag, 16. März: Geographie. Dr. Schott: Geographie des Atlantischen Ozeans, mit gelegentlicher Vorführung von Lichtbildern und von sonstigem Anschauungsmaterial. Letzter Vortrag. Von 8—9 Uhr Abends im Hörsaale A (Johanneum). Einlaßkarten nicht erforderlich. Sprachwissenschaften. Professor Pitollet, Agrégé de l'Université, Paris. Etudes sur le dix-huitième siècle français. 18. Vortrag: Jean-Jacques Rousseau. Von 8—9 Uhr Abends in der Aula des Johanneums. Einlaßkarten nicht erforderlich. Fräulein Pia Gelati: Impressioni d'Italia. (Eindrücke aus Italien.) Unter Vorführung von Lichtbildern. In italienischer Sprache. Letzter Vortrag: Le biblioteche. (Die Bibliotheken.) Von 8—9 Uhr Abends in der Aula des Schul- und Museumsgebäudes am Steintorplatz (Eingang vom Realgymnasium aus, an der Ecke der Altmannstraße). Einlaßkarten nicht erforderlich. — Bau- und Ingenieurwissenschaft. Baumeister Ranck: Kulturgeschichte des deutschen Bauernhauses. 2. Vortrag: Das germanische Haus vor der Völkerwanderung. Von 8—9 Uhr Abends im großen Hörsaale des Naturhistorischen Musums. Einlaßkarten nicht erforderlich. — Mathematik. Professor Dr. Schubert: Elementare Arithmetik und Algebra in didaktischer Hinsicht. (Vorkenntnisse nicht erforderlich.) Von 7½ bis 9½ Uhr Abends im Hörsaale B (Johanneum). Einlaßkarten nicht erforderlich. — Physik. Professor Grimsehl: Vorlesungen über Unterrichtsphysik, 3. Teil. Mechanik und Wellenlehre. Für Lehrer und Lehrerinnen. Von 7½ bis 9½ Uhr Abends in der Oberrealschule auf der Uhlenhorst. Die Einlaßkarten sind sämtlich ausgegeben.

„Soziale und sittliche Freiheit" lautet das Thema des öffentlichen Vortrages, den Herr Pastor v. Ruckteschell heute, Donnerstag, Abends 8½ Uhr, im großen Saale des Volksheims, Billh. Mühlenweg 41, halten wird. Wie immer, schließt sich an den Vortrag ein freier Meinungsaustausch an.

o. **Zwei Kuriositäten** besitzt der Wirt Becke (v. Salzen), Caffamacherreihe. Ein Brief, den er am 12. Juli 1900 nach Nordshields absandte, gelangte Anfang März 1905 an ihn zurück. Wo die Epistel so lange gesteckt haben mag, ist nicht zu ersehen. — Interessant ist auch eine Fahrkarte, welche gültig gewesen ist für einen Sonderzug des — Grundeigentümervereins von Groß-Flottbeck nach Hamburg-Klostertor am 22. August — — 1094. Man sieht: Sogar auf ihren Vergnügungstouren fahren die Hausagrarier rückwärts. Hier mutets humoristisch an — im öffentlichen Leben, das in Hamburg unter dem Einflusse dieser Clique steht, macht es einen viel unangenehmeren Eindruck.

Die polizeiliche Messung und Photographie hat wieder dazu verholfen, internationale Verbrecher zu identifizieren. In Nizza wurden nämlich wegen Hochstapelei zwei Männer verhaftet, die sich John Farguson bezw. Thomas Sander nannten. Die Polizeibehörde in Nizza sandte die Messungen und Photographien der Verhafteten an die Pariser Polizei und diese wiederum an die hiesige. Hier wurden an den Messungen und den Photographien die beiden internationalen Gauner erkannt, die, wie wir zur Zeit berichteten, hier im Februar 1904 bei Revision des Dampfers „Pelegrin" wegen Betrügereien verhaftet und zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Die beiden Schwindler nannten sich damals John Gilbert bezw. Thomas Hall; sie heißen aber, wie in London infolge der nach dort gesandten Messungen und Photographien festgestellt wurde, in Wirklichkeit John Breyson bezw. Ralph Maitland.

Flüchtig geworden ist ein bereits mit zwei Jahren Zuchthaus vorbestrafter Arbeiter, der von einem Geschäftswagen Kisten gestohlen haben soll und in Altona in Oelkers Allee seinen Logiswirt bestohlen hat.

Diebstähle. Mittels Zertrümmerns der Fensterscheibe wurden Weidestraße 67 aus einem Schuhwarengeschäft fünf Paar Stiefel gestohlen; der Transport-Aktiengesellschaft stahl man eine B. W. 8002 gezeichnete Kiste, Zigarren und Zigaretten enthaltend; in einem Warenhause einer in der Niedernstraße wohnenden Frau ein Portemonnaie mit ℳ 12.

Ein Leichenfledderer wurde gestern in der Person eines 28 Jahre alten Mechanikers verhaftet. Er stahl einem in der Rosenstraße wohnenden Schlosser, der betrunken auf einer Bank in den Anlagen in der Ringstraße eingeschlafen war, das Portemonnaie und die Uhr. Mehrere Knaben, die das gesehen hatten, machten einem Schutzmann Mitteilung, der den Mechaniker verhaftete. Die gestohlenen Gegenstände fanden sich in seinem Besitz.

Gefunden wurden am 26. Februar auf einer Weide zwischen Methfesselstraße und Lappenbergs Allee drei messingne Türdrücker.

Verhaftet wurde ein hier in Stellung befindlicher Süddeutscher, weil er sich ℳ 20 erschwindelt haben soll; ein Hausknecht, der Gröningerstraße mittels Nachschlüssels ein Pult geöffnet und daraus ℳ 65 gestohlen haben soll; ein 37 Jahre alter Tischler aus Bromberg, der beschuldigt wird, im Oktober v. J. in einer Herberge in der Talstraße mit noch zwei Complicen einem Knecht Uhr und Kette und das Portemonnaie mit ℳ 80 gestohlen zu haben; ein als Taschendieb bekannter 30 Jahre alter Hausknecht aus Elbing, der einem Bekannten beim Ringen ℳ 8 aus der Tasche stahl; ein aus Dänemark stammender, am Eilbeckerweg wohnender 25jähriger Fahrradhändler, der Leute engagierte, die ℳ 200 Kaution stellen mußten, die er dann für sich verbrauchte.

Gestört wurden zwei Spitzbuben, ein 32 Jahre alter Schlossergeselle und ein 24 Jahre alter Schriftsetzer, als sie das Mobiliengeschäft Sophienstraße 17 geöffnet hatten, um zu stehlen. Sie entflohen, wurden aber verfolgt und in Altona erwischt und dingfest gemacht.

Festgenommen wurden zwei Kellner wegen Diebstahls von Kleidungsstücken und eine Frau in St. Pauli wegen Hehlerei; ferner ein Postbote, der ein Postpaket mit in seine Wohnung nahm, es öffnete und den Inhalt in seinem Nutzen verwandte.

Einen guten Fang hat ein Schutzmann gemacht, als er zwei Männer, in Verbrecherkreisen unter den Namen Ernst und Gustav bekannt, verhaftete, die mittels Zertrümmerns einer Fensterscheibe Schuhwaren stahlen. Es sind hervorragende Mitglieder einer Verbrecherbande, die in der letzten Zeit in Wilhelmsburg, Harburg, Boizenburg, Stade und hier in Hamburg zahlreiche Einbrüche verübten. Zwei der Strolche sind noch durch die Flucht entkommen. Auf Festnahme der Diebe war eine nicht ganz geringe Belohnung ausgesetzt, die der Schutzmann verdient hat.

Feuerbericht. Kleinere Schadenfeuer fanden statt: In der letzten Nacht 12 Uhr Ritterstraße 31, Nachts 2 Uhr Alterwallbrücke 2; heute Nachmittag 2½ Uhr Schulterblatt 156, Haus 3.

Am heutigen 1. Ziehungstage der 5. Klasse der 327. Hamburger Stadt-Lotterie wurden die nachstehenden Nummern mit nebenstehenden Hauptgewinnen gezogen (ohne Gewähr):

Nr. 56511 mit ℳ 10 000.
Nr. 69291 mit ℳ 5000.
Nr. 498 mit ℳ 1000.
Nr. 15459 17965 30733 87182 46954 48984 74043 81096 mit je ℳ 300.
Nr. 3372 12669 17908 18009 21098 32510 37447 39736 41036 51027 60366 63749 67370 82808 mit je ℳ 200.

Hamburger Staats- u. Gemeinde-Angelegenheiten.

11. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft.

Mittwoch, 15. März, 7½ Uhr Abends.

Vorsitzender: Präsident Engel.

Eingegangen ist u. a. ein Antrag von Harten (Z.) und Genossen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, veranlassen zu wollen, daß die Finanzdeputation von der weiteren Veräußerung der dem Staate zugehörigen Grundstücke in dem Stadtteil Eilbeck Abstand nehme.

1. Neuwahl des Vorstandes für das mit dem 16. März d. J. beginnende Geschäftsjahr.

Zum Präsidenten wird Engel mit 83 von 87 abgegebenen Stimmen wiedergewählt; 2 Stimmen entfielen auf Dr. Wex, 2 waren ungültig.

Präsident **Engel:** Ich danke für den Ausdruck des Vertrauens und bitte um allseitige Unterstützung, damit wir gemeinschaftlich wirken können zum Wohle der Vaterstadt. (Bravo!)

Zum ersten Vizepräsidenten wird Dr. **Wex** mit 94 von 97 abgegebenen Stimmen wiedergewählt; 3 Stimmen waren ungültig.

Dr. **Wex:** Ich danke für die Wiederwahl und verspreche, auch künftig meines Amtes unparteiisch walten zu wollen. (Bravo!)

Zum zweiten Vizepräsidenten wird **Nirrnheim** mit 97 von 99 Stimmen wiedergewählt; zwei Zettel sind ungültig.

Nirrheim: Ich verspreche mich des bezeugten Vertrauens würdig zu erweisen und mein Amt nach bestem Gewissen und Können zu verwalten. (Bravo!)

Zu Schriftführern werden gewählt die Herren Dr. Müller (Wiederwahl) mit 97, Desenis (Wiederwahl) mit 105, Amandus Stubbe mit 107 und Abloff mit 106 von 116 abgegebenen Stimmen.

2. Elfter Bericht des Budgetausschusses für 1904 über den Senatsantrag, betreffend fernere Nachbewilligung auf Art. 124, 125 und 126 des Budgets für 1904.

Der Ausschuß beantragt Mitbewilligung der geforderten ℳ 6155,93, ℳ 297,01, ℳ 908,26, ℳ 220.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

3. Antrag des Senats, betreffend die Anschaffung eines Fahrzeuges mit Apparaten zur Vertilgung von Ratten auf Seeschiffen und mit einer Desinfektionseinrichtung.

Der Senat ersucht die Bürgerschaft, die Verwendung von ℳ 116 000 mitzugenehmigen.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

4. Erster und zweiter Bericht des Budgetausschusses zur Prüfung der Senatsanträge, betreffend das **Staatsbudget** für 1905 und weitere Nachträge zu demselben. (Fortsetzung der Beratung.)

Zu Art. 113 Polizeibehörde beantragt Wolfhagen (Z.): Mit Rücksicht darauf, daß § 120d der Gewerbeordnung gegen die Verfügung der Polizeibehörde die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde und gegen deren Entscheidung die Beschwerde an die Zentralbehörde gibt — die Bekanntmachung des Senats vom 25. März 1892 bezüglich Ausführung des Gesetzes, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, jedoch bestimmt, daß für Hamburg der Senat sowohl die höhere Verwaltungsbehörde, als auch die Zentralbehörde ist — ersucht die Bürgerschaft den Senat, in Abänderung der Bekanntmachung vom 25. März 1892 die reichsgesetzlich vorgesehenen zwei Instanzen zu schaffen.

Lachmann (Z.) beantragt: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, zu veranlassen, daß die Verbindung durch die Straßenbahn des linken Alsterufers über die Veddelerbrücke nach dem Freihafen und Kuhwärder mit möglichster Beschleunigung hergestellt werde.

Emil Fischer (SD.): Ich habe recht viel auf dem Herzen (Heiterkeit), werde mich aber kurz fassen. Die Art, in welcher die Polizeibehörde von der ihr zustehenden Ausweisungsbefugnis Gebrauch macht, gibt zu den schwersten Bedenken Anlaß. Jahrzehntelang ansässige, verheiratete Ausländer wurden ausgewiesen, weil sie vielleicht einmal Krankenhauskosten nicht bezahlen konnten. Dabei wird die Erwerbung der Staatsangehörigkeit bekanntlich sehr erschwert. Noch schlimmer sind die Ausweisungen, welche aus politischen Motiven oder in Ausübung einer Privatrache erfolgen. So wurde der Kapellmeister einer Zigeunerkapelle ausgewiesen, weil er sich auf ein Verhältnis mit einer Wirtin nicht einlassen wollte, das offenbar von der Polizei geduldet wurde. (Großer Lärm rechts.) Weiter hat die Behörde, welche wegen Geschäftsschädigung von einer Firma, vor der sie öffentlich gewarnt hatte, verklagt war, den Geschäftsführer widerrechtlich ausgewiesen. Schlimmer steht's noch mit den politischen Ausweisungen. Seit der Anarchistenkoller um sich gegriffen, sind Leute, die vielfach zu Unrecht zu Anarchisten gestempelt werden, obwohl sie meistens recht harmlos sind (großer Lärm), geradezu vogelfrei. So ist hier ein fleißiger, tüchtiger Tischler ohne Angabe von Gründen ausgewiesen worden, obwohl der italienische Konsul sich für ihn verwandte. Der Mann ist vor zehn Jahren bei der Caseriohetze aus Frankreich ausgewiesen, hat später an vielen Orten unbehelligt gearbeitet, und wird hier nun plötzlich grundlos ausgewiesen. Ein weiterer Fall! (Großer Lärm.) Ja, ich muß die Sache vorbringen. Es handelt sich um einen Sozialdemokraten, einen Maurer, der einige Minuten jenseits der deutschen Grenze geboren und in Sachsen aufgewachsen ist; er hat jahrelang hier gearbeitet und sich nichts zu Schulden kommen lassen. Sein Verbrechen war, daß er Vorsitzender eines Fortbildungsvereins war. (Große Unruhe.) Die Ausweisung war völlig ungerechtfertigt. Aehnlich liegt es mit der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Den Freidenkern wird ganz willkürlich die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen verboten. Selbst der deutsche Kaiser wünscht doch freie Bekundung der Ueberzeugung. Den Frauen wird die Veranstaltung von Versammlungen gegen das Bordellunwesen unmöglich gemacht. Auch Versammlungen, in denen polnisch gesprochen wird, werden nicht gestattet. Dabei hat die Polizeibehörde genügend Beamte, die des Polnischen mächtig sind. Die Polizei ist ja gar nicht verpflichtet, Versammlungen zu überwachen. In Preußen kennt man dergleichen nicht. Schließlich könnte man ja auch den Gebrauch des Plattdeutschen zum Anlaß nehmen, das Versammlungsrecht illusorisch zu machen. (Lärm rechts.) Trotz der Entscheidungen des Reichsgerichts geht die Polizeibehörde rigoros gegen Streikposten vor, auch, wenn gar keine Verkehrsbehinderung vorliegt. (Bravo! rechts und in der Mitte.) Streikposten dagegen sind nach dem Verhalten der Polizei vogelfrei. Bei einem Tischlerstreik schritt der anwesende Polizeibeamte nicht ein, als ein Tischlermeister hinterrücks einen Streikposten mit einem dicken Knüppel über den Kopf schlug, und die Staatsanwaltschaft fand kein öffentliches Interesse zum Einschreiten. Zu welchen Rechtszuständen führt das! Die Polizei macht von ihren Befugnissen einen Gebrauch, der alle Rechtsgarantien aufhebt. Unter diesen Umständen werden wir jeder Ausdehnung der Polizeibefugnisse widersprechen. (Bravo!)

Bürgermeister Dr. **Mönckeberg:** Auf Einzelheiten kann ich mich natürlich nicht einlassen. (Sehr richtig!) Ich habe nur das Wort genommen, um dagegen zu protestieren, daß behauptet wird, unsere Polizei handle willkürlich. Das ist nicht wahr! (Widerspruch.) Für Beschwerden ist der Bürgerausschuß da, der alles sehr gewissenhaft prüft. (Lachen links.) Man darf wirklich nicht sagen, daß es hier keine Garantien gegen Uebergriffe giebt. (Bravo!)

Prahl (L.): Uebergriffe untergeordneter Organe gehören nicht hierher. (Sehr richtig!) Die Polizeibehörde ist sehr zuvorkommend. (Bravo!)

Emil Fischer (SD.): Warum gibt die Polizei denn die Gründe für die Ausweisung nicht bekannt? Das Beschwerderecht ist angesichts der Umständlichkeit des Verfahrens ganz illusorisch. Die Mißhandlung des Streikpostens ist gerichtlich erwiesen. Der Täter wurde zu ℳ 20 Geldstrafe verurteilt; wie viel Monate Gefängnis hätte da wohl ein Streikender bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Zum Bürgerausschuß habe ich kein Vertrauen. In Sachen der polnischen Versammlungen ist er reaktionärer als das preußische Kammergericht, auch in Sachen der Bauarbeiter-Aussperrung sanktionierte er die Polizeiwillkür.

Präsident **Engel:** Ich rufe den Redner wegen der letzten Aeußerung zur Ordnung. (Bravo!)

Reimer (L.): Die fortwährenden Angriffe der äußersten Linken gegen die einzelnen Behörden dürfen nicht unwidersprochen bleiben, soll nicht nach außen der Eindruck erweckt werden, als sei alles wahr. Wenn die Herren doch wenigstens so anständig und vernünftig wären, vorher ihre Beschwerden anzuzeigen! (Heiterkeit.) Auch Streikposten betragen sich unanständig. Herrn Fischer habe ich einmal gesehen; wäre ich Polizist gewesen, ich hätte ihn gewiß verhaftet. (Stürmische Heiterkeit.) Diese einseitige Darstellung muß widerlegt werden; das meiste beruht auf Unwahrheit. (Bravo!)

Präsident **Engel** ruft Reimer zur Ordnung.

Dr. **Goverts** (R.): Fischer hat den Hamburger Gerichten in unerhörter Weise Parteilichkeit vorgeworfen; ich weise das auf das entschiedenste zurück. (Bravo!)

Stolten (SD.): Es ist nicht wahr, daß bisher überhaupt Beschuldigungen gegen Behörden vorgebracht sind. Die vorherige Benachrichtigung erfolgt stets. Bei Beschwerden über die Polizei ist das ja ganz ausgeschlossen. Gleichwohl sagt der Senatskommissar, stereotyp, er könne die Einzelheiten nicht prüfen; sagt man ihm Bescheid, bekommt man gleichwohl keine Antwort. Die Budgetberatung ist die einzige Möglichkeit, der Polizei näherzutreten. Ich bestreite, daß die Polizei in allen Fällen nach dem Gesetze handelt, obwohl der Präsident das behauptet. (Sehr richtig!) Daß durch den Gebrauch der polnischen Sprache die öffentliche Ordnung gefährdet werde, kann man doch verständigerweise nicht behaupten. (Widerspruch rechts.) Als billige Arbeitskräfte sieht man doch die Polen sehr gern. (Sehr richtig!) Auch für die Behandlung der Freidenker gibt das Gesetz gar keine Handhabe. Es mögen auch Streikposten sich vergangen haben, aber so billig, wie Tischlermeister Leinemann kamen sie nicht weg. Den Vorwurf gegen die Justiz, den Dr. Goverts zurückweist, halte ich aufrecht; er ist vollauf berechtigt.

Präsident **Engel:** Der Vorwurf, daß mit zweierlei Maß gemessen werde, ist unparlamentarisch; ich rufe den Redner zur Ordnung.

Dr. **Wolffson** (R.): Der Vorwurf der Klassenjustiz gegen die Hamburger Richter ist, wie ich als Kenner derselben sage, unberechtigt. (Bravo!) Im übrigen wünschte ich, daß die Polizeibehörde bei der Budgetberatung vertreten wäre und sich gegen etwaige Angriffe verteidigte. Die Vorwürfe des Herrn Fischer gegen den Bürgerausschuß weise ich zurück, obwohl ich persönlich der Ansicht bin, daß eine Versammlung wegen Gebrauchs der polnischen Sprache nicht aufgelöst werden darf. Es handelt sich da lediglich um die Auslegung. Bezüglich der Streikposten, die von Bahnhöfen fortgewiesen wurden, war der Bürgerausschuß der Ansicht, daß die Bahnbehörde ihr Hausrecht auf die Polizei übertragen könne. So hat auch die höchste gerichtliche Instanz entschieden. (Bravo!)

Bürgermeister Dr. **Mönckeberg:** Ich kann es nicht für richtig befinden, daß die Polizei hier vertreten sei. Solche Beschwerden gehören gar nicht in die Budgetberatung; dazu ist das ganze Jahr Zeit. (Sehr richtig!)

Emil Fischer (SD.): Was ich vorbrachte, ist ausnahmslos vom Gerichte tatsächlich festgestellt. Nach Reimers Kundgebungen kann man froh sein, daß er nicht Polizeibehörde ist, sonst wäre die Wirtschaft noch schlimmer. (Heiterkeit.) Dulden wir Fremdsprachige im Staate, dann haben wir auch ihre Sprache zu dulden. Die Polizeibehörde hat sich, um ihre Willkür zu rechtfertigen, erst nachträglich das Hausrecht übertragen lassen.

Dr. **Wolffson** (R.): Letzteres trifft nicht zu. Auch bezüglich der Vertretung der Polizei bei der Budgetberatung beharre ich auf meinem Standpunkte. Auch in anderen Parlamenten wird bei dieser Gelegenheit manches behandelt, was man vielleicht auch anderweitig behandeln könnte. Zur Formulierung von Anträgen eignet sich das meiste, was hier vorgebracht wird, nicht. (Zustimmung.) Ich bleibe also bei meinem Wunsche. (Bravo!)

Dr. **Engel** (Z.): Im Falle Leinemann handelt es sich um eine Privatklage. Also kann es nicht so schlimm gewesen sein.

Heinrich Stubbe (SD.) führt Klage über die Gewerbeinspektionsberichte, die der Oeffentlichkeit entzogen würden. Die Revision der Betriebe werde bei weitem nicht in genügendem Maße vorgenommen, namentlich in den Kleinbetrieben. So seien 96 Bäckereibetriebe nicht besichtigt worden. Sehr bedenklich ist es, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen, ganz erheblich gewachsen ist und daß man das Ueberhandnehmen der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit duldet. Da müßte eingegriffen werden. Entschieden muß der Vorwurf des Berichtes zurückgewiesen werden, daß in den meisten Fällen die Arbeiter schuld seien an den Unfällen. Vermißt wird auch eine Angabe über die Ursachen der Vermehrun der Unfälle bei jugendlichen Arbeitern. Bedauerlich ist auch, daß indirekt die Vorschriften getadelt werden, welche zur Verhütung der Milzbrandgefahr erlassen sind; desgleichen, daß man den willkürlichen Abzügen in der Konfektion nicht vorbeugt. Geduldet darf auch nicht werden, daß die Abwässer vieler Betriebe in die Siele geleitet werden. Bei den Wohlfahrtseinrichtungen, die sehr ausführlich registriert werden, ist vergessen anzugeben, woher die Mittel zu denselben genommen werden. Vielfach resultieren sie aus Strafgeldern. Man sollte mehr Inspektionsbeamte anstellen.

Paridom Möller (L.) spricht gegen die Anstellung von 4 Oberdesinfektoren; dieselbe sei völlig überflüssig, zumal das Verfahren so außerordentlich vereinfacht worden sei, daß das Arbeitsquantum wesentlich verringert wurde. Er beantrage Streichung der vier Stellen.

Franz Fischer (R.): Es handelt sich nicht um eine Vermehrung des Personals, sondern um eine nahezu nichts kostende bessere Organisierung der Anstalt. Ich bitte dringend, der Vorlage zuzustimmen.

Dr. **Rumpel** (R.) plaidiert ebenfalls für Annahme der Vorlage und Ablehnung des Antrages Möller.

Paridom Möller (L.) polemisiert gegen die Vorredner.

Stolten (SD.): Auch im Budgetausschusse sind sehr berechtigte Einwendungen gegen die Neuanstellung vorgebracht worden. Es ist in den letzten 5 Jahren keine nennenswerte Steigerung der Desinfektionen eingetreten; daher ist auch keine Vermehrung des Aufsichtspersonals notwendig. Bei der Formalindesinfektion hält tatsächlich nach Lage der Dinge die Aufsicht überhaupt auf. Ueberlastet sind die heute beschäftigten Herren nach Angabe gründlicher Kenner der Dinge wirklich nicht; dafür spricht auch die Tatsache, daß eine nennenswerte Vermehrung des Hülfspersonals nicht erfolgt ist. Eine Kontrolle des Giftlegens ist einfach ein Unding; die Ratten richten sich nicht danach. (Heiterkeit.) 1902 wurde uns erklärt, daß die festangestellten Desinfektoren überhaupt auf den Aussterbeetat gestellt seien. Ich habe mich damals dagegen gewendet. Aber das heute beliebte Verfahren fordert entschiedenen Widerspruch heraus. Ich bitte die vom Ausschusse beantragten vier Oberdesinfektoren abzulehnen.

Dr. **Rumpel** (R.) ersucht nochmals um Annahme der Vorlage.

Franz Fischer (R.) polemisiert gegen Stolten.

Stolten (SD.) widerspricht den Vorrednern.

Der Antrag Paridom Möller wird mit 56 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Zaffke (SD.): An der Schaartorbrücke werden verbotswidrig Fahrzeuge festgelegt, so daß Haverien nicht selten sind. Die Behörde erklärt, das ließe sich nicht vermeiden. Dann hätte sie das Verbot nicht erlassen sollen. Es läßt sich aber vermeiden; ich bitte die Polizeibehörde zur Durchführung der Verordnung anzuhalten. — Redner, wegen der herrschenden Unruhe schwer verständlich, bringt weitere Wünsche der Schiffer bezüglich der Lösch- und Ladeplätze vor.

Paridom Möller: Die Gewährung von ℳ 3000 an Professor Dunbar aus der Fleischbeschau ist ein sehr gefährlicher Schritt. Man darf nicht einen einzelnen Beamten in dieser Weise bevorzugen. Dem Vorschlage fehlt auch die Begründung. Es gibt hervorragend tüchtige Beamte in der Fleischbeschau, die eher eine Zulage verdient hätten. Ich bitte, diesen knubberigen Weg (Heiterkeit) nicht zu betreten und den Antrag abzulehnen.

Dr. v. Reiche (Z.; auf der Tribüne unverständlich) scheint den Antrag zu verteidigen. Redner spricht sehr ausführlich, anscheinend über die verantwortungsvollen Funktionen des Professors Dunbar.

Dr. Goverts (N.): Dem Professor Dunbar sind mit der Zeit mehr und mehr schwierige Arbeiten zugeteilt worden, wofür ihm eine angemessene Entschädigung gewährt werden muß. Ich bitte um Annahme des Antrages. (Bravo!)

Bohlen (N.) empfiehlt die Gewährung der Zulage; sie liege im Interesse des Hamburger Handels.

Paridom Möller (L.): Professor Dunbar verdient so sehr viel Geld, daß er auf die Zulage nicht angewiesen ist. Die Fleischbeschaugebühren sind nicht so hoch gesetzt worden, damit aus ihnen irgend einem Beamten Zulagen bewilligt würden. Professor Dunbar beschäftigt sich mit zahlreichen lukrativen Privatarbeiten, zu denen er auch seine Beamten heranzieht. Er benutzt seine amtliche Dienstzeit für seine private Tätigkeit. Der Senat liebt es, ab und zu einen Beamten künstlich hochzubringen, während er andere viel schroffer behandelt.

Dr. Oehrens (N.) befürwortet den Antrag. Prof. Dunbar sei eine ganz hervorragende Arbeitskraft, die so leicht nicht ersetzt werden könne.

Dr. Rumpel (N.): Paridom Möllers Angaben widersprechen den Tatsachen und dürfen nicht unwiderlegt bleiben. Das Privateinkommen eines Mannes darf doch nicht für sein Gehalt maßgebend sein. In allen Laboratorien wird die freie Zeit zwischen Arbeiten zu privater Tätigkeit ausgenutzt. So bureaukratisch sollten wir doch nicht sein, dagegen etwas einzuwenden. (Sehr richtig! rechts.) Die Ablehnung würde für den Mann etwas persönlich Verletzendes haben. Für M. 8600 werden wir eine gleichwertige Ersatzkraft nicht bekommen. (Sehr richtig!)

Dr. Braband beantragt Schluß; es wird so beschlossen.

Der Antrag, für Dr. Dunbar M. 3000 zu bewilligen, wird angenommen. (Bravo!)

Bunzel (L.): Ich beantrage, zu veranlassen, daß Vorkehrungen getroffen werden, daß das Publikum bei Tage und bei Nacht telephonisch mit den Polizeiwachen verkehren kann, wie das anderswo schon der Fall ist.

Der Antrag Bunzel wird angenommen.

Dr. **Wentzel** (N.) weist auf verschiedene Mißstände am Jungfernstieg, vor allem auf die schlechte Regelung des Wagenverkehrs hin.

Bürgermeister Dr. **Mönckeberg**: Eine Polizeiverordnung im Sinne des Vorredners ist nicht beabsichtigt; dafür fehlt die gesetzliche Grundlage.

Wolfhagen (Z.) begründet seinen Antrag. Es handle sich um Beseitigung eines unhaltbaren Zustandes. Brennend sei die Frage nicht, sie könne aber leicht geregelt werden.

Der Antrag Wolfhagen wird angenommen.

Lachmann (Z.) begründet seinen Antrag. Es sei notwendig, Verkehrswege und -Mittel für die Arbeiter zu schaffen, welche am Hafen tätig sind.

Der Antrag Lachmann wird angenommen.

Es wird Vertagung beschlossen.

Schluß 11¼ Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. März, 1 Uhr.

164. Sitzung.

Am Bundesratstische: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Frhr. v. Richthofen, Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei.

Hierzu liegen folgende Resolutionen vor:

Vom Zentrum: 1. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches Elsaß-Lothringen als Mitglied des Reiches eine selbständige Vertretung im Bundesrat erhält (Reichsverfassung, Artikel 6);

2. Den Reichskanzler zu ersuchen, 1. die tabellarische Uebersicht der vom Bundesrat auf Beschlüsse des Reichstages gefaßten Entschließungen dem Reichstage jährlich spätestens mit Vorlegung des Entwurfs des Etats zugehen zu lassen; 2. diese Uebersicht der Bundesratsentschließungen zu erstrecken auf sämtliche Initiativanträge und Resolutionen des Reichstages, soweit solche nicht lediglich die Ueberweisung eines Gegenstandes zur Kenntnisnahme oder als Material betreffen, und hierbei auch über die Erledigung derjenigen älteren Beschlüsse des Reichstages Auskunft zu geben, über welche in früheren Uebersichten eine Entschließung des Bundesrats noch nicht mitgeteilt worden ist.

II. Von den Sozialdemokraten: 1. um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den eine wirksame politische und budgetrechtliche Verantwortung des Reichskanzlers festgestellt wird;

2. den Reichskanzler zu ersuchen, bei den Regierungen von Preußen und Bayern dahin zu wirken, daß die Auslieferungsverträge der beiden Regierungen mit Rußland (vom 13. Januar 1885 und 1. Oktober 1885) sofort gekündigt werden;

3. um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den die Landesgesetze aufgehoben werden, welche polizeiliche Aufenthaltsbeschränkungen zulassen, und durch den ferner reichsgesetzliche Erleichterungen für die Aufnahme von Angehörigen eines deutschen Bundesstaates in einen anderen Bundesstaat geschaffen werden;

4. um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Sicherung der Aufenthaltsverhältnisse der Ausländer im Deutschen Reiche.

III. Von den Polen: um Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Regelung des Aufenthalts der Ausländer im Deutschen Reiche.

Dr. **Spahn** (Z.): Wenn die Debatte nach der Wichtigkeit der Fragen eingeteilt werden könnte, so müßte hier zunächst über die Frage der Ministerverantwortlichkeit gesprochen werden. Ich habe jedoch zunächst die Frage der Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrate zu behandeln. Die jetzige rechtliche Grundlage geht auf das Gesetz von 1879 zurück, welches für Elsaß-Lothringen eine größere staatliche Selbständigkeit festsetzte. Denn der Umstand, daß Elsaß-Lothringen Reichsland ist, schließt nicht aus, daß es nicht trotzdem als Staat anzusehen sei. Es ist in dem Gesetze auch ausdrücklich von dem „Staate" Elsaß-Lothringen die Rede. Sehen wir aber Elsaß-Lothringen als Staat an, so müssen wir bekennen, daß seine Stellung nicht dieselbe ist, wie die der anderen deutschen, besonders der süddeutschen Staaten. Die Verhältnisse sind jetzt so, daß Elsaß-Lothringen seine Gesetze teilweise durch das Reich, teilweise durch eigene Gesetzgebung erhält. Aber auch die selbständigen Gesetze Elsaß-Lothringens werden nicht im Namen Elsaß-Lothringens, sondern im Namen des Kaisers erlassen. Der Unterschied zwischen beiden Arten von elsaß-lothringischen Gesetzen liegt also darin, daß die einen vom Bundesrat, die anderen vom Kaiser erlassen werden. Während aber der Bundesrat so über einen Teil der elsaß-lothringischen Gesetze beschließt, hat Elsaß-Lothringen keine selbständigen Stimmen im Bundesrat. Es ist dort nur vertreten durch einen Kommissar mit beratender Stimme. Es sollte aber eine vollberechtigte Vertretung bekommen. Man hat eingewendet, das ginge nicht, so lange nicht Elsaß-Lothringen selbst in der Lage wäre, seinen Bevollmächtigten zu instruieren. Diesen Einwurf sehen wir nicht als berechtigt an, denn der Kaiser kann, obgleich er nebenher König von Preußen ist, sehr wohl diese Vertreter im elsaß-lothringischen Sinne instruieren. Wenn also keine staatsrechtlichen Bedenken vorliegen, so können innere sachliche Gründe heute noch weniger maßgebend sein. Die politischen Verhältnisse haben sich dort im ganzen sehr günstig entwickelt. Aber die Elsaß-Lothringer empfinden, wie eine vor zehn Jahren erschienene, weit verbreitete anonyme Schrift beweist, es als ein Mißtrauensvotum, daß sie beim Bundesrate nicht vertreten sind. Sie werden sich mehr als Deutsche fühlen, wenn sie wissen, daß ihre Stimmen bei der Reichsgesetzgebung auch im Bundesrate mitzählen. Ich möchte daher an den Reichskanzler die Bitte richten, diese Frage in dringende Erwägung zu ziehen. (Beifall beim Zentrum und links.)

Reichskanzler Graf **Bülow**: Ich habe in bezug auf die Ausführungen des Herrn Vorredners nachstehendes zu erklären. Das Streben, dem Reichsland eine besondere Vertretung als selbständiges Glied des Deutschen Reiches im Bundesrat zu geben, beweist, wie sehr das Bewußtsein der festen Zusammengehörigkeit zum Deutschen Reich in der dortigen Bevölkerung festen Boden gefaßt hat. So sehr das den Intentionen des Kaisers entspricht und so sehr ich selbst bestrebt bin, den Wünschen der reichsländischen Bevölkerung Rechnung zu tragen, so handelt es sich doch bei dem in der vorliegenden Resolution gestellten Antrag um nach verschiedenen Richtungen hin überaus schwierige politische Maßnahmen, deren Durchführung verschiedene Bedenken entgegenstehen. Es entsteht zunächst die Frage, durch welche Instanz die elsaß-lothringischen Bundesbevollmächtigten ernannt werden sollen. Ihre Wahl durch den Landesausschuß dürfte im Hinblick auf die über die Zusammensetzung des Bundesrates in Art. 6 der Reichsverfassung getroffene Regelung ausgeschlossen sein. Ihre Ernennung durch den kaiserlichen Statthalter würde aber den Einfluß Preußens im Bundesrate über das Maß, das die Reichsverfassung ihm gewährt, hinaus verstärken und das Verhältnis Preußens zu den anderen Bundesstaaten im Bundesrate in einer für die letzteren ungünstigen Weise verschieben. Auch abgesehen hiervon hat der Antrag eine so hohe politische Bedeutung, daß die Staatsregierung sich vorbehalten muß, ihrerseits den Augenblick zu bestimmen, in welchem eine Aenderung der verfassungsrechtlichen Stellung Elsaß-Lothringens angebracht erscheint. Ich muß mir ein näheres Eingehen auf die Ausführungen des Herrn Vorredners versagen, bevor nicht alle einschlägigen Fragen im Bundesrat durchberaten worden sind.

von Vollmar (SD.): Kürzlich ging durch die Presse die Nachricht, daß die Indienststellung deutscher Handelsschiffe für Zwecke der russischen Kriegsflotte auf Anregung des Reichskanzlers unterblieben sei. Auch unserer Meinung nach muß eine solche Dienstleistung nach den Grundsätzen der völkerrechtlichen Neutralität unterbleiben. Ich möchte den Reichskanzler fragen, welches seine Stellung zu dieser Angelegenheit ist. Die Auslieferungsverträge zwischen Preußen und Bayern einerseits und Rußland anderseits fordern nach der Art ihrer Entstehung und dem Inhalt ihrer Bestimmungen die schärfste Kritik heraus. Außerhalb der offiziellen Kreise haben sie weder in der Wissenschaft noch in der Politik irgend welche Verteidigung gefunden. Das ist auch natürlich und selbstverständlich, denn sie schlagen allen bisherigen bürgerlichen Grundsätzen ins Gesicht. (Sehr wahr! links.) Im Gegensatz zu allen anderen Auslieferungsverträgen stellen sie die politischen Delikte, nicht nur die Attentate auf das Leben des Herrschers, sondern bis herunter zur wörtlichen Beleidigung grundsätzlich dem gemeinen Verbrechen gleich und lassen ihretwegen die Auslieferung zu. Neben dem Mord und Dynamitverbrechen, die ausdrücklich genannt sind, stellen sie die Auslieferung für alle Delikte ohne jede nähere Bestimmung und ohne jede Rücksicht auf ihre Schwere in Aussicht. Ich weiß nicht, ob der Reichskanzler geneigt ist, heute wieder ein Argument anzuwenden, das 1885 im bayerischen Landtag der Minister des Aeußern, Herr v. Crailsheim, allen Ernstes vorführte. Er meinte, daß der russische Straferlaß im großen und ganzen so ziemlich auf der Höhe der modernen Rechtswissenschaft und Strafrechtsgesetzgebung stehe. (Hört! hört! und Heiterkeit links); es bestehe in Rußland überall eine mehr oder weniger vollständig geordnete Rechtspflege, alle Erzählungen über das russische Gefängniswesen seien erdichtet und es sei nicht zu befürchten, daß Ausgelieferte inhuman behandelt werden. (Hört! hört! links.) Es ist ja schließlich nicht ganz unmöglich, daß die Vertreter der russischen Regierung, welche den Vertrag abgeschlossen haben, es wirklich gewagt haben, derartige Dinge unsern deutschen Unterhändlern aufzubinden, und daß sie dabei auf die amtliche Gläubigkeit rechneten. Jeder Mensch aber, der wissen will, kann sich mit Leichtigkeit davon überzeugen, daß von alledem gerade das Gegenteil wahr ist. Das russische Strafgesetz ist nichts als ein glänzender Aufputz, der die nackte Barbarei verbergen soll. Tatsächlich gibt es überhaupt gar kein einheitliches Strafgesetz, sondern einen großen Haufen Gelegenheitsvorschriften aller Art. Gewisse Delikte sind überhaupt unter keinem bestimmten Paragraphen untergebracht, sie werden nach irgend einem beliebigen bestraft. So wurde z. B. im Königsberger Prozeß festgestellt, daß Straßendemonstrationen als Majestätsbeleidigung behandelt werden. (Hört! hört! links.) Daneben gibt es eine große Menge von Ukasen; gefällte Urteile können auf administrativem Wege nach Belieben geändert werden, die Richter sind ohne weiteres absetzbar, dem Justizminister steht es frei, für jeden einzelnen Fall ein besonderes Prozeßverfahren vorzuschreiben (Hört! hört! links.), auch über die Strafabmessung kann er jedesmal besondere Vorschriften machen. Für politische Delikte kommen, da ganz Rußland seit einem Jahrzehnt unter dem Belagerungszustand steht, die ordentlichen Gerichte überhaupt nicht in Frage. Und dazu kommt zu guter Letzt noch, daß es der Regierung vollkommen freisteht, ein gerichtliches Verfahren in allen Dingen auf dem administrativen Wege zu erledigen, wobei natürlich der Willkür keine Grenze gesetzt ist. So werden aufsässige Bauern, religiöse Sektierer, unzufriedene Studenten verschickt, auf unbestimmte Zeit ins Militär gesteckt oder auch totgepeitscht. Das ist vielfach vorgekommen und kann jeden Augenblick wieder vorkommen. Kurz und gut es fehlen Rußland einfach alle Voraussetzungen eines geordneten Rechtswesens nach unseren Begriffen, sowohl in bezug auf das materielle Strafrecht, wie in bezug auf den Gerichtsstand und den Strafvollzug, es fehlt weiter jede prinzipielle Trennung zwischen Justiz und Verwaltung, sowie überhaupt jede Unterscheidung zwischen Gesetz und Verordnung. Liest man den Bismarckschen Briefwechsel an den Gesandten v. Schweinitz aus dem Jahre 1860, so findet man dort eine recht bedeutende Stelle: Es heißt dort, daß so ziemlich alle Kreise in Rußland darüber einig seien, daß es anders werden müsse. Das war also jetzt vor 45 Jahren! Wer jetzt aber in Rußland Bestrebungen begünstigt, die dafür eintreten, was Rußland damals schon für selbstverständlich erklärt hat, der macht sich politischer Delikte schuldig. Für politische Verbrecher aber hört jede ordentliche Rechtspflege auf. Einer solchen Regierung gegenüber können Kulturstaaten nicht vorsichtig und mißtrauisch genug sein. Das hat ja die deutsche Regierung im Jahre 1885 selbst eingesehen, denn sie fürchtete sich, über ihren Vertrag mit Rußland im Reichstage eine Debatte zu entfesseln. Die meisten Parteien, z. B. auch das Zentrum, erklärten damals, daß, wenn der Vertrag ihnen vorgelegt würde, sie dagegen stimmen würden. Da zog die Regierung den Vertrag zurück und brachte ihn dann in Preußen durch. Auch Bayern ließ sich ins Schlepptau nehmen. Andere Bundesstaaten sollen Schwierigkeiten gemacht haben, so daß kein anderer Vertrag zu stande kam. Was war nun der Grund der deutschen Regierung für Abschließung solcher Verträge, in denen die Auslieferung politischer Verbrecher ganz ohne Ausnahme bestimmt wurde? In der Begründung hieß es, es gelte den Kampf gegen anarchistische Umtriebe. Aber es fehlte jede Definition des Wortes Anarchismus. Bei der russischen Regierung ist es ein förmliches System, nicht nur jede revolutionäre, sondern auch jede andere oppositionelle Regung als anarchistisch zu bezeichnen. Schon der bloße Umstand, daß in jenen Verträgen auch die unbedeutensten Dinge, die in Deutschland selbst entweder überhaupt nicht oder nur mit den mildesten Strafen bedacht werden, als Auslieferungsgrund angegeben werden, mußte der deutschen Regierung beweisen, daß es sich in Wirklichkeit nicht um den Kampf gegen den Anarchismus handelt, der Hauptgrund muß vielmehr ein anderer sein. Dieser hauptsächlichste und ausschlaggebende Grund für den Abschluß des preußisch-russischen Auslieferungsvertrages hat mit rechtlichen und moralischen Erwägungen gar nichts zu tun, er ist rein politischer Natur. In jeder Zeile des Vertrags kehrt die Wendung wieder, man müsse gute Beziehungen, freundnachbarliche Beziehungen, freundliche Beziehungen zwischen den beiden Staaten, den beiden Dynastien erhalten. Wir haben das ja aus den Aktenstücken des Fürsten Bismarck gehört, die der Reichskanzler uns im vorigen Jahre vorgelesen hat. Die Auslieferung sei für die Pflege der Beziehungen notwendig, würde nicht ohne Rückwirkung auf die Gefühle des Zaren gegenüber Deutschland sein; in Rußland seien die persönlichen Eindrücke des Zaren maßgebend, darum müsse man die deutsche Politik seinen Wünschen anpassen. Diese Aeußerungen werden ja sehr interessant für einen künftigen Geschichtsschreiber deutscher Größe und Unabhängigkeit sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bemerke aber nebenbei, daß sie nicht vollständig sind, und daß Fürst Bismarck es leicht gehabt hätte, sich bei Herrn von Puttkamer, der die Ausführung der damaligen Auslieferung unter sich hatte, nach dem Tatbestande genauer zu erkundigen. Ich habe es jetzt nicht notwendig, darauf einzugehen. Ich will jetzt nur untersuchen, wie es möglich war, daß ein Land von der politischen Bedeutung Deutschlands in eine so unselbständige Stellung gelangen konnte. Einige Jahre nach dem Kriege von 1870 begann Frankreich, um aus seiner Isolierung herauszukommen und in der Hoffnung auf Wiedervergeltung, sich Rußland zu nähern. Dieses beutete natürlich den Vorteil, der sich aus der Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland politisch und wirtschaftlich ziehen ließ, mit gewohnter Rücksichtslosigkeit aus. So wirkte der Wettbewerb um die Gunst Rußlands. Der viel gerühmte Freund Deutschlands aus dem Jahre 1870, der Zar Alexander II., zeigte sich ja später ganz unzuverlässig; trotzdem war er für Deutschland der einzige, auf den man noch Hoffnung setzen konnte, und so wurde alles getan, um ihn bei guter Laune zu erhalten. Alle Wünsche wurden ihm von den Augen abgelesen. In den neuesten Erinnerungen des ehemaligen württembergischen Premierministers Frhrn. von Mittnacht finden sich darüber sehr interessante Mitteilungen, obwohl er ganz offenbar mit der denkbar größten Zurückhaltung spricht. Im Jahre 1879 grollt der Reichskanzler Fürst Bismarck über die Demütigung Deutschlands durch Rußland. Der Zar und der deutsche Kaiser hätten persönlich zusammentreffen sollen, aber die Umgebung des Zaren haben die Attentatsangst Alexanders II. geschürt und ihn davon abgehalten, über die Grenze zu gehen; so sei Wilhelm I. zu der eines deutschen Kaisers beinahe unwürdigen Fahrt nach Alexandrowo gezwungen worden. (Hört! hört! links.) Das sind die Worte Bismarcks. Weiterhin teilt Frhr. v. Mittnacht mit, daß der Zar gegen den deutschen Botschafter eine drohende Sprache führte und ihm mitteilte, daß, wenn in der orientalischen Frage Deutschland weiter mit Oesterreich zusammenginge, dies die desastreusesten Folgen haben würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deutschland sollte also gezwungen werden, auf die Freundschaft mit Oesterreich zu verzichten und sich gänzlich an Rußland preiszugeben. Da erst erklärt Fürst Bismarck, daß es sich um eine Frage der Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Reiches handle, daß er sich diesem Zwange unter keinen Umständen unterwerfen werde; er drängt auf den Abschluß eines Defensivbündnisses mit Oesterreich und erklärt, falls der Kaiser darauf nicht eingehen wollte, werde er zurücktreten. Aber, setzte Bismarck damals hinzu, an seine Stelle könnten dann weder Hohenlohe noch Münster treten, die der Sympathie mit westländischen Mächten verdächtig seien, sondern nur ein Staatsmann, der dem Zaren genehm sei. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch die glorreiche Politik des Reiches war es soweit gekommen, daß der Wille des russischen Selbstherrschers ausschlaggebend für die Ernennung des obersten deutschen Beamten war. Zum Eintritt dieser für das deutsche Selbstgefühl so außerordentlich erhebenden Eventualität ist es damals nicht gekommen, weil der Kaiser sich schließlich den Absichten Bismarcks fügte. Aber trotz des Abschlusses des Vertrages mit Oesterreich wurde das alte Spiel Deutschlands und Frankreichs um die Gunst Rußlands fortgesetzt. Die deutsche Diplomatie pflegte damals, 1883 hauptsächlich, mit dem Argument zu wirken, daß wir Stützen der Monarchie seien und daß die Differenz zwischen Deutschland und Rußland eine Kleinigkeit sei im Vergleich zu dem Unterschied zwischen Rußland und der Republik der Revolutionen. Dieses Argument hat ja den Abschluß des russisch-französischen Bündnisses nicht auf die Dauer gehindert, wohl aber der russischen Regierung eine prächtige Waffe gegeben, um Deutschland zum Vorspanndienst für alle zaristischen Bestrebungen zu zwingen. Im Jahre 1885 war Deutschland wieder einmal an einer gefährlichen Klippe, wie es im Vorjahre genannt wurde, weil unsere Politik nicht jede Forderung Rußlands erfüllen wollte oder konnte. Damals raffte sich Deutschland nicht etwa auf zur entschiedenen Zurückweisung der unerhörten russischen Anmaßung, sondern es erkaufte die Geneigtheit Rußlands durch den Tribut des preußisch-russischen Auslieferungsvertrages. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokr.) Wir sind die letzten, die leugnen, daß die französische Republik sich tief vor dem Zarentum erniedrigt hat, und halten keinen Vorwurf zu schwer für dieses Vergehen. Aber den Schimpf eines derartigen Vertrages hat Frankreich nicht auf sich geladen. (Sehr wahr! links.) Es hat selbst kleine Länder gegeben, die gegenüber großen Drohenden ihre politische Ehre weit besser zu wahren gewußt haben. Wir Sozialdemokraten meinen aber, daß jetzt, wo die absolutistische Regierung sich im Innern in ihrer ganzen Brutalität, nach außen in ihrer ganzen Schwäche und Hülflosigkeit dokumentiert, wo selbst China aufgehört hat, Rußland zu fürchten, für Deutschland die Zeit gekommen ist, um die entehrenden Fesseln dieser Verträge abzuwerfen. (Sehr gut! links.) Deutschland, das auf seine Größe und seine Zivilisation so stolz ist, darf dem Zarentum nicht fortwährend Schergen- und Henkersdienste gegen die edelsten Geister des russischen Volkes leisten, die sich im Kampfe mit dem Selbstherrschertum befinden. Dadurch erweckt man nur den Verdacht, daß noch etwas Weitergehendes dahintersteckt. — Den Vorwurf, den der Herr Reichskanzler im Dezember uns gegenüber erhob, als wollten wir das Reich durch unsere Angriffe in einen Krieg mit Rußland verwickeln, wird er wohl heute kaum wiederholen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn nach der hocherfreulichen Entwicklung, die die Dinge durch Japans Tüchtigkeit angenommen haben, wird jetzt wohl niemand so leicht mehr Furcht vor Rußland haben und ebenso wenig Hoffnungen auf seine Unterstützung hegen. Am allerwenigsten sollte das doch aber das großmächtige Deutsche Reich tun, das sich allerdings leider bis jetzt von dem falschen Nimbus einer eingebildeten Macht Rußlands hat fangen lassen. Es dürfte auch denen, die die Dinge ein wenig verfolgen, bekannt sein, welcher Umschwung infolge der Vorgänge in Ostasien sowohl wie der Ereignisse im Innern Rußlands in der Stimmung Frankreichs eingetreten ist, in demselben Lande, das bisher dem russischen Bundesgenossen, der ihm ja so „teuer" geworden ist (Heiterkeit), gar nicht genug Dienste hat erweisen können. Weitere Veränderungen in den europäischen Machtverhältnissen werden natürlich nicht ausbleiben. — Im übrigen wollen wir ja gar nichts anderes, als daß Deutschland auch nach außen seine so oft gepriesene Qualität als Rechtsstaat zum Ausdruck bringt und nicht, wenn es Verträge mit einem absolutistischen Staate abschließt, sich auf das Niveau des absolutistischen Staates herabdrücken läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Reich soll der zarischen Regierung gegenüber endlich eine Stellung einnehmen, wie sie die eigene Würde und das zivilisatorische Interesse dringend notwendig machen.

Wir haben in unserer Resolution die strittige Frage der Kompetenz zum Abschluß von Verträgen gar nicht berührt, nicht etwa weil sie uns gleichgültig erscheint, sondern weil sie im Vergleich zur Sache selbst nebensächlich ist. Wir wollen nichts anderes, als daß diese Verträge, die ich hinreichend charakterisiert habe, endlich überhaupt fallen und durch Abmachungen ersetzt werden, die nirgendwo dem allgemein gültigen Völkerrechte widersprechen, d. h. die politische Delikte ohne weiteres ausnehmen. Nach dem, was wir früher aus Aeußerungen des Zentrums, Erklärungen im preußischen Abgeordnetenhause, gehört haben — vom bayerischen Landtage habe ich schon gesprochen — dürfen wir wohl hoffen, daß eine große Mehrheit dieses Hauses sich auf unsere ganz allgemein gehaltenen Resolutionen vereinigen wird, und ich bitte Sie, dieselben anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Graf **Bülow**: Ein Teil der Ausführungen des Herrn Vorredners hatte den Zweck, durch einen historischen Rückblick der auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck Mängel und Fehler vorzuwerfen. Ich glaube, die große Mehrheit des hohen Hauses wird wohl der Ansicht sein, daß einer der größten Meister gerade auf dem Gebiete der auswärtigen Politik über einer solchen Kritik, wie sie der Herr Abg. Vollmar eben an ihm geübt hat, steht. Wer über auswärtige Politik mitreden will, der muß sich von persönlichen Sympathien und Antipathien freimachen, der darf die Dinge nicht so sehr durch die Brille der Partei betrachten, er darf seinem Tun und Denken lediglich das Interesse des Landes zu grunde legen. Das hat Fürst Bismarck getan und damit hat er sich eine Stellung in der deutschen Geschichte geschaffen, gegen welche der Abg. Vollmar vergeblich Sturm läuft. (Bravo! rechts. Lachen b. d. Sozialdem.) Nun hat Herr von Vollmar weiter davon gesprochen, daß das russische Prestige in so hohem Grade erschüttert sei; er hat selbst mit einer gewissen Bekümmernis zugeben müssen, daß die französischen Republikaner, die französische Demokratie die Alliance mit Rußland noch immer in der sorgsamsten Weise pflegen. Er, der die auswärtigen Vorgänge mit Aufmerksamkeit verfolgt, wird auch nicht im Zweifel darüber sein, daß die englischen Liberalen lebhaft gute Beziehungen zwischen England und Rußland wünschen. Die einsichtigen Leute sind überall mehr oder weniger der Ansicht, daß die Großmachtstellung von Rußland wohl auch die Wechselfälle des gegenwärtigen Krieges und die Schwierigkeiten der inneren Unruhen überdauern wird. (Ruf: Na! na! bei den Sozialdemokraten.) Abwarten! (Große Heiterkeit.) Wohl hat der Abg. v. Vollmar gemeint, ich würde heute nicht wieder den Vorwurf wiederholen, die Sozialdemokratie wünsche den Krieg mit Rußland. Ich bedauere sagen zu müssen, daß ich heute mehr als je der Ansicht bin, daß die Sozialdemokratie einen solchen Konflikt ganz gern sehen würde, um an diesem Brand ihren Parteitopf zu kochen. (Sehr richtig! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich habe hier einen Ausschnitt aus der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht", in der es in bezug auf die jüngsten Unruhen in Petersburg heißt: „Hätte die deutsche Arbeiterschaft jenen Einfluß auf den Staat, den sie anstrebt, so würde morgen eine bewaffnete Heeressäule über die Grenzen schreiten, um den russischen Brüdern Befreiung zu bringen." (Lebh. Hört! hört! rechts.) Herr v. Vollmar wird mir wohl selbst zugeben, daß das doch nur den Sinn haben kann, daß, wenn Sie könnten, wie Sie wollten, wenn Sie auf dieser Bank säßen, statt auf jener (Heiterkeit), Sie Rußland den Krieg erklären, deutsches Gut und Blut opfern würden, um in Rußland eine Verfassung, eine andere Staatsordnung herbeizuführen. Und dabei wird mir noch eben von der Seite, die mir diesen Zeitungsausschnitt vorgelegt hat, mitgeteilt, daß die „Schwäbische Tagwacht" ein sehr gemäßigtes sozialdemokratisches Blatt wäre; es soll dem Abgeordneten Dietz nahe stehen, der mir als einer der ruhigsten Köpfe bekannt ist. Wie mag es da erst in manchen anderen Köpfen aussehen. (Heiterkeit rechts.) Nun hat Herr v. Vollmar zweimal von einer Abhängigkeit Deutschlands von Rußland gesprochen. Mich wundert, daß er diesen Vorwurf wieder erhoben hat, nachdem ich so oft ausgeführt habe, daß wir nicht von Rußland abhängig sind, daß wir Rußland nicht nachlaufen, aber auch gar keinen Anlaß haben, uns Rußland unangenehm zu machen, wie dies manche Leute wünschen möchten. Im übrigen machen auf mich derartige Angriffe nicht den geringsten Eindruck. Herr von Vollmar hat soeben erst daran erinnert, daß vor 20 und 40 Jahren genau dieselben Angriffe mit den gleichen Argumenten und Schlagworten gegen einen Größeren gerichtet wurden, gegen den Fürsten Bismarck. Damals war gerade so die Rede von angeblichen Schergendiensten, die jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben müßten, und damals führte Bismarck, wie ich noch genau erinnere, einmal in einer Debatte aus, daß er aus solchen ungerechten Angriffen die Lehre entnehme, daß es gefährlich und bedenklich sei, über auswärtige Fragen zu sprechen, die man nicht ganz genau kenne. Ich will nicht erörtern, ob das heute noch zutrifft und auf wen. (Heiterkeit rechts.)

Der Abg. v. Vollmar hat nun weiterhin zur Sprache gebracht die deutschen Schiffsverkäufe an die kriegführenden Parteien. Während des ganzen bisherigen Verlaufs des ostasiatischen Krieges haben beide kriegführende Parteien, beide, zahlreiche Handelsschiffe aus ausländischem Privatbesitz käuflich erworben. In den englischen Zeitungen finden sich ausführliche Statistiken über die zahlreichen Schiffsverkäufe an Japan. Es ist bekannt geworden, daß mehrfach deutsche Schiffe von den Japanern aufgekauft worden sind, und nach einer neuerdings hierher gelangten amtlichen Mitteilung des Hamburger Senats sind eine Anzahl Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie durch Kauf in den Besitz russischer Privatfirmen gelangt. Derartige Transaktionen sind nach feststehendem Völkerrecht neutralen privaten Personen nicht verwehrt. Es versteht sich von selbst, daß die von der russischen Firma angekauften Schiffe fortan nicht mehr die deutsche Flagge führen dürfen und daß die deutsche Bemannung derselben nicht genötigt ist, unter russischen Flagge weiter zu dienen. Sie sehen also hieraus, meine Herren, daß auch in der Frage der Schiffskäufe unser Verhalten ein vollständig korrektes ist, wie dies unserer korrekten Gesamthaltung gegenüber dem ostasiatischen Kriege entspricht. Wie unanfechtbar unser Verhalten gegenüber diesem Krieg ist, geht ja am besten daraus hervor, daß uns von beiden Seiten Vorwürfe gemacht werden. Von der einen Seite heißt es, daß wir zu Rußland neigten, und diese Tonart hat Herr von Vollmar vertreten, von der anderen Seite habe ich erst in den letzten Tagen gelesen, wir wünschten eine Schwächung Rußlands und deshalb im Stillen eine längere Fortdauer des Krieges. Eins ist so unbegründet, wie das andere. Beide Regierungen wissen ganz genau, woran sie mit uns sind. Die japanische Regierung weiß ganz genau, daß sie auf unsere strikte und loyalste Neutralität zählen kann, und da ich das Wort ergriffen habe, nehme ich gar keinen Anstand, hier eine Depesche vorzulesen, die ich vor ganz kurzem aus Tokio erhalten habe, in welcher der kaiserliche Gesandte meldet: die japanische Regierung habe deutsch-feindlichen Ausstreuungen niemals Glauben geschenkt, sie wisse, daß gegen uns Intriguen spielten. Wer die Leute sind, die Japan einreden möchten, daß wir nicht eine ganz unabhängige und neutrale Haltung gegenüber dem ostasiatischen Kriege und überhaupt einnehmen, das weiß ich nicht, aber vielleicht Herr v. Vollmar. (Heiterkeit rechts.) Der Gesandte führt aus, die japanische Regierung habe keinen Grund, über uns zu klagen, oder uns zu mißtrauen, sie lege den größten Wert auf gute Beziehungen mit uns. Der Gesandte teilt weiterhin mit, daß die japanische Regierung ihn ausdrücklich ersucht habe, mitzuteilen, daß Japan die von uns und anderen in Ostasien erworbenen Rechte respektieren wird. Die Neutralität Chinas zu respektieren, sei der feste Entschluß nicht nur der jetzigen Regierung, sondern ein leitender Grundsatz der japanischen Politik überhaupt. Auf der anderen Seite weiß die russische Regierung ganz genau, daß wir die Schwierigkeiten, in die Rußland jetzt geraten ist, nicht benutzen werden, um uns Rußland irgendwie unbequem zu machen. Wir werden unsere Beziehungen zu Rußland auch weiter in der bisherigen Weise aufs sorgsamste pflegen, ohne uns in einen Gegensatz zu Rußland bringen zu lassen, für den kein reales deutsches Interesse vorhanden ist. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen Frhr. v. **Richthofen**: In einem großen Teile seiner Ausführungen hat der Abg. v. Vollmar sich mit den Auslieferungsverträgen zwischen Preußen und Bayern einerseits und Rußland anderseits beschäftigt. Er hat behauptet, sie seien nur abgeschlossen worden, weil ein Reichsvertrag nicht zu stande kam. Das ist chronologisch nicht ganz richtig. Denn der preußische Auslieferungsvertrag war schon abgeschlossen, als im Jahre 1881 das Reich den Versuch machte, einen Auslieferungsvertrag mit Rußland abzuschließen. Nur wenn dies gelänge, könnte das Reich die Verträge Bayerns und Preußens kündigen. Jetzt liegt die Kündigung dieser Verträge bei diesen Bundesstaaten und beide dürften dazu keinerlei Neigung haben, denn die Verträge haben sich in gewisser Hinsicht recht gut bewährt. Wir haben für Preußen und Bayern die volle Gegenseitigkeit erlangt. Sie also, die die russische Rechtspflege so angreifen, sollten in erster Linie erfreut sein, daß Preußen und Bayern die etwa nach Rußland flüchten, nicht nach russischen Gesetzen abgeurteilt werden können (Lachen links), sondern an ihre Heimatsstaaten ausgeliefert werden müssen. Ferner kann ich Ihnen etwas mitteilen, was Ihnen vielleicht neu ist, daß nämlich diese Verträge in den zwanzig Jahren noch nicht ein einziges mal zur Auslieferung politischer Verbrecher geführt haben. (Hört! hört! rechts.) Vielleicht haben die Verträge bewirkt, daß überhaupt derartige Verbrecher nicht nach Deutschland kommen. Wenn sie das bewirkt haben, so wird zwar nicht das ganze deutsche Volk, aber doch der größte Teil der Meinung sein, daß die Verträge einen großen Segen für uns darstellen. (Beifall rechts. Stürmisches Lachen links.)

Dr. **Müller**-Meiningen (FVp.): Ich möchte zunächst eine Frage zur Sprache bringen, welche die deutsche Künstlerschaft und das deutsche Schriftstellertum angeht. Der deutsch-russische Handelsvertrag bestimmt, daß innerhalb drei Jahre eine Vereinbarung über den literarischen Schutz zu stande kommen soll. Diese Aufgabe ist sehr dringend, sie ist aber in bezug auf Amerika noch wichtiger. Das Urheberabkommen vom 15. Januar 1892 bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die völlige Auslieferung des deutschen literarischen und künstlerischen Eigentums an die Amerikaner (Sehr richtig! links), und zwar ohne irgend welche Gegenleistung. Der Deutsche, welcher seine Bücher, seine Photographien usw. in Amerika geschützt haben will, ist einfach gezwungen, sie dort herstellen zu lassen. (Hört! hört! links.) Ich will zwei Beispiele anführen, auf welche Weise das deutsche geistige Eigentum von den Amerikanern ausgeraubt wird. Die Ebersschen Romane kosten in Deutschland das Stück M. 12 bis M. 15, in den Vereinigeen Staaten 5 Cent = 20 ₰. (Hört! hört! links.) Ein anderes, vielleicht noch krasseres, Beispiel ist folgendes: In der New-Yorker Revue vom 15. Mai 1904, einer Sonntagsnummer, wird das neueste Werk von Wilh. Busch nebst einer Biographie, einem Bildnis und einer Zusammenstellung seiner geflügelten Worte den Lesern als Beilage gegeben. Das Werk allein kostet bei Bassermann in München M. 3, in New-York aber mit allen diesen Zulagen und mit der dicken Sonntagsnummer selbst zusammen 5 Cent oder 20 ₰. (Hört! hört!) Wie ist das möglich? Nun, Wilhelm Busch gibt ja selbst die Antwort: teils dieserhalb, teils außerdem. (Heiterkeit.) Die Amerikaner rauben ganz einfach die deutschen Schriftsteller und Künstler aus. Auf diese Weise droht nicht nur der ganze nordamerikanische, sondern auch der mittel- und südamerikanische Markt verloren zu gehen. Wir müssen entweder das Abkommen von 1892 ohne weiteres kündigen und von den Amerikanern bei dem neuen Handelsvertrage verlangen, daß sie der Berner Konvention beitreten, oder wir müssen eine Gegenseitigkeitsklausel aufnehmen, welche uns nicht bloß formal, sondern auch sachlich die Gleichberechtigung mit den Amerikanern gewährt. Ein Kulturstaat, wie die Vereinigten Staaten, muß einsehen, daß es in derartigen Dingen ein noblesse oblige gibt. Von Amerika zu Rußland! Ich habe dem Herrn Reichskanzler mitgeteilt, daß ich heute zwei Aufsehen erregende Fälle zur Sprache bringen werde, welche aus der polnischen Presse in die deutsche übergegangen sind, und ich erwarte aufs bestimmteste, daß diese beiden Fälle unwahr dargestellt sind. Ich behaupte, daß es völlig ausgeschlossen ist, daß sie wahr sind. Ein hiesiger deutscher Arbeiter war mit einem deutschen Dienstmädchen aus Russisch-Polen verlobt, er ging mit ihr über die Grenze, um die Papiere zu besorgen. Da wurde er von Kosaken als russischer Deserteur festgenommen, gefesselt in einen Wagen gepackt und nach dem Kriegsschauplatz in der Mandschurei geschickt. (Hört! hört! links.) Der verzweifelten Braut wurde der höhnische Rat erteilt, sie solle nur noch mehr solcher Burschen über die Grenze locken. Der andere Fall: Aus einer Kolonie in Deutschland, welche von früheren russisch-deutschen Kolonisten besetzt war, reisen 3 Familien nach Rußland, um an der Hochzeit von Verwandten teilzunehmen. Da wurde plötzlich das Haus mit Kosaken umstellt, und es wurden sämtliche männlichen Insassen ohne weiteres als Deserteure nach der Mandschurei geschickt. (Hört! hört! links.) Ich erwarte eine Auskunft seitens des Reichskanzlers oder seiner Vertreter. Nach unserer Ueberzeugung hat die deutsche Reichsregierung in dem ostasiatischen Kriege ihre Neutralitätspflicht durchaus loyal erfüllt. Das können wir mit Befriedigung gegenüber den Intriguen des Auslands, insbesondere der ausländischen Presse feststellen.

Wir wollen Frieden mit dem russischen Volke, mit der russischen Gesellschaft und wenn möglich auch mit der russischen Regierung. Aber wir wollen auch vollkommene Neutralität gegenüber dem „inneren Feinde" in Rußland. Und die verletzen diese Auslieferungsverträge. (Sehr wahr! links.) Theorie und Praxis, völkerrechtliche und kriminalistische Wissenschaft, und alle Parlamente, die sich mit ihnen beschäftigt haben, haben diese rückschrittlichen Auslieferungsverträge verurteilt. Der Reichstag hat im Januar nach unseren Anträgen einstimmig beschlossen, daß künftig Auslieferungsverträge nur durch das Reich abgeschlossen werden sollen, mit 4/5 Mehrheit die Kündigung der bestehenden Landes-Auslieferungsverträge verlangt. Der jetzige sozialdemokratische Antrag bringt nur ein accelerando in die Melodie. Ob aber der sozialdemokratische Antrag, wenn er nicht denselben Erfolg hat wie der unsere, nicht nur den ganzen Erfolg schädigt, ist eine taktische Frage. Der Reichskanzler hat sich darauf berufen, daß seit 20 Jahren niemand aus politischen Gründen mehr ausgeliefert worden sei. Wenn also diese Auslieferung nicht nötig ist, so wird er doch gewiß gegen die Kündigung des Auslieferungsvertrages nichts einzuwenden haben. Ich habe aber schon im Vojahre darauf hingewiesen, daß das Schlimmste nicht die Auslieferung, sondern die Verquickung von Auslieferung und Ausweisung ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat mit einer gewissen Freude — der schönsten Freude, die der Mensch empfindet, der Schadenfreude (Heiterkeit) — die Auslieferungspraxis unter Bismarck geschildert. Ich habe diese Auslieferungspraxis schon im vorigen Jahre als rückschrittlich verurteilt. Ich glaube allerdings nicht, daß die historische Erklärung, die der Abg. v. Vollmar für diese Ausweisungspolitik gab, richtig ist. Denn sie ist schon um mindestens 20 Jahre älter, als die Bemühungen Frankreichs um Rußlands Gunst. Ich erinnere nur an die Rede Waldecks aus dem Jahre 1864. Ich wundere mich, daß der Abg. v. Vollmar nicht den Passus zitiert hat, der die schärfste Verurteilung dieser Ausweisungspolitik enthält. Der Staatssekretär des auswärtigen Amtes schrieb damals an den Reichskanzler, die Ausweisung dieses Mendelsohn sei rechtlich zulässig, selbst wenn sie nur aus Gefälligkeit gegen die russische Regierung erfolgte. Diese Verquickung von Rechts- und Machtfrage kann nur durch das Enumerationsprinzip, das Prinzip der Aufzählung aller der Vergehen, derentwegen Auslieferung erfolgen darf, beseitigt werden. Der Willkürverkehr hat gewisse Grundsätze der internationalen Moral herausgebildet, die kein Volk verletzen kann, ohne sich in der Achtung aller Kulturvölker zu schädigen. Ich bitte den Reichskanzler, möglichst bald diese Auslieferungsverträge zu kündigen, die das politische Asylrecht in einer für Deutschland unwürdigen Weise verletzen. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Wir haben bekanntlich anläßlich der Weltausstellung in St. Louis mit der amerikanischen Regierung eingehende Verhandlungen über den Urheberschutz deutscher literarischer Erzeugnisse und Kunstwerke gehabt und durchgesetzt, daß ihnen ein ausnahmsweiser Schutz, abgesehen von den Bestimmungen des amerikanischen Urheberrechts, vorübergehend gewährt wurde. Wir haben bei diesen Verhandlungen aber auch gesehen, welche außerordentlichen Schwierigkeiten in dieser Frage Amerika gegenüber liegen. Wenn wir mit den Vereinigten Staaten in Verhandlungen wegen Abschluß eines Handelsvertrages treten, werden wir auch die Frage eines erhöhten Schutzes literarischer und künstlerischer Erzeugnisse, etwa nach den Grundsätzen der Berner Konvention, zur Sprache bringen, und wir hoffen, daß uns in allen Stadien dieser Verhandlungen der Abg. Dr. Müller (Meiningen) publizistisch und hier im Hause unterstützen wird. (Große Heiterkeit.)

Geheimrat **Franzius** (vom auswärtigen Amt) bleibt auf der Tribüne völlig unverständlich.

Graf **Limburg-Stirum** (K.): Es besteht für Deutschland nicht der geringste Anlaß, sich feindlich zu Rußland zu stellen. Redner ergeht sich in langen historischen Ausführungen über die deutschen Beziehungen zu Rußland und hofft, daß das freundnachbarliche Verhältnis zu Rußland stets im Bismarckschen Sinne gepflegt werden möge. Der „Koloß mit tönernen Füßen" wird stark genug bleiben, um als Freund wie als Feind Respekt zu finden. (Bravo! rechts, Lachen links.) Wir verlangen Beibehaltung der Verträge, selbst wenn sich die Mehrheit des Reichstages dagegen erklären sollte. (Bravo! rechts.)

Graf **Reventlow** (A.) drückt seine Befriedigung über die Wandlung in der Wirtschaftspolitik des Reiches aus. In allen Kreisen des Volkes, die überhaupt kolonialpolitisch denken, ist der Schmerz über den Verlust Marokkos im Laufe des letzten Jahres nicht geringer geworden. (Gelächter links.) Unser Verhältnis zu England ist unbestreitbar eines der schwierigsten Probleme der internationalen Politik. Das Verhalten Englands in Südwestafrika uns gegenüber ist als große Unfreundlichkeit und als Verleugnung der Rassensolidarität der weißen Nationen gegenüber den schwarzen zu betrachten. Redner bespricht die Schadenersatzansprüche deutscher Reichsangehörigen vom Burenkriege her und beklagt die ablehnende Haltung Englands gegenüber diesen Ansprüchen. Die amtlichen Vertreter Deutschlands im Auslande, Konsuln und Gesandten, lassen es vielfach an der nötigen Schärfe und Entschlossenheit des Auftretens fehlen. In der samoanischen Entschädigungsfrage kann man die Ergebnislosigkeit der vielgepriesenen internationalen Schiedsgerichte erkennen. — Was die Innsbrucker Affäre anlangt, so hätte sich die Regierung über den Ausbruch des nationalen Empfindens freuen sollen. Die Freundschaft der österreichischen Regierung ist doch nicht so viel wert. — Es ist unerhört, daß der Kommissionär Lewald in den Vereinigten Staaten erklärt hat, wer auf amerikanischem Boden sich niederlasse, sei Amerikaner. — Weiter sollte sich der Reichskanzler mehr mit der Rassenfrage beschäftigen. Die Entstehung einer schwarz-weißen Mißrasse muß von vornherein mit Feuer und Schwert ausgerottet werden. (Große Heiterkeit im ganzen Hause.) Jede geschlechtliche Vermischung Weißer mit Schwarzen muß einfach unter Strafe gestellt werden. (Stürmische Heiterkeit links.) Ja, für Sie mag ja die entstehende Mißrasse noch immer gut genug sein! (Heiterkeit rechts.) Das Gleiche gilt für die mongolische Rasse. Wir halten es nicht für richtig, daß deutsche Offiziere chinesische Offiziere, die bei uns dienen, als ihre Kameraden behandeln müssen. (Zuruf links: pour le mérite!) Es ist mir peinlich, aber ich muß es auch rügen, daß ein deutscher hoher Reichsbeamter in die mongolische Rasse hineingeheiratet hat, ohne seinen Posten zu verlieren. (Zurufe bei den Soz.: pour le mérite! pour le mérite!) Ach, seien Sie doch ruhig, Sie leben doch hier weder im Urwalde, noch auf den Bäumen! (Heiterkeit.) Die internationalen Sportveranstaltungen arten in einen Unfug aus. Das Automobilrennen zu Homburg mag noch gehen. Aber die Kieler Woche ist keine gesunde Sportveranstaltung mehr. Das Unterste wird da zu oberst gekehrt. Nur die Hotelbesitzer in Kiel haben den Vorteil davon. Das Spalierbilden der Soldaten war doch nur der Dekoration halber da. Für die Dekoration aber war doch dadurch schon genügend gesorgt, daß das ganze Ministerium aus Berlin hinbestellt war. (Stürmische Heiterkeit links.) —

Daß die Staatssekretäre und Minister fast immer gleich zu mehreren jedem sozialdemokratischen Redner antworten, erhöht nur deren Selbstgefühl, welches heute schon in einer ihren Verhältnissen jeder Art (Heiterkeit rechts) nicht entsprechenden Weise besteht.

„Wenn unser August Bebel spricht,
Dann zittern die Minister!"

heißt es in den sozialdemokratischen Zeitungen. Der Reichskanzler sollte durch eine noch entschiedenere agrarische Politik (Stürmische Heiterkeit links) dafür sorgen, daß der Sozialdemokratie durch eine große neue Parteibildung die Wurzel abgegraben wird. (Beifall rechts, große Heiterkeit links.)

Reichskanzler Graf **Bülow**: (Stürmische Heiterkeit.) Damit Graf Reventlow einsieht, daß ich nicht bloß auf die Rede der Herren Sozialdemokraten spreche, will ich auch auf einige seiner Ausführungen ein paar Worte machen. (Erneute Heiterkeit links.) Auf einige! Denn z. B. auf seine Frage nach der Begründung einer großen nationalen Partei kann ich nicht gleich aus dem Stegreif mit einem ausgearbeiteten Entwurfe antworten. Ebenso muß ich die Frage nach dem Automobilsport beiseite lassen. Dagegen möchte ich die Mahnung, welche ich schon bei früherer Gelegenheit an alle Parteien gerichtet habe, noch einmal erneuern, daß sie sich nämlich nicht in die inneren Verhältnisse fremder Staaten einmischen sollen; denn nicht nur für die Herren von der äußersten Linken gilt diese Mahnung, sondern auch für den Herrn Grafen Reventlow (Lebhaftes Bravo! bei der äußersten Linken) und ebenso für die Studenten. Wir würden es uns auch ernstlich verbitten, wenn ausländische Studenten an deutschen Universitäten sich so in unsere Verhältnisse einmischen würden. Jeder kehre vor seiner eigenen Tür! (Zuruf bei den Polen: Frhr. v. Richthofen!) Was die chinesischen Offiziere, die im deutschen Heere dienen, betrifft, haben wir gern deutsche Inspektoren nach China geschickt und freuen uns, daß die chinesischen Offiziere den deutschen Dienstbetrieb kennen lernen wollen. Die Verbindung eines jüngeren deutschen Staatsmannes mit der Tochter eines hervorragenden japanischen Offiziers, der lange Jahre in Berlin gelebt hat und sich noch jetzt eines guten Andenkens erfreut, bietet durchaus keine Angriffspunkte. Auf die einzelnen weiteren Beschwerden des Vorredners behält sich der Staatssekretär Frh. v. Richthofen vor, bei der Beratung seines Etats zu antworten. Nur über einen Punkt möchte ich mir noch eine kurze Bemerkung gestatten, nämlich über die Frage, ob wir es nicht versucht haben, uns bei dem Abkommen zwischen den verschiedenen Mächten über Marokko zu beteiligen. Abg. Graf Reventlow scheint unserer Politik nach dieser Richtung hin Versäumnisse vorzuwerfen. Ich verstehe vollkommen die Aufmerksamkeit für die Verhältnisse in Marokko. Ich betrachte es als eine Pflicht der deutschen Regierung, dafür zu sorgen, daß in Zukunft unsere wirtschaftlichen Interessen nicht geschädigt werden. Der gegenwärtige Augenblick scheint mir für weitere Erklärungen nicht geeignet. Ich behalte mir daher für später vor, darauf zurückzukommen.

Graf **v. Mielszynski** (Pole) begründet die Resolution auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zwecks Regelung des Aufenthalts der Ausländer im Deutschen Reich. Vielfach werden Polen, gegen die nicht das geringste vorliegt, als „lästige" Ausländer einfach ausgewiesen. So wurde ein Kutscher, der 18 Jahre lang in Deutschland gedient hatte, sich nicht das Geringste hatte zu Schulden kommen lassen, am allerwenigsten Politik getrieben hatte, kurzer Hand ausgewiesen. Redner führt eine Reihe weiterer Fälle an, in denen ohne Grund Ausweisungen erfolgt sind, seine Ausführungen bleiben aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich. Des weiteren kommt der Redner auf das preußische Ansiedlungsgesetz zu sprechen. Dies Gesetz widerspricht direkt der Reichsverfassung, das hat der Zentrumsabgeordnete Roeren im Abgeordnetenhause klar nachgewiesen. Die Regierung stützt ihr Vorgehen einzig und allein auf die angebliche Gefährdung des allgemeinen Interesses; ich frage aber das Hohe Haus, ob wirklich das Allgemeininteresse dadurch geschädigt werden kann, daß jemand, der als Pole geboren ist, Land in Deutschland erwirbt. Das Ansiedlungsgesetz bedeutet für die Sozialdemokratie das beste Agitationsmittel unter den Bauern in den polnischen Provinzen. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Staatssekretär des Auswärtigen **Frhr. v. Richthofen**: Der Herr Vorredner hat gefragt, ob ein Abkommen zwischen Oesterreich und Deutschland besteht, wonach lästige Ausländer ohne Angabe von Gründen ausgewiesen werden können. Eines solchen Abkommens bedarf es nicht. Denn dies Recht steht jedem Staate zu. Die einzelnen Fälle, die der Herr Vorredner vorgebracht hat, gehören vor den preußischen Minister des Innern resp. den preußischen Landtag, die jedenfalls ein anderes Urteil über die Berechtigung der Ausweisungen fällen dürften als der Herr Vorredner. (Lachen links.)

Jessen (Däne) führt Beschwerde über die preußische Ausweisungspolitik in Schleswig, speziell über die Behandlung der dänischen Optanten. In einem Falle wurde ein Mann als Däne erklärt von demselben Gericht, daß seinen Vater früher als preußischen Untertan anerkannt hatte.

Dr. Spahn (Z.): Die Gründe, die der Reichskanzler gegen unsere Resolution in bezug auf Elsaß-Lothringen angeführt hat, scheinen mir nicht stichhaltig. Es wird uns immer gesagt, die Einzelfälle von Ausweisungen sollten wir in den Landtagen vorbringen. Aber schon 1874 hat Windthorst den Standpunkt vertreten, daß der Reichstag sich das Recht nicht nehmen lassen dürfe, zu der Behandlung von Ausländern, und seien es auch Franzosen, innerhalb des Deutschen Reiches Stellung zu nehmen. Die Erörterung dieser Frage gebührt vor allem der ersten Körperschaft des Reiches! (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Wunsch, daß unsere Beziehungen zu Rußland und England gute sein mögen, schließt nicht aus, daß wir mit Rußland genau denselben Auslieferungsvertrag erhalten wie mit den übrigen Kulturstaaten. Gegenüber den Aeußerungen des Abg. Grafen Reventlow über Marokko kann ich konstatieren, daß mir ein Kaufmann, der die Verhältnisse genau kennt, gesagt hat, daß es für den deutschen Handel sehr gut wäre, daß Deutschland sich nicht in den französisch-englischen Vertrag in bezug auf Marokko eingemischt habe. (Beifall im Zentrum.)

v. Chrzanowski (Pole) führt weitere Fälle an über ungerechte Anwendung des Ausweisungsrechtes gegenüber aus Rußland ausgewanderte Polen. Es kommt vor, daß Ausweisungen auch dann noch geschehen, wenn die Betreffenden ihre russische Staatsangehörigkeit lange aufgegeben haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst die russischen Behörden mißbilligen die Barbarei der preußischen Polizeiorgane, welche die Ausgewiesenen an die Grenze bringen. Bisweilen wird Tochter und Mutter durch Ausweisung des einen Teils auseinander gerissen. (Hört! hört! bei den Sozialdemok.) Wir können allerdings der linken Seite des Hauses nicht darin Recht geben, daß die preußische Regierung gegen Rußland „Liebesdienste" erweise. Das liegt nicht in der Tration Preußens, Liebesdienste ohne Entgelt zu tun. Nein, das Ziel ist die Vernichtung der polnischen Nation. Aus einer Urkunde einer preußischen Verwaltungsbehörde geht hervor, daß ein Einwanderer mit Paß ohne politischen Verdacht einfach deshalb sofort ausgewiesen wurde, weil er Pole war. Das ist wohl in einem Kulturstaat des Zwanzigsten Jahrhunderts einzigartig. (Zuruf rechts: Amerika!) Ein Bundesstaat wie Oesterreich muß es sich gefallen lassen, daß seine Staatsangehörigen hier ohne Grund ausgewiesen werden. Nach dem Beispiel müßte der Statthalter in Prag sämtliche reichsdeutsche Studenten ausweisen. Denn diese gehen nach Prag nicht, um zu studieren, sondern um das Deutschtum zu stärken. Ein Aufruf des Alldeutschen Verbandes beweist das. Ein Kongreß polnischer Universitätslehrer betreffs der Tuberkulose wurde in Posen nicht gestattet. (Hört! hört! links.) Ein polnischer Historiker Askenasie aus Lemberg wollte in Posen Vorträge halten; aber die Hotelverwaltung sagte ihm, er solle das nicht tun, sonst würde er sofort ausgewiesen werden. Das ist ein naiver, kindischer Kampf einer Polizeibehörde gegen das kulturelle Streben eines Volkes. Man kennt unsere Gefühle nicht. Die Konservativen und die Regierung sollten sich einmal an die Zeit erinnern, wo der französische General in Berlin regierte und die Königin Luise an die Grenze geschafft wurde, dann werden sie wohl mehr Verständnis haben für die polnischen Gefühle. (Sehr richtig! bei den Polen.) Jetzt aber schwelgen Sie in Machtgefühlen, in Herrenmoral! Preußen geht nicht in der Welt voran. Andere, z. B. belgische Gesetze schaffen ein Wohnungsrecht für Ausländer. Dort darf ein Ausländer nicht ausgewiesen werden, der eine Belgierin geheiratet hat und fünf Jahre hintereinander in Belgien gewohnt hat. Das müßte bei uns auch eingeführt werden. Unsere kleine Fraktion wird stets in diesem Sinne wirken. (Lebhafter Beifall bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Staatss. Graf **Posadowsky**: Der Abg. Jessen hat einen schweren Vorwurf gegen den Regierungspräsidenten in Schleswig erhoben. Er erklärt, daß eine Frau vor fünf glaubwürdigen Zeugen erklärt habe, es seien ihr M. 2000 geboten, wenn sie ein falsches Zeugnis abgebe. Ob die Frau glaubwürdig war, davon hat der Vorredner nichts gesagt. Er selbst sagte, er glaube nicht an die Wahrheit dieser Erklärung, er hielte es für unmöglich, daß eine preußische Regierungsbehörde gegen Geld ein falsches Zeugnis zu erlangen suchte. Aber ob nicht Mittel angewandt seien, um die Wahrheit zu erfahren, darüber wolle er sich nicht äußern. Ist es möglich, ohne Beweise und ohne jedes tatsächliche Material auf die Erklärung einer Frau hin eine solche schwere Beleidigung gegen eine Staatsbehörde zu erheben? Was die Optanten betrifft, so war die Grundlage des Optionsrechtes, daß wenn ein bisheriger Ansässiger in einem erworbenen Landesteil die bisherige Staatszugehörigkeit behalten wolle, er sich in diesem fremden Staate niederlassen mußte. Es wurden aber viele Umgehungen dadurch herbeigeführt, daß die Optanten zwar für das bisherige Staatswesen optierten, dann ruhig in ihrem Besitz blieben und sich für Ruhe und den Frieden des neuerworbenen Landesteiles häufig politisch ganz außerordentlich nachteilig erwiesen. Solche Leute aus den Grenzen des Staates auszuweisen, ist zweifellos die Verpflichtung des Staates. Der Abg. Graf Mielzinski hat versucht, juristisch nachzuweisen, daß das preußische Ansiedlungsgesetz im Widerspruch stehe mit Artikel III der Reichsverfassung. Er verwechselt zweierlei. Nach diesem Artikel der Verfassung ist selbstverständlich jeder Reichsangehörige berechtigt, Grund und Boden in jedem Bundesstaate zu erwerben. Aber etwas anderes ist die Begründung einer neuen Ansiedlung. Die sämtlichen bisher erlassenen Ansiedlungsgesetze haben ganz bestimmte Bedingungen für die Begründung einer neuen Ansiedlung aufgestellt. Diese Bedingungen sind allerdings durch das neue Gesetz um eine vermehrt worden, indem der Regierungspräsident die Ansiedlungserlaubnis versagen kann, wenn die Ansiedlung im Widerspruch mit dem Zwecke des Gesetzes steht. Daraus folgt noch lange nicht, daß jedem polnischen Bauern oder Staatsangehörigen die Erlaubnis zur Ansiedlung versagt wird. (Widerspruch bei den Polen.) Dem letzten Vorredner erwidere ich, daß, so lange die preußischen Untertanen polnischer Zunge nur kulturell wirken wollen, die preußische Regierung ihnen nicht das mindeste in den Weg legt. Der Herr Abgeordnete kann doch aber keine Anerkennung verlangen für Aeußerungen der polnischen Presse, die ich in Stößen vorlegen könnte, die eine so intensiv feindliche Haltung gegen die preußische Regierung einnimmt, wie sie heute — der Herr Abgeordnete eingenommen hat. (Heiterkeit rechts. Zuruf bei den Polen: „Wurst wider Wurst!" Große Heiterkeit.) Ich muß noch besonders hervorheben, daß Preußen auf den Gebieten, von denen der Vorredner gesprochen hat, unbedingt souverän in Gesetzgebung und Verwaltung geblieben ist. Ein Reichsausweisungsgesetz gibt es überhaupt nicht mehr, seit der § 2 des Jesuitengesetzes aufgehoben worden ist; es gibt nur eine Landesausweisung, und die unterliegt nicht der Kritik dieses Hauses. Den Erlaß eines Gesetzes zur Regelung des Aufenthaltsrechts der Ausländer halte ich für vollkommen ausgeschlossen. (Unruhe links.) Soweit wirtschaftliche Fragen in Betracht kommen, sind in den Handelsverträgen sehr wichtige Gebiete geordnet. Darüber hinaus kann kein Staat, der seine Souveränität aufrecht erhalten will, sich die Bedingungen vorschreiben lassen, unter denen er die Ausländer, die dort immer Gäste bleiben, ausweisen will. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Belgien, England, Amerika!) In Belgien liegen die Verhältnisse ganz anders als im preußischen Staate. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ein Gesetz mit ganz bestimmten Verpflichtungen über die Ausweisung könnte in Zeiten der Unruhe oder drohender Kriegsgefahr geradezu gefährlich für die Sicherheit und Selbständigkeit des Deutschen Reiches sein, und deshalb werden die verbündeten Regierungen ganz bestimmt ein solches Gesetz nie bestätigen. (Beifall rechts.)

Gröber (Z.): Leider haben wir keine Hoffnung, daß uns ein gutes Gesetz über Aenderung der Ausweisebestimmungen vorgelegt wird. Der führende deutsche Staat, Preußen, ist zu wenig fortschrittlich auf diesem Gebiet gesinnt. Ja, wenn wir Initiativgesetze beraten würden. So können die Resolutionen nur die Bedeutung eines Protestes haben. — Betreffs des Ansiedlungsgesetzes will ich mich gar nicht auf die juristischen Feinheiten einlassen. Tatsächlich ist es ein Unrecht, daß ein Teil der Reichsangehörigen außerhalb des gemeinen Rechts gestellt wird. Es ist ein allgemeines Menschenrecht, daß man da, wo man seine Heimat hat, auch sich ansiedeln kann. Solches Menschenrecht darf durch kein Gesetz beseitigt werden, auch dann nicht, wenn dieses Gesetz eine Form besitzt, die vielleicht nicht in einem direkten Widerspruch mit der Verfassung steht. Justitia fundamentum regnorum. (Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Königreiche.) (Beifall links.) Redner befürwortet die Resolution seiner Partei, daß der Bundesrat nicht nur am Schlusse der Session, sondern jährlich eine Uebersicht über Reichstagsbeschlüsse geben solle. Früher fiel ja beides zusammen. Die Session wurde jährlich geschlossen. Jetzt aber sind die Vertagungen üblich geworden. In der 10. Legislaturperiode, die nur aus zwei Sessionen bestand, sind uns nur zwei solche Uebersichten gegeben worden. Das Richtige wäre, wenn jedesmal zugleich mit dem Etat die Uebersicht erfolgte. Es sollte uns auch Auskunft erteilt werden über solche Beschlüsse des Bundesrats, die zu Reichstagsbeschlüssen erfolgen, welche bereits mehrere Sessionen zurückliegen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag, 1 Uhr.

Schluß 5¾ Uhr.

Vereine und Versammlungen.

Gewerkschaftskartell, Wandsbeck. Sitzung am 11. März im „Gewerkschaftshaus". Siemers gab bekannt, daß sich die Kartellkommission gleich am Tage der Wahl konstituiert hat. H. Siemers ist 1. Vorsitzender, E. Peters, Kassierer, J. Haß Schriftführer. Die Kommission habe dem Beschluß einer Kartellsitzung, betreffend Theateraufführungen, Rechnung getragen und zum 28. März eine Aufführung arrangiert, bei der Wolzogens „Lumpengesindel" zur Aufführung gelange. Diesbezügliche Zirkulare sollen unter den Gewerkschaftsmitgliedern verbreitet werden. Weiter werden die Delegierten ersucht, die Karten in Empfang zu nehmen und für genügende Verbreitung Sorge zu tragen. Der Eintrittspreis beträgt à Person 40 ₰, wofür Garderobe und Programm. Kinderkarten kosten 20 ₰ und sind nur an der Kasse erhältlich. Auf einen Wunsch Timmermanns um mehr Sitzgelegenheit wird erwidert, daß von der Kommission schon immer darauf hingewirkt worden ist, und jetzt hoffentlich mit mehr Erfolg. Zur Kostenrechnung des Bierboykotts führte Siemers an, daß er infolge der großen Anzahl der neuen Delegierten gezwungen sei, die ganze Sache nochmals Revue passieren zu lassen. Am 18. Juli haben wir einem Beschluß zugestimmt, die von dem Tage an entstehenden Druckkosten gemeinsam mit den anderen Kartellen zu tragen. Nun haben wir aber später von Hamburg eine Rechnung erhalten, wonach wir insgesamt M. 636,12 bezahlen sollten. Eine am 15. November tagende Kartellsitzung hat dann folgende Resolution angenommen: „Sie nimmt Kenntnis von der Forderung des Hamburger Kartells und beschließt, daß das hiesige Kartell sich verpflichtet, zu den Kosten, welchen die Kommission am 18. Juli zugestimmt hat, beizutragen und erwartet, daß die Hamburger Kartellkommission eine neue Rechnung aufstellen wird." Redner ist zweimal persönlich in Hamburg gewesen, es ist ihm aber nicht gelungen, eine positive Antwort zu erhalten. Erst auf ein diesbezügliches Schreiben hat die Hamburger Kartellkommission mitgeteilt, daß sie es nicht für notwendig erachtet, eine neue Rechnung aufzustellen, da wir das, was wir bezahlen wollen, aus der alten Rechnung ersehen können. Aus diesem Grunde hat die hiesige Kommission eine Durchsicht der alten Rechnung vorgenommen. Das Ergebnis ist folgendes: Die Gesamtkosten, wozu wir beizutragen haben, sind für Annoncen M. 463,60, Boykottzettel M. 1255,50, Flugblätter M. 1070, Beilagen M. 594, Plakate M. 227, Kontrollscheine M. 45,50, zusammen M. 3655,60; verrechnet auf 54 669 Mitglieder, ergibt pro Mitglied 6 7/10 ₰. Da Wandsbeck 2058 Mitglieder hatte, muß das hiesige Kartell M. 137,88 bezahlen. Nicht mit gerechnet ist Flugblattfuhrlohn, da hier die Daten nicht stimmen. Doch sind wir bereit, hierzu unseren Teil beizutragen, falls uns etwas Genaueres vorgelegt wird. Für das Schreiben der Flugblätter wollen wir deshalb nichts bezahlen, weil wir der Ansicht sind, daß diese Gelder hätten gespart werden können. Denn so viel Zeit hätte wohl eine der Streik- resp. Boykottleitung angehörende Person gehabt, um diese Flugblätter zu schreiben. Ferner wollen wir zu dem Verlust beim Bierverlag nichts beitragen, weil wir danach nicht gefragt worden sind und auch keinen Einfluß darauf gehabt haben. Wenn wir nun zu den M. 137,88 die hier am Orte für den Boykott ausgegebene Summe von M. 335,25 hinzurechnen, so ergibt das eine Gesamtausgabe von M. 473,13. Ohne Diskussion wird darauf beschlossen, diese Summe der Kartellkasse zu entnehmen. — Zum Gewerkschaftsfest wünscht Peters eine Aussprache darüber, ob auch in diesem Jahre wieder Kindervergnügen, Feuerwerk und Konzert veranstaltet werden soll. Timmermann stellt den Antrag, die Arrangierung des Feuerwerks dem Komitee zu überlassen, da erst genaue Erkundigungen eingezogen werden müssen, ob ein Feuerwerk auch erlaubt wird. Nachdem Pagel sich gegen das Feuerwerk ausgesprochen und Krüger dem entgegengetreten, wird der Antrag Timmermann angenommen. Peters führt dann zur Musikerfrage aus, daß wir mit den Zivilberufsmusikern schlechte Erfahrungen gemacht haben. Dagegen war im vorigen Jahre, wo wir einem anderen Dirigenten die Musik übertragen hatten, die Musik gut. In längerer Debatte wird hervorgehoben, daß die Zivilberufsmusiker unserem Kartell nicht angehören, und wird beschlossen, die Musik bei Herrn Lefoth zu bestellen. Dann werden die Gewerkschaften darauf aufmerksam gemacht, daß sie die doppelte Anzahl Festkomiteemitglieder zu wählen haben als sie Delegierte im Kartell haben. Diese Wahl ist so bald wie möglich vorzunehmen, die Adressen sind an E. Peters, Langereihe 59, zu senden. Siemers wies dann auf den nächstens stattfindenden Gewerkschaftskongreß hin und ersucht, hierüber in den Versammlungen zu diskutieren. Wachtmann führte darauf aus, daß die Lederarbeiter den Antrag auf Gründung eines Fortbildungsvereins stellen. Sollte dieser Antrag nicht angenommen werden, so sind die Delegierten verpflichtet, dafür einzutreten, daß die hiesigen Gewerkschaften die gleichen Verpflichtungen gegenüber dem Hamburger Fortbildungsverein übernehmen wie die Hamburger Gewerkschaften, damit auch den hiesigen Gewerkschaftsmitgliedern Gelegenheit geboten wird, für einen niedrigen Beitrag dem Verein anzugehören. In der Diskussion wurde angeführt, daß unter den hiesigen Genossen schon vor Jahren die Absicht bestand, einen Fortbildungsverein zu gründen, aber in Berücksichtigung der winzigen Beteiligung, die ein solches Unternehmen voraussichtlich finden würde, wurde davon Abstand genommen, trotzdem man den Wert eines solchen Vereins wohl zu schätzen wußte. Der Vorsitzende ersuchte die Lederarbeiter, in Rücksicht darauf, daß der Gewerkschaftskongreß sich auch mit der Einrichtung von Unterrichtskursen zu befassen habe, ihren Antrag so lange zurückzustellen, bis der Kongreß getagt hat. Diesem Wunsche entsprechen die Delegierten der Lederarbeiter. Der Vorsitzende teilte dann mit, daß die Schuhmacher in Weißenfels, welche eine Lohnbewegung zu führen haben, wünschen, daß die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert werden, die Geschäftsinhaber, welche Weißenfelser Ware führen, zu veranlassen, einen Druck auf die Weißenfelser Fabrikanten auszuüben, damit sie den Forderungen der Arbeiter entgegenkommen. Der Friseurgehülfenverband stellt das Ersuchen, die Friseurgehülfen nach ihrer Verbandszugehörigkeit zu fragen. Eine Resolution, worin die Arbeiterschaft aufgefordert wird, diesem nachzukommen, wird angenommen. Die Schlierbacher Porzellanarbeiter, welche ihren Streik verloren, haben eine Genossenschaft gegründet und ersuchen die Arbeiterschaft, ihre Produkte zu bevorzugen. Die Wwe. Brand hat sich bereit erklärt, diese Ware zu führen. Der Kassierer erklärte dann, daß die Sammellisten für die Bergarbeiter eingefordert sind; bis jetzt sind M. 2300 abgeschickt, außerdem werden wohl noch einige hundert Mark zusammenkommen. Hierzu stellt Martens den Antrag, die Gelder, welche noch nicht abgeschickt sind, und auf Sammellisten eingegangen resp. noch eingehen, nicht abzuschicken, sondern als besonderen Fonds zur Unterstützung von Streiks festzulegen. Begründet wird dieser Antrag damit, daß der Vorstand des Bergarbeiterverbandes dem Parteivorstand in Berlin das Recht zugestanden hat, die noch eingehenden Gelder der Parteikasse zuzuführen. Krüger erklärt, daß wir seiner Ansicht nach die Gelder für die Bergarbeiter auch abschicken müssen, denn Not wäre dort noch genügend vorhanden; außerdem könnten viele Geber daran Anstoß nehmen. Dem wird entgegen gehalten, daß es den Gebern nun wohl, wo die Not unter den Bergarbeitern nicht mehr allzu groß ist, einerlei sei, für welchen Streik das Geld verwendet wird. Die Hauptsache sei, daß damit Streiks unterstützt werden. Nachdem noch Pagel, Wachtmann und Timmermann für Abschickung des Geldes gesprochen und Siemers, Brand, Haß und Reichard sich für den Antrag Martens ausgesprochen hatten, wird derselbe angenommen. Hierauf werden die Delegierten ersucht, die diesjährige Maifeier in ihren Versammlungen zur Sprache zu bringen. Dann erklärt Krüger, daß er gezwungen sei, noch eine Sache von weittragender Bedeutung hier vorzubringen, und zwar haben die Lederarbeiter in ihrer letzten Versammlung beschlossen, ihr Vergnügen im Lokale des Herrn Rolfshagen abzuhalten. Das sei sehr zu bedauern, denn bei dem Boykott haben wir gesehen, welchen Standpunkt der Herr gegen uns einnimmt. Man hätte erwarten können, daß die von der Sache Orientierten mit aller Macht gegen einen solchen Antrag aufgetreten wären. Würden auch noch andere Gewerkschaften diesen Weg betreten, so sei es fraglich, ob wir bei einem späteren Kampf die gleiche Unterstützung bei den Lokalinhabern finden würden wie im letzten Jahre. Deshalb stellt er den Antrag, daß die Delegierten die Mißbilligung über dieses Vorgehen der Lederarbeiter aussprechen, und daß die Arbeiter öffentlich aufgefordert werden, dies Fest nicht zu besuchen. Wachtmann erklärt, daß ihm keine Schuld zugeschoben werden könne, denn er habe in der Versammlung den Standpunkt des Herrn Rolfshagen beim Boykott klargelegt. Da er selber mit dem Beschluß nicht einverstanden sei, habe er sich der Stimme enthalten. Uebrigens hielten auch andere Gewerkschaften in Hamburg in ähnlichen Lokalen ihre Festlichkeiten ab. Mit dieser Begründung sei auch der Beschluß gefaßt. Timmermann: Wenn andere Fehler machen, so solle man das nicht als Grund annehmen, um auch Fehler zu machen. Im übrigen sei das Auftreten des Herrn Rolfshagen bei den Stadtverordnetenwahlen bekannt genug, und man solle sich hüten, alles so leicht zu vergessen. Die Notwendigkeit, einen solchen Beschluß zu fassen, lag absolut nicht vor, denn es stehen Lokale genug zur Verfügung. Schmidt und River bezeugen Wachtmann, daß er die Wahrheit hier gesprochen habe; letzterer bemerkt noch, daß ihnen der Wirt Nebensache sei; sie gingen dort hin, wo das Lokal gut ist und es ein gutes Glas Bier gibt. Siemers: Die Lederarbeiter haben ihre Stellungnahme nur mit den Verfehlungen anderer verteidigt und er ersuche sie, ihr möglichstes zu tun, diesen Beschluß wieder umzustoßen. Wachtmann: Die von ihm angeführten Gründe sollten auch keine Abwehrgründe sein; er habe nur die Stimmung in ihrer Versammlung zur Kenntnis gebracht. Er ersucht Krüger, seinen Antrag zurückzuziehen und es bei einer Rüge bewenden zu lassen. Krüger zieht seinen Antrag zurück und es wird dann beschlossen, den Lederarbeitern eine Rüge zu teil werden zu lassen. Es fehlten unentschuldigt W. Plaht, K. Dürkop, L. Höltje, A. Sauer, K. Alpen, K. Benzin, W. Schröter, A. Schönfeldt und die Vertreter der Bauarbeiter.

Neueste Nachrichten.

(Telegramme des Wolffschen Bureaus.)

Berlin, 15. März. Abgeordnetenhaus. Auf der Tagesordnung steht als erster Gegenstand die zweite Lesung des Etats der Bureaus des Staatsministeriums. Den Staatsministern, welche in der preußischen Staatskasse mit je M. 36 000 ihre Besoldung erhalten, soll eine pensionsfähige Stellenzulage von je M. 14 000 gewährt werden. Es kommen in Betracht: die Minister für Justiz, Kultus, Finanzen, Handel, Innern, öffentliche Arbeiten und Landwirtschaft. Die Kommission beantragt die Bewilligung und gleichzeitig einen Gesetzentwurf, die Aufhebung der Ziffer 10 des § 5 des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872, nach der von dem Einkommen eines Beamten mit mehr als M. 12 000 der diese Summe übersteigende Betrag mit der Hälfte der Berechtigung der Pension zu grunde gelegt werden darf, ausgenommen für die Staatsminister. Die Abgg. Winkler (K.), Dr. Porsch (Z.) und Dr. Friedberg (NL.) beantragen die Aufhebung der Ziffer 10 des § 5 für alle Beamten mit einem Einkommen von mehr als M. 12 000, mithin also Streichung dieser Ziffer. Ueber die Verhandlungen in der Kommission berichtet Abg. Dr. Bockelberg (K.). Abg. Winkler erklärt die Zustimmung seiner politischen Freunde zu der neuen pensionsfähigen Stellenzulage; seine Freunde hätten bereits in der Kommission die Aufhebung der Bestimmung des Pensionsgesetzes, die ein Privileg odiosum darstelle, für die Beamten mit mehr als M. 12 000 Einkommen und für die Staatsminister, abgelehnt. Aus allgemeinen Gründen der Gerechtigkeit sei dies Privileg für alle Beamten aufzuheben. Das Haus genehmigte nach längerer Beratung den Etat des Staatsministeriums und die dazu geforderten Stellenzulagen von je M. 14 000 für die preußischen Minister, sowie eine entsprechende Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872. Beim Etat des Abgeordnetenhauses wurde die Gewährung der Repräsentationsgelder an den Präsidenten angeregt und von den Rednern aller Parteien, außer den Konservativen, befürwortet. Ein diesbezüglicher Antrag soll eventuell in der dritten Beratung eingebracht werden. — Der Etat des Herrenhauses, der Generalordenskommission, der auswärtigen Angelegenheiten, des Kriegsministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung, sowie ein Gesetz, betreffend die Feststellung des Haushaltsetats für 1905, wurden teilweise ohne Debatte, teilweise nach unerheblicher Erörterung bewilligt. — Nächste Sitzung morgen, Vormittags 11 Uhr. Dritte Beratung des Etats.

Berlin, 15. März. Der auf der Ausreise befindliche Ablösungstransport für „Falke" ist mit dem Dampfer „Syria" am 14. d. im Antwerpen eingetroffen und setzt am 16. d. die Reise nach St. Thomas (Westindien) fort. Der auf der Ausreise befindliche Ablösungstransport für „Condor" ist mit dem Dampfer „Seydlitz" am 14. d. in Suez eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise nach Aden fortgesetzt. „Panther" ist am 14. d. in Nassau auf New-Providence (Bahama-Inseln) eingetroffen und geht am 18. d. von dort nach St. Thomas in See. „Habicht" ist am 14. d. wieder in Kapstadt eingetroffen. „Thetis" ist am 15. d. von Shanghai in See gegangen.

Königsberg, 15. März. Das Schwurgericht in Allenstein verurteilte den Besitzerssohn Radzick aus Abbau Willenberg wegen Vatermordes zum Tode.

Detmold, 15. März. Der Landtag genehmigte das lippische Thronfolgegesetz in der ihm von der Kommission gegebenen Fassung. Hiernach ist der nach dem Schiedsvertrag vom 5. November 1904 zwischen dem Fürsten Georg zu Schaumburg-Lippe und dem Grafen Leopold zu Lippe-Biesterfeld, Regenten des Fürstentums Lippe, ergehende Schiedsspruch für die Thronfolge im Fürstentum Lippe maßgebend. Auf die Einsetzung und Führung der bis zur endgültigen Erledigung zur Zeit schwebenden Thronfolgestreites etwa noch weiterhin notwendig werdenden Regentschaft finden die Bestimmungen des Regentschaftsgesetzes vom 24. April 1895 entsprechende Anwendung.

Christiania, 15. März. In der heutigen Sitzung des Storthing erklärte Ministerpräsident Michelsen: Die jetzige Regierung sei gebildet, um das verfassungsmäßige Recht Norwegens, das Konsulatswesen, durchzuführen. Das norwegische Volk habe keinen höheren Wunsch, als in Frieden und gutem Einvernehmen mit allen Völkern leben zu können, und nicht zum wenigsten mit dem schwedischen Nachbarvolke, um seine ganze Nationalkraft einsetzen zu können zur Entwicklung seiner materiellen Hülfsquellen. Die Regierung sei überzeugt, daß der einzige unbeugsame Wille des norwegischen Volkes sein Recht in Uebereinstimmung mit der Verfassung zur Geltung bringen und zum Ziele führen werde. Der Präsident des Storthing sprach die Ueberzeugung aus, daß das Storthing der Regierung die Kräfte zur Durchführung der schweren und großen Aufgabe leihen werde.

London, 15. März. Unterhaus. Herbert Samuel (liberal) richtet eine Anfrage an die Regierung, welche Kosten der englischen Regierung durch die Untersuchung über die Doggerbank-Angelegenheit entstanden seien, wer diese Kosten bezahlen werde und ob gegenwärtig irgendwelche Verhandlungen mit Rußland über die sich aus diesem Zwischenfall ergebenden Angelegenheiten im Gange seien. Unterstaatssekretär Earl of Percy erwidert, es sei unmöglich, auch nur eine annähernde Schätzung der England erwachsenen Kosten zu geben. Die Kosten der Darlegung des britischen Standpunktes vor der Kommission werden von der englischen Regierung getragen. Die der Kommission durch die Führung der Untersuchung erwachsenen Kosten werden von der englischen und der russischen Regierung je zur Hälfte getragen. Auf den letzten Teil der Anfrage lautet die Antwort: „Nein." — Samuel fragt hierauf: Haben wir die Sache so aufzufassen, daß die Regierung die Angelegenheit als durch die Zahlung der Entschädigung endgültig abgeschlossen ansieht? Hierauf erwiderte der Earl of Percy: „Ja, soweit mir bekannt ist." Auf eine andere Anfrage erklärte der Unterstaatssekretär, daß die Regierung mit Japan in der Angelegenheit der schwimmenden Minen im Golf von Petschili in Verbindung getreten sei. In Beantwortung der weiteren Frage, betreffend schwimmende Minen im Golf von Petschili, bemerkte Unterstaatssekretär Pretyman: Wir haben uns mit dem britischen Admiral in den chinesischen Gewässern wegen dieser Angelegenheit in Verbindung gesetzt. Es sind so viel wie möglich von den Minen zerstört und es werden noch mehr zerstört.

London, 15. März. Nach einer bei Lloyds aus Sennen, Cornwall, eingegangenen Depesche ist das englische Schiff „Khyber", von Melbourne kommend, an der Küste von Cornwall gestrandet und total verloren. 23 Mann der Besatzung sind ertrunken, 3 wurden gerettet.

London, 15. März. Heftige Stürme, die namentlich bei den britischen Inseln herrschten, verursachten in der letzten Nacht telegraphische Störungen. Eine Anzahl Schiffe trieben vor den Ankern.

London, 15. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Niutschwang vom 14. März: Dem Vernehmen nach wird der Zugverkehr auf der Strecke Sinminting-Kaopantse-Inkau der chinesischen Eisenbahn innerhalb einiger Tage wieder eingerichtet sein, nachdem man mit den chinesischen Direktoren zu einem Einvernehmen gekommen war. Die Direktoren versuchen ihre Handlungsweise damit zu rechtfertigen, daß dem Stationsvorsteher in Niutschwang seitens der Japaner nahegelegt war, daß sie von der Linie Besitz ergreifen würden, wenn ihnen das Verschicken von Reis verboten würde. Die Entfernung des rollenden Materials war nur eine Vorsichtsmaßregel. Die Direktoren werden die Verbindung wieder eröffnen, sobald die Japaner die Erklärung abgeben, daß sie nicht beabsichtigen, die Bahn mit Beschlag zu belegen.

Reval, 15. März. Abgesandte der Arbeiter versicherten dem Polizeichef, daß die Ruhe in der Stadt aufrecht erhalten wird. Den bisherigen Gouverneur Bellegarde begleiteten bei seiner Abreise an 20000 Personen mit Fahnen und Laternen unter Hurrarufen. Auf dem Bahnhofe beglückwünschten die Vertreter der Stadtverwaltung und die Abgesandten der Arbeiter Bellegarde, dem es gelungen sei, die Interessen der verschiedenen Nationalitäten mit einander zu versöhnen. Die Arbeiter dankten für seine Vermittlung im Ausstand.

Petersburg, 15. März. Das Ministerkomitee beschloß auf Vorschlag des Großfürsten Konstantin die Einschränkungen und Bestimmungen, welche bezüglich der Veröffentlichung des Neuen Testaments in kleinrussischer Sprache bestehen, aufzuheben; gleichzeitig wurde der Erklärung des Metropoliten zugestimmt, daß jedesmal, wenn eine solche Veröffentlichung erfolgen soll, die Zustimmung des Heiligen Synods einzuholen ist. Der Beschluß wurde am 13. März vom Kaiser bestätigt.

Nowgorod-Sjewersk, 15. März. Es geht das Gerücht, in dem östlichen Teile des hiesigen Bezirks seien Unruhen ausgebrochen. In mehreren Dörfern sprächen die Bauern ganz offen von einer Aufteilung des Grundbesitzes; auch fällen sie eigenmächtig Holz. Nach den betreffenden Dörfern wurden Kosaken abgesandt.

Batum, 15. März. Das Post- und Telegraphenamt in Samtredi wurde von Plünderern angegriffen; 2000 Rubel wurden geraubt.

Tientsin, 15. März. Reuter. Der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Sinminting—Inkou wird morgen wieder aufgenommen; es heißt, die Japaner erklärten sich mit den chinesischen Bestimmungen einverstanden.

Der Krieg in Ostasien.

General Kuropatkin meldet vom 14. März, daß er den blutigen Angriff der Japaner gegen das Zentrum der russischen Stellungen am Fanho abgeschlagen hätte; mehr als 1000 Leichen lägen vor den russischen Stellungen.

Das japanische Hauptquartier veröffentlicht einen ausführlichen Bericht über die Operationen des rechten japanischen Flügels gegen Fushun seit dem 19. Februar. — Der Bericht, der bei der Schlacht von Tsinkhotscheng beginnt, schließt wie folgt: Als die Japaner bei dem Vormarsch zum Angriff auf Fushun am 10. März den Hunho erreichten, fanden sie das Eis in der Mitte des Flusses aufgetaut. Dieser Umstand störte und verzögerte den Angriff. Endlich wurde der Uebergang über den Fluß unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten und großer Gefahr bewerkstelligt, worauf die Japaner die Russen von den Befestigungen auf den nördlichen Anhöhen verdrängten. Nach dem Verlust von Paling verbrannten die Russen auf dem Rückzuge alle Dörfer, um den Japanern jedes Obdachs bei der bitteren Kälte zu berauben.

Der Berichterstatter des Reuterschen Bureaus bei der Armee Kurokis meldet, daß das Land gedrängt voll sei von hungrigen und entmutigten Russen, die sich den Japanern in Trupps ergeben; inzwischen wird die Verfolgung fortgesetzt. Die meisten fremden Militärattachés bei der russischen Armee, einschließlich eines englischen und zweier amerikanischer Offiziere, sind den Japanern bei Mukden in die Hände gefallen. Die amerikanischen und englischen Militärattachés sind über Liaujang gestern nach Japan abgereist.

Der Berichterstatter meldet ferner vom 13. März: Der größte Teil der Russen hat, wie man annimmt, Tieling erreicht. Die Nachhut hatte mit den Japanern zahlreiche Zusammenstöße. Wenn die Russen die Absicht haben, sich nach Charbin zurückzuziehen, müssen sie ihre Vorräte von Tieling weitergeschafft haben, denn zwischen Tieling und Charbin verfügen sie über keine Vorräte.

„Daily Telegraph" meldet aus Tokio vom 13. d. M., daß unter den Russen, die sich westlich von Mukden ergeben hätten, sich auch das 16. Armeekorps befände. Diejenigen, die aus der Nachbarschaft von Mukden entkommen waren, bildeten eine große Kolonne, aber als sie bei Hoka angegriffen wurden, zeigten sie die weiße Flagge. Es halten sich noch viele Russen in chinesischen Häusern verborgen; es heißt, General Bilderling sei gefallen.

Das Pariser „Journal" erhielt von seinem Kriegskorrespondenten Naudeau aus Niutschwang die telegraphische Mitteilung, daß er bei Mukden in die Gefangenschaft der Japaner geraten sei. Er werde mit großer Rücksicht behandelt und hoffe bald freigelassen zu werden.

Der bis ins Knochenmark russische Petersburger Vertreter des „Echo de Paris" drahtet: Das mandschurische Russenheer besteht nur noch dem Namen nach; es ist dem schwächsten japanischen Angriffe preisgegeben. Man muß besorgen, daß nicht ein Mann Charbin erreicht, wenn die Japaner ihre Verfolgung fortsetzen. Am Hofe und in Regierungskreisen herrscht wahnsinnige Angst, denn wir sind vielleicht am Vorabend einer noch furchtbareren Zermalmung. Ein Kriegsrat hat beschlossen, weitere 400 000 Mann nach Ostasien zu schicken.

„Evening News" melden aus Tschifu: Nach zuverlässigen Berichten aus Port Arthur wird jetzt mit der Wiederbefestigung des Platzes nur eine geringe Tätigkeit entwickelt. Die Besatzung zählt gegenwärtig nur 4000 Mann, alle verfügbaren Leute sind an die Front gesandt. Aus Port Arthur zurückgekehrte Personen heben den bemerkenswerten Wechsel hervor, der von der anfänglichen fieberhaften Eile bei der Vorbereitung der Wiederbefestigung zur jetzigen verhältnismäßigen Untätigkeit und beinahe völligen Aufgabe der Docks in vergleichsweise erst neuerer Zeit eingetreten sei. Die gesunkenen Schiffe sind noch unberührt.

Dem „Star" wird aus Singapore gemeldet, daß dort vier japanische Kreuzer angekommen sind. Wahrscheinlich warten die Schiffe auf Roschdjestwenski, der jedoch nicht die geringste Neigung zeigt, den Rest der russischen Flotte zu riskieren.

Die „Times" melden aus Tokio vom 13. März, daß in Soeul eine Verschwörung entdeckt sei, um den Kaiser zu veranlassen, sich von der japanischen Konvention freizumachen und in einer fremden Gesandtschaft Zuflucht zu suchen. Die Verschwörer wurden verhaftet; zu ihrem Plan gehörte auch, General Hasegawa zu ermorden.

„Morningpost" meldet aus Shanghai vom 14. d. M., daß die Absicht bestehe, die chinesische Marine zu vergrößern und zu diesem Zwecke die unabhängigen Provinzial-Marineverwaltungen mit einander zu verschmelzen.

Briefkasten.

Carl H. 1. Sie müssen das Kind bei der Revierpolizei abmelden, auch Ihr Bruder muß es anmelden. 2. Teilen Sie das der Behörde mit, welche die Aufforderung an Sie richtete.

Unwissender aus Hamburg. Wohin die Frau zieht, würde sich gleich bleiben. Es handelt sich nur darum, ob man Ihnen den Verdienst nachweisen könnte.

Krämerseele. Das kommt auf Glück an.

H. A. K. 1. Wenn Sie nicht zu Hause sind, kann der Beamte die Einladung auch anderen zur Bestellung übergeben. 2. Muß auch angegeben werden.

Kl. Liechas. Wenden Sie sich an eine Vorschußanstalt, deren Adressen Sie im Adreßbuch finden mit Angabe der Bedingungen, zu denen Vorschuß gegeben wird.

A. Bungfiel. Sie können mit Erfolg kaum etwas dagegen machen. Versuchen Sie es mit einer Beschwerde bei der Sektion für das Volksschulwesen, Fuhlentwiete 34.

B. S. 100. Darüber hat Ihr Mann zu verfügen.

C. C., Eimsbüttel. 1. Nein. 2. Der Gaurisankar oder Mont Everest im Himalayagebirge ist der höchste Berg der Erde, 8840 Meter hoch. 3. Kakao. 4. Alle Postsachen und Geldsendungen. 5. Nicht bekannt.

Eine Unwissende. Das Mädchen soll nur immer für Stellung sorgen, denn aus dem Dienstvertrag kann es die Stiefmutter nicht herausreißen, auch nicht hindern, daß es sich vermietet. Im übrigen hätte allenfalls der Vater, nicht die Stiefmutter zu bestimmen.

Jegtakker. Gewerbeschein nicht nötig. Wegen der anderen Frage müssen Sie sich an die Gewerbepolizei wenden.

Streitende Tischler, Hohenfelde. 1. Auch als Sohn eines Hamburger Bürgers müssen Sie das Bürgerrecht für sich selbst erwerben. Sie sind sonst nur hamburgischer Staatsangehöriger, aber nicht Hamburger Bürger. 2. Kostet M. 50; wegen der Formalitäten müssen Sie sich zunächst an die Aufsichtsbehörde für Standesämter, Poststraße 19, wenden.

W. W. M. 500 können es werden.

G. H. Strafverfolgung ist 10 Jahre nach der Straftat nicht mehr zulässig.

K. G., Bäckergang. 1. Nein, Sie können nichts zurückverlangen. 2. Das können Sie allerdings, würden sich dann aber des Straßenraubes schuldig machen und sehr hart bestraft werden. 3. Schämen Sie sich gar nicht? Sie kennen doch das Wort: Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!

Streitende. 1. Napoleon III. starb am 9. Januar 1873 in Chislehurst bei London. 2. In Farnborough in England.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 15. März, Mittags 12 Uhr.

Thermometer (C.) Mittags	Maxim.	Minim.	Barom. (mm)	Wind	Atmosph.
+ 13,2	+ 13,2	+ 5,4	750,0	Süd	schön

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg am 16. März:

Flut: 7 Uhr 15 Min. | Ebbe: 12 Uhr — Min.

Wasserstand der Oberelbe.

Aussig	14. März	+ 1,70 m
Dresden	14. „	+ 0,14 m
Barby	14. „	+ 3,00 m
Magdeburg	14. „	+ 2,46 m
Wittenberge	14. „	+ 2,78 m
Dömitz	13. „	+ 2,08 m
Lauenburg	14. „	+ 2,10 m

Mutmaßliche Witterung am 16. März.

Nordwestdeutschland: Trübes, mildes Wetter mit Regenfällen und vielfach starken südwestlichen Winden.

Auktionen.

16. März.

10 Uhr:	Pastorenstraße 16, I., Pfänder (Gerichtsv.).
10 „	St. Pauli, Jägerstraße, Mobilien, Hausstandssachen, Schwämme, Fundsachen, ferner Kleidungsstücke und Wäsche, sodann Galanterie-, Leder- und Eisenwaren 2c. (Gerichtsv.)
10 „	Pferdemarkt 29/31, diverse Mobilien 2c. (Emil Mühlenpfordt).
10 „	Rödingsmarkt 82, Bronze- und Bijouterie-, Schmuck-, Elfenbein- und Schildpattwaren, Reiseandenken 2c. (Elsaß).
10 „	Hammerbrook, Sonninstraße 19/22, Brasil-Tabak (Dose, Valett, Rosendahl).
10 „	Lehmweg 57, Hausstand, Mobilien, Bilder, Teppiche 2c. (Heinr. Glasow).
10½ „	Fruchtallee 83, part., Inventar, Zigarren und Zigaretten, Herren-Fahrrad (H. Hamel).
10½ „	Kohlhöfen 29, part., Schuhwaren (L. Löffler).
11 „	Stadthausbrücke 17, Niederräder, Motorwagen 2c. (Herm. Cohn).
11 „	St. Annenufer 2, Pflaumen (J. u. T. Lauezzari).

Erste Beilage zum Hamburger Echo Nr. 64.

Donnerstag, den 16. März 1905.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Gustav Waberský in Hamburg.

X. Generalversammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer 2c.

Hamburg, 15. März.

Vormittagssitzung.

Die Debatte über die verschiedenen Berichte wird fortgesetzt. Sie drehte sich u. a. um die Anstellung von Filialbeamten. Der Ausschußvorsitzende Leinert-Hannover rechtfertigt die Maßnahmen des Vorstandes als praktisch und berechtigt. In seinem Schlußwort widerlegt Tobler die verschiedenen gegen das Geschäftsgebaren des Vorstandes gerichteten Einwände; er kann im allgemeinen konstatieren, daß die Kritik eine nicht allzu umfangreiche, sachliche gewesen sei.

Sodann erhält das Wort Hillig, welcher das Programm der von ihm redigierten technischen Beilage entwickelt und seine Redaktionsführung gegen die von einigen Delegierten geübte Kritik verteidigt. Namentlich rechtfertigt er einen Artikel über die „Anstreichmaschine", welcher mehrfach Anstoß erregt hatte und als nicht in das Blatt gehörig bezeichnet worden war.

Wentker und Mark gehen in ihrem Schlußwort nochmals ausführlich auf erhobene Beschwerden ein; letzterer warnt vor einer Ueberschätzung der technischen Beilage.

Dem Vorstande, Ausschusse und der Redaktion wird Decharge erteilt.

Es wird eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche die Frage des Ausbaus der Fachpresse prüfen soll.

Damit schließt die Debatte.

Beim Punkte „Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß" nimmt zunächst das Wort Genosse Umbreit von der Generalkommission, welcher eingehend die Tagesordnung des in Köln abzuhaltenden Gewerkschaftskongresses bespricht. Bezüglich der Maifeier vertritt er den Standpunkt, daß die Durchführung der Arbeitsruhe in allen am Weltmarkte intensiv beteiligten Berufen unmöglich sei; das sähen auch die Enthusiasten ein. Es handle sich nicht um Beseitigung der Maifeier, die unstreitig von Wert sei; dieselbe müsse richtig gestaltet werden unter Berücksichtigung der örtlichen und allgemeinen Verhältnisse. Dem Generalstreik steht Redner ablehnend gegenüber; die Erfahrung lehre, daß ein solcher undurchführbar sei. Bezüglich des Verhältnisses zu den Genossenschaften fordert er, daß diese Arbeiterinstitute den tariflichen Vereinbarungen, welche die Arbeiterorganisation geschaffen, Rechnung tragen. An das Referat knüpft sich eine kurze Diskussion, welcher sich die Wahl der Delegierten zum Kongresse anschließt. Gewählt werden Streine-Dresden, Kaune-Bremen, Zimmermann-Frankfurt a. M.; je einen weiteren Delegierten entsenden Vorstand und Redaktion.

Nachmittagssitzung.

Zur Beratung steht zunächst der Antrag auf Abhaltung eines internationalen Kongresses. Tobler referiert. Das Verhalten des Vorstandes, welcher beschloß, einen von französischen Kollegen einberufenen internationalen Kongreß nicht zu beschicken, wird gutgeheißen. Es wird eine Kommission gewählt, welche prüfen soll, ob es Gegenstände gebe, die würdig seien, auf einem eventuell im Anschlusse an den 1906 in Stuttgart abzuhaltenden internationalen Kongresse behandelt zu werden.

* * *

Der Name des serbischen Delegierten ist gestern unrichtig wiedergegeben; der Genosse heißt Gjurakitsch.

Arbeiterbewegung.

Die Lohnbewegungen der Zimmerer Deutschlands versprechen auch im Jahre 1905 größere Dimensionen annehmen zu wollen. Bis Ende Februar sind dem Zentralvorstand des Zimmererverbandes aus 97 Verbandszahlstellen mit zusammen 14 108 Mitgliedern Lohnbewegungen gemeldet worden. In 13 Verbandszahlstellen mit 1193 Mitgliedern können die Lohnbewegungen allerdings als zu Gunsten der Arbeiter geregelt angesehen werden. Zu den gemeldeten Lohnbewegungen wird aber noch eine größere Anzahl hinzukommen, so daß die im Vorjahre erreichte Gesamtzahl von über 200 Lohnbewegungen höchstwahrscheinlich wieder erreicht, wenn nicht überschritten wird. Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands zählt zur Zeit in 561 Verbandszahlstellen 37 043 Mitglieder. Sein Gesamtvermögen bezifferte sich am Jahresschluß 1904 auf M. 706 735,41.

Tischlerstreik in Magdeburg. Die Tischler Magdeburgs sind am Dienstag in den Ausstand getreten. Das Kampfobjekt ist der Neunstundentag und entsprechende Erhöhung des Arbeitslohnes. Die Unternehmer machten einige Zugeständnisse, z. B. wollen sie die Arbeitszeit vom 1. April d. J. ab um eine Stunde und vom 1. April nächsten Jahres ab um zwei Stunden pro Woche kürzen. Die Löhne sollen jetzt um 2 ₰, ab 1906 um 3 ₰ pro Stunde erhöht werden. Eine stark besuchte Versammlung der Tischler erklärte diese Zugeständnisse für ungenügend. Da außerdem noch der Verdacht bestand, daß die Unternehmer auf eine Verschleppung der Verhandlungen hinwirken und bei einzelnen Meistern bereits Maßregelungen erfolgten, wurde der sofortige Streik beschlossen. Ausständig sind etwa 500 Tischler. Selbstverständlich ist Zuzug von Holzarbeitern nach Magdeburg streng fernzuhalten.

Der Streik der Berliner Schildermaler nimmt einen günstigen Verlauf, doch ist Zuzug noch fernzuhalten.

Der Ausstand der Sattler und Polsterer bei der Firma Schauenburg u. Leimbrock in Osnabrück ist nach kurzer Dauer beigelegt worden.

Den Galvaniseuren in W. Lüders' Kunst- und Eisengießerei in Wernigerode ist wegen Lohndifferenzen gekündigt worden. Zuzug von Galvaniseuren ist streng fernzuhalten.

In der Eisenacher Tür- und Fensterfabrik sind die Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Zuzug von Drechslern nach Bernau ist fernzuhalten.

Zur Schuhmacherbewegung in Weißenfels. Man schreibt dem „Vorw." aus Weißenfels: Wenn unsere Schuhfabrikanten an Stelle der Protzigkeit mehr soziale Einsicht und Entgegenkommen gezeigt hätten, es wäre für sie besser gewesen. Die Bewegung, an der sich über 2000 Personen beteiligen, lächerlich zu machen, die Forderungen der Arbeiter, die anderwärts ohne Streik bewilligt worden sind, für unmöglich und undurchführbar zu erklären, blieb nur ihnen vorbehalten. Diese Fabrikantentaktik sollte bezwecken, Wankelmütigkeit unter den Streikenden zu erzeugen. Das Gegenteil ist eingetreten. Jetzt haben einige Fabrikanten im Vertrauen auf die treu gebliebenen Arbeiter und sonstige Arbeitswillige durch Inserate bekanntgegeben, daß die bis jetzt ruhenden Betriebe am Montag wieder eröffnet würden. Diese Lockungen sind fehlgeschlagen, trotz Spendens von Bier usw. Die Tausende halten jetzt in der vierten Woche genau noch so zuversichtlich zur Fahne wie am Beginn des Streiks. Nur die Nervosität der Polizeibehörde ist im Steigen begriffen. Als am Montag früh die Ausständigen sich an den Toren der Betriebe, in denen sie beschäftigt waren, einfanden, um den Fabrikantenerfolg anzusehen, sperrten die sofort auf dem Plane erschienenen Polizeimannschaften die Straßen und Plätze ab. Aber kein Arbeitswilliger näherte sich dem Fabriktor. Ein einziger der Fabrikanten, der Herr M. Seiler, hat Glück gehabt; ihm sind drei Arbeitswillige beschert worden in seinen Betrieb, der vor dem Ausstand 51 Personen benötigte. Nicht weniger als neun Polizeileute hatten sich zum Schutz dieser Arbeitswilligen eingefunden und besorgen auch mit peinlichster Pünktlichkeit die Begleitung von und zur Arbeitsstätte. — Die Streikenden hatten für Montag früh 9 Uhr eine Versammlung als Heerschau einberufen, die von über 2000 Personen besucht war. In der Diskussion wurden die Heldentaten der Polizei von einzelnen Rednern kritisiert, wodurch sich der Ueberwachende veranlaßt fühlte, die Versammlung aufzulösen, nachdem er vorher dazu ums Wort gebeten hatte. Mit Ruhe leerte sich der Saal; die Begeisterung erhöhte sich.

Der deutsche Bergarbeiterverband hat noch etwa 1500 gemaßregelte Verbandsmitglieder im Ruhrrevier zu unterstützen. Hinzu kommt noch die Unterstützung der streikenden Belegschaft des Zentrumsgrafen Magnis in dem Neuroder Bezirk (Niederschlesien). Diese 1300 Mann starke Belegschaft befindet sich jetzt schon seit 14 Wochen im Streik um eine Erhöhung ihrer miserablen Löhne und um Anerkennung ihrer Menschenrechte. Trotz der hohen Anforderungen, welche durch den schlesischen Streik sowie den Streik im Ruhrrevier an die Verbandskasse gestellt wurden, hat der Vorstand des Bergarbeiterverbandes beschlossen, daß an die Verbandsmitglieder, welche sechs Monate und länger dem Verbande angehören (das ist die große Mehrzahl der Gemaßregelten) pro Woche M. 20 Unterstützung gezahlt werden.

Streikende Arbeitswillige. In der großen Nadelfabrik von William Prym in Stolberg (Rhld.) war es im vorigen Sommer zu einer Arbeitsniederlegung gekommen. Agenten besorgten dem Fabrikanten Ersatz durch polnische Arbeiterinnen unter Anbietung eines Lohnes von täglich M. 1,50. Die Polinnen wurden in der Fabrik einkaserniert, um sie von den bösen Stolberger Arbeitern und Arbeiterinnen fernzuhalten. Dieser Tage sollten die Polinnen für immer statt im Tagelohn in Akkord arbeiten. Da dies für sie eine Lohnherabsetzung um 60 pZt. gewesen wäre, stellten sie die Arbeit ein. Herr Prym wies sie darauf sofort aus seiner Kaserne hinaus, so daß die Polizei die Obdachlosen in einer Schule unterbringen mußte. Anderen Tages reisten die Mädchen aus dem „kultivierten" Westen in ihre östliche Heimat ab.

Westfälische Streikjustiz. Die Strafkammer in Bochum verurteilte den Redakteur der „Bergarbeiterzeitung" Leimpeters wegen Beleidigung des Bergwerksdirektors Lüpp von der Laurahütte in Schlesien zu M. 500 Geldstrafe. — Von derselben Strafkammer wurden wieder mehrere Bergleute, welche während des Streiks Arbeitswillige zur Niederlegung der Arbeit durch „Drohungen" zu zwingen suchten, mit Gefängnisstrafen von vier bis sechs Wochen belegt. Dieselbe Strafkammer verurteilte ferner den Bergmann A. B., weil er bei den „großen Ausschreitungen" auf Zeche „Zentrum" bei Wattenscheid die Arbeitswilligen „Lumpen" genannt haben soll, zu 6 Wochen Gefängnis!!! Das war die Ausbeute von den „großen Ausschreitungen". Wenig genug und doch allzuviel. — Das Schöffengericht in Herne verurteilte die Bergleute B. zu 2 Monaten, R. zu 6 Monaten Gefängnis. Beide sind aus Hiltrop und sollen den Arbeitswilligen G. „bedroht" haben. — Ebenso wurde der Bergmann Fr. W. aus Wanne zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Er soll auf Zeche „Shamrock" 1 und 2 dem Schießmeister Böhm gedroht haben, die Zeche mit 200 Mann in die Luft zu sprengen. Der Angeklagte legte sofort Revision ein. — Der 18jährige Bergmann J. Ch. aus Holsterhausen soll einem „Willigen" „Pfui, Schuft! Lump!" zugerufen haben. Die Strafe war M. 15. — Der Bergmann A. A. ebendaselbst erhielt eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen wegen „Belästigung" Arbeitswilliger; da er einen falschen Namen angab, so muß er noch M. 10 extra blechen. So wäre denn der Staat einmal wieder gerettet. Traurig ist es, wie leicht ein Arbeitswilliger sich bedroht fühlen darf. — Dem „Berl. Tageblatt" wird aus dem früheren Ausstandsgebiet geschrieben: „Staatsanwalt und Gericht halten jetzt eine fürchterliche Musterung unter den vielen großen und kleinen Streiksündern. Es vergeht keine Gerichtsverhandlung, in der nicht gegen ganze Kolonnen verhandelt und auf empfindliche Strafen erkannt wird. Wer in jenen Tagen der Leidenschaft nur einem Arbeitswilligen ein „Pfui" oder „Verräter" zurief, wird jetzt dafür mit wenigstens einem Monat Gefängnis bestraft. Sonderbarerweise nahm das Ehrgefühl der Arbeitswilligen merkwürdig zu. Wegen der geringsten Kleinigkeit, wegen deren in normalen Zeiten kein Hahn kräht, laufen jetzt die in ihrer Ehre als treue Arbeiter gekränkten Streikbrecher zum Kadi und freuen sich, wenn auf ihre Denunziation hin drakonische Strafen verhängt werden. Es ist wie zur Zeit der heiligen Inquisition. Kein Nachbar ist vor dem anderen sicher, daß er nicht für ein unüberlegtes Wort denunziert wird. Natürlich erregen die harten Urteile Erbitterung, und statt vom Frieden, sprechen die Bergleute schon wieder laut und ungescheut vom nächsten Streik." Die Gerichte verurteilen unterdessen weiter zur Freude der Zechenbesitzer, die ihre Rachebegierde jetzt befriedigen können.

Textilarbeiter. Der in der Smyrna-Teppichfabrik Linden, Abteilung Weberei, ausgebrochene Streik ist nach dreitägiger Dauer mit Erfolg für die Ausständigen beendet. Es war gefordert: 1. Entlassung des Revolverhelden Werkmeisters Möller. 2. Wiedereinstellung des Kollegen Simon und dessen Frau. 3. Gerechte Handhabung der Arbeitsverteilung 2c. Die Direktion hat die Erfüllung des Geforderten schriftlich zugesichert. Bis zur Erlangung einer geeigneten Kraft, spätestens am 30. April, wird der Werkmeister Möller entlassen. Die Ausständigen beschlossen einstimmig, am Dienstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Kein militärischer „Arbeitswilliger". Ueber den Fall der Beschäftigung eines Maschinenmeisters in Oldenburg, der beim Militär dient, als unfreiwilliger Arbeitswilliger, erfährt der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer", daß die Sache sich harmlos aufklärt. Die betreffende Firma war um einige Tage in Verlegenheit gesetzt, weil einer ihrer Maschinenmeister acht Tage vor seinem Austritt erkrankte, der schon beschaffte Ersatz aber nicht sofort antreten konnte. Aus diesem Grunde erbot sich ein Maschinenmeister derselben Firma, der zur Zeit seiner Militärpflicht genügt, die Firma aus der Verlegenheit zu helfen. Seine Entlohnung war durchaus tarifmäßig.

Die Tapezierer in Mannheim traten in eine Lohnbewegung ein. Gefordert werden: 9stündige Arbeitszeit. Minimallohn für Ausgelernte: M. 21, vom zweiten Gehülfenjahr an M. 24; bessere Arbeiter erhalten entsprechend höheren Lohn. Für Ueberstunden von 6 bis 9 Uhr 33⅓ pZt., von 9 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens 100 pZt. und Sonntagsarbeit 50 pZt. Zuschlag. Der Arbeitsnachweis beruht auf paritätischer Grundlage. Der 1. Mai ist als Feiertag zu betrachten.

Die Kohlenverlader des Elbhafens in Aussig stellten die Arbeit ein.

Buddismus in Preußen. Der Eisenbahnminister v. Budde besichtigte einen für ihn im Bau begriffenen Salonwagen, der in den Eisenbahnwerkstätten zu Potsdam hergestellt wird. Daran schloß sich eine Rundwanderung durch die Eisenbahnwerkstätten. Nach Beendigung der Besichtigung ließ der Minister den Ausschuß der Arbeiter herbeirufen und hielt an ihn eine Ansprache, in der er der Arbeiterschaft seine Zufriedenheit aussprach und sie eindringlich vor etwaigen Streikabsichten warnte. Er wies dabei auf die Eisenbahnarbeiterausstände im Auslande, die nur zum Nachteil der Streikenden ausgelaufen wären. — Aus Ungarn wird berichtet: Das Blatt der ungarischen Eisenbahner hat im Anschluß an die letzten Kämpfe einen derartigen Aufschwung genommen, daß es vom 1. März an als Wochenblatt erscheinen kann! Im übrigen hat die Regierung es für geratener gehalten, etwas sanftere Saiten aufzuziehen. Im Anschluß an den vorjährigen Streik standen noch 249 Eisenbahnbeamte, -Arbeiter und sonstige -Angestellte in Disziplinaruntersuchung. Dieser Tage nun verfügte der Handelsminister Hieronymi, daß das Verfahren gegen alle einzustellen sei. Sie werden sämtlich ihrem vorherigen Dienste wieder zugeteilt und bleiben in ihrem alten Range. — So etwas wäre natürlich bei Herrn Budde nicht möglich.

Der Metallarbeiterverband in Berlin. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat auch im verflossenen Jahre eine erfreuliche Fortentwicklung aufzuweisen. Die Mitgliederzahl ist von 35 741 auf 44 878 gestiegen. Auf die einzelnen Branchen verteilt sich die Mitgliederzahl folgendermaßen: Schlosser und Maschinenbauer 12 108, Fräser, Hobler, Bohrer usw. 6345, Dreher 5303, Mechaniker 2884, Klempner 2554, Gürtler 2424, Former 2295, Rohrleger 1928, Metallschleifer 1251, Schmiede (Messer-, Zeug-) 750, Bauanschläger 748, Metalldrücker 704 und Metallarbeiterinnen 3371. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Berufsgruppen von je unter 500 Mitgliedern. Ueber den Arbeitsnachweis, der ebenfalls erheblich an Bedeutung gewonnen hat, geben folgende Zahlen Aufschluß: Arbeitslos meldeten sich daselbst 16 029 Personen; Stellen wurden vermittelt 7065; im Jahre 1900 waren es nur 980. Entsprechend der Größe der Organisation gestalten sich auch die Kassenverhältnisse. Für die Hauptkasse belief sich die Jahreseinnahme auf M. 1 080 992,64, der eine Ausgabe von M. 1 020 442,65 gegenübersteht; der Kassenbestand beträgt somit M. 60 549,99. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse bilanzieren in der Summe von M. 625 106,24 bei einem Kassenbestande von M. 129 085,41. Unter den Einnahmen befindet sich ein Posten von M. 156 915,44, die zur Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten in der Gelbmetallindustrie eingegangen waren. Es wurden insgesamt gezahlt an: Streik- und Maßregelungsunterstützung M. 886 001,80, Arbeitslosenunterstützung M. 116 501,40 an 5486 Mitglieder für 120 199 Tage, Rechtsschutz M. 46 978,71. Die hohe Ausgabe für Rechtsschutz resultiert aus den Streikpostenprozessen und der Zahl der Strafmandate für angebliche Streikvergehen. Im ganzen erließ die Polizei nicht weniger als 543 solcher Strafmandate. Gegen 220 derselben wurde richterliche Entscheidung beantragt, und diese Prozesse endeten auch zumeist mit der Freisprechung der Angeklagten. Das Jahr 1904 brachte den Berliner Metallarbeitern wieder eine Reihe von Lohnkämpfen größerer und kleinerer Art. Es kam in 41 Fällen zu Arbeitsniederlegungen, an denen 9269 Kollegen beteiligt waren. Zu verzeichnen sind 13 Angriffsstreiks, 24 Abwehrstreiks und 4 Aussperrungen, worunter der Kampf in der Gelbmetallindustrie der bedeutendste war.

r. **Die Schreiner in Bern** sind infolge der Ablehnung ihrer Forderungen durch die Meister in den Ausstand getreten.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 15. März.

Hamburg.

Hamburg-Amerika-Linie.

Der Bericht über das Geschäftsjahr 1904 bestätigt die glänzende Lage, in welcher sich diese Gesellschaft befindet. Der nach Deckung aller Unkosten verbleibende Betriebsgewinn beträgt M 29 504 331,84 (gegen M 22 009 274,22 im Vorjahre). Nach Abzug der Zinsen auf die Prioritätsanleihen mit M 1 674 609,40 ergibt sich ein Reingewinn von M 27 829 722,44 (im Vorjahre M 20 306 774,22). Aus dieser Summe sollen 9 Millionen Mark zur Zahlung einer Dividende von 9 pZt. (im Vorjahre 6 pZt.) und M 17 959 886,57 (im Vorjahre M 13 832 524,08) zu Abschreibungen vom Werte der Schiffe usw. sowie zur Dotierung des Erneuerungsfonds verwendet werden, während der Rest zur Verstärkung des Reservefonds und zur Zahlung der statutenmäßigen Tantieme dient. Dieses „sehr erfreuliche" Jahresergebnis ist darauf zurückzuführen, daß sich auf den meisten der von der Gesellschaft betriebenen Linien eine Aufwärtsbewegung des Verkehrs vollzogen hat, welche wesentliche Mehreinnahmen lieferte. Auch die Auswanderung, deren Rückgang sich in den ersten Monaten des Jahres 1904 vorzubereiten schien, dauerte wider Erwarten in unverminderter Stärke fort. Dazu kam noch, daß sich der Gesellschaft Gelegenheit bot, die Schnelldampfer „Auguste Viktoria", „Fürst Bismarck" und „Columbia" sowie den Frachtdampfer „Belgia" mit Nutzen nach dem Auslande zu verkaufen. Wir erfahren aus dem Jahresbericht, daß ganz neuerdings auch noch die Dampfer „Palatia" und „Phönicia" verkauft worden sind. Der Nutzen aus dieser Transaktion, ebenso wie der Gewinn aus den von der Gesellschaft abgeschlossenen, bisher aber noch nicht abgewickelten umfangreichen Chartergeschäften wird erst im Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres in die Erscheinung treten, ein Umstand, der bei der Würdigung des vorliegenden Jahresabschlusses nicht außer Acht gelassen werden darf. Interessant ist es, aus dem Jahresberichte zu ersehen, wie die Gesellschaft neben der Erweiterung ihres Betriebes bestrebt ist, auch nach außen hin ihre Interessensphäre ständig auszudehnen. So hat die Hamburg-Amerika-Linie mit der Vereinigten österreichischen Schiffahrts-Aktiengesellschaft, vorm. Austro-Americana und Fratelli Cosulich in Triest im Laufe des Jahres 1904 einen Vertrag abgeschlossen, der ihr auf Grund einer entsprechenden Kapitalbeteiligung einen angemessenen Einfluß auf die Leitung dieser Reederei gewährt. Ein ähnliches Vertragsverhältnis besteht zu der Russisch-Ostasiatischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Petersburg. An der Gründung einer brasilianischen Küstenschiffahrts-Gesellschaft, welche unter der Firma Companhia de Navegacao Cruzeiro do Sul ihren Sitz in Santos hat, ist die Hamburg-Amerika-Linie hervorragend beteiligt. Auch die Aktieselbskabet det Ostasiatiske Kompagni in Kopenhagen ist neuerdings in die Interessensphäre der Hamburg-Amerika-Linie einbezogen worden. Die Beziehungen der Hamburg-Amerika-Linie zu der Dampfschifffahrts-Gesellschaft „Italia" in Genua, sowie zu der Holland-Amerika-Linie sind bereits aus früheren Jahren bekannt. Die Gesellschaft kann daher am Schlusse ihres Berichts mit Stolz darauf hinweisen, daß sie auf 6 ausländische Reedereien maßgebenden Einfluß ausübt, während sie selbst 46 regelmäßige Linien unterhält und die von ihren Schiffen ausgeführten Fahrten den ganzen Erdball umspannen. Der Bestand der Flotte der Gesellschaft ist im verflossenen Jahre besonders umfangreichen Veränderungen unterworfen gewesen. Von den früher in Auftrag gegebenen Dampfern sind sechs inzwischen geliefert und in Dienst gestellt worden. Im Bau befinden sich gegenwärtig noch 16 Dampfer, darunter die „Kaiserin Auguste Viktoria", welche mit ihrem Raumgehalt von 25 000 Brutto-Registertons sogar den Dampfer „Amerika" noch um 2750 Tons übertreffen, im übrigen aber ein Schwesterschiff desselben werden und vor allem, wie dieser, in bezug auf die Unterbringung und Verpflegung der Passagiere den höchsten Anforderungen entsprechen soll. Durch Ankauf sind der Gesellschaft zehn Schiffe zugewachsen, unter denen sich die drei Dampfer der bekanntlich in den Besitz der Hamburg-Amerika-Linie übergegangenen Nordsee-Linie befinden. Im ganzen umfaßt die Flotte der Gesellschaft jetzt 149 Ozeandampfer und 182 kleinere Dampfer, Leichter usw. mit einem Gesamtraumgehalt von 764 551 Brutto-Registertons; gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von reichlich 36 000 Tons. Eine erhebliche Betriebsausdehnung, und zwar auf ein bisher von der Gesellschaft noch nicht gepflegtes Gebiet, bedeutet die Uebernahme des Carl Stangenschen Reisebureaus, welches von der Hamburg-Amerika-Linie in erweiterter Gestalt fortgeführt werden wird. Die Berliner Zentrale dieses Bureaus wird nach dem zu diesem Zwecke angekauften Hause Unter den Linden 8 verlegt werden. Mit Rücksicht auf die wiederholt aufgetauchten Gerüchte über eine beabsichtigte Vermehrung des Aktienkapitals der Gesellschaft wird die in dem Jahresbericht enthaltene ausdrückliche Erklärung, daß alle aus der seitherigen Erweiterung der Flotte und des Geschäftsbetriebes der Hamburg-Amerika-Linie sich ergebenden finanziellen Verpflichtungen ohne jede Vergrößerung des Betriebskapitals ihre Deckung finden werden, in den Kreisen der Aktionäre „besonders angenehm berühren".

Einkommen und Miete in Hamburg.

In dem kürzlich erschienenen 22. Heft der Statistik des Hamburgischen Staates findet sich eine interessante Arbeit über das Verhältnis zwischen Miete und Einkommen in Hamburg für das Jahr 1901. Die Untersuchung hat sich auf 55 513 Fälle, mehr als ein Drittel aller bewohnten Gelasse, erstreckt, und zwar sind es die Fälle, in denen durch den angegebenen Mietbetrag nur das wirkliche Wohnbedürfnis des Haushaltungsvorstandes und seiner Familie befriedigt wurde; ausgeschlossen sind alle Fälle, wo von den Mitbewohnern ein Beitrag zur Bestreitung der Wohnungsmiete geleistet wurde, oder wo die Wohnung auch gewerblichen Zwecken diente. — Eine sehr umfangreiche Arbeit war es, für diese Haushaltungsvorstände aus den Steuerrollen des Jahres 1901 das Einkommen zu ermitteln. Diese Steuerzahler wurde hierauf nach ihrem Einkommen in 40 Klassen, von M. 900 steigend bis M. 587 500 geteilt. Der Durchschnitt der Mieten betrug von M. 244 bis M. 6096 und die Miete war bei der niedrigsten Stufe 24,67 Prozent, bei der höchsten 1,04 Prozent des Einkommens. Im ganzen wurde in den 55 513 Fällen M. 26 373 408 Miete bezahlt. Wie die Miete im Verhältnis zum Einkommen von 1882—1901 nach und nach für die untersten Einkommenstufen gestiegen, in den mittleren fast konstant geblieben und in den höchsten gefallen ist, ergibt sich aus folgender Tabelle:

Einkommenklassen	Die Miete betrug in Prozent des Einkommens in den Jahren		
	1882	1891	1901
Von M. 900 bis 1 200	21,86	24,12	24,67
über „ 1 200 „ 1 800	18,94	22,22	23,19
„ „ 1 800 „ 2 400	19,50	22,09	21,61
„ „ 2 400 „ 3 000	18,78	20,81	20,53
„ „ 3 000 „ 3 600	17,90	19,15	19,25
„ „ 3 600 „ 4 200	18,33	18,71	18,31
„ „ 4 200 „ 4 800	17,22	17,88	17,36
„ „ 4 800 „ 6 000	18,33	17,71	16,69
„ „ 6 000 „ 12 000	16,72	15,12	14,30
„ „ 12 000 „ 30 000	12,23	10,38	9,61
„ „ 30 000 „ 60 000	8,06	6,21	5,99
„ „ 60 000	3,87	3,05	3,04

Die Skala des Steigens in den untersten Stufen ist in den Jahren 1891 und 1901 nicht ganz gleichmäßig. Der Prozentsatz für die unterste Stufe stieg um 0,55 pZt., für die zweite um 0,97 pZt., während der für die dritte um 0,48 pZt., der für die vierte um 0,28 pZt. zurückgegangen ist. Der Grund liegt darin, daß in diesem Zeitraume nur recht wenige kleine Wohnungen mit Mieten unter M. 360 erbaut worden sind, so daß bei der mit der zunehmenden Bevölkerung wachsenden Nachfrage nach solchen Wohnungen die vorhandenen Wohnungen im Preise stiegen, die Bewohner also einen größeren Teil als vorher von ihrem Einkommen auf die Miete verwenden mußten. Dagegen kam die Vorliebe der Bauunternehmer für die Errichtung von Wohnungen mit einer Miete zwischen M. 400 und M. 600 den Mietern dieser Wohnungen zu gute, die nun von ihrem zwischen M. 1800 und M. 3000 betragenden Einkommen infolge zahlreicher Mieteherabsetzungen einen kleineren Teil für die Miete auszugeben hatten. Für die fünfte Einkommenklasse mit M. 3000 bis M. 3600 ist der Mieteanteil in den 10 Jahren nur unbedeutend gestiegen, um so stärker ist er in den übrigen Klassen zurückgegangen und zwar für die Klasse mit einem Einkommen von M. 3600 bis M. 4200 um 0,40 pZt., von M. 4200 bis M. 4800 um 0,52 pZt. und in der Klasse von M. 4800 bis M. 6000 sogar um 1,02 pZt. Für Wohnungen mit M. 800 bis M. 950 Miete scheint die Mieteermäßigung in diesem Zeitraum sonach am bedeutendsten gewesen zu sein.

Aenderungen und Verbesserungen des Sommerfahrplans. Die 42. Sitzung des Bezirkseisenbahnrats zu Altona, die am 18. März, Vormittags 11½ Uhr, im Gebäude der Königlichen Eisenbahndirektion zu Altona stattfindet, wird sich mit einer ganzen Reihe wichtiger Fahrplanänderungen zu beschäftigen haben: Die Einlegung schnell fahrender Züge auf der Strecke Kiel—Eckernförde ist in Erwägung genommen. Entsprechend dem Wunsche der Handelskammer Hamburg wird ein neuer Schnellzug Flensburg—Neumünster eingelegt werden, der Nachmittags 4 Uhr 36 Minuten von Flensburg abgeht und in Neumünster an den um 6 Uhr 20 Minuten Nachmittags von Kiel dort eintreffenden Schnellzug nach Hamburg anschließt. — Ferner soll der von der Handelskammer Altona beantragte Frühschnellzug Husum—Elmshorn nach Hamburg-Klostertor als selbständiger Zug durchgeführt werden; als Gegenzug wird ein neuer Nachmittagsschnellzug Hamburg—Husum, ab Klostertor 5 Uhr 30 Minuten Nachmittags, an Husum 8 Uhr 22 Minuten Abends, gefahren. — Der Personenzug Hamburg—Hagenow, von Lippeltstraße ab 10 Uhr 14 Min. Vormittags, wird bis Wittenberge durchgeführt.

---

[11] (Nachdruck verboten.)

Der Kreisphysikus.

Novelle von Marie von Ebner-Eschenbach.

Vereinzelte Laute der Zustimmung ließen sich vernehmen, aber so manches Antlitz drückte Enttäuschung aus.

„Die Sache Gottes, meine Brüder!" wiederholte der Redner. „Vermöchte ich den Feuereifer, ihr zu dienen, in Euren Seelen zu erwecken, den er in der meinen erweckt hat, und Euch den Abscheu und die Scham kennen zu lehren, mit der ich zurückblicke auf meine einst genossenen Erdenfreuden. Mitten in der Fülle ihrer Genüsse fand mich der Herr. Aus ihrem Taumel schrak ich auf bei seinem Rufe. Und die Stimme, mit der der Allerbarmer mich rief, war die des Mitleids, und das Mitleid gebar den Zweifel und der Zweifel die Erkenntnis."

Verklärung breitete sich über seine Züge, das Licht der schönsten Liebesgedanken leuchtete auf seiner Stirn.

„Ich lebte, wie die Verwöhnten leben. Weil der Zufall mir zu viel beschert hatte, kannte ich kein Genügen, in meiner heißen Hand zerschmolz das Gold. Da war einer unter meinen Dienern — Jelek hieß er, ein Bauerssohn, der, aufgeweckt und tüchtig, es bis zu dem Amte meines Güterverwalters gebracht hatte. Er allein wagte es einmal, eine Warnung gegen mich auszusprechen und fiel dadurch bei mir in Ungnade.

An einem Sommermorgen ritt ich nach fröhlich durchlebter Nacht mit meinem Anhang von einem Feste bei meiner Geliebten heim. Ihre Küsse brannten noch auf meinen Lippen, die Klänge der Musik summten mir noch im Ohr, liebliche Bilder gaukelten vor meinen Augen, eine beglückende Lebenslust erfüllte mich. In meiner Seele vermählten sich die Erinnerung an genossene Freuden mit der Erwartung künftiger, und übermütig rief ich meinen Gefährten zu:

— Wie heute, so morgen, und — immer!

Wir waren am Ausgang des Waldes angelangt; vor uns lagen im schimmernden Duft des jungen Tages die taufrischen Wiesen, das Aehrenmeer der Felder, und aus der Ferne grüßte mein bewimpeltes Schloß mit seinen starken Türmen. Seine Fenster blinkten, auf seinem altersgrauen Gemäuer lag der Glanz der aufgehenden Sonne wie ein Lächeln auf dem Antlitz eines Greises. Einen schönen Anblick bot mein ehrwürdiges, gastliches Haus, und mit Jauchzen sprengten meine Gefährten ihm zu.

Ich aber verhielt mein ungeduldiges Roß.

Ich hatte längs des Waldsaumes einen Mann in hastender Eile herbeikommen gesehen und Jelek, meinen Verwalter, in ihm erkannt. — Woher und wohin? rief ich ihn an. Er nannte einen weit entfernten Meierhof, nach dem ihn der Intendant mit einem Auftrag geschickt. — Fand sich dazu kein Geringerer? Seit wann machst Du Botengänge? — Auf diese meine Frage gab er zur Antwort: — Seit ich bei Dir in Ungnade gefallen bin. Dein Intendant hat mich meines Amtes entsetzt und bedenkt mich dafür mit allerlei Aemtern. — Er keuchte und wischte sich den Schweiß von der Stirn, und ich sah es ihm an, daß ihm der Boden unter den Füßen brannte. Ich sah auch, daß sich vom Dorfe aus ein langer Zug nach der Straße hin bewegte, und daß der es war, dem er entgegenstrebte. Ich setzte mein Pferd in Schritt, und er folgte mir. So kamen wir zur Landstraße, auf der die Leute wanderten. Ein paar hundert Männer, Jünglinge, Greise, ihre Sensen auf den Schultern, Säcke auf den Rücken. Sie schritten stumm, mit gesenkten Köpfen, die meisten barfuß und zerlumpt — meine Bauern! . . . Und wie sie, sich bis zur Erde verneigend, an mir vorüberschlichen, unlustig wie eine Herde, die nach fremdem Pferch getrieben wird, da wußte ich: die Leute sind vermietet für die Erntezeit, weithin vielleicht und werden den Boden, auf dem ihre eigene Ernte reift, nicht wiedersehen, ehe der Schnee ihn bedeckt.

Jelek hatte ein Tüchlein hervorgezogen, in dem einige Münzen eingebunden waren, und drückte es einem Alten in die Hand, der am Ende des Zuges mühsam nachhumpelte: — „Damit Du nicht darbst unterwegs, Vater. Gott tröste Dich. Meinetwegen mußt Du fort."

Der Alte barg das Tuch an seiner Br[illegible], und der Haiduk, der die Schar geleitete, stieß ihn vorwärts.

In die Augen Jeleks traten Tränen des Schmerzes und der Wut.

„Warum sagtest Du," fragte ich ihn, „Dein Vater müsse um Deinetwillen fort?"

„Weil es so ist. Der Intendant hätte sich nicht getraut, ihn zu vermieten, wenn Du mir noch gnädig wärest, wie sonst."

Ein paar Tage später traf ich meinen Jelek, wie er einen Arbeiter auf dem Felde, einen hochbejahrten Mann, der Faulheit anklagte und erbärmlich schlug.

„Siehst Du nicht, daß der Mann erschöpft ist und nicht mehr arbeiten kann," sagte ich, und er erwiderte:

„So werden sie es in der Fremde auch meinem Vater tun. Warum soll es dem einen besser gehen als dem anderen?"

Was ich ihm antworten sollte, wußte ich nicht, aber zu dem Alten sagte ich:

„Tun Dir die Schläge nicht weh, daß Du dastehst und nicht einmal klagst?"

„O, mein gnädiger Herr!" entgegnete er, „was würde das Klagen mir nützen?"

Und auch darauf mußte ich schweigen . . .

Heimkehrend fand ich das Haus zum Empfang meiner Geliebten geschmückt, und alle, die um meine Gunst buhlten, waren versammelt, um ihr zu huldigen. Sie erschien in ihrer königlichen Schönheit, und ihr Anblick und der Anblick der Pracht, die mich umgab, und der kriechenden Dienstfertigkeit meines Anhangs — Grauen, meine Brüder! Grauen erweckte sie mir . . . . Ein Dämon — meint' ich — habe tückisch mein Auge zu furchtbarem Hellsehen geschärft . . . All' der Glanz, alle die Pracht und Herrlichkeit, und die Liebe des Weibes und die Treue der Freunde — sie hatten einen Preis, und bezahlt hatte ihn das Elend. Die hatten ihn bezahlt, die zum Frondienst vermietet hingezogen waren in die Fremde . . . Das Gewühl vor mir, die Wände des Saales wurden durchsichtig, wie durch schimmernde Schleier sah ich eine wandernde Schar, deutlich jede Linie der Gestalten, jeden Zug der Gesichter, die mein Auge an jenem Morgen nur flüchtig gestreift hatte . . . Ergebung auf allen! Nicht schöne, männliche — nein! die trostlose und hoffnungslose Ergebung des Stumpfsinns . . . Was jenes Opfer der ungerechten Vergeltung, die mein Diener übte, gesprochen hatte, das sprachen auch sie in ihrem Schweigen! „Was würden Klagen uns nützen?"

Brüder! In dieser Stunde habe ich meiner Macht geflucht und mein Glück gerichtet . . . Meine Macht war zum Unheil anderer ausgeübt worden, mein Glück wuchs nicht wie eine Blume aus dem gesunden Mutterschoß der Erde, es war ein Wuchergebilde, ihrer Krankheit Frucht, und nährte sich parasitisch von kostbaren Lebenssäften."

Der Redner bog den Kopf zurück; seine Lider schlossen sich, einem Gepeinigten gleich zog er den Atem ein:

„Da ergoß sich in meine Brust ein Strom der Schmerzen . . . Die Schmerzen jedes einzelnen, der um meinetwillen gelitten hatte, ergossen sich in meine Brust! . . . Und jede Schuld, und jedes Unrecht, das die begangen hatten, die mir dienten, als meine Schuld empfand ich sie, und vernahm schaudernd, wie ihr Schrei gegen mich zum Himmel stieg . . .

Die Luft im Saale lastete wie Blei, aus den Augen meiner Geliebten blickte die Sünde, die Töne der Musik girrten sinnverwirrende Melodien, und — fort trieb es mich, hinweg von dem durchschauten Trug in die kühle, klare Nacht. Ich wanderte unter ihren schimmernden Sternen, so weit meine Füße mich trugen, und wie auch mein Herz blutete und rang, mir war, als lebt' ich auf. In der herben Qual, die ich litt, fühlte ich die Hand meines Herrn, verstand die Mahnung, deren er mich gewürdigt hatte. Und während sie mich suchten im Schlosse und in den Gärten, lag ich im Waldesgrund auf dem Angesicht vor meinem Gott und flehte um Kraft zur Buße und Sühne, und bot mich ihm dar zum Werkzeug seines Willens, zum Verkünder seiner Lehre, und flehte den Urquell des Lichtes um Erleuchtung auf meinem Wege an.

Sie wurde mir. Wie das Auge des Blindgeborenen, als der Finger des Heilands es berührte, sich der alten, vertrauten und ihm doch unbekannten Welt erschloß, so erschloß sich meine Erkenntnis der Offenbarung, in deren Licht ich gewandelt war, von Jugend an — ein Blinder. Und je tiefer ich in den Geist des göttlichen Wortes eindrang, desto klarer ward es mir: Inbegriff seiner Weisheit ist die Liebe. Für uns Menschen — die Nächstenliebe!"

Die hochgehenden Wogen der Begeisterung, mit welcher der Sendbote empfangen worden, waren allmählich verebbt. Ein Gemurmel der Mißbilligung, in das sich nur vereinzelt warme Zurufe mischten, erhob sich jetzt. Aus der Gruppe, die den Fürsten umdrängte, scholl rauh die Mahnung:

„Laß den Pfarrer von Nächstenliebe sprechen, sprich Du von der Befreiung des Vaterlandes!"

„Eines, die beiden!" antwortete der Redner. „Keine Befreiung ohne die Liebe des Nächsten. Sie ist der unermeßlich reiche Schatz, der uns an dem Tag erlöst, an dem wir uns entschließen, ihn zu heben. Nur verstehen müßt Ihr ihr Gesetz. Für Euch, Ihr Mächtigen und Reichen, lauten seine ersten Worte: Entsagung, Entbehrung, Sühne!"

Die Lippen des Fürsten kräuselte ein Lächeln, aber mit immer mächtiger werdender Stimme fuhr der Redner fort:

„Es gibt nur einen Herrn, den König der Himmel und der Welten, und nur ein Menschenvolk gleichgeborener Brüder. Der sich Herrschaft anmaßt über seine Brüder, säet und erntet Unheil, die Seele des Knechtenden wie die des Geknechteten verdirbt."

(Fortsetzung folgt.)

Er trifft dort um 2 Uhr 10 Min. Nachmittags ein und findet direkten Anschluß an den D-Zug nach Berlin, der um 4 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof eintrifft. — Der um 10 Uhr 50 Min. früh auf dem Bahnhof Lippeltstraße eintreffende Personenzug soll statt von Hagenow von Wittenberge seinen Ausgang nehmen. — Ein neuer Frühzug Hamburg—Stade, speziell für den Schülerverkehr nach Stade, soll dort um 7 Uhr 46 Min. früh eintreffen. Von Stade nach Hamburg geht ein Zug um 8 Uhr 3 Min. Vormittags, der in Harburg Anschluß an die Schnellzüge nach Hannover—Frankfurt a. M. und Bremen—Köln findet und um 9 Uhr 39 Min. in Hamburg eintrifft. Der bisher nur vom 1. November bis 14. März fahrende Vorortszug Harburg—Hamburg (Harburg ab 6 Uhr 7 Min. Vormittags) soll vom 1. Mai ab Werktags regelmäßig verkehren. — Zur Verbesserung der Verbindung zwischen Hamburg, dem Westfälischen Industriegebiet und Köln ist ein neues Schnellzugspaar Altona—Hamburg—Bremen—Duisburg—Düsseldorf—Köln in folgendem Fahrplan vorgesehen: Von Altona geht der Zug um 4 Uhr 11 Min. Nachm., von Hamburg, Hannov. Bahnhof, um 4 Uhr 48 Min. ab und trifft um 11 Uhr 37 Min. Abends in Köln ein; von Köln geht der Gegenzug um 4 Uhr 57 Min. Nachm. ab und trifft um 12 Uhr in Hamburg ein. Die Schnellzüge erhalten in Münster direkten Anschluß nach und von Elberfeld. Der Schnellzug Köln—Hamburg übernimmt in Haltern einen Kurswagen Antwerpen—Hamburg-Altona. — Auf der Strecke Klostertor—Blankenese werden mehrere neue Züge verkehren, und zwar von Blankenese 8 Uhr 3 Min. früh, an Klostertor 8 Uhr 39 Min., 5 Uhr 19 Min. Nachm., an Klostertor 5 Uhr 55 Min., von Klostertor 2 Uhr 29 Min. Nachm., an Blankenese 3 Uhr 6 Min.

Für den Sonntagsverkehr sind auf sämtlichen dafür in Betracht kommenden Linien neue Züge vorgesehen. Erwähnt seien zwei neue Sonntagszüge Hamburg—Kiel und mehrere neue dem Ausflugsverkehr in die Lüneburger Heide dienende Züge, von denen in der Zeit des stärksten Verkehrs einer um 7 Uhr 2 Min. Vormittags und ein zweiter um 1 Uhr 35 Min. von Hamburg H abfahren wird. Für die Rückfahrt der Touristen am Abend sind gleichfalls neue Züge vorgesehen.

Die Oberstraße zwischen dem Grindelberg und der Klosterallee wird wegen Neupflasterung vom 17. d. M. ab auf etwa drei Wochen für den durchgehenden Wagenverkehr gesperrt werden.

Aus der Theaterwelt. Im Schauspielhause wird Sonntag Nachmittag 2½ Uhr zu ermäßigten Preisen Heijermans „Kettenglieder“ gegeben, worin Rudolf Schildkraut die männliche Hauptrolle spielt. — Im Neuen Operetten-Theater wird Sonntag Nachmittag „Die Glocken von Corneville“ gegeben mit Direktor Monti als Henry.

Zirkus Sarrasani im „Velodrom“, Roterbaum. Am Donnerstag wird das Programm in erster Linie eine Blumenlese der hervorragendsten Nummern des Repertoires umfassen. Sodann wird der Vorstellung noch ein ganz besonderes Kolorit verliehen, denn nicht nur die ausübenden Künstler und Künstlerinnen sowie die Stallmeister werden im Galakleide erscheinen, sondern auch wird es Gala-Zäumung, Gala-Aufschirrung, ja sogar Gala-Requisiten geben. Die Donnerstag-Vorstellung dürfte somit zu den glänzendsten der Saison zu rechnen und ihr Besuch mit vollem Rechte zu empfehlen sein.

w. **Vom Hafen und von der Schiffahrt.** Die Hamburger Viermastbark „Alceone“, Kapitän Bachmann, ist mit einer Ladung Salpeter von Pisagua hier eingetroffen. — Der Dreimastschoner „Albatros“, Kapitän Diercks, ist in Ballast von London hier eingetroffen und bei St. Pauli festgelegt worden. — Der Hamburger Dampfer „Europa“ hat die halbe Ladung für Südwestafrika in Emden übergenommen und ist dann nach hier gekommen. Hier hat der Dampfer am Petersenkai seine volle Ladung erhalten, so daß er bis an die Lademarke zu Wasser liegt. Jetzt ist der Dampfer nach dem Jonashafen verholt, um dort noch zwei Landungsprähme überzunehmen, die auf der Werft von H. C. Stülcken Sohn erbaut und für Swakopmund bestimmt sind. Der Führer des Schiffes weigerte sich, die Landungsprähme überzunehmen, da der Dampfer zu tief gehen würde. Jetzt muß abgewartet werden, ob die Pontons doch übergenommen werden. — Der englische Dampfer „Orelana“, welcher von der Hamburg-Amerika-Linie angekauft ist, ist unter Führung des Kapitäns Schmidt nach hier gebracht worden. Auch die Besatzung ist von hier nach Liverpool abgegangen, um das Schiff dort zu besetzen. — Der englische Dampfer „Orkana“, der ebenfalls von der Hamburg-Amerika-Linie angekauft ist, kommt dieser Tage nach hier. — Der Schleppdampfer „Gebr. Wrede“ geriet mit einem Schiffe in Havarie. Der Schleppdampfer hat hierbei seinen Mast abgebrochen und die eine Seite ist ihm eingedrückt. — Der englische Dampfer „Sprite“, der von Hull hier eintraf, hat auf der Reise mit dem Dampfer „Sara“ kollidiert. Der Dampfer „Sprite“ hat Schaden an der Reling und den Platten erlitten. Welchen Schaden der Dampfer „Sara“ erlitt, ist noch nicht bekannt. — Der Lotsendampfer „Lotse“ hat die Station verlassen und ist hier zur Reparatur eingetroffen. An Stelle des genannten Dampfers ist der Schleppdampfer „Ameise“ gechartert und bereits nach der Station abgegangen. Der Hamburger Dampfer „Duisburg“ der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, der bei Macassar gestrandet war, dann abgebracht und in Macassar eingeholt wurde, ist dort besichtigt und für schadlos befunden. Der Dampfer hat seine Reise fortgesetzt. — Der Dampfer „Assuan“ hat etwa 120 Seemeilen von Jetta die Kurbelwelle gebrochen. Der Dampfer wurde dadurch betriebsunfähig und trieb dann umher. Der Hamburger Dampfer „Andria“ der Hamburg-Amerika-Linie traf den Dampfer an, nahm ihn ins Schlepptau und brachte ihn in Suez ein. Dort soll eine neue Kurbelwelle eingesetzt werden. — Auf Grund gesunken ist längsseits des im Petroleumhafen liegenden Dampfers „Phoebus“ eine beladene Schute. Ein Taucher ist mit der Hebung des Fahrzeugs betraut worden. — Der oberelbische Schleppdampfer „Leipzig“, welcher mit dem Oberländer Kahn 45 im Tau den Oberhafen passierte, geriet in der Einfahrt mit dem dort liegenden Kahn 33 in Kollision. Dem Kahn 33 ist der Steven und das Helmholz gebrochen. Außerdem ist die zweite Pfahlgruppe umgebrochen. Der im Tau des Schleppdampfers befindliche Kahn 45 hat ebenfalls ziemlich starken Schaden erlitten. — Durch einen unbekannten Dampfer sind bei der Fährstation Pfähle abgebrochen. — In der Concave ist ein 10 Meter langer Rammpfahl treibend aufgefischt worden. — Der frühere Dampfer „Johannisberger“, welcher, wie mitgeteilt, an die Reederei H. Diedrichsen in Kiel verkauft wurde, erhielt den Namen „Syfang“. Der Dampfer ist in letzter Nacht von hier nach Cardiff unter Führung des Kapitäns Degener abgegangen. — Der Schleppdampfer „Tell“, welcher auf der Nordsee mit einem Schiffe in Kollision war, ist nach der Werft von Janssen u. Schmilinsky zur Reparatur gebracht worden. — Der Dampfer „Kong Ragnar“, der mit Schaden an der Maschine hier eintraf, ist an der Werft von H. C. Stülcken Sohn repariert und wieder in Ladung gelegt worden. — Der Dampfer „Francisca“, welcher aufkommend auf der Unterelbe bei Glückstadt auf der Rhinplate fest war, ist bei H. C. Stülcken im Dock besichtigt worden. Der Dampfer muß zehn neue Bodenplatten erhalten.

w. **In Charter genommen.** Der frühere Schleppdampfer „Activ“, der von der Firma Gebr. Hartje angekauft ist und den Namen „Windsfahne“ erhalten hat, ist jetzt an die Deutsch-Oesterreichische Dampfschiffahrts-Gesellschaft für den Sommer verchartert. Die Gesellschaft hat vor kurzem den Ewerführereibetrieb in eigene Regie übernommen und es soll der Schleppdampfer in diesen Dienst eingestellt werden.

w. **Eine Sturmwarnung für die Nordsee** ist heute Morgen von der Seewarte herausgegeben worden. Es ist ein Südweststurm gegen die ganze Küste im Anzuge. Der Sturmball wurde ausgehängt. Hier herrschen südliche und südsüdöstliche böige Winde. Von Cuxhaven wurde Südwind scharf und von Helgoland Südwestwind frisch gemeldet.

w. **Das Turbinen-Unterseeboot,** welches mit dem Dampfer „Palanca“ von New-York hier eingetroffen ist, soll auf einem Leichter der Vereinigten Bugsier- und Frachtschiffahrts-Gesellschaft nach Libau gebracht werden.

w. **Vermißt** wird seit dem 12. d. M. der Matrose E. Arndt, welcher auf dem Dampfer „Belgravia“ bedienstet ist. — Seit demselben Tage wird der Matrose P. Gödecke vom Dampfer „Phoenicia“ vermißt. Bei beiden Vermißten wird Unglücksfall vermutet.

w. **Unglücksfall und Erkrankung.** Der Donkeymann H. F. Tehge, welcher auf dem Dampfer „Majumbo“ bedienstet ist, ist durch Platzen eines Dampfrohres im Gesicht und an der linken Hand und Arm erheblich verbrüht worden. Der Mann wurde mit einem Notverband versehen und kam dann ins Hafenkrankenhaus. — Auf Anordnung des Hafenarztes ist der auf dem Dampfer „Bayern“ bedienstete Steward A. C. Zachar nach dem Hafenkrankenhause gebracht worden. Der Mann ist an Bord schwer erkrankt.

w. **Diebstähle im Hafen.** Auf dem Schleppdampfer „Sita“ ist dem Steuermann ein Winterüberzieher entwendet worden. — Auf dem Schuppen 48, O'Swaldkai, ist einem Arbeiter ein Jackett abhanden gekommen. — Beim Zollamt Hafentor wurde ein Arbeiter angehalten, der ein Quantum rohen Kaffee und etwa 6 Pfund weiße Bohnen unverzollt einführen wollte. Der Mann wurde nach der Wache sistiert.

Achtung, Steuerzahler!

Die Zeit der **Selbsteinschätzung für die Steuerzahlung** ist wieder da. Es ist daher Pflicht jedes Staatsbürgers, aufzupassen, daß er nicht zu viel bezahlt, aber auch seiner Pflicht genügt, um sich sein Recht zu sichern.

Das Steuerzahlen ist ja im allgemeinen eine nirgend mit freudigen Gefühlen begrüßte Notwendigkeit. Darum sucht auch mancher sich dieser Pflicht möglichst zu entledigen; und nicht immer wird dabei ganz gewissenhaft verfahren, sondern, um vielleicht M. 1 oder 2 zu sparen, das Einkommen zu niedrig angegeben, aber die vom Gesetz gewährte Vergünstigung für zahlreiche Familie, auf Grund welcher mehr erspart werden kann, wird ohne Beachtung gelassen.

Darum merke sich jeder, was § 3 des Einkommensteuergesetzes besagt:

Denjenigen Steuerpflichtigen, welche eine Familie von mindestens **4 Personen (einschließlich des Steuerpflichtigen)** zu ernähren haben, steht ein Anspruch auf Ermäßigung ihres Steueransatzes zu und zwar um ein Viertel, wenn ihr Einkommen nicht M. 5000, um die Hälfte, wenn dasselbe nicht M. 2000 übersteigt. Ein Anspruch auf Ermäßigung um ein weiteres Viertel tritt ein, wenn die von dem Steuerpflichtigen zu ernährende Familie (einschließlich des Steuerpflichtigen) aus mindestens **6 Personen** besteht.

Die Nichtbeachtung dieser Bestimmung hat für manchen, trotzdem er vielleicht sein Einkommen nicht ganz gewissenhaft angegeben hat, eine höhere Steuerleistung zur Folge gehabt, als wenn er gewissenhaft sein Einkommen richtig angegeben, aber auch die gesetzlichen Vergünstigungen beansprucht hätte.

Bei einem Einkommen von M. 1200 (das zur Erwerbung des Bürgerrechts erforderliche Minimum) stellt sich die Sache so:

Die Erhebung von 6 Steuereinheiten angenommen, beträgt die Steuer bei einem Einkommen von M. 1200 jährlich M. 8,40. Bei einer Familie, die aus Mann, Frau und zwei oder drei Kindern besteht (oder wo neben einem Kinde vielleicht Mutter, Vater, Schwiegermutter, Schwiegervater rc. vom Steuerzahler zu unterhalten ist) tritt also die Ermäßigung um die Hälfte ein; es sind also für M. 1200 Einkommen M. 4,20 Steuern zu zahlen. Ist die Kopfzahl der Familie (siehe wie vorstehend) einschließlich des Steuerzahlers sechs oder mehr, so wird nur ein Viertel des Steuersatzes, für M. 1200 Einkommen also nur M. 2,10 bezahlt.

Jemand, der bei der Steuer gern „sparen“ möchte, gibt vielleicht statt der vorhandenen M. 1200 Einkommen M. 1000 an und bezahlt dafür, 6 Steuereinheiten angenommen, M. 6 Steuern. Hat er Frau und zwei Kinder, so braucht er bei richtiger Angabe der M. 1200 nur M. 4,20, bei vier oder mehr Kindern bezw. sonstigen Angehörigen nur M. 2,10 zu bezahlen und hat dabei das beruhigende Gefühl, rechtschaffen gehandelt zu haben.

Da die Erwerbung des Bürgerrechts von der Steuerleistung abhängig ist und das Bürgerrecht nur demjenigen gewährt wird, der ein Einkommen von M. 1200 oder mehr versteuert, ist auf die richtige Steuereinschätzung um so mehr Gewicht zu legen. Deshalb sollte jeder streben, in diese Einkommenstufe hineinzukommen und sein Einkommen gewissenhaft in voller Höhe angeben, auch mit Einrechnung etwaiger Nebenverdienste in der Familie, jedoch auch die Erleichterungen bei stärkerer Familie beanspruchen.

Bei der Feststellung des Einkommens zum Zwecke der Versteuerung ist folgendes noch besonders zu beachten: 1. Der Ehemann hat seinem Einkommen das seiner Ehefrau hinzuzurechnen. 2. Lotterie- und Prämiengewinne gehören zum steuerpflichtigen Einkommen. 3. Besteht in einer Ehe Gütertrennung, so ist jeder Ehegatte für sich steuerpflichtig. 4. Der Verdienst (Ueberschuß), den jemand durch Vermieten, Beköstigung usw. von Einlogierern, erwachsenen Kindern erzielt, gehört zum steuerpflichtigen Einkommen. 5. Es können (müssen aber nicht) von dem Einkommen in Abzug gebracht werden die gesetzlichen Beiträge für Kranken- und Alters- und Invaliditäts-Versicherung.

Die Vorbedingung für die Erwerbung des Bürgerrechts ist nicht, daß der volle Steuersatz für M. 1200 oder mehr Einkommen bezahlt wird, sondern nur, daß für ein Einkommen in dieser Höhe die gesetzliche Steuer (also event. mit den Ermäßigungen) bezahlt wird.

Um die im Gesetz vorgesehene Ermäßigung zu erlangen, ist auf den Einschätzungszetteln etwa zu bemerken: „Beanspruche auf Grund § 3 des Einkommensteuergesetzes Ermäßigung um die Hälfte (bezw. Dreiviertel)“, und die Kopfzahl der Familie anzugeben.

Wie die Resultate der letzten Bürgerschaftswahlen beweisen, kann die Arbeiterschaft Hamburgs, freilich nur bei vollster energischer Ausnutzung ihrer gesetzlichen Rechte, selbst unter dem jetzigen Zensus eine **immerhin nennenswerte Vertretung in der Bürgerschaft** erlangen. Dazu ist aber unbedingtes Erfordernis, daß jeder, dem es irgend möglich ist, **das Bürgerrecht erwirbt.** Bedingung dafür ist die Versteuerung eines Einkommens von mindestens M. 1200. Ziel jedes Arbeiters muß es sein, in diese Einkommenstufe hineinzukommen.

Wer aber schon fünf Jahre ein solches Einkommen versteuert hat, der muß sofort das Bürgerrecht erwerben. Geschieht dies nicht sofort, und wird, wenn einmal fünf Jahre lang ein Jahreseinkommen von M. 1200 versteuert ist, auch nur ein Jahr ein **niedrigeres Einkommen versteuert,** dann muß man mindestens wieder volle fünf Jahre warten, bis die Erwerbung dieses Rechtes möglich wird.

Beherzige jeder diese Mahnungen und handle danach!

Altona.

* **Sonderausstellungen von Erzeugnissen des Kunsthandwerks und der Industrie** sollen in größeren Zwischenräumen im Hörsaale des Museums stattfinden. Die Sache ist im Altonaer Industrieverein, dessen Vorsitzender Museumsdirektor Dr. Lehmann ist, angeregt worden. Durch die Ausstellungen soll die Leistungsfähigkeit unserer Stadt in künstlerischer und technischer Beziehung gezeigt werden. Für die erste Ausstellung sind Erzeugnisse der Papierindustrie in Verbindung mit der Tapetenfabrikation und den graphischen Künsten vorgesehen. Sie soll alles umfassen, was in Altona an Papierwaren, Buchbinderarbeiten, Kartonnagen, Geschäftsbüchern, Tapeten usw. hergestellt wird, und zwar in Verbindung mit Erzeugnissen der Buchdruckerei und Lithographie, insbesondere von Entwürfen für Buchschmuck, Bucheinbände, Tapeten, Plakate usw. Die Dauer dieser Ausstellung ist vorgesehen vom 16. April bis 6. Mai.

* **Ueber die Kandidaten für den Oberbürgermeisterposten** ist folgendes mitzuteilen: Der erste Kandidat, zweiter Bürgermeister Lichtenberg in Dortmund, ist 43 Jahre alt und aus Hannover gebürtig. Er war zunächst Hülfsarbeiter beim Magistrat in Linden und wurde dann Vorsteher der Landesversicherungsanstalt in Hannover. Im Jahre 1892 wurde er Senator in Hannover und 1895 Bürgermeister in Linden. Stadt und Landkreis vertrat er damals als nationalliberaler Abgeordneter im preußischen Landtage. Zweiter Bürgermeister von Dortmund wurde er 1900. — Der zweite Kandidat, zweiter Bürgermeister Roth in Stettin, ist 40 Jahre alt und aus Lauban in Schlesien gebürtig. Seine amtliche Tätigkeit begann er als Hülfsarbeiter beim Magistrat in Halle a. d. Saale, wurde 1895 Stadtrat in Görlitz und ist seit 1900 zweiter Bürgermeister in Stettin. — Der dritte Kandidat, Beigeordneter Dr. Oppermann in Krefeld, ist 46 Jahre alt und auch Hannoveraner von Geburt. 1888 wurde er, nachdem er das Assessorexamen bestanden hatte, Senator und Polizeidirektor in Osnabrück. Im Jahre 1891 avancierte er zum Bürgermeister von Stade und seit 1898 ist er zweiter Bürgermeister von Krefeld. Für seine Tüchtigkeit und Beliebtheit spricht es nicht, daß man dieser Tage in Krefeld nicht ihn, sondern den bisherigen Bürgermeister von Halberstadt, Dr. Oehler, zum Oberbürgermeister gewählt hat.

* **Eine Stichwahl zur Gemeindevertretung in Groß-Flottbeck** hat in der dritten Wählerklasse stattzufinden, und zwar zwischen unserem Genossen Maurer H. Jürs und dem Eisenbahnsekretär August. Ersterer erhielt bei der Hauptwahl am letzten Freitag 83 und letzterer 79 Stimmen, während 49 bezw. 23 Stimmen auf zwei andere bürgerliche Kandidaten entfielen. Die Stichwahl findet am Freitag, 17. März, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale von Ramcke statt. Wenn die Parteigenossen ihre Schuldigkeit tun und bei der Wahl am Platze sind, so muß unser Genosse siegen, zumal der bürgerliche Kandidat bei den bürgerlichen Wählern des Dorfes wenig beliebt ist.

* **Die Wirkung der Grinnell-Brausen bei Feuersgefahr** wurde heute Morgen einem geladenen Publikum in der J. P. Langeschen Dampfmühle vorgeführt. Es handelt sich um einen Brauseapparat, der, wenn in einem Lokal, wo er angebracht ist, Feuer ausbricht, durch die Erhitzung sich öffnet und Wasser in großer Menge regenartig von sich gibt und das Feuer löscht. In Mühlen und ähnlichen Anstalten soll der Apparat, der natürlich in vielen Exemplaren anzubringen ist, und zwar überall dort, wo Feuersgefahr entstehen kann, sich sehr gut bewähren. Die stattgehabte Probe heute Vormittag fiel zu Gunsten des Apparats aus, denn das an verschiedenen Stellen entfachte Feuer wurde schnellstens durch die Grinnell-Brausen gelöscht.

* **Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich heute Mittag im Hause Gustavstraße 12. Dort fiel der 16 Jahre alte, in der Kirchenstraße 19 wohnende Tischlerlehrling Robert Döring in der vierten Etage über das Treppengeländer und stürzte in den Lichtschacht hinab. Der arme Bursche zog sich einen Schädelbruch und verschiedene Knochenbrüche zu. In lebensgefährlichem Zustande brachte ihn die Sanitätskolonne der Feuerwehr nach dem städtischen Krankenhause.

* **„Rheinischer Hans“** — so wird in seinen Bekanntenkreisen der gestern vom Schöffengericht zu 9 Monaten Gefängnis verurteilte Kaschemmeninhaber Franz Rommerskirchen genannt — hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

* **Nächtlicher Ueberfall.** In vergangener Nacht wurde in der Kleinen Gärtnerstraße ein Händler plötzlich überfallen, zu Boden geworfen und durch Fußtritte und Schläge mit einem harten Gegenstand schwer mißhandelt. Der Vorgang spielte sich äußerst schnell ab, so daß der Ueberfallene dabei garnicht zur Besinnung kam und weder um Hülfe rief noch Wahrnehmungen über die Täter machen konnte, die nach vollbrachter Tat schnell entflohen. Daß es mehrere waren, weiß er, doch wie viele, vermag er nicht zu sagen. Auch hat er gar keine Ahnung davon, wer die Täter sein können. Er ist furchtbar zugerichtet worden und mußte ärztliche Hülfe in Anspruch nehmen.

* **Feuer** entstand gestern Abend in der Gustavstraße 58 dadurch, daß eine Petroleumlampe umfiel und explodierte. Es brannten ein Schrank und Wäsche. Ein zufällig vorbeigehender Feuerwehrmann löschte das Feuer.

* **Unter der falschen Vorspiegelung,** daß er der Vertreter einer hiesigen Firma sei, soll ein junger Mann bei mehreren Kunden dieser Firma Einkassierungen vorgenommen haben. An anderen Stellen hat er versucht, Beträge einzukassieren, ist aber abgeblitzt. Bisher ist es nicht gelungen, den Betrüger zu ermitteln.

* **Sittenverbrechen über Sittenverbrechen.** Ein 20 Jahre alter Drechsler aus der Großen Freiheit, seine Schwester, sowie die Mutter eines minderjährigen Mädchens wurden verhaftet. Der Drechsler soll sich des Sittenverbrechens, die Mutter des Mädchens der schweren Kuppelei und die Schwester des Drechslers der Begünstigung schuldig gemacht haben.

* **Verhaftet** wurden: ein Schlosser, der in der Sophienstraße verschiedene Sachen mittels Einbruchs gestohlen haben soll; ein Bäckergeselle, der verdächtig ist, bei einem Straßenbahnschaffner Kleidungsstücke und Schmucksachen gestohlen zu haben; eine Arbeiterin aus der Lagerstraße, die sich in der Großen Roosenstraße eine Perücke erschwindelt und in der Lagerstraße ein Paar Stiefel gestohlen haben soll, und der Knecht eines Landmannes aus der Gegend von Heidkrug, der seinem Dienstherrn einen Paletot gestohlen und versucht haben soll, sich in einer Wirtschaft in der Großen Gärtnerstraße Geld zu erschwindeln.

* **Selbstmordversuch.** Ein in der Großen Mühlenstraße wohnender Arbeiter machte gestern Abend auf seinem Hausboden den Versuch, sich zu erhängen. Ein Nachbar, der zufällig auf den Boden hinaufkam, rettete ihn, indem er ihn losschnitt. Er war aber vollständig erschöpft und wurde nach dem Krankenhause gebracht.

Wandsbeck.

× **Der Sozialdemokratische Verein für Wandsbeck und Umgegend** hielt gestern Abend in der „Harmonie“ eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand, nachdem auf Antrag Kasch die Statutenberatung abgesetzt worden war, lediglich die Frage, ob ein Zentralverein für den 8. und 10. Reichstagswahlkreis zu gründen sei. Genosse Effinge empfahl unter Hinweis auf die Beschlüsse der Parteitage in Bremen und Neumünster und der Konferenz in Reinbeck und auf die Vorteile der einheitlichen Organisation, dem diesbezüglichen Vorschlage zuzustimmen. An das Referat knüpfte sich eine ebenso umfangreiche wie erregte Debatte, an der sich die Genossen Haß, Siemers, Krüger, Kasch, v. Rosbitzki und der Referent lebhaft beteiligten. Gegen den Vorschlag wurde hauptsächlich eingewendet, daß die örtlichen Organisationen künftig ihrer Selbständigkeit völlig beraubt sein würden. Das liege nicht im Parteiinteresse. Das wurde u. a. auch von dem als Gast erschienenen Kreisvertrauensmann Genossen Heinrich als durchaus irrig bezeichnet. In der nächsten Versammlung wird die Beratung fortgesetzt werden. — Beschlossen wurde noch, ein Sommervergnügen abzuhalten; es wurde auch ein fünfgliedriges Komitee für die Vorarbeiten gewählt.

× **Vom Kinderschutz.** Ein in der Feldstraße wohnender Bleicher beschäftigt, wie wir hören, allwöchentlich Knaben an einer Plättmaschine, die er sich zugelegt hat. Die schulpflichtigen Knaben arbeiten an den freien Nachmittagen Mittwochs und Sonnabends und an den übrigen Tagen nach Schulschluß bis 8 Uhr Abends. An Lohn wird für die ebenso anstrengende wie für den jugendlichen Körper schädigende Tätigkeit pro Woche die horrende Summe von M. 1 bezahlt. Es ist an der Zeit, daß diesem und ähnlichem Mißbrauche ein Ende gemacht werde.

× **Die in der hiesigen Reparaturwerkstatt der Straßeneisenbahngesellschaft beschäftigten Arbeiter** hatten ein Gesuch an die Direktion gerichtet, in welchem um Regulierung und Aufbesserung der im allgemeinen recht niedrigen Löhne gebeten wurde. Trotz steigender Dividenden wurde dasselbe ablehnend beschieden. In letzter Zeit hat man überall eine Herabsetzung der Akkordlöhne eintreten lassen, die bis zu 30 pZt. beträgt; beispielsweise werden für das Drehen einer Axe statt früher M. 8,10 nur noch M. 5,75 bezahlt. In der Dreherei sind die Ueberstunden üblich; durchgehends wird bis 8 Uhr Abends gearbeitet. Die sanitären Einrichtungen sind recht mangelhaft; desgleichen die Schutzvorrichtungen, so u. a. die Schutzbrillen für die Schleifer. Der reichen, mit hohen Profiten arbeitenden Gesellschaft wäre es ein leichtes, diese Mängel zu beseitigen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter zeitgemäß besser zu gestalten.

× **Die Detaillisten** führen bekanntlich seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen alle Bestrebungen, welche darauf abzielen, den Konsumenten billigere Waren zuzuführen. Sie fechten gegen die Warenhäuser, wie Don Quixote gegen die Windmühlenflügel, sie befehden die Konsumvereine, ja, in Wandsbeck ließen sie durch ihre Vertreter-Stadtväter die Beamtengehaltserhöhung nur bewilligen unter der Bedingung des Austritts der Beamten aus dem Beamtenverein, d. h. des Verzichts auf billigere Waren. Man könnte sich das alles noch gefallen lassen. Jeder hat das Recht, sich seiner Haut zu wehren und ebenso, dies möglichst töricht zu beginnen. Aber die Detaillisten führen ihren Kampf mit einer Inkonsequenz und Uneinigkeit, die einen Hund jammern kann. Einer gönnt dem anderen das Weiße im Auge nicht und eine Konkurrenz besteht, die in der Wahl ihrer Mittel keine Rücksicht kennt. Man nimmt den Beamten das Recht, ihren Konsum selbst zu organisieren, aber einzelne Geschäftsleute gewähren Vereinen hohen Rabatt, um Kundschaft an sich zu ziehen. Das geschieht nicht nur bei Beamtenvereinen, sondern auch bei anderen. So besteht z. B. eine Vereinigung der Angestellten des technischen Betriebes der Straßeneisenbahngesellschaft (der sogenannte „Kranzklub“). Den Mitgliedern gewährt z. B. die Kohlenfirma J. C. Rosendahl u. Co. 10 pZt. Rabatt, die Firma Ferd. Schaeper, Wandsbeck, Zollstraße 112—113 (Stadtverordneter), auf Hausstandsartikel 12½ pZt., die Firma Friedr. Mog, Wandsbeck, Lübeckerstraße 154—158, auf Hausstandsartikel, Glas-, Steingut- und ähnliche Waren 4 pZt., die Hamburger Firmen J. A. Spehr, Steinstraße 101—107, J. Koopmann u. Sohn, Pferdemarkt 3, H. E. Plagwitz, Goßlerstraße 87, Wilhelm Kassendorf, Steinwegpassage 8—10, und Louis Volprecht, Rosenstraße 47, je 10 pZt., Lorenz Teichert, Graskeller 10, 5 pZt. Den Straßenbahnern wird man den vielleicht aus diesen „Vergünstigungen“ ihnen erwachsenden Vorteil gern gönnen; sie können's gebrauchen; auf die Gepflogenheit des „Mittelstandes“ aber wirft der Vorgang ein sehr bezeichnendes Licht.

× **Ein arges Mißgeschick** widerfuhr gestern einem Beamten der Gewerbeinspektion aus Schleswig im Betriebe der Kakao-Kompagnie Th. Reichardt. Der Herr besichtigte in der Rösterei eine Putzmaschine, die besonders gefährlich sein soll. Der Herr schien davon nicht überzeugt zu sein und wollte seine Ansichten an der Maschine demonstrieren. Diese war jedoch so bösartig, ihm fühlbar zu zeigen, daß er sich irre, denn ehe er sich dessen versah, hatte sie ihm zwei Fingerglieder abgebissen. Der bedauerliche Unfall wird jedenfalls zu erhöhten Schutzmaßregeln Anlaß geben.

× **Aus dem Kreise Stormarn.** Ohne Beteiligung der Sozialdemokratie kein Interesse an den kommunalen Angelegenheiten! Das beweist die Gemeindewahl, welche am Sonnabend in Bargteheide stattfand. Ganze 27 Gemeindebürger nahmen daran teil; in der dritten Klasse, welche die große Masse der Arbeiter umfaßt, erschienen nur 12 Wähler, welche natürlich keinen Arbeiter zum Vertreter erwählten. Dabei sind in Bargteheide mehr organisierte Arbeiter vorhanden, als in diesem Falle Stimmen abgegeben wurden. Hier ist also für Aufklärung der Proletarier und Festigung ihrer Anschauungen noch ein weites Arbeitsfeld frei. — In Grönwohld konnte in der ersten Wählerklasse kein Vertreter gewählt werden, weil der einzige Wahlberechtigte dieser Klasse nicht erschienen war. „Bildung und Besitz“ zeigen ihre hervorragende Qualifikation für kommunalgesetzgeberische Tätigkeit auf Grund eines privilegierten Wahlrechtes! — Die Einrichtung einer ländlichen Fortbildungsschule wurde in Hamberge beschlossen; das Schulkollegium wird, wie der „Landbote“ berichtet, das erforderliche Lokal in geheiztem und erleuchtetem Zustande unentgeltlich zur Verfügung stellen; der Kreisausschuß soll um eine einmalige Beihülfe zu den Einrichtungskosten ersucht werden.

Schiffbeck. Eine Extra-Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute, Donnerstag, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Morg statt. Bei der reichhaltigen Tagesordnung ist ein zahlreicher Besuch sehr erwünscht.

Ost-Steinbeck. Ein gutes Resultat erzielten bei der am 11. März stattgefundenen Gemeindevertreterwahl die dortigen Genossen in der dritten Wählerklasse. Der von ihnen aufgestellte Kandidat, Genosse August Herbst, erhielt von 33 abgegebenen Stimmen 32. In der zweiten Klasse wurde der Gastwirt H. Behn mit 5 Stimmen und in der ersten Klasse Hufner H. Kratzmann mit 4 Stimmen gewählt. Als Schulvertreter wurde Genosse C. Maier mit 34 von 43 abgegebenen Stimmen gewählt.

Hamburger Landgebiet.

Groß-Borstel. Gemeindevertretersitzung. Zunächst wird ein Schreiben der Staßenbahngesellschaft verlesen, in welchem um die Zustimmung der Gemeindevertretung zwecks Anlage einer Weiche von Wolters bis zur Violastraße nachgesucht wird. Der Gemeindevorsteher Wolters erklärt, daß der Direktor sowie der Inspektor der Straßenbahngesellschaft versichert hätten, in allernächster Zeit den Zehnminuten-Betrieb sowie Einlegen von Frühwagen für Groß-Borstel einführen zu wollen. Der Antrag wird mit dem Zusatzantrag der Herren Mehrhardt und v. Abercron, der auf obiges Versprechen hinweist, einstimmig angenommen. Sodann gelangt ein Antrag der Schulkommission, Bewilligung von M. 300 für Lieferung von Lernmitteln an ärmere Kinder, zu Debatte. Genosse Fischer erklärt, die Vertreter der Mieter stimmen dem Antrag zu, wünschen aber, daß für die Lieferung von Lernmitteln für die Schule kein Unterschied in den Vermögensverhältnissen maßgehend sein soll, sondern die vollständige unentgeltliche Lieferung der Lernmittel ohne Unterschied der Person erfolgt. Von Herrn E. Roggenbuck wird erklärt, daß dieser Antrag eine vorläufige Maßnahme sei; sollte man mit der Summe nicht auskommen, müsse mehr bewilligt werden. Im übrigen sei er der Ansicht, daß es in der Gemeinde Eltern gebe, die so gestellt seien, die Lernmittel selber bezahlen zu können, daß es also nicht ratsam sei, die Unentgeltlichkeit der Lernmittel allgemein einzuführen. Der Antrag, Bewilligung von M. 300, wird einstimmig angenommen.

Harburg und Wilhelmsburg.

r. **Einbruchsdiebstahl und Diebstahlsversuch.** In vorletzter Nacht wurde in das Schuhwarengeschäft von Haedike am Vogelhüttendeich in Wilhelmsburg eingebrochen. Die Diebe hatten die große Spiegelscheibe des Schaufensters zertrümmert und aus dem Fenster eine Anzahl Schuhwaren im Werte von M. 40 gestohlen. — In derselben Nacht wurde auch das Schaufenster des Schuhmachers Delvendahl am Vogelhüttendeich zertrümmert. Hier wurden die Diebe von dem im Laden befindlichen Hund verscheucht.

r. **Einem Leichenfledderer zum Opfer gefallen** ist in letzter Nacht der Einlogierer K. in Wilhelmsburg. Er kam mittels Grasbrook-Fähre von Hamburg und war unterwegs eingeschlafen. Diese Gelegenheit hatte ein Langfinger benutzt und ihm Uhr nebst Kette im Werte von M. 30 entwendet.

r. **Eine erhebliche Kopfverletzung** zog sich gestern Nachmittag ein Arbeiter auf dem Kleinen Grasbrook zu, der mit Beladen eines Eisenbahnwaggons beschäftigt war und aus dem Waggon stürzte. Nachdem ihm ein Heildiener einen Notverband angelegt hatte, wurde er nach seiner auf der Veddel belegenen Wohnung gebracht.

Lübeck.

Die Vergewaltigung der minder bemittelten Staatsbürger durch die neue Wahlrechtsreform wird von den „Lüb. Anz.“ in einer geradezu blödsinnig-dummen Art und Weise verteidigt. Weil die Lübecker Bevölkerung, wie die Wahlstatistik nachweist, in immer größerem Umfange sozialdemokratisch wird, muß die sozialdemokratische Bevölkerung soweit als möglich aus der Bürgerschaft ausgeschlossen werden! Das ist die Schinderhanneslogik der „Lüb. Anz.“. Nach vernünftigen Begriffen soll in einem Parlament der Wille des Volkes zum Ausdruck gelangen. Ist das Volk sozialdemokratisch, dann werden selbstverständlich auch seine Vertreter sozialdemokratisch sein, das ist ganz selbstverständlich. Mit welchem Recht beanspruchen denn die in der Minderheit befindlichen herrschenden Klassen, daß ihre politische und wirtschaftliche Anschauung die allein richtige und berechtigte sein soll? Mit den Argumenten der „Lüb. Anz.“ kann jeder politische, ökonomische und soziale Fortschritt bekämpft und gewaltsam gehindert werden. Danach hätten auch der Absolutismus und die Feudalherrschaft gewaltsam einen „Damm gegen die Mehrheitsherrschaft des Bürgertums“ errichten dürfen und das Bürgertum hätte sich dem stillschweigend fügen müssen. Wenn es in der Weltgeschichte nach der Logik der „Lüb. Anz.“ gegangen wäre, dann säßen wir noch heute in Barbarei, Sklaverei, Tyrannenherrschaft usw., jeder Fortschritt wäre unmöglich gewesen, weil man das Alte, Verrottete, mit einem „Damm“ umgeben hätte, um das Neue, Bessere, Zeitgemäße fernzuhalten.

Gegenüber der schamlosen Mißachtung der Arbeiterschaft, wie sie in dem Treiben der Lübecker „russischen“ Reaktionäre zu Tage tritt, schreibt der „Lüb. Volksb.“ mit Recht: „Nehmen wir nun an, daß Lübeck mit einem Schlage sämtlicher Handarbeiter entledigt würde. Was wäre dann die Folge? Handel und Verkehr, jede industrielle Tätigkeit wäre lahmgelegt. Die im Hafen liegenden Schiffe könnten nicht entlöscht resp. beladen werden, die Fabrikschornsteine würden nicht mehr rauchen, sämtliche Bauten lägen still, die Erzeugung und Herstellung der Lebensmittel, sowie der übrigen zum Leben notwendigen Bedarfsartikel würde unterbleiben usw. Dann würde zunächst der Lebensnerv der Stadt Lübeck abgeschnitten und des weiteren die Existenz Lübecks in Frage gestellt sein. Mindestens aber würde unser Gemeinwesen durch die plötzliche Ausscheidung des Handarbeiterstandes eine derartige Schädigung erfahren, daß es dann etwa mit dem kleinsten hinterpommerschen oder mecklenburgischen Nest sowohl hinsichtlich seiner räumlichen Ausdehnung, als auch seiner Bedeutung auf einer Stufe stehen würde. Von der einst so stolzen und mächtigen Hansastadt wären dann nur noch elende Trümmer vorhanden.“

Das kleine Häuflein der in mittelalterlichen Anschauungen lebenden Reaktionäre aber, das für Lübecks Wohlergehen völlig überflüssig ist, maßt sich an, der Lübecker Arbeiterschaft die untergeordnetste Aschenbrödelrolle im lübeckischen Staatswesen anweisen zu wollen.

Bremen.

Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats für 1904. Gegen das Vorjahr sind die Besuche im Sekretariat um 424 gestiegen, wodurch eine Erhöhung der durchschnittlichen täglichen Besuchsziffer von 38,5 auf 40,7 eintrat. Die Zahl der Besuche war 12 220, die Zahl der Auskünfte 12 607, die an 10 451 Personen erteilt wurden. Die höchste Besuchsziffer fiel mit 75 auf den 1. Februar, während auf den 24. Dezember die geringste mit 15 entfiel. In derselben Sache sind 1769 Besucher wiederholt im Bureau erschienen, so daß in der Zahl der Personen, die das Sekretariat in Anspruch genommen haben, ein Rückgang von 104 eingetreten ist. Hervorgerufen ist dieser Umstand dadurch, daß im August das Sekretariat wegen Renovierung mehrere Tage geschlossen werden mußte. In diesem Monat haben 763 Personen das Sekretariat frequentiert, gegen 957 im Vorjahre. Die Zahl der erteilten Auskünfte ist jedoch um 319 gestiegen. Von den Auskunftsuchenden wohnten in der Stadt Bremen 10 933, im übrigen bremischen Staatsgebiet 316, in der Provinz Hannover 765, im Großherzogtum Oldenburg 132, sonst 67 und im Ausland 7. Der Berufsstellung der Auskunftsuchenden nach waren 588 derselben Selbständige. Ferner gehörten dem Baugewerbe 1875, der Metallindustrie 1358, dem Handels- und Verkehrsgewerbe 1069, der Holzindustrie 891, der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 673, der Bekleidungs- und Lederindustrie 447, den Polygraphischen Gewerben 135, den Berufszweigen 569, außerdem verschiedenen Berufszweigen (Gelegenheitsarbeiter, Fabrikarbeiter, Staatsarbeiter rc.) 1622 an; ohne Berufszweig waren 2993, davon 1760 Ehefrauen, 622 Witwen, 611 Invaliden. Mitglieder von Arbeiterorganisationen waren 6129 Besucher = 50,1 pZt. Davon gehörten 212 nur der politischen Organisation an. Außerdem waren von den ratsuchenden Ehefrauen 668 Angehörige organisierter Arbeiter.

Schleswig-Holstein.

k. **Sande.** Die Gemeindevertreterwahl findet hierselbst am Freitag, 24. März, im „Holsteinischen Hof“ statt. Die 3. Klasse wählt den Bestimmungen der Landgemeindeordnung gemäß zuerst, und zwar von 12 Uhr Mittags bis 3 Uhr Nachmittags, die 2. Klasse von 3 bis 3¾ Uhr Nachmittags und die 1. Klasse von 3¾ bis 4 Uhr Nachmittags. Es sind insgesamt 6 Vertreter zu wählen, und zwar 4 an Stelle der turnusgemäß ausscheidenden Vertreter Göhrke, 1. Klasse, Stock, 2. Klasse, Krell und Brahs, 3. Klasse. Außerdem ist je ein Vertreter für den verstorbenen Kommerzienrat Bergner und den von hier verzogenen Werkmeister Seiffert zu wählen, welche beide der 1. Klasse angehört haben. Die sozialdemokratische Partei hat, wie bereits bekanntgegeben, beschlossen, sich an der Wahl in der 2. und 3. Klasse zu beteiligen und als Kandidaten für die 2. Klasse den Genossen Krismannsky, für die 3. Klasse die Genossen Krell und H. Zimmermann aufgestellt. Die bürgerlichen Vereine, Bürger- und Grundeigentümerverein, die so gerne mit vereinten Kräften in den Wahlkampf einziehen möchten, haben sich bis jetzt noch nicht darüber einigen können, wer von ihnen die Qualifikation besitzt, über die Geschicke der Gemeinde Sande zu raten und zu taten. Dessen ungeachtet werden es sich aber die Parteigenossen zur Pflicht machen müssen, überall da, wo sich ihnen die Gelegenheit bietet, mit allem Nachdruck für die Wahl unserer Kandidaten, wie für die Beteiligung an der Wahl einzutreten, damit wir nicht nur einen ehrenvollen Sieg in der 3. Klasse, sondern auch eine ansehnliche Stimmenzahl in der 2. Klasse erlangen.

Schwarzenbeck. Bei schwacher Beteiligung fand am 13. d. M., Nachmittags 3 Uhr, die Gemeindeverordnetenwahl hier statt. Nach Verlesung verschiedener Paragraphen der Landgemeindeordnung durch den Gemeindevorsteher Schefe richtete Genosse Niemann an diesen die Anfrage, warum die Wahlen auf 3 Uhr Nachmittags angesetzt seien? Die vielen Bauhandwerker und Arbeiter, die auswärts arbeiten, müßten schon den Lohn für einen halben Tag einbüßen, wenn sie ihr Wahlrecht ausüben wollten. Die Wahl könnte doch auch des Abends oder auf einen Sonntag angesetzt werden. Herr Schefe erklärte, für letzteres wäre er nicht zu haben, doch die Wahl am Abend vorzunehmen, könnte ja berücksichtigt werden. Gewählt wurden in der ersten Klasse: Sparkassenrendant Sass, Maurermeister Prösch; in der zweiten Klasse: Halbhufner F. Steffens; in der dritten Klasse erhielten: Großkätner Brüggmann 24, Postverwalter Vagt 22, Genosse Schuhmachermstr. H. Meier 15, Herr Zimmermeister Chr. Hüttmann 4 Stimmen. Die zwischen den Herren Brüggmann und Vagt erforderliche Stichwahl wurde nicht gleich vorgenommen, sondern kann den Arbeitern noch einen halben Tag kosten, wenn die Stichwahl wider Erwarten des Nachmittags angesetzt wird. Die Sozialdemokraten haben es jetzt in der Hand, ob sie dem Postverwalter Vagt oder dem bisherigen Vertreter Brüggmann zum Siege verhelfen wollen. Die am Sonntag, 19. d. M., stattfindende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wird darüber zu bestimmen haben.

Abends 7 Uhr fanden die Schulvertreterwahlen statt. Die bisherigen Vertreter: Hauptagent Walligs, Halbhufner Steffens und Zimmermann F. Schmidt wurden wiedergewählt; letzterer mit 12 gegen 4 Stimmen, die Herr C. Witt erhielt. In der zweiten Klasse hatte, vermutlich in aller Stille, der Sattlermeister Herr Fritz Tiedemann den Sattlermeister Fritz Tiedemann als Kandidaten nominiert; er erhielt eine Stimme von dem — Sattlermeister Fritz Tiedemann. Sein Vetter, Schneidermeister C. Tiedemann, hatte den gleichen schönen Erfolg in der 2. Klasse zur Gemeindevertretung zu verzeichnen, auch er erhielt eine Stimme. Beide Herren verdienten mindestens der Schulvertretung anzugehören, sie könnten dort als abschreckendes Beispiel dienen, dafür, wie eine Volksschule nicht beschaffen sein soll.

Pinneberg. Das von der Liedertafel „Vorwärts" am Sonntag im Schmidtschen Lokale arrangierte Instrumental- und Vokalkonzert hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Die Musik, ausgeführt von der Klüverschen Kapelle, brachte die einzelnen Nummern des reichhaltigen Programms zur Zufriedenheit des Publikums zu Gehör. Großen Beifall fand der Gesang „Schwur freier Männer", welcher unter persönlicher Leitung des Komponisten Möller-Harburg mit Orchesterbegleitung vorgetragen wurde. Nach dem Konzert hielt die Festteilnehmer ein gemütliches Kränzchen noch einige Stunden zusammen.

In der am Montagabend in der „Central-Halle" stattgehabten öffentlichen Versammlung des Kohlen-Konsumvereins, welche nur schwach besucht war, referierte der Genosse Meyer-Hamburg über die deutschen Konsumvereine. Beschlossen wurde, den Hülfskassierern Listen mitzugeben, um Unterschriften zu sammeln. Weitere Anmeldungen werden vom ersten Vorsitzenden Heick angenommen.

Itzehoe. Unser Reichstagskandidat Paul Müller-Hamburg hat nunmehr den zweiten Teil seiner Agitationstour, die sich auf kleinere Orte und das ländliche Gebiet erstreckte, beendet. Er sprach in öffentlichen Volksversammlungen in Neufeld, Büsum, Lunden und Treunewurtherdeich; in öffentlichen Wahlvereinsversammlungen in Krempe und Marne. In Neufeld sprach er über „Die neuesten Ereignisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet", in Treunewurtherdeich, Lunden und Büsum über „Die Sozialdemokratie als Kulturbewegung in Preußen", in Krempe und Marne über „Auf dem Wege zum Sozialismus". Die Versammlungen in Marne und Krempe erfreuten sich eines guten, die in Neufeld, Treunewurtherdeich und Büsum eines sehr starken Besuches. In allen Versammlungen folgten die Anwesenden den interessanten und packenden Ausführungen des Referenten mit gespanntestem Interesse. In Büsum nahm der frühere nationalsoziale, jetzt sich zur freisinnigen Vereinigung zählende Dr. Leonhardt Veranlassung, gegenüber unserem Redner das Programm dieser sich „freisinnig" nennenden Partei in sachlicher, aber sehr unglücklicher Weise zu vertreten. In sehr wirkungsvoller Weise zerpflückte unser Redner die freisinnigen Argumente des Herrn Dr. Leonhardt.

Kiel. Nach irrenärztlicher Beobachtung wurde das Strafverfahren gegen den Oberleutnant Kurzhalß vom Kreuzer „Prinz Heinrich" wegen tätlicher Beleidigung von Untergebenen eingestellt, weil der Beschuldigte geistig anormal (!) ist. Wie kann man denn aber einen „geistig anormalen" Menschen zum Oberleutnant der Marine machen und ihn mit so weitgehenden Machtbefugnissen ausstatten, wie sie ein Oberleutnant gegenüber den Untergebenen besitzt?

m. **Kiel.** Der Sturm im Wasserglase. Zu dem bereits erwarteten Konflikt zwischen den Kieler Stadtverordneten und dem Magistrat ist es nun doch nicht gekommen. In der gestrigen Sitzung der Kollegien sah der Oberbürgermeister Fuß sich gezwungen, klein beizugeben. Er meinte, es wäre doch besser gewesen, wenn wegen der Straßenbahnangelegenheit eine gemeinsame Verhandlung mit den Stadtverordneten erfolgt wäre. Man ist jetzt eifrigst bemüht, die vom Magistrat mit der Straßenbahngesellschaft in Berlin getroffenen Vereinbarungen nach Möglichkeit wieder rückgängig zu machen. Die Gesellschaft scheint jedoch nicht so ohne weiteres bereit zu sein, auf die ihr gemachten Konzessionen zu verzichten. Auf Wunsch der Stadt hat der Regierungspräsident zu Schleswig sich damit einverstanden erklärt, daß der in Aussicht genommene Termin für die Einführung der Schaffner bei den beiden großen Linien der Kieler Straßenbahn vom 1. April auf den 15. Mai verschoben wird. Bis dahin soll versucht werden, einige weitere Zugeständnisse von der Gesellschaft zu erlangen. Man ist allgemein gespannt darauf, inwieweit solches wohl zutreffen wird. — In der Stadtkollegiensitzung wurde ferner auf Antrag des Nationalen Handlungsgehülfenvereins beschlossen, die Beschäftigungszeit für Handlungsgehülfen, Lehrlinge usw. an Sonntagen von 5 auf 4 Stunden herabzusetzen. Es ist das immerhin ein Fortschritt.

Hannover.

Winsen a. d. L. Trotzdem in den Elbdörfern überall des Nachts Wachmannschaften ausgestellt werden, ist in der letzten Sonntagsnacht wieder eine Brandstiftung vollführt worden, diesmal in Drage, wo 12 Mann den Wachdienst versehen. Es brannte das Schweinehaus des Vollhufners Henning Meyer aus; Vieh wurde gerettet.

Mecklenburg.

Schwerin. Im nahen Dambeck wurde eine Frauenleiche aufgefunden, die durch Beilhiebe furchtbar zugerichtet war.

Auswärtiges.

Der Geschichtsunterricht der Zukunft. Die Berliner „Börsenzeitung" eröffnet folgenden Ausblick in eine geschichtliche Unterrichtsstunde der Zukunft:

Lehrer: „Wir nehmen also heute die historischen Ereignisse vom Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts durch. (Lebhaftes Murren in der Klasse.) Ruhe, wenn ich bitten darf. Ich weiß wohl, daß Sie eine Abneigung gegen das Studium jener großen Zeit haben, und will gern zugeben, daß es keine leicht zu lernende Geschichtsperiode ist. (Höhnisch.) Natürlich war es früher angenehmer, wo man sich nur so simple Namen wie Salamis, Leuthen, Sedan zu merken brauchte. Meyer VI, erzählen Sie die Schlacht bei Mukden!"

Meyer VI: „Die Schlacht bei Mukden begann am 27. Februar 1905 mit einem Angriff der Japaner auf Sintsinting."

Lehrer: „Falsch. Auf Sinminting muß es heißen. Sinminting liegt im Westen, Sintsinting im Osten. Das ist doch wohl leicht genug auseinanderzuhalten. Fahren Sie fort!"

Meyer VI: „Der japanische Oberbefehlshaber, Marschall Owikokorero . . ."

Lehrer: „Wieder falsch! Können Sie denn niemals die gleichzeitigen Ereignisse in Südwestafrika und Ostasien auseinanderhalten? Der japanische Befehlshaber hieß weder Owikokorero noch Okahandja, sondern Oyama."

Meyer VI: „Verzeihen Sie, Herr Professor, der Irrtum ist so naheliegend. (Fortfahrend.) Marschall Oyama griff das Zentrum der russischen Front bei Hsiasankiaotse an, während auf der Rechten General Kuroki bei Futschulin und Futschu operierte. Gleichzeitig griff General Nogi auf dem linken Flügel an und stieß (Meyer VI fängt an, herunterzuschnattern) über Tasanpikontse, Hsintaitse, Tautschischautse, Takuschautse, Schinputse, Hsinmintse, Makiputse direkt auf Schufutse vor."

Lehrer: „Genug! Es war im allgemeinen gut. Doch hätten Sie der größeren Klarheit halber auch die koreanischen und mongolischen Namen der Ortschaften zufügen sollen. Lehmann III: „Herr Professor, mir ist nicht wohl."

Lehrer: „Was fehlt Ihnen?"

Lehmann III: „Ich habe die ganze Nacht das Jahr 1905 gepaukt und nun ist mir so übel im Gehirn."

Lehrer: „Das ist ganz egal. Erzählen Sie die Schlacht bei Mukden!"

Lehmann III (leise lallend): „Rostdjestwensky, Pobjedonoszew, Omaruru, Tananarivo, Semstwisabor, Jiji, Maharero, Swiatopolk-Mirski."

Lehrer: „Sammeln Sie Ihre Gedanken und berichten Sie über den Angriff Oyamos!"

Lehmann III (mit stierem Blick): „Der Morschall Schim-pan-tse setzte sich bei Miet-se fest und begann, gedeckt von Ka-pu-tse, ein Geplänkel. Dann griff er die Russen an mit dem japanischen Kriegsruf: Haut-se, Haut-se, Haut-se, Haut-se!" (Er bricht mit Schaum vor dem Munde zusammen.)

Lehrer: „Lehmann III, begeben Sie sich in die im Keller befindliche Gummizelle und lassen Sie sich dort behandeln. (Zur Klasse gewandt): Sie sehen, wie weise es von der Regierung war, daß sie angesichts des immer größer werdenden Lehrstoffes den Schulen alle Mittel zur prompten Irrenpflege zur Verfügung stellte."

Heiratsschwindler und Dienstmädchen. Ein gewerbsmäßiger Heiratsschwindler wurde in der Person des 1870 geborenen Elektrotechnikers Heinrich Hermann de Rath der 1. Strafkammer des Landgerichts II in Berlin vorgeführt. Der Angeklagte ist den verschiedenen Polizeibehörden als einer der gefährlichsten Heiratsschwindler Deutschlands bekannt. Unter den sieben Vorstrafen, die de Rath erlitten hat, befinden sich Strafen von 1½ und 3½ Jahren Zuchthaus. Mit dem letzten Arbeitsverdienst aus dem Zuchthause fuhr de Rath zuerst nach Spandau und erließ dort Inserate folgenden Inhalts: „Ein Fachmann, im Besitz einer Erfindung, die hohen Verdienst einbringt, sucht ein besseres Dienstmädchen mit Ersparnissen zu heiraten." Auf den „verlockenden" Inhalt der Annoncen hin meldeten sich viele heiratslustige Mädchen dienenden Standes. Sobald sich de Rath durch das Eheversprechen das volle Vertrauen der heiratslustigen Mädchen erworben hatte, gelang es ihm unter den verschiedensten Vorspiegelungen von fünf der Mädchen zum Teil namhafte Beträge zu erschwindeln. Der Gerichtshof erkannte gegen den Betrüger auf 4 Jahre Zuchthaus, 900 Mark Geldstrafe und sechs Jahre Ehrverlust.

Wieder ein Rentenhungriger. Aus Schivelbein wird berichtet: Auf dem Rittergute Dewsberg wurde der Arbeiter Bentzke, welcher in der dortigen Genossenschaftsbrennerei beschäftigt war, von einem Treibriemen erfaßt und derartig verletzt, daß er an den erhaltenen Verletzungen starb. Bentzke hinterläßt eine Frau und mehrere unversorgte Kinder. — Nach Ansicht der Junker hat den Getöteten jedenfalls die „hohe" Unfallrente, welche die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zahlt, verlockt, ein wenig zu verunglücken. Ja, ja! Wenn die Landarbeiter nicht so rentenhungrig wären!

Schlecht belohnte Ehrlichkeit. Dem Finder eines Sparkassenbuches, das auf annähernd M. 1600 lautete, war in Köln eine hohe Belohnung zugesichert worden. Als ein armer Arbeiter das Buch alsbald nach dem Funde bei der Besitzerin (einer Dame in der Severinstraße) ablieferte und erwartungsvoll dastand, um seine Ehrlichkeit belohnt zu sehen, erhielt er außer einigen spöttischen Bemerkungen, daß er mit dem Buch doch nichts hätte anfangen können, da die Sparkasse bereits benachrichtigt sei, die enorme Belohnung von — zwanzig deutschen Reichspfennigen. Mit berechtigtem Stolz verzichtete der ehrliche Arbeiter auf das „großmütige" Geschenk, das ihn noch nicht einmal für den Verlust der verlorenen Zeit entschädigte. Bei dieser Gelegenheit muß im allgemeinen Interesse darauf hingewiesen werden, daß nach § 971 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein rechtlicher Finderlohn besteht, der von M. 300 5 pZt. und von dem weiteren Betrag 1 pZt. der gefundenen Geldsumme beträgt. In diesem Falle steht dem Arbeiter das Recht zu, M. 28 Finderlohn zu beanspruchen und diese Summe im Weigerungsfalle mit Erfolg einzuklagen.

Polizeireklame für den „Simplizissimus". Das „Simplizissimus"-Flugblatt „Die Gräfin von Montignoso" ist von der Berliner Polizei für den Straßenhandel verboten worden.

Nette Feuerwehrleute. Das Schwurgericht in Essen verurteilte zwei Feuerwehrleute der Rüttenscheider freiwilligen Wehr, den Schornsteinfegermeister Ferdinand Freiträger und den Maurer Damian Klüh von Rüttenscheid, wegen versuchter Brandstiftung zu 3 bezw. 2 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten, die am 25. Juli v. J. nach einem Brande auf dem Wustorfschen Grundstück mit anderen Wehrleuten die Wache hotten, haben versucht, durch Entzündung von Stroh, einen Weiterbrand zu veranlassen.

Ferdinand Lassalle vor den Schöffen. Aus Pforzheim wird der „Mannh. Volksst." geschrieben: Ein Flugblatt, wegen dessen Verbreitung die Genossen Eugen Geck-Karlsruhe, Faas-Pforzheim (Filialexpedient des „Volksfreund") und Weiß (Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Pforzheim) am Sonnabend vor den Pforzheimer Geschworenen standen, enthielt die wörtliche Wiedergabe eines großen Teiles jener berühmten Düsseldorfer Rede Lassalles, in der er die Verkommenheit der bürgerlichen Presse, diese „Prostitution des Geistes" mit Peitschenhieben trifft. Die Redakteure der drei bürgerlichen Blätter von Pforzheim fühlten sich durch die Uebertragung der scharfen Kritik auf die speziellen Pforzheimer Verhältnisse gekränkt, und liefen zum Richter. Zwei davon liefen aber nicht schnell genug. Sie kamen zu spät zum Termin, und weil ihr persönliches Erscheinen angeordnet war, wurde wegen ihres Ausbleibens ihre Privatklage als zurückgenommen erklärt. So blieb als beleidigter Vorkämpfer des Pforzheimer Bürgertums nur Herr Donatus Weber übrig, der freisinnig-demokratische Redakteur des zur Zeit wahrscheinlich liberalen „Tageblattes". Die Verhandlung ergab, daß Herr Donatus Weber sich früher sehr eifrig um die Gunst der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie bewarb, daß er aber später zum gemeinsamen Kampfe der Bürgerlichen gegen die „Roheiten und Lügen der Arbeiterpartei" aufrief, als ihm die bezahlten Annoncen nicht mehr zugewendet und die Abonnenten fahnenflüchtig wurden. Das Gericht erkannte an, daß die Angeklagten berechtigte Interessen wahrgenommen hätten, da sie durch das Flugblatt das Niveau der Presse heben wollten; es wurde aber in der scharfen Form die Absicht der Beleidigung gefunden. Der Drucker Eugen Geck wurde zu M. 100, Faas zu M. 25 Geldstrafe verurteilt, Weiß freigesprochen.

Infolge einer alten Unsitte, die noch in verschiedenen Gegenden Deutschlands grassiert, ist in dem Dorfe Neu-Werbig bei Brandenburg a. H. ein zum Standesamt nach dem Dorfe Gräben fahrendes Brautpaar verunglückt. Auch dort existiert noch die Unsitte, daß beim Ausfahren der Hochzeitskutsche aus dem Dorf quer über den Weg eine Leine gezogen wird, die erst von den jungen Burschen des Dorfes in die Höhe gezogen wird, wenn der Bräutigam ein Geldgeschenk spendet. Das Brautpaar kam mit einem Trauzeugen daher gefahren und hatte vorher dem Kutscher den Auftrag erteilt, bei der Leine anzuhalten. Die mutigen Pferde gingen aber durch und kamen selbst unangefochten durch die Leine, ebenso der Kutscher, der sich schnell gebückt hatte. Das Brautpaar wurde mitsamt dem Trauzeugen, von der Leine erfaßt, arg geschunden und rücklings mit dem Hintersitz vom Wagen herabgerissen. In dem auf der Chaussee herrschenden Schmutz überschlugen sich alle drei Personen mehrmals und erlitten dabei verschiedene Verletzungen.

Unter der Ueberschrift „Freiwillige vor" weist der „Vorwärts" darauf hin, daß sich in der „Zeitung der Köche" folgendes Inserat findet: „Zweijährig-freiwillige Köche zur späteren Verwendung im Offizierkasino zum Herbst 1905 gesucht. Meldung sofort. Infanterie-Regiment Nr. 129, Graudenz." — Der „Vorw." nennt diesen Kasinokoch ein Pendant zu dem Offiziersburschen. Hier sei der Zweck, einen voll bezahlten Arbeiter durch ein im Militärverhältnis stehenden billigen Ersatzmann überflüssig zu machen, ganz offensichtlich.

Ueber den Rückgang des Zuckerkonsums berichtet das „Berliner Tageblatt": Infolge der gegen das Vorjahr wesentlich höheren Zuckerpreise hat sich der Zuckerkonsum in Deutschland in diesem Jahre gegen das Vorjahr verringert. Der Verbrauch blieb in Deutschland vom 1. September 1904 bis Ende Februar 1905 um 962 791 D.-Ztr. gegen die entsprechende Periode 1903/04 zurück. Er war aber noch um 682 741 D.-Ztr. größer als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1902/03.

Ein antisemitischer Soldatenschinder. Der Unteroffizier Heinrich Schmitt von der 6. Komp. 3. Brandenburg. Fußartillerie-Reg. in Mainz erhielt im Herbst 1902, als er eben Unteroffizier geworden war, eine Rekrutenkorporalschaft. Unter dem „Uebereifer" ihres jungen Unteroffiziers hatten die Rekruten viel zu leiden, am meisten der Jakob Kaplowitz, weil er ein Jude war. Ihn nannte Schmitt nicht anders wie Itzig oder Dreckjud und mißhandelte ihn außerdem bei jeder Gelegenheit. So trat er ihm beim Marschieren öfters heftig auf die Fußspitzen, weil sie der etwas unbeholfene, noch dazu durch langwierige Krankheit geschwächte Rekrut nicht herabdrücken konnte. Die Haltung des jüdischen Soldaten wurde durch Rippenstöße korrigiert. Auf der Stube bekam er Schläge mit dem Rohrstock. Auch andere Rekruten wurden geschlagen. Oft mußten sie ihre Betten 15—20mal bauen, immer wieder warf sie der Unteroffizier durcheinander. Kamen sie beschmutzt vom Dienst, dann mußten sie sich mit Stiefeln und Sporen in die Betten legen und diese dann wieder reinigen und aufbauen. Inzwischen stand das Essen auf dem Tisch und wurde kalt. Lagen die Leute Abends glücklich im Bett, dann stellte der Herr Korporal aus seinem Verschlage heraus Fragen. Wer eine Frage nicht richtig beantwortete, mußte vor dem Bett des Gestrengen erscheinen und in der Kniebeuge Gewehr strecken. War es Kaplowitz, dann tanzte wohl auch der „Gefreite Albert" auf seinem Rücken. So hatte nämlich Schmitt den Rohrstock getauft. Kaplowitz brachte, nachdem seine Dienstzeit um war, bei dem Bezirkskommando in Karlsruhe, wo er Abteilungschef in einem Warenhause ist, die Vorfä[lle] zur Anzeige. Das Kriegsgericht des Gouvernements Mainz hat den Unteroffizier zu einem Jahr Gefängnis und Degradation verurteilt. Das Oberkriegsgericht in Frankfurt erkannte auf acht Monate und Degradation und rechnete einen Monat auf die Untersuchungshaft an.

In der Fulda ertrunken. Zwei junge Leute, Baron v. Hungen und der Gärtner Marhenke, die in der Nähe der Eichsmühle bei Hersfeld in einem Kahn über die Hochwasser führende Fulda setzen wollten, sind mit dem Kahn umgeschlagen und beide ertrunken.

Die Genickstarre greift in Oberschlesien in bedenklicher Weise um sich. Nach amtlichen Mitteilungen sind in der vergangenen Woche in Königshütte 4 Erwachsene und 41 Kinder an der Genickstarre erkrankt und hiervon ein Erwachsener und 18 Kinder gestorben. Von den beim 156. Infanterie-Regiment in Brieg erkrankten Soldaten ist einer gestorben. — In Schwientochlowitz traten bis zum 17. Februar nur vereinzelte Krankheits- und Todesfälle auf; seit diesem Tage hat sich deren Zahl aber erheblich vermehrt. Bis jetzt beträgt die Zahl der Todesfälle 15; darunter ein 46jähriger und ein 17jähriger Mann, die anderen sind Kinder unter 14 Jahren. — Auch in Tarnowitz und in Gleiwitz ist je ein Fall von Genickstarre festgestellt worden.

Der Spitzbube als Moralist. Aus Paris wird berichtet: Ein schlagfertiger und unverfrorener Spitzbube ist jener Marius Jacob, der zur Zeit mit seiner zahlreichen Bande vor dem Schwurgerichte von Amiens wegen einer Menge verwegener Einbrüche, Ueberfälle usw. sich zu verantworten hat. Gleich zu Beginn der Verhandlungen richtete er an den Vorsitzenden die Frage, ob die Herren Geschworenen auch lesen könnten. Auf die Antwort des Präsidenten: „Ich setze das voraus, denn das Gesetz fordert es ja," erwiderte Jacob ironisch.: „Sehen Sie, Sie sind nicht einmal der Sache sicher, und solche Ignoranten sollen über andere zu Gericht sitzen!" Jacob, der sich selbst als „Chef des voleurs" bezeichnet, nimmt die Verantwortung für alle Missetaten der Bande auf sich und sucht nachzuweisen, daß der Diebstahl in unserer heutigen Gesellschaft das einzige Mittel sei, die soziale Gerechtigkeit durchzuführen. Er entwickelte dabei folgende Theorie: „Das Eigentum hält das Kastenregime aufrecht, um also dieses Regime zu vernichten, muß man das Eigentum angreifen, und deshalb bin ich eben Dieb geworden." Sehr lustig sind die Einwendungen und Antworten dieses schlauen Menschen auf die Aussagen der verschiedenen von ihm geschädigten Zeugen. An einen Herrn, der sich darüber beklagte, daß ihm Aktien von der Bande gestohlen worden seien, stellt er die Frage: „Wieviel haben Sie denn für diese Aktien bezahlt, geehrter Herr?" „1200 Franks," lautete die Antwort. „Na, dann sind die Diebe nicht hier", erklärte Jacob kategorisch, „die wahren Diebe sind die, die die Aktien verkauft haben; sie waren keinen Pfennig wert, ich habe sie verbrennen müssen." Eine ähnliche Richtigstellung mußte sich ein anderer Zeuge gefallen lassen, der versicherte, man habe ihm ein Brillanten-Halsband gestohlen. Jacob beteuerte, diese Diamanten seien Glas gewesen, so daß er bei der ganzen Geschichte der „Geleimte" gewesen sei. Ueberhaupt ist er den Zeugen gegenüber sehr streng. Als der Vorsitzende einen Priester schwören lassen wollte, unterbrach ihn der Räuberhauptmann mit der Bemerkung: „Sie halten es also für möglich, daß er lügen könnte, da Sie ihn schwören lassen?" und zu dem Priester gewendet, fuhr er fort: „Nicht wahr, Sie beschuldigen mich im Namen der christlichen Barmherzigkeit?" Einem Küster, der die in seiner Kirche entwendeten Gegenstände aufzählte, frischte er das Gedächtnis folgendermaßen auf: „Hören Sie mal, Sie haben nicht alles gesagt. Denken Sie ein bißchen nach, ich will Ihnen darauf helfen. Den Wandschrank, Sie wissen ja, in dem die Zeichnungen im Genre Fragonards waren . . ." Der Küster wurde über und über rot und war froh, als er abtreten konnte. „Man hat mir ein Taschentuch im Werte von 200 Franks gestohlen," ließ sich eine Dame vernehmen. „Ein Taschentuch, das 200 Franks kostet, das ist eine Herausforderung der Armen," erwiderte Jacob prompt.

Der staatsgefährliche Esel. Im Zirkus zu Warschau, auf der Ordinackastraße, führte ein Clown einen dressierten Esel vor. Nachdem Grauchen verschiedene Kunststücke gezeigt, sollte er auch exerzieren. Auf das Kommando „Vorwärts" konzentrierte der Esel sich aber rückwärts. Je mehr der Dresseur „Vorwärts" rief, desto mehr eilte das Tier zurück. Darauf rief der Clown: „Aha, ich merke, Du bist Kuropatkin!" Dieser Scherz rief ein ungeheures Gelächter und einen stürmischen Beifall hervor. Auf polizeilichen Befehl wurde der Zirkus geschlossen und der Clown verhaftet.

Vermischte Nachrichten. Auf Bahnhof Herne wollte in den um 4 Uhr 40 Min. abfahrenden und bereits in Bewegung befindlichen Zug noch ein Ziegelarbeiter einsteigen, wobei der Schaffner den Versuch machte, ihn zurückzuhalten. Hierbei kamen beide zu Fall; dabei ist der Schaffner leicht verletzt, der Arbeiter aber zermalmt worden. — Der Buchhalter der Ortskrankenkasse in Saarbrücken, Aßmann, wurde überführt, Versicherungsmarken im Werte von wenigstens M 10 000 unterschlagen und verkauft zu haben, und verhaftet. Erst vor zwei Jahren wurden große Unregelmäßigkeiten entdeckt und der damalige Rendant Pfeiffer, welcher deshalb seinen Posten verlor und in eine Nervenheilanstalt kam, wird jetzt allgemein als das Opfer des Aßmann angesehen, der bis jetzt mit großem Geschick die Rolle des Biedermannes zu spielen verstand. — Am Sonntag Nachmittag 5½ Uhr hat ein unbekannter Mann auf der sogenannten Engelhalde nächst Kempten die 8 Jahre alte Berta Salger durch Durchschneiden der Halsschlagader und durch mehrere Stiche in den Unterleib getötet. Der Täter ist flüchtig.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Heinrich Jochim Martin Theodor Schmidt mit Ida Auguste Marie Henriette Lau. — Bruno Emil Wilhelm Peters mit Dorothea Auguste Elly Heyer. — Christian Friedrich Arnold Meyer mit Elfriede Anna Emilie Graß. — Heinrich Friedrich Martin Libbert mit Sophie Marie Magdalene Kuritz. — August Peter Max Doherr mit Louise Dorothea Nina Hamann. — Johann August Heinrich Hasenberg mit Anna Louise Mary Auguste Oehmke. — Carl Heinrich Gottlieb Tegethof mit Margaretha Elise Kahlbrock. — Moritz Wittmann mit Auguste Schulz. — Carl Ludwig Sönnichsen mit Josephine Leonore Carlsen. — Johann Claus Friedrich Rönner mit Elise Christine Henriette Tietgen.

Standesamt Nr. 2.

Wilhelm Stut mit Wilhelmine Trojahn. — Ludwig Gustav Benjamin Hildebrandt mit Agnes Henriette Ewoldt. — Theodor Fritz Rothensee mit Friedrike Johanna Klinck. — Carl Heinrich August Seemann mit Marie Kunisch. — Hugo Carl König mit Ida Louise Koschke. — Victor Jasinski mit Frieda Minna Henriette Grüschow. — Karl Eduard Fuchs mit Bertha Riebesell.

Hamburg, den 14. März 1905.

Standesamt Nr. 2a.

Hinrich August Hermann Möck mit Johanna Elise Goldboom. — Heinrich Otto Soltau mit Auguste Dorothea Christiane Sammann. — Willy Carl Runge mit Hedwig Martha Bark. — Johann Heinrich Karl Bannehr mit Emma Rüter. — Adolph Johann Paul Binder mit Friederike Dorothea Minna Becker.

Hamburg, den 13. März 1905.

Standesamt Nr. 3.

Johannes Clasen mit Helene Margaretha Knupper. — Lionel Hauser mit Jeanne Schwenk. — Martin Wilhelm Wörmbcke mit Martha Dorothea Wilhelmine Johst. — Albert Theodor Röhrle mit Henriette Elise Maria Griese.

Hamburg, den 14. März 1905.

Standesamt Nr. 3a.

Friedrich Ernst Müller mit Elsa Frieda Maria Christiane Evermann. — Johann Christoph Diede mit Margaretha Dorothea, gesch. Hopf, geb. Bohlmann. — Heinrich Wilhelm Hermann Breustedt mit Catharina Elisabeth Emma Buchholz. — Carl August Franz Wiencke mit Dorothea Elisabeth Algeier. — Otto Friedrich Erichsen mit Alma Emma Krohn.

Hamburg, den 13. März 1905.

Standesamt Nr. 20.

Carl Friedrich Wilhelm Boll mit Anna Louise Mirzwa. — Carl Gustaf Qvist mit Elise Christine Henriette Ritter. — Carl Heinrich Friedrich Frenz mit Anna Catharina Emilie Diestel. — Johann Elifon Hermann Tiekelmann mit Maria Caroline Friederike, geb. Fette, verw. Weinrich.

Hamburg, den 14. März 1905.

Standesamt Nr. 21.

Wilhelm Eduard August Friebe mit Helene Elsabe Anna Tiemann. — Johannes Georg Christian Möller mit Henriette Marie Auguste Rohde. — Carl Nicolaus Friedrich Döring mit Anna Helene Maria Dorothea Penschow. — Wilhelm August Franz Mello mit Henriette Bertha Theodora Haberbeck. — Johann Heinrich Oesmann mit Dorette Maria Auguste Beusen. — Friedrich Georg Joseph Wickel mit Hedwig Charlotte Christine Simonsen. — Hans Paul Carl Nissen mit Gertrud Johanna Emma Soltau. — Wilhelm Hans Emil Robschuld mit Marie Auguste Minna Westphal. — Ludwig Hans Henkel mit Emma Jenny Madleine Parrau. — Carl Heinrich Wilhelm Tangermann mit Ida Barták.

Standesamt Nr. 21a.

Wilhelm Christian Adolf Bohlick mit Marie Minchau. — Heinrich Adolph von Boden mit Louise Anna Heitmann. — Bernhard Armin Jehle mit Emilie Henriette Margaretha Catharina Gütschow. — Friedrich Franz Martin Bleck mit Anna Magdalena Adolphsen. — Heinrich Wilhelm Klingenberg mit Rosa Agnes Zimmermann.

Standesamt Nr. 22.

Franz Georg Friedrich Berner mit Marie Rebecca Emma Baum. — Franz Johann Joachim Ringelmann mit Frida Dorothea Wilhelmine Rehse. — Carl Gustav Adolph Raethel mit Maria Margareta Wollner. — Wilhelm Friedrich Berthold Maschmann mit Mathilde Franziska Pauline, gesch. Wöldner, geb. Kruse. — Willi Richard Max Grasnick mit Frieda Bertha Ernestine Bock. — Hermann Otto Julius Vogel mit Frieda Maria Margaretha Evers. — Ernst Johann Wilhelm Groth mit Martha Schröder.

Standesamt Nr. 23.

August Oswald Ebschner mit Anna Johanna Elise Schmidt Wwe., geb. Wolle. — John Heinrich Bartels mit Anna Louise Pöhlsen.

Hamburg, den 13. März 1905.

Anzeigen.

(Für den Anzeigenteil ist die Redaktion dem Publikum nicht verantwortlich.)

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Wilhelmine Biel,

geb. Meyer,

nach langjähr. Leiden am 13. März sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten

Der tief betrübte Gatte, Sohn, Mutter, Bruder und Verwandte.

Beerdigung am 16. März, Nachm. 4 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause nach dem Ohlsdorfer Friedhof.

Dr. Eugen Sachs

jetzt: **Beim Strohhaus 44, II.**

Fernspr.: Amt V, Nr. 94.

Arbeitsmarkt

Tücht. Alleinmädchen mit guten Zeugnissen sucht Stellenvermittlung des Hamburger Hausfrauenvereins, Dammtorstr. 13, Mittelhaus.

Tüchtiges Nähkleinmädchen mit guten Zeugnissen für feines Haus sucht Stellenvermittlung des Hamburger Hausfrauenvereins, Dammtorstraße 13, Mittelhaus.

Gesucht per sofort: zwei erfahrene **Schlosser** für **Glasschrankbau u. Gitterarbeit.** Mechanische Schlosserei G. W. Wienholtz, Emden.

Bildhauer, der die Herstellung von **Fassadenstuckfachen,** sowie auch Antragarbeiten ev. für eigene Rechnung übernimmt, sofort gesucht. — Angebote sind unter Angabe des Alters unter Beifügung einer selbstentworfenen Fassadenskizze zu senden an Carow & Co., Rostock i. M.

Schneider f. hell. Platz erh. Wexstr. 12, III. l.

Schneider f. h. Platz erh. Bleichenbrücke 6, IV.

Ges. e. tücht. Rockschneider a. d. H. Alstertor 21.

Ges. Rock- u. Tagschneider in u. auß. d. Hause. F. Kreuzberg, Neuerwall 10.

Schneid. könn. h. Platz erh. Caffamacherreihe 53, IV.

Mechaniker gesucht auf Fahrräder und Nähmaschinen-Reparatur nach außerhalb. Zu melden Freitag, Abends 8—9 Uhr **Altona, Hôtel „Stadt Kiel",** Gr. Bergstraße 7. Wilh. Lange, Schwerin.

Ges. Zig.-A. Schr. H. M. 14, Form Eis. M. 11,50 in Boitzenburg a. E. b. H. Pölmitzsch, Klingbergst. 132.

Ges. Rapperstr. ½ Tage W 11 ₰. Rothestr. 99, 3. r.

Rohtabak-Lager en gros und en detail. Reichhaltige Auswahl. — Billigste Preise. **H. C. A. Jensen,** Catharinenstr. 43. — Geöffnet v. 8-8 Uhr. Filiale Ottensen, Am Felde 103, Ecke Bismarckstraße. Geschäftszeit von 8½—1 und 3—9 Uhr. Kunden erhalten 2% Rabatt.

Gut brennendes Sumatra-Umblatt empfehlen zu M. 1,—, 1,10, hochfeine zweite Länge M. 1,20. **Hengfoss & Maak,** Ottensen, Bismarckstr. 28/32. „ Bismarckstraße 1. Altona, Große Freiheit 22. Hamburg, Schweinemarkt 27. Filiale Eimsbüttel: Ecke Bartels- und Amandastraße.

Besser als Hamburger ist **Bremer Schwarzen** gehaltvoll, rein und wohlschmeckend, per Pfd. M. 1,20. Ad. Mehmel, Dovenfleet 49. Geöffnet 6 Uhr Morgens.

Gut erhaltene Presse und diverse Formen sind zu verkaufen Reginenstr. 37, II. Kassel.

Zwei eleg. Bettstellen mit gut. Federr. u. Kleiderschr. z. verk. Schopenstehl 21, III.

Zum 1. April e. 2. Etage zu vermieten, M. 290. Georgstr. 56, pt., Altona.

Tapezier, gründl. gelernt. Fachmann, polst. Sofa M. 4, Bettr. M. 2,50 an in und außer dem Hause. Reelle Arbeit. Möller, Hammerbrookstr. 110, Keller.

Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Zahlstelle Hamburg und Umgegend.

Die Sperre über die Bauten des Unternehmers H. Franck, Thüringerstraße usw., ist hiermit, da die vorgelegenen Differenzen beigelegt sind, aufgehoben.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für den 1. Hamburger Wahlkreis.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 17. März 1905, Abends 8½ Uhr, im oberen Lokale des „Hammonia-Variété", Eingang nur Norderstraße.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht. 2. Antrag auf Bewilligung von M. 5000 für das Gewerkschaftshaus. 3. Vortrag: Revolutionäre Märzstürme. Referent: Emil Krause. 4. Verschiedenes.

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Hinschenfelde. Die Gemeinderatswahl findet am Freitag, Abends 7 Uhr, beim Gastwirt W. Eggers statt.

150 Zigarren-Geschäfte sollen **eingerichtet werden** in Hamburg und Umgegend von Hamburger Firma. Erforderlich M. 100. Man verlange Prospekt. Off. u. S. 4569 an Heinr. Eisler, Alter Steinweg 24.

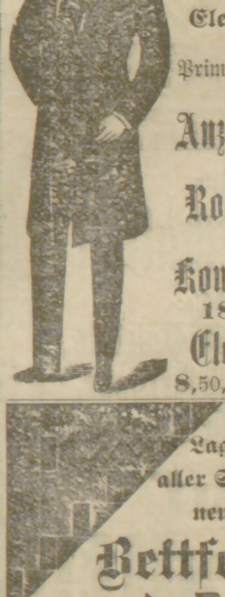
Arbeiter-Garderoben, prima Qualitäten, größte Auswahl, billigste Preise. Ph. Daltrop, Röhrendamm 100.

Auf Abzahlung von M. 1,— an Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion. Steinstraße 117, I. u. II.

Taschen garnit. 120, Plüsch-Säul.-Garn. 100, Phantasieschr. 45, Vasenbettst. m. ff. Federr. 28, Waschtisch m. Platte u. Spiegel 15, starker Kleiderschrank 23, eich. Dielengarderobe 24, geschnitzt. Buffet 135, Trum. mit Kons. 35, engl. Schlafzimmer 138, 169, 261 usw., Salon-Garnit. M. 180 bis 350. Pedersen, Lindenstr. 52, St. 6.

Garnitur, eleg., M. 85, Phantasieschrank m. Spieg. M. 45, Bettst. m. Federr. 23, Federbett, fast neu, M. 15. Händl. verb. Ifflandstr. 67, Villa.

Singer-Nähmaschine, fast neu, zum Treten, umständeh. M. 25. Hammerbrookstr. 71, I. l.



S. Meier, Posthof, Steinstraße 104/110. Elegante Anfertigung nach Maß. Prima Roßhaar-Verarbeitung. **Anzüge nach Maß** 36, 42, 49 M. **Rock-Anzüge** nach Maß 45, 51, 58 M. **Konfirmand.-Anzüge** 18, 24, 30, 36 M. **Eleg. Hosen** nach Maß 8,50, 10,50, 14,50 M.

Lager aller Sorten neuer **Bettfedern und Dunen.** Rein reell gehaltene Waren. Neue Federn v. 40 ₰ à ℔ an. Johann Feigl, Gr. Bäckerstr. 13/15.

Rabatt-Bücher werden in Zahlung genommen: Schwarze für M. 5,50, Grüne für M. 10. Teilweise gefüllte, dem Inhalt entsprechend. Rabattmarken aller Systeme werden ausgegeben. **Falk & Mengers,** Manufaktur und Konfektion, Alter Steinweg 30/32.

Abreise halber: Plüschgarn. m. Sessel 80, Phantasieschr. 46, Spieg.-Schrk. m. Spieg., 2 Bettst., 1 Wascht., Gard., Tische. Steinstr. 61, I., Hamb. Händl. verb.

Wir empfehlen:

Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze.

Herausgegeben von Eduard Fuchs. Band I und II. Gebunden à M. 2,50.

Auch einzeln zu beziehen:

Heft 1: Professor Huber: Die Philosophie in der Sozialdemokratie. M. —,40
„ 2: Lassalle: Vorrede zum System der erworbenen Rechte. M. —,20
„ 3: Lux: Die Juden als Verbrecher. „ —,40
„ 4/5: Weitling: Evangelium des armen Sünders. M. —,80
„ 6: J. Stern: Der historische Materialismus und die Werttheorie von Karl Marx. M. —,30
„ 7: J. S.: Der Einfluß der Krisen und der hohen Lebensmittelpreise auf das Gesellschaftsleben. M. —,30
„ 8: Huber: Der Sozialismus. Ein Rückblick auf das Altertum. M. —,60
„ 9: W. Weitling: Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte. M. —,60
„ 10: Der hessische Landbote von G. Büchner. Sowie des Verfassers Leben und Wirken von Dr. Ed. David. M. —,60
„ 11/13: Thomas Morus: Utopie. Uebersetzt mit Anmerkungen und einem Vorwort von Dr. Wessely. Brosch. M. 2,—; gebd. M. 2,50
„ 14/15: Campanella: Der Sonnenstaat. M. 1,50
„ 16: E. Frank: Die Sklavenaufstände des Altertums. M. —,50
„ 17: R. Labautière: Kleiner Katechismus der Sozialreform. M. —,30

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Fehlandstraße 11.

Auch zu beziehen durch die Filialleiter und Austräger des „Hamburger Echo".

Eisen, Metalle, Gummi, Lumpen und Bodenrummel kauft Dannenberg, Humboldtstr. 107, Uhlenhorst.

Frische, dicke Trink-Eier, 110 Stück M 4,50 franko. Naturreine, frische Kuhbutter, 10 Pfund M. 8 franko. Nachnahme. Garantie tadellose Ankunft. Herm. Neumann, Mehlsack (Ostpr.).

Franz Wagner, Holstenplatz 11, hält sich bestens empfohlen in Ausschank von Bavaria-Bier, ff. Bodegaweinen.

Warenhaus

Hansa-39 Woche

39 Pfg.

Altona, Reichenstrasse 22. Hamburg, Eimsbütteler Chaussee.

Nur solange Vorrat. **Nicht für Wiederverkäufer.**

Sonder-Verkauf in 39 Pfennig-Artikeln

1 Schulränzel für Knaben und Mädchen
1 Schiefertafel, Federkasten mit Griffel und 1 Schwammdose mit Schwamm
3 Unterhaltungslektüre und 1 Band Reuter
1 Bürgerl. u. 1 Strafgesetzbuch
1 Frühstückstasche mit Ledergriff
4 Gummibälle mit Ballnetz
1 gekleidete Puppe mit u. ohne Schlafen
1 Kinderkorb mit Spielzeug gefüllt
1 grosser Küchenspiegel
1 Toilette-Stehspiegel mit Verzierung
1 Celluloid-Handspiegel, rund od. eckig
1 Toilettehalter mit Papierrolle
1 Blumengiesskanne, Jugendstil
1 eleg. Fächerpalme mit Manschette
1 grosse Trähnen-Vase

2 Visit- oder Kabinett-Rahmen
1 Schutzengel, Porzellan
1 Nippes, grosser Posten zum Aussuchen
1 Paar Manschetten-Knöpfe
1 Dam.- oder Herren-Portemonnaie
1 elegante Damen-Uhrkette
1 Harburger Gummi-Frisierkamm
1 Kopfbürste mit Borstenrand
1 Kleiderbürste, reine Borsten
1 Kleider- u. 1 Glanz- u. 1 Nagelbürste
10 Stück Haushaltseife
3 „ Blumenseife
3 „ Döringseife (Otto)
1 Fl. feines Parfüm
1 Paar Strumpfhalter zum Verstellen
1 Herren-Hosenträger „Hercules"
1 Paar Cord-Pantoffel
1 Jockey-Mütze

12 Martinstahl-Theelöffel
6 Martinstahl-Esslöffel
1 Markttasche, Wachstuch
3 St. Kissen-Einsätze mit Spruch
1 Küch.-Paradehandtuch, aufgezeichnet
1 Zimm.-Paradehandtuch mit Hohlsaum
1 Viertelstündchen-Kissen mit Volant, aufgezeichnet
1 m Liberty-Krawattenband
5 seidene Haarbänder, sortiert
1 Paar Portièren-Ketten, Kupfer u. Gold
4 weisse Linon-Taschentücher, gesäumt
1 Frottier-Handtuch
1 Kinderlätzchen, zum Aussuchen
1 Kinderkragen mit Feston
1 Paar schwarze Glacéhandschuhe
1 Theeschürze zum Aussuchen
1 weisse Miederschürze

1 weisser Damen-Umlegekragen
1 Kindertuch, gemustert, Halbleinen
6 Kaffeebeutel
2 Meter Hemdentuch
1 Holz-Rolldecke
1 Küchenlampe mit Nickelblende
1 Wasserflasche mit Glas, geschliffen
1 Milchtopf, 1 Liter Inhalt, mit Schrift
6 Paar Tassen, echt Porzellan
3 Weingläser mit Borde
1 Butterdose, 3teilig gepresst
1 Satz Salatièren, 3teilig
1 Waschkanne, bunt
1 Kaffee- od. Zuckerdose, Nickelblech
1 Wäschetrockner, Patent
1 Wäscheleine, 20 Meter
1 Brotkorb, lackiert
2 Stück Glühkörper

1 Petroleumkanne, 2 Liter Inhalt
3 Stück Emaille-Tassen mit bl. Rand
1 Dutzend Kleiderbügel
1 Fleischbrett, 48 cm
1 Waschruffel mit Blech
1 Handtuchhalter für Küche
1 Eierschrank für 16 Eier
1 Handwaschblech mit 2 Bürsten
1 graue Emaille-Schaufel
1 Nickel-Tischglocke
2 Papierkörbe
1 Paket Kakao, ¼ Pfund
1 Lampenschirm
1 elegante Kassette Briefpapier
2 Karten Kleider- und Jackett-Knöpfe, grosse Partie, Wert bis M. 3
3 Rollen Küchenborden
1 Kunst- oder Scherzfigur

Ein grosser Posten moderner **Herren-Krawatten.** — **1 Botanisier-Dose.** — **1 eleganter Damenlavallier.**

Warenhaus Hansa.

Einzelne
Möbel, Betten, Teppiche,
Spezialität: Ganze
Wohnungs-Einrichtungen
vom Einfachsten bis zum Elegantesten erhalten Sie in überraschend **grosser Auswahl zu billigsten Preisen** gegen **bar** und auf Wunsch auch gegen
Teilzahlung
bei **geringer** Anzahlung und **sehr leichten** Ratenzahlungen.
Eigene Tischler- und Tapezier-Werkstätten.

S. Jareslawski,
Möbel-Fabrik und Aussteuer-Magazin,
Kaiser Wilhelmstrasse 67, I. u. II.
Keine Hauswirts-Anzeige. ● Auf Wunsch keine Kassierer.

Hamburger Kostümrock-Fabrik
Grosse Johannisstrasse 13, 1. Etage.
Von **9** Uhr Morgens bis **8** Uhr Abends **Einzelverkauf** zu **auffallend billigen Preisen.**
Englische und französische Schnitte. Grösstes Lager für starke Damen.
Sportröcke von **3** bis **40** M. **Ia. Tuchröcke** von **9** bis **100** M.
Besuch lohnend auch bei weitester Entfernung.

Wir empfehlen:
Fritz Reuter's sämtliche Werke.
Neue billige Ausgabe.
4 Bände in Leinen gebunden . . . M. 6,—
6 „ „ „ „ . . . „ 8,—
8 „ „ „ „ . . . „ 8,—
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.,
Fehlandstrasse 11.
Bestellungen nehmen auch die Filialleiter und Austräger des „Hamburger Echo" entgegen.

Wir empfehlen:
Hausbücherei
der
Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung.

Bd. 1. **Heinrich von Kleist:** Michael Kohlhaas. Mit Bildnis Kleists, 7 Vollbildern von Ernst Liebermann und Einleitung von Dr. Ernst Schulze. Preis gebunden 90 Pfg.
Bd. 2. **Goethe:** Götz von Berlichingen. Mit Bildnis Goethes von Lips und Einleitung von Dr. Wilhelm Bode. Preis gebunden 80 Pfg.
Bd. 3. **Deutsche Humoristen.** Erster Band: Ausgewählte humoristische Erzählungen von Peter Rosegger, Wilhelm Raabe, Fritz Reuter und Albert Roderich. 221 Seiten stark. Preis gebunden 1 Mk.
Bd. 4. **Deutsche Humoristen.** Zweiter Band: Clemens Brentano, E. Th. A. Hoffmann, Heinrich Zschokke. Preis gebunden 1 Mk.
Bd. 5. **Deutsche Humoristen.** Dritter Band: Hans Hoffmann, Otto Ernst, Max Eyth, Helene Böhlau. Preis gebunden 1 Mk.
Bd. 6/7. **Balladenbuch.** Erster Band: Neuere Dichter. Preis gebunden 2 Mk.
Bd. 8. **Hermann Kurz:** Der Weihnachtsfund. Eine Volkserzählung. Preis gebunden 1 Mk.
Bd. 9. **Novellenbuch.** Erster Band: C. F. Meyer, Ernst v. Wildenbruch, Friedrich Spielhagen, Detlev von Liliencron. Preis gebunden 1 Mk.
Bd. 10. **Novellenbuch.** Zweiter Band: Landnovellen (Ernst Wichert u. a.). Preis gebunden 1 Mk.
Bd. 11. **Schiller:** Philosophische Gedichte. Ausgewählt und erläutert von Prof. Eugen Kühnemann, Rektor der Kaiser-Wilhelm-Akademie in Posen. Preis gebunden 1 Mk.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.
Fehlandstrasse 11.
Auch zu beziehen durch die **Filialleiter** und **Austräger** des **„Hamburger Echo".**

Arbeitersängerbund Harburg Wilhelmsburg u. Umgegend.
Zur gefälligen Beachtung!
Den werten Gewerkschaften, Klubs und Vereinen zur gefälligen Kenntnisnahme, daß unser
diesjähriges Bundesfest
am 23. Juli d. J. in Wilhelmsburg,
im Lokale des Herrn C. Suhr, an der Chaussee,
(nicht am 16. Juli) stattfindet. Wir ersuchen Obige, dieses Fest in wohlwollende Erwägung zu ziehen.
Die werten Liedertafeln, Gesangvereine des Hamburger Arbeiter-Sängerbundes, die uns durch ihren Besuch beehren wollen, ersuchen wir, uns ihre werte Adresse bis zum 1. Juni an den Festleiter H. Oltermann, Veringstraße 167, einsenden zu wollen.
Mit Sangesgruß!
Der Festausschuß.

Geschäfts-Eröffnung.
Allen Freunden und Bekannten, sowie einem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich eine
Gastwirtschaft und Frühstückslokal,
Bismarckstraße 26, Ecke Am Felde (früher Fölsch), Ottensen,
eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, durch gute Speisen und Getränke mir die Zufriedenheit meiner Gäste zu erwerben.
Hochachtungsvoll
Albert Flügge.
NB. Einweihung am Freitag, den 17. März.

Frauenhüte,
kleidsam und gutsitzend, da bei mir jede Form nach Kopf gearbeitet wird.
Spezialität: **Kapotten!**
Blumen und Ranken in gr. Ausw. zu billigen Preisen. Alte Zutaten werden gern mitverw.
Frau Rosenblum,
Uhlenhorst, Schumannstr. 18, I.

Leute! Hört, seht u. staunt! Wer gute **neue** u. **gebrauchte Plüschgarnituren,** sowie alle **sonstigen Möbel kaufen will,** bemühe sich nach
J. Lewald, Elbstrasse 88.

Die schönsten
Konfirmanden
-Kleider
M. 10, 14, 18 bis 35
bei
Falk & Mengers
Alter Steinweg 30-32.

Größeres altrenommiertes Lokal mit Damenkapelle zu verkaufen oder zu verpachten. Reflektanten mit etwas Vermögen wollen Adressen abgeben unter **Z. O. A.** in der Expedition dieses Blattes.

Billigste Bezugsquelle!

Allerfeinste Nord. Meiereibutter à ℔	M.	1,20
Prima frische Eier 25 Stück	M.	1,20
Voll. prima Tilsiter Käse à ℔		70 ₰
Spezial-Margarine, Marke Meyer à ℔		60 ₰
Süßrahm-Margarine à ℔		50 ₰
und eine sehr feine Margarine à ℔		45 ₰

A. H. Meyer, Belle-Alliancestraße 32/33, Ecke Lindenallee.

A. M.
Zur
Konfirmation
empfehle:
Anzüge und Paletots, schwarze Kleiderstoffe, Wäsche, weiße Unterröcke
auf
Kredit!
Ferner empfehle zu Geschenken:
Taschenuhren für Knaben und Mädchen, Ketten, Goldwaren etc.
○○ **zu billigen Preisen** ○○
gegen wöchentliche Teilzahlung von
1 Mark.
Reelle Bedienung, diskret.
Hamburger Kredit-Bazar
A. Massmann
Hamburg
Pferdemarkt 22, I.

Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion".
Wir empfehlen aus **eigener Bäckerei:**

Schwarzbrot	100, 50, 32	₰
Gemengtes Brot	100, 50	„
Bauernbrot	50, 32	„
Angeschobenes Brot	100, 50, 25	„
Wittenberger Brot	100, 50, 25	„
Korbbrot	100, 50	„
Korinthen-Brot	50, 25	„
Butterkuchen	200, 100	„
Frische Rundstücke	5 Stück 10	„

in Verkaufsstellen 1, 2, 3, 4, 5, 6, 9, 10, 15, 20, 21, 22, 27, 28, 29, 30, 32.

Kaffeebrot	per Stück 1	₰
Braune Kuchen, große, per Dtzd.	28	„
Pic Nic-Cakes	per ℔ 50	₰
Warmbrunner Gebäck	„ „ 54	„
Ravenna	„ „ 72	„
Vanille-Cakes „Demi lune"	„ „ 88	„
Feller Zwieback	per Stück 1	„
Ahlerts do. per Paket = 10 Stck.	8	„
Gewürzkuchen, braune und weiße,	per Paket 10	„

Eleg. Plüschg., Ausz.-Tisch, gebr. Sofa b. z. verk. Altona, Weidenstr. 49, 1. r.

Großer Schneidertisch u. Nähmaschine zu verk. Wegstr. 11, IV. **Schwinderlauf.**

St. Pauli Speisehaus,
Wilhelmsplatz 16. E. Gooss.
Mittag- und Abendessen.

Feronia-Brot
D. R. P. 151807
übertrifft jedes andere Brot durch den hohen Gehalt an leicht verdaulichen blut- und muskelbildenden Nährstoffen.
Überall käuflich!

Sander Tivoli,
4 Minuten vom Bergedorfer Bahnhof. Großer Salon, Garten u. Doppelkegelbahn.
Noch Sonntage frei.

Flora
Täglich bis 31. März:
Alt-Hamburg
1800—1900.
Festspiel aus Hamburgs Vergangenheit mit Text und lebenden Bildern, arrangiert von **Chr. Jaath.**
Ausserdem:
14 Welt-Attraktionen.

Theater.

Donnerstag, den 16. März:
Stadt-Theater. Der Waffenschmied. Große Preise. Anfang 7½ Uhr.
Thalia-Theater. Zum 1. Male: **Ein kritischer Tag,** Lustspiel in 3 Akten, von Hugo Lubliner. Anfang 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Die Anna-Lise, Schauspiel in 5 Akten, von Hermann Hersch. Hierauf: **Frauenkampf,** Lustspiel in 3 Akten, nach Scribe von Olfers. Mittel-Preise. Anfang 7½ Uhr.
Carl Schultze-Theater. Heute und folgende Tage: Anfang 7½ Uhr. **Gastspiel des Berliner Vaudeville-Ensembles.** (Direktion: **Herm. Haller.**)
Nur noch kurze Zeit.
Novität! **Gastons Hochzeitsnacht,** Posse in 3 Akt. von V. de Cottens u. Pierre Veber. 1. Bild: Im Polizei-Kommissariat. 2. Bild: Die Hochzeitsnacht. 3. Bild: Am anderen Morgen. Am Cluny-Theater in Paris über 1000 Aufführungen.
Sonntag, 19. März, Nachm. 3½ Uhr: Bei sehr ermäßigten Preisen. **Frühlingsluft.**
Wandsbecker Stadt-Theater. Sonntag, 19. März, Anfang 8 Uhr: Gastsp. d. Carl Schultze-Theater-Ensembles. **Fatinitza.**
Neues Operetten-Theater. Täglich, Anfang 7½ Uhr: Novität! **Die Jugheirat.**
Sonntag, Nachmittags 3½ Uhr: Auftreten des Herrn Direktors **Max Monti.** Bei bedeutend ermäßigten Preisen: **Die Glocken von Corneville.** Marquis Henry: Dir. **Max Monti.**
Ernst Drucker-Theater. Anfang 8 Uhr. Hochoriginell! Aufsehen erregend! Zum 1. Male: Gr. Novität! **Die Sittlichkeit auf dem Lande,** gr. Sittenstück aus dem Landleben in 5 Abt., von Diehl. Erst kürzlich von der Zensur in Süddeutschland freigegeben. Mit ungeheurem Erfolge unter dem Titel „Stillgestanden" aufgeführt.

Freitag, den 17. März:
Stadt-Theater. Benefiz für Herrn Kapellmeister **Carl Gille. Gastspiel des Königl. Hofopernsängers Herrn Ernst Kraus** vom Hoftheater in Berlin. **Siegfried.** Große Preise. Anfang 7 Uhr.
Thalia-Theater. Der G'wissenswurm. Anfang 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Der Uebermensch, Schwank in 5 Akten, von Joh. David und Carl Müller-Rastatt. Mittel-Preise. Anfang 7½ Uhr.

Deutsches Schauspielhaus.
Donnerstag, den 16. März 1905:
Der Familientag,
Lustspiel in 3 Akten, von Gustav Kadelburg.
Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, zum **100.** Male:
Alt-Heidelberg.
Sonnabend: **Doppel-Selbstmord.**
Sonntag, Nachmittags 2½ Uhr, zu ermäßigten Preisen: **Kettenglieder.**
Abends 7½ Uhr: **Die Brüder von Sankt Bernhard.**
Montag: **Doppel-Selbstmord.**
Dienstag, zum ersten Male: **Don Carlos, Infant von Spanien,** ein dramatisches Gedicht in fünf Akten, von Schiller.

Circus
Sarrasani
Velodrom, Rotenbaum-Chaussee.
Donnerstag, den 16. März,
Abends **8** Uhr:
High-Life-Evening
mit besonders ausgewähltem Programm.
High-Life-Soiréen
sind eine hervorragende **Spezialität** des **Circus Sarrasani,** zu denen sich stets die hohen und höchsten Herrschaften Rendez-vous geben.
Gala-Abend! Gala-Programm! Gala-Kostüme! Gala-Geschirre! Gala-Uniform! Gala-Requisiten!
Freitag, den 17. März:
Clown- und Komiker-Vorstellung.
Sonntag, den 19. März, finden **unwiderruflich** die **2 letzten Vorstellungen 2** im Velodrom statt.

HANSA-THEATER.
Segommer de Biere ✤ **Paula Wirth** ✤ **Salerno**
und das grosse
März-Programm.
Anfang 8 Uhr. — Ende 10,58 Uhr.
Vorverkauf bei Käse u. im Theaterbureau.

Henry Loebel's
Gemischter
Ausschank in den meisten Wirtschaften.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Zweite Beilage zum Hamburger Echo Nr. 64.

Donnerstag, den 16. März 1905.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Partei-Nachrichten.

Das sozialdemokratische Agitationskomitee für die obere Rheinprovinz erstattet Bericht über das Jahr 1904. Der Agitationsbezirk für die obere Rheinprovinz umfaßt heute, nachdem sich die drei Saarwahlkreise abgetrennt und mit einem rheinpfälzischen und einem lothringischen Wahlkreis einen eigenen Agitationsbezirk gebildet haben, immer noch 19 Reichstagswahlkreise und das zu Oldenburg gehörende Fürstentum Birkenfeld. Der Bericht weist vor allem auf die Agitationstätigkeit des Zentrums hin. Unter der Führung des Volksvereins für das katholische Deutschland hat das Zentrum kurz nach der Wahl aufs neue planmäßig und in großem Maßstabe zu arbeiten begonnen, und in dieser Tätigkeit ist es bis heute noch nicht erlahmt. Es verdient beachtet zu werden, daß der Volksverein, so eifrig er auch in den städtischen Bezirken tätig ist, heute schon viel mehr als früher aufs Land dringt, wobei er in erster Linie die mit Industrie durchsetzten Gegenden berücksichtigt. Er hat es darauf angelegt, schon Maßnahmen gegen die sozialdemokratische Agitation zu treffen, bevor diese noch hat einsetzen können. Neben der Einführung des Volksvereins dienen als Mittel zu diesem Zweck auch die sogenannten christlichen, tatsächlich aber katholischen Gewerkschaften, die verhindern sollen, daß in kleineren Orten die als sozialdemokratisch verschrienen freien Gewerkschaften überhaupt Fuß fassen. Eine Abweichung ist nur in den zur Diözese Trier gehörenden Kreisen unseres Bezirks zu beobachten, wo nach der Weisung des Bischofs Korum die christlichen Gewerkschaften von der Mehrheit der katholischen Geistlichkeit bekämpft und an ihrer Stelle die sogenannten Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine protegiert werden. Davon abgesehen wäre es verkehrt, wenn wir den klerikalen Bemühungen nicht unsere volle Beachtung schenkten. Und da konstatiert der Bericht, daß es mit unserer Bewegung nur in einigen Kreisen halbwegs befriedigend aussieht. Abgesehen von Köln-Stadt und -Land und dem Kreis Mülheim bleiben lauter Kreise, in denen noch sehr vieles, teilweise noch alles zu geschehen hat. Selbst in der Großstadt Aachen läßt der Stand der Parteibewegung ungemein viel zu wünschen übrig. Das muß gesagt werden, so sehr auch anderseits die fast in allen Wahlkreisen gemachten Fortschritte hervorgehoben zu werden verdienen. Eine Partei wie die unsere, die eine Welt erobern will, darf sich eben nicht damit begnügen, bei den Wahlen einen Stimmenzuwachs verzeichnen zu können. Sie muß immer unzufrieden sein, jeder Erfolg muß sie zu um so eifrigerer Tätigkeit anspornen, und erst recht, wenn er unter so schwierigen Verhältnissen errungen wird, wie es die sind, mit denen die Sozialdemokratie im Rheinland zu kämpfen hat. Zur Anspornung unseres Eifers müssen nun nicht minder die gegnerischen Abwehrmaßnahmen dienen. Je größere Mühe sich das Zentrum gibt, den Volksverein und die klerikalen Gewerkschaften einzuführen, um so mehr müssen die Anstrengungen unserer Genossen wachsen. Die Vorbedingung jeder ersprießlichen Parteiarbeit aber ist die Organisation, an deren Verbesserung das Agitationskomitee vor allem gearbeitet hat. Der Bildung der vom Parteitag empfohlenen Kreisvereine stehen allerdings in vielen Wahlkreisen noch große Schwierigkeiten entgegen. Wo es an den Genossen fehlt, die den Verein bilden sollen, vermögen auch noch so schöne Beschlüsse nichts auszurichten. Immerhin hat sich die Organisation erheblich gebessert. Sozialdemokratische Vereine bestehen jetzt in zehn Kreisen; darunter sind acht Kreisvereine, während sich zwei auf einen einzelnen Ort beschränken. In Bonn-Rheinbach, in Koblenz-St. Goar und in Kreuznach-Simmern ist der Kreisverein neu gegründet worden. Wo eine solche Gründung nicht möglich war, hat man sich mit Lokalvereinen begnügt. In einigen anderen Wahlkreisen mußte man schon damit zufrieden sein, die Parteigenossen unter dem Vertrauensmännersystem an regelmäßige Beitragszahlung und regelmäßige Zusammenkünfte zu gewöhnen, und dann bleiben immer noch etliche Kreise übrig (Daun-Prüm-Bitburg, Adenau-Kochem-Zell, Heinsberg-Geilenkirchen), die nicht eine Spur von Organisation aufweisen. Das Agitationskomitee muß schon froh sein, in diesen Kreisen nur einige Adressen zu haben. Nicht zu unterschätzen ist, daß eine Anzahl Vereine mit frischem Leben erfüllt worden ist. Die Zahl der organisierten Genossen beträgt 3200. Die Einnahmen der Parteiorganisationen betrugen insgesamt M. 11 644. An Agitationsmaterial wurden 50 000 Kalender und 123 000 Gratisbroschüren verbreitet. In Kürze wird wiederum eine Broschüre herausgegeben. Die Parteipresse hat sich günstig entwickelt. In Aachen wurde das täglich erscheinende Kölner Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung", eingeführt. Das war ein guter Griff, denn die „Rheinische Zeitung" hat jetzt in Aachen schon bedeutend mehr Abonnenten als das frühere billigere „Aachener Volksblatt". Auch die Wochenausgabe der „Rheinischen Zeitung" hat Abonnentenzuwachs erhalten. Die Parteigenossen im Fürstentum Birkenfeld haben seit dem 1. Januar die in St. Johann-Saarbrücken neu erscheinende „Saarwacht" eingeführt und bereits eine stattliche Zahl von Abonnenten dafür gewonnen. Das ist um so erfreulicher, als bis dahin im Fürstentum Birkenfeld die Preßverhältnisse sehr zerfahren waren. Das Agitationskomitee wiederholt ferner seine Mahnung an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, niemals zu vergessen, daß ohne den starken Arm der Gesetzgebung die gewerkschaftliche Arbeit immer nur halbe Erfolge zeitigen kann. Die Gewerkschaftler müssen auch in der politischen Arbeiterbewegung ihren Mann stellen, eine Aufforderung, die heute mit besonderem Nachdruck wiederholt werden muß. Hervorgehoben werden noch die zahlreichen Streikprozesse des abgelaufenen Jahres mit meist hohen, teils sogar unerhört hohen Strafen, außerdem die namentlich in Köln geübte Polizeischneidigkeit gegen Streikposten, die selbst von der empörenden Maßnahme ehrenwerter Arbeiter nicht zurückschreckt. Eine scharfe Kritik solcher Polizeitaten hat der „Rheinischen Zeitung" eine hohe Geldstrafe eingebracht. Diese Vorgänge aber predigen immer wieder eindringlich die Notwendigkeit politischer Betätigung der Arbeiter. Gewerkschaftlich organisiert sind im Agitationsbezirk rund 25 000. Die Gewerkschaften haben namentlich in Köln und Umgebung einen mächtigen Aufschwung genommen. Die behördliche Politik der Nadelstiche, die sich in kleinlicher Verfolgungssucht und allerlei Schikanierungen äußert, wird namentlich auf dem Lande noch gern geübt.

Soziale Rundschau.

Die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1903 wird im „Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches" 1905 I veröffentlicht. Dem „Reichsanzeiger" entnehmen wir darüber folgenden Auszug: Im ganzen wurden im Jahre 1903 463 150 Ehen geschlossen (1902: 457 208); die Zahl der Geborenen betrug 2 046 206, darunter 1 983 078 Lebendgeborene (2 089 414 bezw. 2 024 735), die Zahl der Gestorbenen 1 234 033 (1 187 171).

Im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung ist gegenüber dem Vorjahre die Eheziffer nur um ein geringes zurückgegangen (von 7,92 auf 7,91 auf 1000 Einwohner), erheblicher ist der Rückgang der Geburtenziffer (von 36,19 auf 34,94 v. T.), welchem eine Erhöhung der Sterbeziffer (von 20,56 auf 21,07 v. T.) gegenübersteht. Der Geburtenüberschuß, der im Jahre 1902 absolut und relativ namhaft gestiegen war (von 857 824 oder 15,09 v. T. des Jahres 1901 auf 902 243 oder 15,63 v. T.), ist im Jahre 1903 etwas geringer, hat aber immer noch die beträchtliche Höhe von 812 173 oder 13,87 v. T.

Die Eheschließungen des Jahres 1903 treffen der Zeit nach zunächst auf die Monate Oktober, Mai, November und April. Das Alter der Heiratenden war bei den Männern in 43,7 v. H. der Fälle 25 bis 30 Jahre, bei den weiblichen Personen in 56,0 v. H. der Fälle unter 25 Jahren. Abweichend von der Regel waren die Frauen älter als die Männer, die sie heirateten, bei 95 577 Eheschließungen oder 20,5 v. H. der Gesamtzahl. Von den heiratenden Männern haben fast neun Zehntel zum ersten Male sich verheiratet, von den heiratenden Frauen etwas über neun Zehntel. Ledige Männer mit ledigen Frauen heirateten in 400 899 Fällen, Witwer mit Witwen in 10 914 und in 481 Fällen Geschiedene mit Geschiedenen. Etwas über neun Zehntel der Ehen waren religiös ungemischte Ehen; die Eheleute waren bei 276 468 Heiraten evangelisch, bei 140 965 katholisch und bei 3831 israelitisch. Mischehen wurden 40 914 (8,8 v. H.) eingegangen, davon waren 39 045 Ehen zwischen Evangelischen und Katholiken, 497 zwischen Evangelischen und Israeliten und 138 zwischen Katholiken und Israeliten.

Von den 2 046 206 Geborenen des Jahres 1903 waren 1 983 078 oder 96,91 v. H. Lebend-, 63 128 oder 3,09 v. H. Totgeborene. Ehelich waren 1 875 672, unehelich 170 534 oder 8,33 v. H. Mehrlingsgeburten waren unter den Geburten 26 265 (13,0 v. T.), und zwar im wesentlichen Zwillingsgeburten. Drillingsgeburten waren es 270, in Bayern kamen 2 Vierlingsgeburten vor. Im ganzen kamen bei den Mehrlingsgeburten 52 804 Mehrlingskinder — 26 816 Knaben und 25 988 Mädchen — zur Welt. Der Zeit nach erfolgten die meisten Geburten des Jahres 1903 im Februar, September, Mai und April, die wenigsten in den Monaten Oktober und Juni. Das Gesagte gilt insbesondere für die ehelichen Geburten. Uneheliche Kinder wurden am meisten in den Monaten Februar, März, April, Mai, am wenigsten im August und Oktober geboren. Die Totgeburten waren am häufigsten in den Monaten August, Oktober und Juni.

Sterbefälle sind am häufigsten vorgekommen in den Monaten Februar, Januar, August, September und März, am wenigsten im November, Dezember und Juni. Ein Vergleich mit der Temperatur und den Niederschlagsmengen (bezw. auch der relativen Feuchtigkeit) in den einzelnen Monaten 1903 und 1902 zeigt, daß in den Sommermonaten des Jahres 1902 kühlere Temperatur und mäßige Sterblichkeit, in den Sommermonaten 1903 dagegen größere Hitze mit übernormalem Niederschlag und hohe Sterblichkeit zusammenfallen. Dieser Zusammenhang äußert sich besonders in der Zunahme von Todesfällen infolge akuter Darmkrankheiten in den Sommermonaten 1903 gegenüber den gleichen Monaten 1902. Davon wurden namentlich die Säuglinge betroffen. Es starben an akuten Darmkrankheiten in den Monaten Juli/September 1903 rund 10 000 Säuglinge mehr als in demselben Zeitraum des Jahres 1902.

Ueberhaupt sind an den Sterbefällen besonders stark die Kinder, insbesondere die Säuglinge, beteiligt. Nicht weniger als 404 529 oder 34,5 v. H. (1902: 33,0 v. H.) aller Gestorbenen des Jahres 1903 waren noch nicht 1 Jahr alt, und im Verhältnis zu den Geburten (ohne Totgeburten) betrachtet, starben nicht weniger als 20,4 v. H. im Säuglingsalter. Am geringsten ist die Altersklasse der 10—20jährigen unter den Gestorbenen vertreten. Mit steigendem Alter erhöht sich wieder der Anteil an der Summe der Gestorbenen.

Von den 404 529 im Berichtsjahre gestorbenen Säuglingen waren 351 086 ehelicher und 53 437 unehelicher Abkunft. Auf 100 eheliche Geburten entfielen somit 19,3, auf 100 uneheliche Geburten nicht weniger als 32,7 Todesfälle der Säuglinge. Fast ein volles Drittel der unehelich Geborenen stirbt im ersten Lebensjahre.

Besonders hoch erscheint die Säuglingssterblichkeit in Westpreußen und Posen, Bayern rechts des Rheins, Königreich Sachsen, Sachsen-Altenburg und den beiden Reuß.

Landgericht.

15. März.

Strafkammer II. Vorsitzender: Direktor Dr. Crasemann. Staatsanwalt: Dr. Soehle.

Vom Giftbaum der Börse. Daß nicht alle Börsenspekulationen von Erfolg gekrönt sind, haben auch die Gebrüder Theodor Detlef und Johannes August H. in Erfahrung gebracht. Sie betrieben längere Zeit ein Geschäft in Südfrüchten, das aber mit Unterbilanz arbeitete, so daß sie wiederholt die Hülfe von wohlhabenden Verwandten in Anspruch nehmen mußten. In früheren Jahren hatten die beiden Kaufleute in Kaffeespekulationen gemacht, wobei sie ein Vermögen von über M. 100 000 verdient hatten. Sie entschlossen sich daher, nochmals in Kaffee zu spekulieren, um so ihre Vermögenslage günstiger zu gestalten, und beteiligten sich an Börsengeschäften in Havre und Newyork. Als plötzlich ein großer Kurssturz einsetzte, vermochten sie die Differenzen in Höhe von M. 17 000 nicht zu begleichen. Auch ihrem Hauptgläubiger in Malaga, dem Inhaber einer Südfruchtfirma, schuldeten sie M. 11 000 und außerdem hatten sie noch kleinere Verpflichtungen, die zu decken sie sich außer stande erklärten. Da keine Masse vorhanden war, konnte ein Konkurs nicht eröffnet werden, dagegen wurden sie zum Offenbarungseid getrieben. Heute stehen sie vor Gericht, um sich wegen Vergehens gegen die Konkursordnung zu verantworten. Die Angeklagten sind in vollem Umfange geständig. Der Staatsanwalt beantragt gegen jeden 3 Tage Gefängnis. Das Gericht billigt den Angeklagten mildernde Umstände zu und erkennt auf je M. 200 Geldstrafe.

Schwerer oder einfacher Diebstahl? Die Wäscherin K. fand vor einiger Zeit den Bodenschlüssel ihrer Nachbarin, den sie zum Oeffnen des fremden Bodens benutzte, um sich einige Male kleine Quantitäten Kohlen anzueignen. Eines Tages wurde die K. in flagranti erappt und es wurde Anzeige gegen sie erstattet, die sich zu einer Anklage wegen schweren Diebstahls verdichtete. Die Angeklagte wird wegen schweren Diebstahls zu der zuläsig geringsten Strafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt. In den Urteilsgründen wird hervorgehoben, daß der Diebstahl mittels Nachschlüssels verübt sei, obwohl dieser ursprünglich der richtige Schlüssel war. Da er aber der eigentlichen Besitzerin abhanden kam und so seiner bestimmungsgemäßen Benutzung entzogen wurde, müsse er in den Händen der Angeklagten als Nachschlüssel gelten.

Kautionsschwindeleien werden dem Agenten Andreas Friedrich August Krämer zur Last gelegt. Der Angeklagte nannte sich Generalagent und war auch bei der Versicherungsgesellschaft „Iduna" tätig. In den Jahren 1903 und 1904 engagierte er drei junge Leute als Angestellte für sein Kontor, nachdem sie Kautionen in Gesamthöhe von M. 4500 geleistet hatten. Der Angeklagte sollte laut Abmachung die Kautionsgelder bei einer hiesigen Bank bezw. bei seiner Gesellschaft deponieren; er zog es aber vor, die M. 4500 für sich zu verwenden, so daß die jungen Leute bezw. deren Eltern ihr Geld los waren. Der Angeklagte ist geständig, doch will er nicht von Hause aus die Absicht gehabt haben, die Gelder in eigenem Interesse zu verwenden, sondern er sei in schlechte Vermögensverhältnisse geraten, die ihn auf Abwege brachten. Wie auch in den alle Augenblicke zur Verhandlung gelangenden analogen Fällen, ist auch in diesem Falle dem Angeklagten die Ausführung seiner Kautionsschwindeleien sehr leicht gemacht worden, indem die Leute ihm vertrauensselig die Kautionen überwiesen, ohne auf genügende Sicherstellung derselben zu dringen. Der eine Zeuge, ein Volksschullehrer, der seinen Sohn bei K. in Stellung brachte, hat seine langjährigen Ersparnisse in Höhe von M. 2000 eingebüßt. Der Staatsanwalt beantragt gegen den bisher noch unbestraften Angeklagten 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, die Höhe des Strafmaßes damit begründend, daß solche Vertrauensbrüche nicht hoch genug geahndet werden könnten. Das Urteil lautet auf 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Unerlaubter Nebenerwerb. Der Werkmeister Fritz August H. hat während seiner Tätigkeit in einer hiesigen Harz- und Sodaleimfabrik sich durch Verkauf von Harz und Harzfässern unerlaubte Nebeneinnahmen in Höhe von über M. 15 000 verschafft. Bei einem Teil seiner unredlichen Manipulationen hat ihm der Stadtreisende Karl Adolf L. hülfreiche Hand geleistet. Gemeinschaftlich sollen sie zwölf Fässer Harz und 125 leere Fässer verkauft haben, während H. allein 482 Fässer Harz und 1388 leere Fässer zu Gelde gemacht haben soll. Das gestohlene Gut haben hauptsächlich die Besitzer von Kohlenanzünderfabriken gekauft, die aber nicht die unsaubere Handlungsweise der Angeklagten kannten, indem L. sich als Reisender der Firma vorstellte und den Käufern erklärte, daß H. zur Entgegennahme des Geldes berechtigt sei. Tatsächlich war H., der großes Vertrauen genoß, zum Verkauf von Waren und Fässern berechtigt, weshalb es auch nicht auffiel, daß er so viele Gegenstände beseitigte. Die beiden Angeklagten haben das Geld in leichtsinniger Gesellschaft verkloppt. Der Staatsanwalt beantragt gegen H. 15 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust und gegen L. 5 Monate Gefängnis, da dieser augenscheinlich von H. verleitet sei. Der Angeklagte H. verweist auf seine bisherige Unbescholtenheit und ersucht um ein geringeres Strafmaß. Der Verteidiger des L., Rechtsanwalt Simmonds, ersucht für seinen Klienten um eine niedrigere Strafe und um Anrechnung der Untersuchungshaft. H. wird antragsgemäß und L. zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht nimmt an, daß der Wert der gestohlenen Ware nur M. 4800 beträgt und nicht wie die bestohlene Firma angibt.

Aus den Schöffengerichten.

15. März.

Ein großartiges Gehalt zahlt der niederländische Generalkonsul Gleichmann (Bureau: Kleine Johannisstraße 9) seinem „Buchhalter" S., wie in der Verhandlung vor dem Schöffengericht V zur Sprache kam. S. ist angeklagt, seinem Chef einen Geldbetrag von M. 300 unterschlagen zu haben; er entschuldigt sein Vergehen mit bitterer Notlage, denn er habe sich mit dem besten Willen nicht nach der Decke strecken können. Vorsitzender: „Wie hoch war Ihr Gehalt?" Angeklagter: „Vierzig Mark pro Monat." Der als Zeuge vernommene Generalkonsul gibt zu, dem Angeklagten einen solchen Hungerlohn gezahlt zu haben; er meint aber, der Angeklagte hätte noch Nebenbeschäftigung treiben können, da er nur bis 4 Uhr Nachmittags arbeite. Das Gericht billigt dem Angeklagten die weitestgehenden Milderungsgründe zu und erkennt nur auf eine Geldstrafe von M. 42 oder 14 Tage Gefängnis. Begründend wird ausgeführt, daß die Strafe nur so gering bemessen sei, weil in Hamburg mit M. 40 pro Monat kein Mensch auskommen könne. — Eine Entfettungskur konnte der Herr Generalkonsul an dem 31jährigen S. nicht vornehmen, bleibt mithin nur noch die Möglichkeit übrig, daß er seinen Angestellten zum Hungerkünstler hat ausbilden wollen.

Das „Reservatrecht" der Polizeibeamten. In der Neujahrsnacht verübte ein junger Mensch in „starker" Stimmung groben Unfug, der ihm von einem Schutzmann untersagt wurde. Ungeachtet dessen lärmte der Jüngling weiter, weshalb er aufgefordert wurde, mit zur Wache zu kommen. Er hielt sich aber an einem Gitter fest, somit erheblichen Widerstand leistend. Auf der Wache angelangt, wurde der Sistierte nach seinen Personalien gefragt, die er auch richtig angab. Damit war eigentlich die Sache erledigt, als plötzlich der Wachtmeister auch die Personalien des Vaters wissen wollte. Der Befragte gab die bündige Erklärung ab, daß er den Namen seines Vaters nicht zu nennen brauche, da dieser ein ehrlicher Mann sei. Der oben geschilderte Vorgang gehört zu den alltäglichen und bietet kein öffentliches Interesse, aber das dicke Ende folgt nach. Der Wachtmeister dachte wohl: „Halt Bürschchen, Dich will ich schon mürbe machen," weshalb er ihn zwei Stunden lang ins Loch steckte. Der Beamte hatte ganz richtig kalkuliert, denn als der junge Mann aus dem Wachverließ kam, war er so mürbe, daß er ruhig die Personalien seines Vaters nannte. Der junge Mann steht nun wegen der Vorgänge in der Neujahrsnacht vor Gericht. Der Vorsitzende, Amtsrichter v. Borris, fragte den Wachtmeister, ob er sich für berechtigt halte, den Angeklagten, der doch seine Personalien angegeben habe, auf zwei Stunden in den Keller zu sperren. Der Befragte beruft sich auf seine Instruktion, die ihm das Recht gebe, in solchen Fällen so zu handeln, wie geschehen. Der Amtsanwalt hält das Vorgehen des Wachtmeisters für vollständig korrekt, und er, der Amtsanwalt, würde jede Akte an die Polizeibehörde zurückverweisen, die nicht die vollen Personalien enthalte. Es sei ja bekannt, daß in Hamburg viele Verbrecher mit falschen Namen herumliefen, weshalb bei solchen Feststellungen die vollständigen Personalien erforderlich seien. Das Gericht ist entgegengesetzter Ansicht; es verurteilt den Angeklagten nur wegen Widerstandes zu einer Geldstrafe von M. 30. Begründend führt der Vorsitzende aus, daß das Vorgehen des Wachtmeisters unberechtigt war, denn ihm ständen derartige Machtbefugnisse nicht zur Seite. Als der Angeklagte seinen richtigen Namen genannt hatte, hätte seine Entlassung erfolgen müssen. Selbst ein Requisitionsrichter sei nicht befugt, einen Menschen in Untersuchungshaft zu nehmen, der nicht die Personalien seines Vaters nennen wolle, viel weniger denn ein Polizeibeamter. — Hoffentlich wird die Polizeibehörde ihre Dienstinstruktion für Wachthabende, auf die sich der Wachtmeister berief (und der Wachtmeister wird doch wohl seine Instruktion kennen), den gesetzlichen Bestimmungen anpassen.

Auswärtiges.

Köstliche Geschichten vom „heiligen Bureaukratius" berichtet der „Schwäbische Merkur" aus Württemberg: Die Ortssteuerbeamten oder, wie sie der Volksmund nennt, die Accifer, haben bei uns den Ansatz und den Einzug der Wandergewerbesteuer auch zum Anteil der Amtskörperschaften und Gemeinden zu bewirken. Dieser Anteil ist sodann den bezugsberechtigten Kassen auszufolgen. Bei der Prüfung des Einzugsregisters des Accifers in X. durch das königliche Kameralamt fand sich, daß, offenbar infolge unzuläßiger Aufrundung von Bruchteilen von Pfennigen, der Anteil der Amtspflege um zwei Pfennig zu hoch berechnet und abgeliefert worden war. Vom Kameralamt erging an den Accifer die Weisung, die ungerechtfertigte Bereicherung der Amtspflege wieder rückgängig zu machen. So machte sich der Accifer auf den Weg und marschierte 4 Kilometer in die Amtsstadt, um den Rechtsanspruch des Staats auf den Rückersatz von — 2 ₰ geltend zu machen. Der Oberamtspfleger war aber nicht anzutreffen und so mußte der pflichteifrige Mann unverrichteter Dinge wieder nach Hause ziehen, ohne in den Besitz der 2 ₰ gekommen zu sein. Zwei Tage darauf stand die erwachsene Tochter des Accifers, mit den erforderlichen Schriftstücken und einem besonderen Schreiben des Accifers ausgerüstet, in der Amtspflegekanzlei und diesmal gelang es, das Unrecht, das dem Staat widerfahren war, wieder gut zu machen. Die kritischen 2 ₰ wurden zur Aushändigung an den Accifer der Tochter desselben feierlich übergeben und tags darauf lief, mit einer 5 ₰-Marke frankiert, die Quittung des Accifers über den Empfang von — 2 ₰ bei der Amtspflege ein! Diese Quittung bildet nun den Beleg Nr. 81 zu den Amtspflegeakten von 1903/04. So geschehen am 2. Februar 1904. Die Bilanz des Staates war nun wieder ins Gleichgewicht gebracht! Es soll nun aber das „versöhnende Gegenstück" nicht vorenthalten werden. In die gleiche Amtspflegekanzlei, in der der eben geschilderte Fall sich abspielte, trat am 15. Januar 1903 der Geldbriefträger dem Beamten lachend eine Postanweisung überreichend, worauf er schweigend ein Geldstück auf den Kassentisch niederlegte. Es war ein roter Pfennig, den mit einem Einzahlungsumschlag über — 20 ₰ der Akziser von B. einsandte. In dem Umschlag befand sich ein Schreiben des Akzisers, dessen Inhalt wir nicht verschweigen wollen. Er lautet: „Nebenstehende Zahlung (von 1 ₰) erfolgt auf kameralamtlichen Befehl; da bei einem Posten mit 50 ₰ Staatssteuer der Amtsschaden mit — 63 ₰ nicht in zwei gleiche Teile geteilt werden konnte, entweder 32/31 oder 31/32, ebenso der Gemeindeschaden mit M. 2,55 gleich 127/128, so war eine Differenz unvermeidlich, was aber vom k. Kameralamt nicht übersehen werden kann." Es war nun, damit die Amtspflege in den Besitz des Pfennigs gelangen konnte, folgende Arbeit nötig: 1. Schreiben des Kameralamts an das Ortssteueramt. 2. Eintrag der Lieferung von 1 ₰ in die Ausgaberubrik des Tagebuchs des Akzisers. 3. Schreiben des Akzisers an die Amtspflege. 4. Ausfertigung einer Postanweisung an die letztere, die 20 ₰ kostet. 5. Buchung der Einzahlung bei dem Einlieferungspostamt und 6. bei dem Postamt des Wohnsitzes des Adressaten. 7. Ausfolgung der Einzahlung an die Amtspflege. 8. Buchung der Lieferung von 1 ₰ in Kassenbuch, Hauptbuch und Rechnung der Amtspflege. 9. Ausstellung und Uebersendung der Bescheinigung an das Ortssteueramt. 10. Vorlegung derselben und Erstattung eines Vollzugsberichts an das Kameralamt. Das klassische Schriftstück bildet die Beilage Nr. 26 zur Amtspflegerechnung von 1901/02.

Vereine und Versammlungen.

Mieterverein. Ueber „Miete und Einkommen" hielt Herr R. Pusch einen Vortrag. Aus dem offiziellen statistischen Ausweis des Hamburger Staates geht hervor, daß der Anteil des Einkommens, welchen der Hamburger für Miete auszugeben hat, bei den geringsten Einkommen etwa ein Viertel beträgt; je höher das Einkommen, desto geringer der Prozentsatz. Also der Reiche bezahlt seine nötige Unterkunft geringer als der Arme; ganz nach dem modernen Prinzip: Möglichst große Lasten auf der Aermsten Schultern zu wälzen! Verkehrte Welt! — Die Steigerungen der Mieten betrugen bei den kleinen Wohnungen meist wesentlich mehr als bei den großen, den Einzelhäusern und Villen. In einzelnen Kategorien dieser größeren fand teilweise eine Herabsetzung statt. Gegenwärtig besteht ein Ueberangebot von Wohnungen in der Preislage von M. 400 bis M. 600. Darum findet jetzt auch eine Herabsetzung dieser Preise statt. Aber die kleinen Wohnungen für die Arbeiter sind bekanntlich noch lange nicht hinreichend, und die Bauunternehmer sind auch bei Neubauten selten in der Lage, entsprechend mäßige Preise zu stellen, weil der Grundwert durch Spekulation hochgetrieben ist. Auch die projektierte Vorortsbahn wird keine Hülfe schaffen, weil mit dem Gelände in den äußersten Vororten jetzt schon der unverschämteste Wucher getrieben wird. Es wäre Pflicht des Staates gewesen, rechtzeitige Erwerbungen festzulegen, um den Bedarf an Arbeiterwohnungen zu sichern. Es ist also auch für später keine Aussicht, dem entsittlichenden und gesundheitsschädlichen Einlogiererwesen zu steuern, weil nicht genügend gesunde kleine Wohnungen geschaffen werden können. — Unter obwaltenden Verhältnissen gibt es aber noch einen gangbaren sicheren Weg zur Abhülfe: das ist die Einführung der Steuer nach gemeinem Wert (das heißt Verkaufswert, nicht Nutzungswert) der Grundstücke, verbunden mit Selbsteinschätzung der Eigentümer. Das wird eine gerechte Steuer sein, welche die tragfähigsten Schultern entsprechend belastet und die schwachen erleichtert. Alle Gemeinden, ohne Ausnahme, welche diese Steuermethode einführten, haben die besten Erfolge gehabt. Der Einwand der Grundeigentümer, für große Städte sei das nicht angängig, ist durch die Berichte aus Köln widerlegt, wo keine Reklamationen mehr erfolgen und alle zufrieden sind. Eine Entlastung der billigen Wohnungen um 40 pZt. ist jetzt schon eingetreten, und der wachsende Wohlstand der Einwohner wird die Folge sein. Noch weitere schlagende Beispiele werden angeführt, so Spandau, wo ein auswärts wohnender Großgrundbesitzer von M. 96 auf M. 14 000 heraufgesetzt wurde und sich zuletzt fügte. Mit diesem Mehrbetrag kann schon allerlei für die Aermeren getan werden. Dann Lägerndorf, dem Hauptsitz der Zementfabrikation, ein schnell aufblühendes Gemein-

Theater und Musik.

Der Lehrergesangverein hatte am Dienstag im Conventgarten seinen Volksliederabend. Natürlich war der große Konzertsaal gedrängt voll von dankbaren Hörern. Ueber den konzertgebenden Chor ist neulich hier schon genug des Lobes gesagt. Es ist dem kaum etwas hinzuzufügen, noch weniger natürlich, davon abzuziehen. Hat der Chor in seinen Hauptkonzerten bewiesen, daß er selbst schwierigsten Kunstgesang meistert, so zeigte er gestern Abend wieder, wie wundervoll er auch Volkslieder zu singen vermag. Der Lehrerchor hat das Volks- und volkstümliche Lied ja stets gepflegt und manche Stunde heitersten Genusses hat er gerade dadurch ungezählten Hörern bereitet.

Gestern Abend sang er viel Bekanntes und auch manches Unbekanntere, Lieder von Silcher, Mendelssohn, Richard Barth, Abt und echte Volkslieder, die von neueren Musikern für den Chorgesang arrangiert sind. Mächtig schlug wieder Mendelssohns prächtige Vertonung von Eichendorffs „Wer hat dich, du schöner Wald" ein, auch Sitts Bearbeitung eines böhmischen Volksliedes „Braut und Bräutigam", Silchers „Loreley", Wohlgemuths „Aennchen lieb" und das häufiger gesungene „Zu Roma auf den Gassen", von Baldanus, das auf stürmisches Verlangen repetiert werden mußte.

Die Solistin des Abends war Frl. Charlotte Huhn, die Mezzosopranistin der Münchener Oper, der Frl. Martha Jowien wie immer mit Geschmack am Flügel assistierte. Frl. Huhn hat schöne Mittel und verfügt über ein erkleckliches Können, ohne doch schließlich gerade zu Begeisterung hinreißen zu können. Sie sang an diesem Abend nur Lieder von Schubert, teils mit sehr gaumigem Ton, teils sehr klangvoll und in gutem Vortrage. Der sehr charakteristische Erlkönig erfuhr eine dramatisch bewegte und darum recht packende Wiedergabe. Hier zeigte die Stimme auch allerhand Reizvolles, an dem man seine Freude haben konnte. Auch der Solistin wurde vom Publikum lebhafter, ja stürmischer Beifall gezollt, so daß sie sich zu einer Wiederholung verstehen mußte.

Kleines Feuilleton.

Noch etwas vom Winterschlaf der Tiere. Viele der Tiere, die einen Winterschlaf halten, haben eine entschiedene Neigung, gesellig zu überwintern. Der bekannte Ornithologe A. von Homeyer erzählt von der Kreuzotter: „Man findet gelegentlich 15 bis 25 Stück dicht beieinander unter alten, halb vermoderten Erlen- und Birkenstümpfen. Gewöhnlich entdecken sie die Holzarbeiter beim Roden solcher Lager und schlagen dann alles tot. Sehr eifrig fahnden auch die Iltisse nach derartigen Winterherbergen und vertilgen zahlreiche Ottern." Die Ursache für diese Erscheinung dürfte zunächst wohl darin zu suchen sein, daß geeignete Schlupfwinkel für die Winterschläfer in der Natur nicht allzuhäufig anzutreffen sind. Es mag wohl auch noch ein anderer Faktor dabei mit im Spiele sein. Bekanntlich kühlt sich ein Körper mit großer Oberfläche rascher ab als ein solcher mit kleiner Oberfläche. Nach dieser bekannten physikalischen Tatsache richtet sich auch unsere Hauskatze, wenn sie sich durch Zusammenkugelung eine geringere Oberfläche und somit einen weit geringeren Wärmeverlust zu verschaffen sucht.

Eine ähnliche Erscheinung kann man auch bei einer sehr großen Reihe von Winterschläfern beobachten. Die meisten von ihnen nehmen nämlich im Winterlager eine solche Lage ein, daß ihre Oberfläche, und damit auch ihre Wärmeabgabe nach Möglichkeit verringert wird. So rollen sich z. B. die Blutegel, die den Winter tief im Schlamme eingegraben verbringen, derart zusammen, daß der Kopf in die Höhlung des Fußes gesteckt wird. Auch unsere Frösche nehmen während des Winterschlafes eine zweckmäßige Haltung ein, indem sie sich völlig in sich selbst zusammenziehen. Besonders merkwürdig in dieser Beziehung ist das Verhalten der Hüpfmaus; sie zieht sich vor Beginn der rauhen Jahreszeit etwa 50 Zentimeter tief unter die Erde zurück und baut sich dort aus Lehm eine Hohlkugel, in der sie völlig zusammengerollt den Winter verbringt.

Diese paar Beispiele mögen zeigen, daß die Verkleinerung der Körperoberfläche für die Winterschläfer jedenfalls nicht ohne Bedeutung ist. Wenn nun eine größere Anzahl von Tieren dicht beieinander lagert, so ist naturgemäß die Oberfläche des so gebildeten Gesamtkörpers erheblich kleiner als die Summe der Oberflächen aller dort lagernden Einzeltiere, die den Gesamtkörper bilden. Daß Tiere, die gesellig überwintern, widerstandsfähiger gegen die Kälte sind, als einzeln daliegende, hat der Schnepfentaler Naturforscher Lenz durch Beobachtungen festgestellt. Lenz fand bei einer größeren Inzahl Schlangen im Winter, daß die Tiere bei null Grad unruhig wurden. Bei einer Temperatur von ÷ 2 Grad bis ÷ 3 Grad waren alle Tiere getroren und tot, mit Ausnahme von 12 Ottern, die sich zusammengeschart und sich offenbar hierdurch gegen die Kälte geschützt hatten.

Unter den Reptilien scheint die Gewohnheit, gesellig zu überwintern, besonders verbreitet zu sein. Aehnlich wie die Kreuzottern verhalten sich die Klapperschlangen. Blindschleichen findet man meist 20 bis 30 zusammen.

Unter den Fischen halten die Karpfen ihren Winterschlaf gesellig ab. Sie wühlen den Schlamm tief auf und legen sich so eng aneinander, wie die Heringe in einer Tonne. Unter den Säugetieren überwintern die Murmeltiere sowie einige Fledermäuse gesellig. Unter den Insekten gibt es eine unermeßlich große Zahl, die gesellig überwintern. Im Harbst findet man kaum ein zusammengerolltes Blatt, in dessen Höhlung nicht einige Marienkäferchen oder andere Tierchen säßen. Andere sitzen unter losgerissenen Rindenstücken alter Bäume oder unter dem Grase der nach Osten oder Süden gelegenen Gräben. Auch unser Regenwurm verbringt gelegentlich mit zahlreichen Kameraden zusammengeballt, den Winter in langem Schlafe etwa 2 Meter unter der Erde; freilich findet man ihn oft auch einzeln.

Viele der vorstehend erwähnten Erscheinungen mögen vielleicht dem Zufall zuzuschreiben sein, aber es muß uns doch wunderbar erscheinen, wie die Tierwelt manche physikalischen Gesetze für sich in günstiger Weise anzuwenden versteht.

Die Farne, auch Farrenkräuter oder Farren genannt, zählen im Winter zu den beliebtesten Zimmerpflanzen, da manche von ihnen recht widerstandsfähig sind. Da aber auch diese widerstandsfähigsten von Natur aus an feuchte Luft gewöhnt sind, so tut man gut, wenn man seine Zimmerfarne alltäglich einmal leicht besprengt oder durch eine wassergefüllte Schüssel zieht. Viele Farne eignen sich nicht zur Pflege im Zimmer, sondern wollen in Gewächshäusern kultiviert werden, wo sie sich zu einer herrlichen Pracht entfalten. Es ist in der Hauptsache die Form der Wedel (welche die Stelle der Blätter vertreten, wodurch die Pflanzen sich auffällig unterscheiden und es bedarf gewiß eines geübten Auges, um die etwa 3000 existierenden Arten unterscheiden zu wollen. Etwa 5/6 von allen Farnen leben in den Tropen, und zwar vorwiegend in den feuchten Inseldistrikten, an luftigen Meeresküsten und im kühlen Schatten feuchter Urwälder. Hier erreichen manche Farne solche Größe und einen so herrlichen Wuchs, daß sie im Ansehen mit den stattlichsten Palmen sich messen können. Derartige Baumfarne sieht man bei uns nur in botanischen Gärten und in größeren, vorwiegend Herrschaftsgärtnereien. Neben solchen Riesen sind aber auch winzige Zwerge der Farnfamilie in den Tropen zu Hause. Und auch diese muß man bei uns in den botanischen Gärten aufsuchen, wo sie unter Glasglocken mit ganz besonderer Sorgfalt gepflegt werden. Während manche Farne, ganze Wälder bildend, ihre Wipfel hoch oben an einem Stamm ausbreiten, der sich erst nach und nach aus den Wedelstrümpfen gebildet hat, bilden andere am Boden ein Dickicht, allerlei Tieren willkommenen Unterschlupf bietend. Wieder andere klettern meterlang an Bäumen empor, andere leben ganz und gar auf Bäumen; wieder welche haben sich feuchte Felsenspalten als Wohnort ausgesucht und andere schwimmen auf kleinen Tümpeln im Waldesdunkel umher oder wurzeln im Schlamme eines Morastes.

Ganz so wechselreich gestaltet sich das Bild bei den in unserer Gegend heimischen Farnen natürlich nicht, aber auch hier bieten die Farnpflanzen manchen Genuß. Auch bei uns beleben sie oft weite Gebiete, sie sind in Wäldern und auf der Heide anzutreffen, haben sich auf Felsen und in Gewässern angesiedelt. Auch bei uns gibt es Zwerge und Riesen, wenn letztere auch nicht die Größe der Farne in den Tropen erreichen. Die meisten der deutschen Farne treiben Wedel von kaum 1 Meter Länge, doch wird der Adlerfarn nicht selten 3 Meter und darüber groß und muß sich als Riese gegenüber anderen nicht einmal handhoch werdenden Arten ansehen lassen. Viele unserer Farne sind wintergrün und werden darum mit Vorliebe in Gärten und Parkanlagen gepflanzt, wo sie namentlich auf Felsanlagen und an Wasserläufen einen prächtigen Schmuck bilden. Wie mannigfach auch bei unseren heimischen Farnen die Form der Wedel sein kann, davon überzeugt leicht ein Besuch des Farnquartiers unseres botanischen Gartens.

Wenn auch heute noch die Farne oft waldbildend auftreten, so spielen sie doch bei weitem nicht mehr die Rolle, die ihnen zur Steinkohlenzeit der Erde zukam. Damals bestanden die wichtigsten Urwälder zum größten Teil aus Farnen, und wenn wir im Winter Steinkohlen verbrennen, um unsere Zimmerfarne nicht erfrieren zu lassen, so verbrauchen wir die Ueberreste gigantischer Farnriesen, um einige winzige Schwestern derselben am Leben zu erhalten. rts.

Bücher und Schriften.

„Der Säemann", Monatsschrift für pädagogische Reform. Herausgegeben von der Hamburger Lehrervereinigung für die Pflege der künstlerischen Bildung. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig. Preis pro Heft 50 ₰, Jahresabonnement M. 5.

Die Frage der künstlerischen Erziehung und mit ihr alle die anderen Fragen der Reform des Unterrichts und der Erziehung sind in den letzten Jahren immer mehr und mehr in den Vordergrund des Interesses getreten. In Hamburg haben diese Reformbestrebungen in den Kreisen unserer tüchtigen und arbeitsfreudigen Lehrerschaft besondere Förderung erfahren, und die Hamburger Arbeiten und Hamburger Grundsätze in der Kunsterziehungsfrage haben auch eminent befruchtend gewirkt über ganz Deutschland hin. Auf den Kunsterziehungstagen der letzten Jahre waren es nicht zuletzt die Hamburger Delegierten, welche mit praktischen Ratschlägen aufwarten konnten, wie auf den deutschen Lehrertagen ja auch die Hamburger am entschiedensten eintraten für eine konsequente Fortentwicklung der Pädagogik in Theorie und Praxis.

Wenn nun jetzt die sehr verdienstvolle Hamburger Lehrervereinigung für die Pflege der künstlerischen Bildung in Fortsetzung der Vierteljahrshefte der „Pädagogischen Reform", die ihr Erscheinen nach einjährigem Bestehen eingestellt haben, auf breiterer Grundlage die neue Monatsschrift „Der Säemann" herausgeben, so darf man wohl von vornherein annehmen, daß dieses neue Unternehmen in dem freimütigen und fortschrittlichen Geiste gehalten sein wird, der die Majorität der Hamburger Lehrer beseelt und der bestrebt ist, alle das Schöne und Herrliche, das künstlerische Kultur schuf, allen Menschen zu übermitteln, auf daß sie harmonisch durchgebildete Persönlichkeiten werden. Und wenn man an die Spitze des „Säemann" Carl Götze gestellt hat, so darf man auch dem freudig zustimmen. Carl Götze hat in der kunstpädagogischen Bewegung in Arbeit und Kampf stets in der ersten Reihe gestanden, an seinen Namen sind zahlreiche Erfolge dieser Bewegung geknüpft, und sicher dürfte auch die neue Zeitschrift in

wesen, welches durch die derzeitige Zementkrise in arge Bedrängnis geriet, aber durch die Einführung dieser Steuermethode auf einmal aller Sorgen ledig wurde. Es ist klar, daß durch diese Steuer ein lebhafteres Angebot von Bauplätzen und eine Verbilligung derselben eintreten muß, weil der Großspekulant lieber verkaufen oder bebauen wird, als lange eine hohe Steuer für wenig nutzbares Gelände zu bezahlen. Die Spekulation wird also ausgeschaltet und das Gemeinwesen profitiert. Wenn man dann noch Baugenossenschaften durch billigen Kredit und kulante Bauvorschriften unterstützt, so kann viel Gutes gestiftet werden; denn was an der Miete gespart wird, wird für etwas anderes ausgegeben; also hebt sich das ganze Geschäft. Weil Grund und Boden nicht vermehrt und ersetzt werden kann, darf er auch nicht als Ware behandelt werden. Das Spekulationsmonopol ist ein Unrecht an der Bevölkerung, das werden endlich auch die einsehen, die als Großgrundbesitzer an den maßgebenden Stellen sitzen. Von Herrn Rechtsanwalt Treplin wird betont, daß das Einfügen dieses Programms der Bodenreformer in die Bestrebungen des Mietervereins demselben sicher einen reichen Zuwachs an Mitgliedern zuführen und ein achtbares Gegengewicht gegen die Vereinigung der Grundeigentümer schaffen wird. Es ist dies ein zugkräftigeres Programm als nur das juristische Ziel des Rechtsschutzes. Auf seinen Antrag wird einstimmig der Beschluß gefaßt, eine Eingabe an die entsprechenden maßgebenden und verfassungsmäßigen Körperschaften zu richten derart: Um der andauernden Steigerung der Mietpreise für kleine Wohnungen entgegenzuarbeiten, erachten wir es für das einzige, wirklich durchgreifende Mittel, daß die Steuer nach dem gemeinen Wert für Grundstücke, verbunden mit der Selbsteinschätzung eingeführt wird, und durch die tunlichste Verbreitung dieser Erkenntnis in den weitesten Kreisen diesen Zweck zu fördern. Anmeldungen und Auskünfte werden in der Geschäftsstelle des Mietevereins, Hamburg, Grimm 5, I., links, bewirkt.

Sektion Klempner. Mitgliederversammlung am 7. März bei Hilmer, Gänsemarkt. Der Vorsitzende machte bekannt, daß wiederum drei Kollegen, und zwar Kömpel, Zeyn und Thiemann, durch den Tod aus unseren Reihen gerissen sind. Zu Ehren der Verstorbenen erheben die Versammelten sich von den Sitzen. Den Bericht des Gesellenausschusses gibt Böhme. Er bemerkt, daß nur eine Sitzung mit dem Innungsvorstand stattgefunden hat, in der verlangt wurde, einen Lohntarif einzusenden. Der Gesellenausschuß ging dann auf unseren Lohntarif ein, worauf Meister Köhn erklärte, daß die Kleinigkeiten, als Baubuden, Waschvorrichtung, Verbandsmaterial usw., aus dem Tarif gestrichen werden müßten. Ferner müßte er minderbegabten Gesellen einen niedrigeren Lohn zahlen können. Der Gesellenausschuß erwiderte, daß er von dem Tarife nicht abweichen könnte. Darauf hatte diese Sitzung ihr Ende. Jetzt schickte der Gesellenausschuß, dem Wunsch der Innungsmeister entsprechend, den Lohntarif schriftlich an die Innung ein. Hierauf waren wir nur noch schriftlich mit der Innung in Verbindung. Franz geht scharf mit den Innungsgrößen wie Derlien und Köhn ins Gericht. Nur die Innung habe einen Vorteil von der Festlegung des Tarifs, weil wir dann durch die Kündigungsfrist immer auf eine bestimmte Zeit gebunden sind, während wir ohne Tarif zu jeder Zeit in eine Lohnbewegung eintreten können. Infolgedessen haben wir keine Ursache, unseren Tarif von der Innung verschlechtern zu lassen. Unsere Organisation ist stark genug, wie bisher auch ferner den Lohntarif durchzuführen eventuell auch noch zu verbessern. Sch. ist derselben Ansicht und kritisiert die Verzögerung durch die Innung, welche durch das Kranksein des Obermeisters von der Innung entschuldigt wird. Er wundert sich, daß dann die ganze Maschinerie stillsteht, wenn der Herr Obermeister krank ist. Br. ergänzt noch einiges zum Bericht und steht auf demselben Standpunkt wie die Vorredner. St. geht auf eine frühere Versammlung zurück, wo Derlien erklärte, daß niemand gemaßregelt würde, der als Redner in der Versammlung auftrete. Und trotzdem wurden alle Redner notiert und später im Arbeitsnachweis in die schwarze Liste gesetzt. Redner hält es für zwecklos, mit solcher Gesellschaft einen Tarifvertrag abzuschließen. Schulz weist auf die verflossenen Lohnbewegungen zurück und bemerkt, daß gerade die Innung zu uns kommen müsse, wenn ihr das Feuer auf den Nägeln brennt. Bis jetzt haben wir die Bessergestaltung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nur durch die Organisation erhalten. Er empfiehlt die vorliegende Resolution zur Annahme. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht des Gesellenausschusses. Sie ersieht aus dem Bericht, daß es der Innung nicht darum zu tun ist, durch Abschluß eines Tarifvertrages dauernden Frieden in unserem Gewerbe herbeizuführen. Die Versammlung behält sich deshalb ihre Entscheidungen betreffs der Lohn- und Arbeitsbedingungen vor und wird diese auf Grund ihrer Organisation durchzuführen wissen. Sch. hat sich in der allgemeinen Versammlung beschwert, daß die Werkstattdelegierten nicht mit Bergarbeiterstreikmarken versehen sind. Franz erklärt, dies läge nur an den betreffenden Delegierten, die hätten sich nicht darum gekümmert. Die Klempner sollten eigentlich doppelte Marken kleben können. B. tadelt ebenfalls die Delegierten und ist der Meinung, daß die Interesselosigkeit nur gehoben werden könne, wenn mehr Delegiertensitzungen abgehalten würden. Musf. und Bi. sind ebenfalls der Meinung. N. geht auf das Delegiertensystem ein und gibt der Sektionsleitung anheim, sich einmal mit dem Ausbau des Delegiertensystems zu beschäftigen. Dann erörtert Franz die Mißstände des Arbeitsnachweises. Nach längerer Debatte wird beschlossen, diese Angelegenheit an die Ortsverwaltung zu verweisen.

Zementierer. Versammlung am 5. März bei Bohnsack. Hartwig hält es für zweckmäßig, eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Diese soll Mitte März stattfinden. Kollege Fritsche, Vorstand der Sektion Zementierer und Kunststeinarbeiter, aus Berlin, wird das Referat übernehmen. Ein hierauf bezüglicher Antrag wurde angenommen. Dann wurde den Kollegen von Hartwig dringend ans Herz gelegt, die Bestrebungen des Arbeiter-Bildungsvereins durch regen Besuch im eigenen Interesse zu fördern. Upahl vom Festkomitee macht bekannt, daß unser diesjähriges zweites Stiftungsfest am 15. April in „Tütges Etablissement", Valentinskamp, stattfindet. Er spricht die Erwartung aus, daß die Kollegen dasselbe lebhaft frequentieren werden. Dann wurde zur Wahl eines Kartelldelegierten und eines Delegierten zur Bauarbeiterschutz-Kommission geschritten. Die Wahl des ersteren fiel auf Funk, die des zweiten auf Diercke.

Transportarbeiter. Extra-Generalversammlung am 7. März bei Hamer. Der Vorsitzende gibt das Ableben des Kollegen Ahrens bekannt; dessen Andenken wird in üblicher Weise geehrt. Die Ortsverwaltung beantragt den Ausschluß des Fensterputzers Jansen, Hauptnummer 52075, wegen diverser Betrügereien, Urkundenfälschungen usw. zum Schaden seines Prinzipals. Obwohl letzterer sich mehrfach bereit erklärt hat, die Geschichte im Interesse des Jansen auf gütlichem Wege beizulegen, hat Jansen der wiederholten Aufforderung der Ortsverwaltung keine Folge geleistet. Nunmehr hat der Arbeitgeber Strafantrag gestellt. Da wir keinesfalls Elemente in unseren Reihen dulden können, welche in so unverschämter Weise unseren Verband diskreditieren, wird der Ausschluß mit großer Majorität angenommen. Dann bringt der Vorsitzende folgende Sache zur Kenntnis. Der Kollege Kaßner, Wandsbeck, hat ein Gerücht in Umlauf gebracht, welches geeignet ist, den Kollegen Wagner in schlechtes Licht zu stellen, wenn es wahr wäre. Kaßner hat allenthalben herumerzählt: Ein streikender Brauereiarbeiter habe Nachts als Streikbrecher gearbeitet und trotzdem Streikunterstützung empfangen. Nachdem uns von diesem Gerücht Mitteilung geworden, haben wir K. wiederholt schriftlich zu unseren Sitzungen geladen, jedoch ist derselbe nie gekommen, um uns Aufklärung zu geben. Wir erklären dies für ein einem Verbandskollegen unwürdiges Verhalten und beantragen, Kaßner dafür eine Rüge zu erteilen. Falls K. nicht innerhalb 8 Tagen mit Beweisen aufwartet, müssen wir ihn als Verläumder erklären. Die Versammlung beschließt antragsgemäß. Himpel teilt noch mit, daß vom Beirat für Arbeiterstatistik in Betrieben des Handelsgewerbes und Kontoren Erhebungen angestellt werden sollen, zu welchen auch Arbeitervertreter entsendet werden. Zur Statutenberatung erhält nunmehr Grahe das Wort. Redner polemisiert gegen die vom Zentralvorstand in letzter Stunde gestellten Anträge bezüglich Staffelung der Beiträge, er erklärt sich namens der Statutenberatungskommission gegen diese Staffelung in jeder Form. Carlberg erklärt: Die persönlichen Anschauungen des Vorredners seien nicht auf das Konto der Statutenberatungskommission zu setzen; letztere nehme gerade den gegenteiligen Standpunkt ein. Für rechtzeitige Veröffentlichung von Statutenänderungsanträgen sprechen diverse Redner. Der Vorsitzende schlägt vor, um eine schnellere Erledigung des Verhandlungsstoffes herbeizuführen, beim § 1 anzufangen eventuell Aenderungen vorzunehmen. Zu § 1 beantragt H.: Die Vereinigung führt den Namen „Deutscher Transportarbeiterverband", in § 2 zu streichen: „soweit die Kassenverhältnisse es gestatten." § 3 Abs. 2. Antrag Wagner: Einzuschalten ist: „Uebergetretene Mitglieder aus anderen Verbänden, deren Unterstützungseinrichtungen minderwertiger sind, treten nach 52wöchentlicher Mitgliedschaft in die vollen Rechte und den Genuß unserer Unterstützungseinrichtungen. Dieser Antrag wird von Grahe und Mölk bekämpft; beide sind der Meinung, daß dadurch Uebergetretene benachteiligt würden. Wagner stellt fest, daß sich die beiden Vorredner in der Tendenz des Antrages im Irrtum befinden, und beweist, daß dieser Antrag das Gegenteil will von dem, was die Vorredner demselben unterschieben. § 4. H. erklärt nochmals die Art der Staffelung der Beiträge, sowie der Unterstützungssätze. Grahe nochmals gegen diese Einführung. Wagner erläutert die Notwendigkeit der Staffelung aus folgenden Gründen: Viele kleinere Verwaltungsstellen müßten des überall gleich hohen Beitrages wegen eingehen, da der Verdienst der Kollegen die Zahlung der hohen Beiträge nicht gestatte. Zugleich beantragt Redner zu Abs. 2: „Bei außerordentlichen Unterstützungen anderer Gewerkschaften ist ein obligatorischer Extrabeitrag einzuführen." § 5. Antrag der Kommission: „Arbeitslosenunterstützung ist nach einer Woche zu zahlen." Antrag Grahe: „Bei Todesfall der Ehefrau eines Mitgliedes ist Sterbeunterstützung nach Maßgabe der Staffel zu zahlen. — Absatz 4 ist zu streichen." § 9. Grahe beantragt „Regelung der Reiseunterstützung". § 12. Antrag Himpel: Zu Absatz 2 ist einzufügen: „sofern dieselben während dieser Zeit keine Unterstützung beziehen", und weiter: „An Stelle des direkten Beitragserlasses kann auch bedingter Erlaß oder Stundung gewährt werden, jedoch nur bis zur Dauer von 13 Wochen". § 18. Antrag Wagner-Himpel: „Es sind 75 pZt. an die Hauptkasse abzuführen." — Krankenunterstützungsreglement. Zu Absatz 5 soll eingefügt werden: „können den Verlust der Unterstützung nach sich ziehen". — Streikreglement. § 2 Abs. 10 b statt: die Hälfte usw. „mindestens Dreiviertel-Majorität". Abs. 10 c statt: Dreiviertel „mindestens Vierfünftel usw.". Sämtliche vorbenannten Anträge wurden mit Majorität angenommen. Folgende Resolutionen liegen vor: 1. „Die Generalversammlung kann sich mit der Einführung der Staffelbeiträge nur dann einverstanden erklären, wenn die Staffelung an den einzelnen Orten auch nach der Höhe des Arbeitsverdienstes eingeführt wird. Die Versammlung erwartet von ihren Delegierten, daß sie in diesem Sinne wirken werden." 2. „Die Versammlung erkennt die Verschmelzung der beiden Verbände der Hafen- und Transportarbeiter als dringend notwendig an. In Anbetracht des sich immer mehr konzentrierenden Kapitals und der Unternehmerverbände erwarten die Versammelten von den Verbandstagen der beiden Organisationen, daß dieselben die Verschmelzung perfekt werden lassen. Die Versammlung erblickt in der Verschmelzung der beiden Organisationen den Anfang zur Gründung eines allgemeinen Industrieverbandes des gesamten Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes und erwartet, daß sich dieselben dieser Vereinigung anschließen. Je größer und umfangreicher die Organisation ist, je eher wird sie im stande sein, den Kampf mit dem Kapital und Scharfmachertum erfolgreich zu führen und die Lage der Berufsgenossen bessern zu können." Als Kandidaten werden vorgeschlagen und nehmen an: Dorendorf, Dörnchen, Dreyer, Gatzenmeyer, Grahe, Himpel, Maack, Möll, Möller, Frau Müller, Paustian, Schreiber, Stertz, Wagener, Worthmann und Wirth. — Von der Direktion der Winterhuder Brauerei geht uns folgende Berichtigung zu: Von 60 Ausständigen seien eingestellt bis zum 26. Januar d. J. 27, davon entfallen auf die Zeit vor Aufhebung des Boykotts 11, und nach Aufhebung 16 Ausständige.

Schmiede, Hamburg. Mitgliederversammlung am 11. März bei Hilmer Frau W. Ruben hielt über den Wert der Dichtkunst einen Vortrag. Sie führte der Versammlung ein klares Bild von Schillers Leben und seinen Werken vor Augen, indem sie die hervorragendsten Leistungen des berühmten Dichters in Erinnerung brachte. Sie lieferte dadurch den Beweis, daß, wenn Schiller heute gelebt hätte, er als einer der größten und tüchtigsten Sozialdemokraten gelten würde. Der Grundgedanke der Schillerschen Werke und Dichtungen ist heute in dem Prinzip der Sozialdemokratie verbürgt. — Für Vogel wurde Dürkop als Revisor in den Zentralvorstand gewählt. — Erwähnung fand auch das Gewerkschaftshaus bezw. die damit verbundene Beitragserhöhung. Dabei wurde das Verhalten einiger Kollegen scharf getadelt, welche sich ausgesprochen haben, falls die Beiträge erhöht würden, würden sie nach Altona übertreten, um von den 5 ₰ Lokalbeitrag, welcher ab 1. April mehr bezahlt werden soll, verschont zu bleiben. Vom Zentralvorstand, ebenso vom Vorsitzenden wurde aufgefordert, da die Konjunktur zum Frühjahr eine bessere wird, recht rege in die Agitation einzutreten, um dem stark organisierten Unternehmertum nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen gegenüber zu stehen.

Fabrikarbeiter, Wandsbeck. Versammlung am 8. März Sternstraße 27. Genosse Hagge referierte über „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und die Einwirkung derselben auf die Gewerkschaften". Er rügte zunächst den schlechten Versammlungsbesuch und wies darauf hin, daß gerade die Mitglieder, welche so wenig zur Versammlung erscheinen, am wenigsten aufgeklärt seien. Zur Agitation am Orte führte Timmermann aus, daß die Agitation der Bevollmächtigten allein nicht genüge, sondern daß alle Mitglieder helfen müßten. Zunächst sollten die Selter- und Kakaofabriken bearbeitet werden, denn letztere seien Betriebe, wo wir stets bei der Hand sein müßten. Er machte noch die Mitglieder auf ihre Pflicht aufmerksam, stets zu agitieren. Hierauf gab Schwarz den Kartellbericht. Dann teilte Timmermann mit, daß auf den Oelwerken von de Brühn 30 Arbeiter die Arbeit niedergelegt hätten, weil ihnen der versprochene Lohn nicht ausbezahlt sei. Hier ist nämlich das Prämiensystem eingeführt. Wenn ein Arbeiter am Tage ein bestimmtes Quantum Oel fertig bringt, soll ihm eine festgesetzte Prämie gezahlt werden. Das geschah jedoch nicht, und die Arbeiter erhielten nach Gunst. Dann erinnerte Timmermann daran, daß wir einen Delegierten zum Gewerkschaftskongreß wählen müßten. Dies wurde dem Vorstand überlassen. Auch machte er aufmerksam, daß die Unterstützung der Brauereiarbeiter abgelaufen sei. Es wurde dann auf Antrag des Vorstandes Eichelberg ausgeschlossen und das vor drei Jahren ausgeschlossene Mitglied Hamann wieder aufgenommen.

---

seiner Hand eine energische und tüchtige Waffe im Kampf für die pädagogischen Reformbestrebungen werden.

Aus der großen Zahl der Mitarbeiter seien genannt Paul Schultze-Naumburg, Eugen Kühnemann, Raphael Löwenfeld, Otto Ernst, Alfred Lichtwark, der bekannte Münchener Schulrat Kerschensteiner. Ihnen gesellt sich noch eine ganze Zahl anderer namhafter Männer und Frauen zu.

„**Musik für Alle**". Die soeben zum Preise von 50 ₰ erschienene Nummer 6 der von Bogumil Zepler im Verlage von Ullstein u. Co. in Berlin herausgegebenen Notenbibliothek beginnt mit einem graziösen Symphoniesatz Haydns, der ebenso wie das nachfolgende Lied „Liebes Mädchen, hör' mir zu" die Einfachheit und Natürlichkeit des liebenswürdigen Komponisten charakterisiert. An diesen humorvollsten unser deutschen Klassiker schließt sich der Franzose Gounod mit der Liebesszene aus „Margarethe und Faust" an. Durch den reinen Wohllaut der Melodie, die vollendete Knappheit im Aufbau, die Einfachheit des Ausdrucks bezeichnet diese Szene, die in einer für alle Späteren vorbildlichen Weise der irdischen Liebe hohes Lied singt, den Höhepunkt von Gounods Schaffen und zugleich die Höchstleistung der lyrisch-romantischen Schule überhaupt. Philipp Scharwenka erweist sich durch seinen „Polnischen Tanz" als ein Musiker von großer Gestaltungskraft und temperamentvoller Rhythmik. Felix Weingartner, durch seine Dirigententätigkeit rühmlichst bekannt, gibt mit seinem „Stimmungsbild" eine Probe seines bedeutenden kompositorischen Könnens. Ein lustiges Lied von J. Wolff „Hollerswam" hat Klingler zu einem ansprechenden Liede vertont. Die „Spiegelgavotte" von Paul Lincke, mit der das Heft schließt, ist ein flotter Rheinländer.

„**Kommunale Praxis.**" Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Herausgeber Dr. Albert Südekum. In dieser Nummer beginnt eine umfassende und eingehende Studie von Dr. H. Lindemann über die hessische Verwaltungsreform zu erscheinen. Von Interesse ist eine Zusammenstellung aller sozialdemokratischen Anträge zu den Landtagsverhandlungen über die Verfassung der großen und mittleren Städte in der württembergischen Gemeindereform. An diese Abhandlungen schließt sich ein reicher Notizenteil an, der ebenso wie die „Sächsische Beilage" wertvolle Mitteilungen aus und für die Praxis der Gemeindevertretungen enthält. Mit dieser Nr. 6 schließt das erste Quartal des 5. Jahrgangs der „Kommunalen Praxis"; für das zweite Quartal steht wieder, wie der Verlag mitteilt, eine nicht unbeträchtliche Erweiterung des Inhalts der Zeitschrift in Aussicht. — Die „Kommunale Praxis" erscheint am 1. und 15. jedes Monats und kostet vierteljährlich M. 2. Probenummern versendet franko der Verlag, Berlin W. 15.

Sprechsaal.

Zur Besprechung von Angelegenheiten, welche von allgemeinem Interesse sind, steht dem Publikum der Sprechsaal zur Verfügung, soweit es der Raum gestattet, doch lehnt es die Redaktion ab, irgend eine Verantwortung dem Publikum gegenüber für die in Sprechsaalartikeln geäußerten Ansichten zu übernehmen. Bedingung für die Aufnahme von Sprechsaalartikeln ist es, daß der Verfasser der Redaktion Namen und genaue Adresse nennt.

Ein auffallender Widerspruch in der Rechtsprechung des Kaufmannsgerichts.

Die Entscheidung des Kaufmannsgerichts Hamburg über den § 63 des Handelsgesetzbuches hat viel Widerspruch unter den Handlungsgehülfen hervorgerufen, und mit Recht. Ist es doch für die Handlungsgehülfen äußerst deprimierend, daß das Kaufmannsgericht, von dem eine mehr soziale Rechtsprechung erwartet wurde, allem sozialen Rechtsgefühl zuwider es für zulässig erklärt hat, daß den Handlungsgehülfen ihr gesetzliches Recht (Gehaltsanspruch in Krankheitsfällen) durch Vertrag beseitigt werden kann. Die Begründung des Kaufmannsgerichts ist in diesen Spalten bereits kritisiert worden; auf einen auffallenden Widerspruch muß aber hier noch besonders hingewiesen werden. Das Kaufmannsgericht Hamburg führt nämlich aus, daß die Rücksicht auf die kleinen Gewerbetreibenden, denen es schwer falle, dem erkrankten Gehülfen Gehalt zu zahlen, ohne seine Dienste nützen zu können, den Gesetzgeber bestimmt hat, dem Absatz 1 des § 63 die zwingende Rechtskraft zu nehmen; d. h. mit anderen Worten, der Gesetzgeber habe durch die Fassung des § 63 es dem kleinen Unternehmer gestatten wollen, sich von den sozialen Lasten des § 63 zu befreien. Das Kaufmannsgericht Hamburg hat sich diese Begründung zu eigen gemacht, will also ebenfalls den Schutz der kleinen Gewerbetreibenden fördern. Wenn nun die Rücksicht auf die kleinen Gewerbetreibenden maßgebend sein soll bei der Auslegung des § 63 — und das Kaufmannsgericht behauptet das — warum, so müssen wir fragen, hat das Kaufmannsgericht auch den großen, kapitalkräftigen Unternehmern erlaubt, den Handlungsgehülfen die Wohltaten des § 63 durch Vertrag zu nehmen? Warenhaus Hansa, Gebrüder Heilbuth, Gebrüder Robinsohn das sind doch keine „kleine Gewerbetreibende"? Gebrüder Robinsohn ließen noch zu allem Ueberfluß erklären, daß es ihnen auf die „paar Mark Gehalt" nicht ankommt. Und doch hat das Kaufmannsgericht auch diesen Unternehmern Recht zugesprochen. Wenn schon die Rücksicht auf kleine Gewerbetreibende vorgeschützt wird, dann sollte das K.-G. doch die Konsequenzen daraus ziehen und den großen Unternehmern die volle Erfüllung der sozialen Pflichten auferlegen. Nun kann eingewendet werden, daß das nicht angeht, weil vor dem Gesetz alle gleich sind — pardon, gleich sein sollen — gewiß, aber dann schütze man doch nicht die Rücksicht auf „schwache Schultern" vor, wenn schon von vornherein ersichtlich ist, daß gerade die „kräftigen Schultern" die sozialen Lasten von sich abwälzen. Die Rechtsprechung des Kaufmannsgerichts über den § 63 steht also in vollem Widerspruch mit der eigenen Begründung der prinzipiellen Entscheidung in dieser Frage. **Till.**

In der Generalversammlung der Großen Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse E. H. 63 vom 23. Februar ist der Nichtbeitritt dieser Kasse zur Zentralkommission der Krankenkassen Hamburgs und Umgegend von dem Vorsitzenden der Kasse damit motiviert, daß die großen Kassen bei Abstimmung nicht mehr Einfluß haben als die kleinen Kassen. Diese Ausführungen sind nicht ganz richtig. Nach § 8 der Satzungen entsendet jede Kasse für je 5000 Mitglieder einen Vertreter. Angefangene 5000 werden für voll gerechnet. Hieraus ergibt sich, daß die großen Kassen infolge ihrer größeren Vertreterzahl mehr Einfluß ausüben können, als die kleinen Kassen. Ferner bestimmt § 8: Die Abstimmungen erfolgen gewöhnlich mit Stimmengleichheit. Auf Antrag muß die Abstimmung eine namentliche, nach Kassen und Zahl ihrer Mitglieder sein, wenn mindestens zehn Kassen den Antrag auf namentliche Abstimmung stellen. Hieraus erhellt zur Genüge, daß den großen Kassen genügend Rechte eingeräumt sind. Was die Kasse Nr. 63 verlangt, ist zu gewähren schlechterdings nicht möglich, denn es kann nicht zugelassen werden, daß bei einer Vereinigung, wie die Zentralkommission, die großen Kassen, bezw. auch schon eine solche in der Lage ist, die kleinen Kassen ohne weiteres an die Wand zu drücken. Dies würde aber der Fall sein, wenn dem Verlangen des Vorsitzenden der Kasse Nr. 63 stattgegeben wäre. Die Konsequenzen solcher Möglichkeit brauchen hier wohl nicht weiter ausgeführt zu werden. Die Bestimmungen der Satzungen gehen von dem demokratischen Standpunkt aus jedenfalls schon außerordentlich weit. Also aus diesem Grunde hat die Kasse Nr. 63 keine Ursache, ihre Mitarbeit an der guten Sache zu versagen. Anderseits ist in der betreffenden Versammlung auch ganz richtig ausgeführt, daß die Satzungen bezw. einzelne Teile nicht für ewige Zeiten festgelegt sind. Wenn also der Vorstand der Kasse Nr. 63 den Wert der Zentralkommission anerkennt, so sollte man meinen, daß er den Anschluß der Kasse herbeiführt; und wenn dann einzelne Sachen nicht zweckmäßig erscheinen, dafür sorgt, daß Besseres geschaffen wird. So entspricht es wohl nur demokratischem Tun. **L. Capp.**

Vermischtes.

-o- **Ein Wagen, der nie genullt wird.** Damit auch der Humor in ernster Zeit nicht fehlt, hat ein findiger Kopf im Streikgebiete Ansichtskarten anfertigen lassen, auf denen sich eine kinderreiche Familie mit einem gefüllten Kinderwagen befindet. Ein paar Kameraden begegnen dem Vater. Da entwickelt sich folgendes Gespräch: „Na, Stanislaus, bist nicht bang, daß Dir der Wagen genullt wird?" — „Nä, Kamerad, dä Wagen wird nicht genullt, der is ja immer voll."

Bekanntmachung.

In den Staatsverband sind aufgenommen:

a) Reichsangehörige:

Friedrich Abromeit. — Johann Christian Gottfried Heinrich Peter Appel. — Emil Theodor Arp. — Franz Becker. — Heinrich Johann Carl Theodor Becker. — Wilhelm Carl Heinrich Behrens. — Bernhard Boberg. — Werner Albrecht Oscar Breiche. — Wilhelm Ernst Joachim Karl Brügge. — Heinrich Johann Bruhn. — Wilhelm Heinrich Martin Johann Buck. — Heinrich Adolf Johannes Byström. — Adolph Sigismund Crusius. — Johann Ferdinand Ernst Dederke. — Christian Ehrenfried Berthold Diesel. — Rudolf Willi Richard Eilert. — Ernst Julius Elsholz. — Julius Eppmann. — Friedrich Albert Fehse. — Johann Friedrich Joachim Christian Fick. — Christoph Johannes Gellers. — Carl Friedrich Christian Gerkens. — Hermann Gottlieb Ernst Griehl. — Joseph Gruseck. — Heinrich Wilhelm Christian Hack. — Gustav Hermann Wilhelm Heiland. — Johanna Emma Heiland. — Wilhelm Hermann Heinrich. — Michael Jacob Helbach. — Johann Carl Heinrich Heuer. — Johann Heinrich Christian Himstedt. — Georg Heinrich Karl Hoeche. — Franz Wilhelm Hörnicke. — Albert Wilhelm Ernst Jachmann. — Heinrich Johannes Friedrich Kaack. — Hermann Johann Fritz Kahl. — Johann Kahrs. — Johann Kemme. — Friedrich Christian Johann Kremer. — Heinrich Otto Rudolph Kröger. — Willi Karl Lempelius. — Friedrich Anton Lübbert, Dr. med. — Carl Johann Adolf August Leimes. — Carl August Hermann Laacke. — August Adolph Hugo Martens. — Johannes Heinrich Gottfried Nicolaus Meins. — Hermann Friedrich Wilhelm Menzell. — August Mertz. — Carl Otto Mewes. — Johann Gustav Mittelsdorf. — Joachim Johann Heinrich Orth. — Karoline Auguste Mathilde Paulsen. — Friedrich Carl Adolf Peters. — Louis Ferdinand Pfeiffer. — Albert Ludwig Eugen von Plata. — Jochim Ferdinand Albert Puck. — Max Felix Nanniger. — Anne Johanne Nicoline, geborene Kohrs, des Peter Friedrich Rathmann geschiedene Ehefrau. — Johann Heinrich Carl Reimers. — August Carl Reißner. — Wilhelm Johann Christian Riebe. — Friedrich Ernst Rosteck. — Otto Heinrich Ferdinand Rottmann. — Claus Hinrich Scheelke. — Anna, geborene Pawlowska, des Carl Christian Scheida geschiedene Ehefrau. — Joseph Schellhorn. — Friedrich Wilhelm Schlürmann. — Emil Schlüter. — Ernst Robert Schmidt. — Johann Hinrich Friederich Schöer. — Ernst August Friedrich Christoph Schröder. — Karl Schröder. — Martin August Emil Peter Schröder. — Gustav Johann Friedrich Schult. — Friedrich Wilhelm Edmund Schulz. — Otto Heinrich Willi Schröder. — Otto Robert Schwabe. — Johann Joachim Ludwig Schwemann. — Friedrich August Sick. — Friedrich Wilhelm Stöterau. — Franz Wilhelm Hermann Stuhlmacher. — Albert Rudolph Reinhold Wilhelm Tesch. — Heinrich Friedrich Wilhelm Thie. — Johann Wilhelm Timm. — Hans Hinrich Friedrich Timmermann. — Hermann Friedrich Otto Voigt. — Leopold Leffmann Weinberg. — Friedrich Johann Weland. — Carl Heinrich Fritz Werner. — Wilhelm Winkelbach. — Otto Christian Berthold Wolter. — Friedrich Johann Christian Wüstenberg. — August Robert Max Zastrow. — Friedrich Hinrich Zernikow. — August Friedrich Jacob Zilling. — Carl Robert Wilhelm Zoellner.

b) Ausländer:

Auguste Marie Luise, geborene Bitter, des Josef Krille geschiedene Ehefrau.

Hamburg, den 13. März 1905.

Die Aufsichtsbehörde für die Standesämter.

Bekanntmachung.

Das Bürgerrecht haben erworben:

Karl Louis August Gerbsch, Schankwirt, Ebräergang 14. — Johannes Heinrich Klaudius Friedrich Meier, Klempner, Mechaniker und Gasfitter, Hellkamp 27. — Johannes Lind, Schornsteinfeger, Paulsplatz 1. — Johann Carl Wilhelm Maaß, Kaufmann, Gr.-Flottbek, Klaudiusstraße 18. — Peter Meyns, Wild- und Geflügelhändler, Borgfelderstraße 16. — George Eduard Friedrich Ehlers, Kassenbote, Gröningerstraße 10. — Carl Johann Otto Schmüser, Briefträger, Ottostraße 17. — Ferdinand Georg Heinrich Gurk, Arbeiter, Hammerbrookstraße 65, Haus 3. — Friedrich Franz Bader, Schankwirt, Altonaerstraße 55. — Georg Huber, Lagerhalter, Dorotheenstraße 95. — Cäsar Carl Heinrich Miehlmann, Buchhalter, Moltkestraße 21. — Johann Friedrich Miehlmann, Buchhalter, Grädenerstraße 21. — Hugo Julius Telge, Kommis, Amandastraße 3. — Friedrich Christian Heinrich Wilhelm Grosse, Kranführer, Eppendorferweg 21 n. — Hermann Paul Chares, Schlossergeselle, Steilshoperstraße 49. — Karl Johann Diederich Closius, Lederhändler, Caffamacherreihe 39. — Heinrich Johann Wilhelm Rieck, Stellmacher, Schenkendorffstraße 17. — Carl Emil Schneider, Arbeiter, Wendenstraße 112. — Ernst Friedrich Heisenberg, Küpergeselle, Hardenstraße 6, Haus 3. — Maximilian Höpflinger, Kunstmaler, Hasselbrookstraße 37. — Heinrich Ernst Wilhelm Haase, Klempnergeselle, Lindenallee 76, Haus C. — Ferdinand Gustav Hildebrand, Händler mit Tabak und Zigarren, Vereinsstraße 85, Hinterhaus. — Johann Jacob Wilhelm Kayser, Kommis, Greifswalderstraße 25. — Johann Heinrich Christoph Hahlbom, Maschinist, Davidstraße 10 b. — Rudolf Willi Richard Eilert, Kaufmann, Hagenau 66. — Heinrich Kolmsietter, Buffetier, Jakobikirchhof 19 a. — August Friedrich Heinrich Gerhardt, Manufakturwarenhändler, Schäferstraße 16. — Wilhelm Gustav Schwien, Drechslergeselle, Jungmannstraße 10. — Gustav Adolph Ludwig Knaudt, Kanzlist, Gluckstraße 34. — Richard Heino Trautmann, Dr. med., Wissenschaftlicher Assistent am Hygienischen Institut, Grindelallee 164. — Joseph Nordegg, Reisender, Claudiusstraße 7. — August Ludwig Friedrich Cordes, Geschäftsreisender, Hoheluftchaussee 49. — Adolph Friedrich Martin Gast, Arbeiter, Humboldtstraße 69, Haus 8. — Johann Heinrich Wilhelm Pleß, Laternenwärter, Herderstraße 35. — Friedrich Arthur Lichtenstein, Kontorbote, Banksstraße 16. — Arnold Ernst Heinrich Otto Muchau, Kommis, Pferdemarkt 32. — Johann Eduard Kagel, Kaufmann und Photograph, Marientalerstraße 17. — Richard Caesar Nicolaus Isterling, Kaufmann, Osterstraße 5. — Eduard Wiener, Kaufmann, Ottostraße 33. — Wilhelm Karl David Meyer, Schankwirt, Bürgerstraße 33. — Georg Morsch, Schuhmacher, Volksdorferstraße 2. — Johann Diedrich Arnold Thormählen, Küpergeselle, Reginenstraße 22. — Heinrich Julius Siegmund Müller, Privatier, Schröderstraße 15. — Peter Lütten, Gemüsehändler, Kattrepel 28. — Wilhelm Heinrich Friedrich Ernst Rump, Arbeiter, Osterbeckstraße 48. — Paul Wilhelm August Schiedung, Buchhalter, Turnerstraße 4. — Heinrich Wohlwill, Dr. phil., Chemiker, Mittelweg 29/30. — Hermann Max Otto Haack, Schutzmann, Hellkamp 42. — Karl Leppert, Schutzmann, Timmermannstraße 11. — Heinrich Emil Ludwig Schacht, Schankwirt, Lindenallee 50. — August Christian Joachim Kählert, Maschinist, Hütten 61. — Paul Oskar Rudolph Kegel, Händler mit Tabak und Zigarren, Michaelisstraße 96. — Johann Heinrich Wilhelm Kiehn, Werkführer, Veddeler Elbdeich ohne Nummer. — Johann Heinrich Friedrich Lübemann, Kutscher, Kleiner Pinnas 1. — Heinrich Ludewig Lubcke, Provisionsgeschäftsreisender, Altonaerstr. 8. — Georg Ludolph Wilhelm Martens, Angestellter einer Feuerversicherungsgesellschaft, Jungmannstraße 4. — Adolph Peter Heinrich Rumohr, Steinsetzergehülfe, Niendorferstraße 75, Hinterhaus. — Heinrich Carl Friedrich Meyerfeldt, Tischler, Zimmerpforte 2. — Gustav Adolf Marquardt, Leitungsaufseher, Süderstraße 188. — Eduard Friedrich Martin Jürgensen, Handlungsgehülfe, Arndtstraße 37. — Christian Friedrich Julius Niese, Schlossergeselle, Silbersackstraße 14. — Georg Adam Meissner, Beamter der Seeberufsgenossenschaft, Collaustraße 22. — Ludwig Christian Heinrich Barth, Töpfergeselle, Altonaerstraße 52. — Hermann Heinrich Kröger, Kommis, Marientalerstraße 35. — Emil Friedrich Johannes Krauel, Expedient, Magdalenenstraße 44. — Hermann Gottfried Mirow, Kaufmann, Steindamm 24. — Eduard Carl Jacob Maack, Speicherarbeiter, Venusberg 29. — Richard Emil Mende, Bureauchef, Wandsbeckerchaussee 327. — Theodor August Menke, Kaufmann, Erlenkamp 13. — Friedrich Albert Pannier, Zollaufseher, Wilhelminenstraße 22. — Franz Albert Putt, Tapezierer, Schmiedestraße 1. — Carl Emil Kuhn, Tischlergeselle, Rostockerstraße 15, Haus 4. — Joachim Lühs, Seefischer, Finkenwärder, Oestlicher Norderelbdeich 63. — Johann Friedrich Zeggel, Arbeiter, Schanzenstraße 41 a, Hs. 17. — Richard Wosnik, Polizeiwachtmeister, Mesterkamp 42. — Christoph Eisenberg, Schmiedegeselle, Scholvienspassage 12. — Carl Friedrich Wilhelm Meier, Kaufmann, Alsterufer 11. — Martin Paprodka, Straßeneisenbahnführer, Rehmstraße 3. — Hans Ludwig Theodor Havemann, Maler, Steilshoperstraße 55. — Heinrich Friedrich Theodor Mund, Steinsetzerarbeiter, Friedensstraße 31, Hths. — Carl Jochim Friedrich Lange, Arbeiter, Kraienkamp 43. — Hermann Bauer, Kaufmann, Besenbinderhof 47. — Heinrich Christoph Hermann Schlange, Grünwarenhändler, Anckelmannstraße 76. — Carl Jensen Marx Wilhelm Ehmke, Kellner, Caffamacherreihe 82/84. — Johann Christoph Hermann Ragotzky, Maschinist, Talstraße 67 a, Haus 13. — August Christian Hauschild, Bote, Erlenkamp 14. — Ernst Friedrich Adolph Rodemann, Arbeiter, Nikolaistraße 19. — Hermann Heinrich Friedrich Kessemeier, Maschinist, Nambachstraße 1. — Fritz Julius Prawitt, Sattler und Tapezierer, Barmbeckerstraße 191. — Carl Heinrich Vogt, Vorarbeiter, Wallstraße 7, Hs. 1. — Carl August Fick, Lackierergehülfe, Hafenstraße 96. — Johann Heinrich Wilhelm Christoph Buhs, Arbeiter, Danzigerstraße 52, Hs. 8. — Carl Heinrich Elies Drewß, Tapezierer, Hammerbrookstraße 63. — Alfred Willy Meinert, Kaufmann, Curschmannstraße 15. — Friedrich Wilhelm Lunow, Geschäftsführer, Steindamm 55. — Paul Werner Helm, Kaufmann, Rotenbaumchaussee 137. — Johannes Maier, Flickschuhmacher, Schwenckestraße 39. — Julius Emil Max Nonnewitz, Schriftsetzer, Wendenstraße 154, Haus 5. — Claus Hinrich Minck, Ober-Postschaffner, Eppendorferweg 164. — Gustav Johann Peter Kräft, Hafenlotse, Eckernförderstraße 57. — Hans Jakob Blohm, Bautechniker, Repsoldstraße 48. — Ernst Theodor Witte, Zollaufseher, Wrangelstraße 76. — Friedrich Johann Heinrich Schwanl, Kutscher, Kolbergstraße 22, Haus 36. — August Wilhelm Friedrich Ferdinand Arndt, Montage-Inspektor, Norderstraße 6. — Julius Wilhelm Theodor Hoffgaard, Arbeiter, Breitenfelderstraße 11, Haus E. — Hermann David Burgel, Gerbergehülfe, Groß-Borstel, Chaussee 115. — Matthias Hinrich Julius Köncke, Maurergeselle, Timmermannstraße 11, Haus B. — August Julius Cortobius, Straßeneisenbahnschaffner, Osterstraße 140. — Carl Wilhelm Gerken, Maurergeselle, Tribünenweg 14. — Friedrich Wilhelm Lindemann, Händler mit Eiern und Kartoffeln, Lindenstraße 85. — Paul Bach, Instrumentenmacher, Sedanstraße 1. — Leopold Jablonski, Arbeiter, Grasweg 1. — Louis Rudolf Johann Klähn, Maurerpolier, Grossmannstraße 19. — Bernhard Julius Otto Mahnke, Kommis, Gärtnerstraße 105. — Karl Friedrich Gottlob Süßmilch, Milchhändler, Heinrich Hertz-Straße 104. — Hinrich Adolph Christian Hartmann, Rohrleger, Hornerlandstraße 24, Hs. 3. — Heinrich Joachim Gottward Hahn, Maurergeselle, Fruchtallee 97. — Willi Christian August Ahlers, Verkäufer, Anckelmannstraße 78, Haus 4. — Hermann Jacobson, Kommis, Hochallee 23. — Hans August Wilhelm Mertz, Kommis, Claus Groth-Straße 114. — Johannes Peter August Götsche, Maurergeselle, Kanalstraße 32, Haus 3. — Hans Friederich Hamann, Postschaffner, Nagelsweg 41. — Johann Winkelbach, Gerbergeselle, Eppendorferweg 126. — Carl Heinrich Friederich Peter Jahncke, Maurergeselle, Humboldtstraße 67, Haus 3. — Johann Christian Paul Bötefür, Zimmergeselle, Heitmannstraße 66. — Ernst Julius Malicke, Kanzlist, Stresowstraße 111. — Max Friedrich Alfred Nieß, Tapezierer, Langereihe 70. — Momme Oke Momsen, Kaufmann, Burggarten 14. — Friedrich Johann Heinrich Schroeder, Ober-Leitungsaufseher, Tribünenweg 11. — Hans Peter Wilhelm Bargmann, Brothändler, Mühlendamm 47, Hths. B. — Carl Ernst Emil Cords, Steinsetzergehülfe, Langenhorn, Weg 166, Nr. 91. — Friedrich Wilhelm Schulze, Schneider, Eppendorferlandstraße 130. — Friedrich Heinrich Theodor Martin Hinrichs, Schienenleger, Vogelweide 8. — Heinrich Peter Marquard, Milchhändler, Hardenstraße 53. — Hermann Julius Martin Niederlitz, Maurergeselle, Brüderstraße 13. — Carl August Flegel, Kutscher, Reginenstraße 39, Haus 1. — Otto Georg Heinrich Ludwig, Kommis, Ohlendorffstraße 17. — Johann Friedrich Wilhelm Wulf, Kontorbote, Baumeisterstraße 19. — Wilhelm Ferdinand Friedrich Heinrich Blatt, Maurergeselle, Hansaplatz 10. — Willi Heinrich Louis Hinz, Steward, Ifflandstraße 50, Hs. C. — Gerhard Wilhelm Schniederkötter, Bureauassistent, Methfesselstraße 77. — Johannes Theodor Grönwold, Kaufmann und Viehhändler, Wohldorferstraße 54. — Edmund Hermann Martin Wibel, Klempner und Mechaniker, Hohenfelderstraße 15. — Hans Heinrich Karstens, Schneider, Lilienstraße 24. — Johannes Ludwig Robert Cube, Fischhändler, Zeughausstraße 14. — Johannes Rudolph Woldmann, Seefischer, Finkenwärder, Oestlicher Norderelbdeich 33. — Hermann Friedrich Wilhelm Menzell, Kaufmann, Schöne Aussicht 23.

Hamburg, den 13. März 1905.

Die Aufsichtsbehörde für die Standesämter.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.

(Deutscher Reichstelegraph.)

Cuxhaven, 15. März, Vormittags.

Angekommen am 15. März.		Kapt.	Von
V. fehlt	Creffendo (Tj.)	Albers	—
9,—	Hansa (D.)	Johns	Manchester

Dampfer Rancagua ist erst heute Vormittag 9 Uhr angekommen und ankert hier. — 9 Uhr 45 Min.: Dampfer in Sicht.

In See gegangen am 15. März.		Nach
V. 6,25	Rhein (D.)	Rotterdam
8,15	Norden (D.)	Gothenburg
8,55	Vulcan (Schl.)	Bremerhaven
„	Nr. 81, 63 u. 68 (Kähne)	do.
„	Thor (Schl.)	do.
„	Bazar (Leicht.)	do.
„	Bremer Courier (Leicht.)	do.

Ferner seewärts: gestern Nachmittag Tj. Anni.

Wind: SO., leicht. Wetter: heiter. — Barometer: 753,2. Thermometer: + 6,5° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

15. März.		Kapt.	Von
V. 7,30	Johannes (d. Segl.)	Engellandt	Nakskov

Helgoland meldet: Wind: Süd, mäßig. Wetter: halbbedeckt. See: mäßig bewegt.

Cuxhaven, 15. März, Nachmittags.

Angekommen am 15. März.		Kapt.	Von
V. 9,55	Agapanthus (D.)	—	Melbourne
11,20	Borkum (D.)	Löwe	Methil
N. 1,15	Holsatia (P.-D.)	Bark	St. Thomas
1,30	St. Leonards (D.)	—	Majunga
2,20	Hilding (D.)	—	Rosario
3,30	Eider (D.)	Owen	Southampton
„	Berlin (D.)	Brown	Leith

Ferner auf: 3 Uhr Fischerfahrzeug H. F. 184. — Von hier auf: 11,45 Uhr Schlepper Hansa; 1 Uhr Schlepper Vulcan mit Viermastbark Alcyonne; 1,15 Uhr Dampfboot Rancagua; 2,15 Uhr Schlepper Köhlbrand; 3,15 Uhr Dampfboot St. Leonards, Dampfboot Hilding. — Agapanthus ankert hier. — Dampfboot Hansa ist nicht auspassiert. — 3 Uhr 55 Min.: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 15. März.		Nach
früh	Caroline (Ew.)	Wilhelmshaven
V. 10,15	Makrele (F.-D.)	d. Nordsee
11,45	Themis (D.)	Köln
N. 12,15	Silvana (D.)	Helgoland
12,45	Falkenstein (F.-D.)	d. Nordsee
1,40	Haut Brion (D.)	Havre
2,10	Etruria (P.-D.)	—
3,20	Synfang (D.)	Cardiff

Abwärts gekommen: Schlepper Glückstadt, Ueberall mit Leichter Föhr.

Wind: SO., schwach, böig. Wetter: bedeckt. — Barometer: 748,7. Thermometer: + 5° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

15. März.		Kapt.	Von
V. 9,—	Beowulf (Schl.)	Elfers	Odense
„	Reform (Leichter)	Vietsch	do.
N. 12,15	Johanna (d. Segler)	Gronemeyer	Wyk
2,15	August (D.)	Delfs	Kiel

Helgoland meldet: Wind: SO., frisch. Wetter: halbbedeckt. See: unruhig.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

Meteor, Brunswig, ist am 14. d. in Cattaro angekommen. — **Callisto** ist am 14. d. in Boston angekommen. — **Galicia**, Hauer, von Westindien, ist am 14. d., 7 Uhr Morgens, Lizard passiert. — **Amazonas**, Schmidt, ist am 13. d. in St. Thomas angekommen. — **Syria**, Puck, nach Havana und Mexiko, ist am 14. d. in Antwerpen angekommen. — **St. Croix** ist am 14. d. in Vera Cruz angekommen. — **Troja**, Breckenfelder, von Nordbrasilien, ist am 14. d. von Oporto weitergegangen. — **Nassovia**, Cantieny, ist ausgehend am 14. d. in Hongkong angekommen. — **Dania** ist am 14. d. in Hamburg angekommen. — **Ras Mora**, ist am 13. d. in Hongkong angekommen. — **Ambria**, Porzellius, auf der Heimreise von Ostasien, ist am 14. d. von Port Said weitergegangen. — **Suevia**, Kneisel, nach Ostasien, ist am 14. d. in Yokohama angekommen. — **Scandia**, v. Döhren, ist am 14. d. von Moji weitergegangen. — **Ettrickdale**, nach Ostasien, ist am 14. d. von Suez weitergegangen. — **Argentina**, Bode, ist ausgehend am 14. d. von Leixoes nach Lissabon weitergegangen. — **Mendoza**, Schulz, ist ausgehend am 14. d. in Ceara angekommen. — **Corrientes**, Barrelett, ist ausgehend am 14. d. von Paranagua nach Sao Francisco und Rio Grande do Sul weitergegangen. — **Amasis**, Jansen, hat am 14. d. seine Rückreise von Panama fortgesetzt. — **Lothar Bohlen**, Nösel, ist auf der Ausreise am 14. d. in Sierra Leone eingetroffen. — **Thekla Bohlen**, Pfeiffer, ist ausgehend am 14. d. in Loanda eingetroffen. — **Jeannette Woermann**, Fehrs, ist auf der Heimreise am 14. d. in Conakry eingetroffen. — **Otto Woermann**, Löhrcke, ist auf der Heimreise am 14. d. in Sekondi eingetroffen. — **Hans**, Petersen, ist auf Heimreise am 14. d. in Madeira eingetroffen. — **Kaiser**, Birch, ist auf der Ausreise von Suez abgegangen. — **Ottensen**, Bruhn, ist auf der Ausreise am 13. d. in Antwerpen angekommen. — **Bielefeld**, Krause, ist heimkehrend am 14. d. von Havre nach Amsterdam weitergegangen. — **H. P. Fiskker** ist eingehend am 14. d. von Girgenti nach Mazzarelli weitergegangen. — **Hektos** ist eingehend am 12. d. von Palermo nach Hamburg abgegangen. — **Taormina**, Möller, ist eingehend am 14. d. Palermo nach Hamburg weitergegangen. — **Messina**, Meyer, ist heimkehrend am 14. d. in Messina angekommen. — **Marseille**, Ahlborn, ist heimkehrend am 15. d. in Carthagena angekommen. — **Amalfi**, Staack, ist eingehend am 14. d. in Malaga angekommen. — **Carrara**, Willig, ist eingehend am 14. d. von Sfax nach Catania weitergegangen. — **Girgenti**, Blanck, ist heimkehrend am 12. d. in Bona angekommen. — **Kypros**, Freimann, hat am 15. d. die Heimreise von Alexandrien angetreten. — **Argos**, Mahncke, war am 14. d. in Samsun und setzte am 15. d. die Reise nach Zongouldak fort. — **Pyrgos**, Boysen, war am 14. d. in Malta und setzte am 15. d. die Reise nach Alexandrien fort. — **Chios**, Wilkens, ist am 14. d. von Jaffa nach Alexandrien weitergegangen. — **Enos**, Konow, ist am 15. d. von Dedeagh nach Salonik weitergegangen. — **Lemnos**, Munn, nach Rotterdam und Hamburg, bunkerte am 14. d. in Portland. — **Imbros**, Brandt, ist am 14. d. in Rotterdam angekommen. — **Wellgunde**, Kuhlmann, ist am 15. d. in Antwerpen angekommen. — **Diamant**, Lotze, ist am 15. d. von New-York nach Rotterdam abgegangen. — **Mira** ist am 15. d. von Philadelphia nach Geestemünde abgegangen. — **Byzanz**, Röfer, ist am 14. d. in Tunis angekommen. — **Lusitania**, A. Schröder, ist am 14. d. in Newcastle angekommen. — **Venezia**, Matz, ist am 14. d. von Venedig abgegangen. — **Sao Paulo**, Keitels, ist rückkehrend am 15. d. in Geestemünde angekommen. — **König**, Kley, ist auf der Ausreise am 14. d. in Mozambique angekommen. — **Prinzregent**, Doherr, ist auf der Ausreise am 14. d. von Tanger abgegangen. — **Bielefeld**, Krause, ist heimkehrend am 15. d. in Amsterdam angekommen. — **Kaiser Wilhelm der Große**, Cüppers, von New-York kommend, ist am 14. d. auf der Weser eingetroffen. — **Borkum**, Werner, nach Galveston bestimmt, ist am 14. d. in Baltimore angekommen. — **Karlsruhe**, Koenemann, von Baltimore kommend, ist am 13. d. Eastbourne passiert. — **Hannover**, Jacobs, von Baltimore kommend, ist am 14. d. Borkum Riff passiert. — **Providentia**, Scharfsich, nach Kuba bestimmt, ist am 14. d. in Havana eingetroffen. — **Crefeld**, Vogt, nach Brasilien bestimmt, ist am 13. d. in Bahia angekommen. — **Brandenburg**, Woltersdorff, ist am 13. d. von New-York nach der Weser abgegangen. — **Freiburg**, Brösch, ist am 14. d. von Antwerpen nach der Weser abgegangen. — **Marburg**, Stern, nach dem La Plata bestimmt, ist am 13. d. in Montevideo angekommen. — **Schleswig**, Traue, von Alexandrien kommend, ist am 14. d. in Marseille eingetroffen. — **Seydlitz**, Dewers, ist am 14. d. von Suez nach Aden abgegangen. — **Moltkefels**, v. Freeden, ist am 13. d. Port Said passiert. — **Wartenfels**, Rode, ist am 14. d. von Madras nach Calcutta abgegangen. — **Kybfels**, Pankow, ist am 13. d. in Colombo eingetroffen. — **Jamalpur**, Vollers, ist ausgehend am 14. d. Port Said passiert. — **Arenfels**, Weihmann, ist am 14. d. in Karachi angekommen.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntnis gegeben wird.

Vereine:

Donnerstag, den 16. März, Nachmittags 4 Uhr: **Weißbäcker**, bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — Abends 8½ Uhr: **Staats- und Gemeindearbeiter**, bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Maurer**, bei Springborn, Valentinskamp. — **Sozialdemokratischer Verein für Schiffbeck**, bei Morg. — **Frauen-Versammlung in Eimsbüttel**, bei Struck, Fruchtallee 70. — Abends 9 Uhr: **Distrikt Hohenfelde**, bei Schulz, Lübeckerstraße 19. — **Gipser und Stukkateure**, bei Voß, Poolstraße 21. — Abends 9½ Uhr: **Barbiere** ꝛc., bei Herrmann, Kaiser Wilhelmstraße 43.

Freitag, den 17. März, Abends 6½ Uhr: **Oeffentliche Versammlung der Gasarbeiter**, bei Bohnsack, Niedernstr. 50. — Abends 8½ Uhr: **Erster Hamburger Wahlkreis**, im „Hammonia-Variété", Norderstraße. — **Gewerbegerichtsbeisitzer**, bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Arbeiter-Abstinenten Blankenese**, bei David, Dockenhuden. — **Frauen-Versammlung in Eppendorf**, bei Oehrlein, Eppendorferlandstr. 9.

Krankenkassen:

Donnerstag, den 16. März, Abends 8½ Uhr: **Sterbekasse der Großen Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse**, bei Springborn, Valentinskamp.

Sonntag, den 19. März, Nachmittags 4 Uhr: **Maurer, „Grundstein zur Einigkeit", Filiale Wandsbeck**, bei Hogrebe, Gröningerstraße.